Inge Marßolek, Dr. phil., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsprojekt „Widerstand und Verfolgung unter dem Nationalsozialismus in Bremen 1933–1945". Sie studierte Geschichte und Französisch in Bochum und an der FU Berlin.

Inge Marßolek

Arbeiterbewegung nach dem Krieg (1945–1948)

Am Beispiel Remscheid, Solingen, Wuppertal

Campus Verlag
Frankfurt/New York

FB Politische Wissenschaft
Bibliothek
Freie Universität Berlin
(Otto-Suhr-Institut)

2 m 1 83/1215

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Marssolek, Inge:
Arbeiterbewegung nach dem Krieg : (1945 – 1948) ;
am Beispiel Remscheid, Solingen, Wuppertal /
Inge Marssolek. – Frankfurt am Main ; New York :
Campus Verlag, 1983.
ISBN 3-593-33101-2

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Photokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.
Copyright © 1983 bei Campus Verlag GmbH, Frankfurt/Main
Umschlaggestaltung: Eckard Warminski, Frankfurt/Main
Satz: Heinz Breynk, Kirchweiler
Druck und Bindung: Fotokop, Darmstadt
Printed in Germany

INHALT

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS 8

EINLEITUNG 11

1. BERGISCHES LAND UND ARBEITERBEWEGUNG VOR 1933 19

Wirtschaftsstruktur im Bergischen Land 19
Zur Tradition der Arbeiterbewegung im Bergischen Land 24
SPD und KPD in den Reichstagswahlen 1930-1933 27
Zur Politik der Arbeiterorganisationen vor 1933 29
Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus im Bergischen vor der Machtergreifung 33

2. ARBEITERKLASSE, ARBEITERBEWEGUNG UND NATIONALSOZIALISMUS IM BERGISCHEN 1933-1945 ... 39

Zum Problem des Widerstands in der Geschichtsschreibung 39
Nationalsozialistische Sozial- und Wirtschaftspolitik und Arbeiterklasse 42
Arbeiterbewegung in der Illegalität im Bergischen 50
Einige Bemerkungen zur Herkunft der Widerstandskämpfer im Bergischen 64
Zusammenfassung 65

3. GESELLSCHAFT UND WIRTSCHAFT IM BERGISCHEN LAND NACH DEM ZUSAMMENBRUCH 68

Industrielle Produktion im Bergischen im Frühjahr 1945 68
Die Zerstörungen im Transport- und Verkehrswesen 73
Die Lage der Bevölkerung 74
Exkurs: Zur Deutschlandplanung der Alliierten 76

4. ANTIFASCHISTISCHE AUSSCHÜSSE IM BERGISCHEN .. 79

Die "Antifaschistische Volksfront" in Solingen 79
Integration der antifaschistischen Kräfte in die Kommunalverwaltungen am Beispiel Remscheid und Wuppertal . 94
Zur Typisierung der "Antifas" 105

5. GEWERKSCHAFTEN NACH DEM KRIEG IN SOLINGEN, REMSCHEID UND WUPPERTAL 108

Einheitsgewerkschaft und antifaschistische Bewegung .. 108
Gewerkschaftsgründung in Solingen 111
Das Entstehen der Gewerkschaften in Wuppertal und Remscheid 119

6. DER WIEDERAUFBAU DER ARBEITERPARTEIEN IN DEN DREI STÄDTEN 1945/46 121

Zur Programmatik von SPD und KPD 121
Reorganisation auf lokaler und bezirklicher Ebene 130
Zur Strategie von SPD und KPD im Bergischen Land ... 134
Die KPD in der Kommunalpolitik 138
Der Block der vier demokratischen Parteien in Solingen 140

7. BETRIEBSRÄTE UND STREIKBEWEGUNG IN REMSCHEID, SOLINGEN UND WUPPERTAL 1946-48 145

Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage 1946-48 145
Mitbestimmung der Betriebsräte und Entnazifizierung der Wirtschaft 149
Betriebsräte, Versorgungskrise und Streikbewegung 1946/47 151
Der Fall "Vorwerk" 1948 155

8. GEWERKSCHAFTEN IM BERGISCHEN 1946-48 158

Organisationsentwicklung und Mitgliederbewegung 158
Gewerkschaftliche Politik im Bergischen nach dem Krieg 160
Sozialdemokraten und Kommunisten in den Gewerkschaften 165
Zum Verhältnis von Betriebsräten und Gewerkschaftsbewegung 169

9. POLITIK VON SPD UND KPD IM BERGISCHEN 1946-48 171

Organisations- und Mitgliederstruktur 171
Kommunalwahlen 1946 und Landtagswahl 1947 175
Die Stärkung konservativer Kräfte in der Kommunalverwaltung 178
Die Stadtverordnetenversammlungen in Remscheid, Solingen und Wuppertal 182
Zum Verhältnis von Sozialdemokraten und Kommunisten in den drei Städten 186

10. DAS ENDE DER NACHKRIEGSZEIT - MARSHALLPLAN UND WÄHRUNGSREFORM 194

Gewerkschaften und Marshallplan 194
Zur sozio-ökonomischen Entwicklung im Bergischen nach der Währungsreform 196
Gewerkschaftspolitik nach der Währungsreform 200
Kommunalwahlen im Bergischen am 17. 10. 1948 201
SPD und KPD nach der Währungsreform - ein Ausblick 203

11. 1945-48: DIE GESCHEITERTEN HOFFNUNGEN AUF DEN ANTIFASCHISTISCHEN NEUBEGINN 207

ANMERKUNGEN 220

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS 275

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AM-Apparat	-	Antimilitaristischer Apparat
ASD	-	Archiv der sozialen Demokratie
BdO	-	Bund deutscher Offiziere
CIC	-	Counter Intelligence Service
CDP	-	Christlich-demokratische Partei
DAF	-	Deutsche Arbeitsfront
DMV	-	Deutscher Metallarbeiterverband
ERP	-	European Recovery Program
FAUD	-	Freie Arbeiterunion Deutschlands
FIS	-	Field Intelligence Study
HD	-	Hauptstaatsarchiv Düsseldorf
HJ	-	Hitlerjugend
ISK	-	Internationaler Sozialistischer Kampfbund
KJVD	-	Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
KPO	-	Kommunistische Partei Deutschlands - Opposition
KPZ-BR	-	Kronprinz-Werke-Betriebsrat
LDP	-	Liberal-Demokratische Partei
LO	-	Linke Opposition
MR	-	Militärregierung
NKFD	-	Nationalkomitee Freies Deutschland
NSBO	-	Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation
OA	-	Ortsausschuß
OSS	-	Office of Strategic Service
Pg	-	Parteigenosse (NSDAP)
Pol.-Leiter	-	Politischer Leiter
PRO	-	Public Record Office
PV	-	Parteivorstand
RGO	-	Revolutionäre Gewerkschaftsopposition
SAJ	-	Sozialistische Arbeiter-Jugend
SAP	-	Sozialistische Arbeiterpartei
SOPADE	-	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Exil-SPD)

STA Rs., So., Wu.	-	Stadtarchiv Remscheid, Solingen, Wuppertal
TUC	-	Trade Union Congress
UB	-	Unterbezirk
UBL	-	Unterbezirksleitung
VVN	-	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
ZA	-	Zentralausschuß
ZK	-	Zentralkomitee

EINLEITUNG

In älteren Darstellungen wird die Nachkriegsgeschichte Deutschlands zumeist unter dem Aspekt der Entstehung der Bundesrepublik geschildert. Zugleich wird der Blick verengt auf die "Tatkraft einiger großer Männer", denen es zu verdanken sei, daß aus dem "Chaos ein Staat" entstand (1). Erst die Studentenbewegung der 60er Jahre hat nicht nur die Geschichte der Arbeiterbewegung, sondern auch die Geschichte der Nachkriegsjahre neu entdeckt. Dem Selbstverständnis dieser "außerparlamentarischen Opposition" gemäß war dieses historische Interesse politisch legitimiert; denn ihr ging es in erster Linie darum, die Voraussetzungen der eigenen politischen Umwelt zu begreifen (2). Gemeinsam war diesen ersten Untersuchungen, daß sie die bisherigen Forschungsergebnisse in der Bundesrepublik wie in der DDR (3) einer kritischen Revision unterzogen: die bisherigen Publikationen in beiden Teilen Deutschlands dienten zur Legitimierung der Entstehung des jeweiligen Staates. Demgegenüber entwickelten kritische Historiker ihrerseits die These, daß 1945 eine offene Situation bestanden habe, und sie fragten nach politischen Alternativen (Huster/Kraiker u. a. 1972; U. Schmidt/Fichter 1971). Allerdings konnten sie sich zunächst nur auf wenige empirische Forschungen stützen, und so trat an die Stelle des von ihnen zu Recht kritisierten Klischees von der Passivität der Massen ein neues. Dieses "linke" Klischee beinhaltete, daß die Arbeiterklasse 1945 als einzige antifaschistische Kraft Krieg und Faschismus überstanden habe; außerdem seien die Massen, wie sich in den Frühjahrskämpfen 1947 gezeigt habe, bereit gewesen, für antikapitalistische Forderungen zu kämpfen, während die Besatzungsmächte ebenso wie die Führungen der Arbeiterorganisationen ein sozialistisches Deutschland zu verhindern versucht hätten: Das Ergebnis dieser Politik sei die ungehinderte Restauration (4) des Kapitalismus in den Westzonen. Im Laufe der Aufarbeitung des umfangreichen und z. T. schwer zugänglichen Quellenmaterials, vor allem im Rahmen von Lokal- und Regionalstudien, haben sich diese Thesen inzwischen jedoch als zu pauschal erwiesen.

FB Pol. Wiss.
FU-Berlin

Ergebnis der neueren Untersuchungen ist (5), daß bei Kriegsende den einmarschierenden Besatzungstruppen vielerorts "Volkskomitees" entgegengingen, die Stadt übergaben und maßgeblich an Wiederaufbau und Reorganisation der Verwaltung beteiligt waren.

Diese "antifaschistischen Ausschüsse" waren in Vergessenheit geraten. Ursache hierfür dürfte - neben der schlechten Quellenlage und der kurzen Dauer ihrer Existenz - vor allem darin zu suchen sein, daß die Arbeiterorganisationen ihre Bedeutung ignorierten, bzw. in diesen Ausschüssen eine Konkurrenz für ihre eigenen Organisationen sahen und daher oft selbst zur Auflösung der "Antifas" beitrugen. Nur so ist es wohl erklärlich, daß auch in den älteren Untersuchungen zur Geschichte der SPD oder KPD nach 1945 die Antifas kaum erwähnt werden. Erst als nach möglichen Alternativen gefragt wurde, rückte die Antifabewegung in den Mittelpunkt der Forschungen zur Geschichte der Nachkriegszeit. Die antifaschistischen Ausschüsse wurden - trotz ihrer relativ kurzen Existenz - als autonome, basisdemokratische Organisationsformen begriffen, die den Bewußtseinsstand der Arbeiterklasse ausdrückten und angemessene, politische Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln versuchten.

Anders als in Italien, wo spätestens seit 1943 - nach zwanzigjähriger faschistischer Herrschaft - eine revolutionäre Massenbewegung entstand, war in Deutschland der Zusammenbruch des NS-Regimes allein durch die militärische Niederlage bewirkt worden. In der Endphase des Krieges waren aufgrund der territorialen Zersplitterung und politischen Desorientierung die beiden sozialen Hauptklassen - die Eigentümer und Funktionäre des Großkapitals auf der einen Seite ebenso wie die Arbeiter auf der anderen Seite - zu nationalen politischen Aktionen unfähig. Es ist zu vermuten, daß die besondere Gestalt des Nationalsozialismus in Deutschland für diese Entwicklung verantwortlich war: hier können vergleichende Studien (Deutschland/Italien/Japan) zu neuen Erkenntnissen führen (6).

Zudem war nach 1945 der Handlungsspielraum für eine eigenständige, antikapitalistische Politik in Deutschland stark eingeschränkt: Entgegen anderen Erwartungen stützten sich die westlichen Besatzungsmächte nicht auf die Kräfte aus der Arbeiterbewegung, sondern auf die Vertreter der herrschenden Klassen in Verwaltung und Industrie. Sehr schnell schon schwand das vermeintliche Machtvakuum der Umbruchtage: Unternehmer und Verwaltungskräfte nahmen schon sehr bald wieder ihre alten Positionen ein. Zwar wurden antikapitalistische Neuordnungsvorstellungen nicht nur von den Arbeitern, sondern auch von breiten Teilen

des Kleinbürgertums geteilt, dies darf jedoch nicht als Bekenntnis zum Sozialismus gewertet werden.

Das traditionelle Arbeitermilieu - wie es in der Weimarer Republik noch existierte - war durch den Faschismus zerstört worden: die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, die kulturellen Vereine (z. B. Gesangsvereine, Arbeitersportvereine etc.) ebenso wie die soziale Struktur in Betrieben und Wohnsiedlungen. Eine tiefgreifende politische Desorientierung weiter Teile der Arbeiterklasse war die Folge der faschistischen Herrschaft. Dennoch spiegelte sich in verschiedenen Verhaltensformen - wie Versorgung der Zwangsarbeiter mit Nahrungsmittel, Selbsthilfeaktionen in den Betrieben und Wohnsiedlungen - die Fähigkeit zu selbständigem und kollektivem Handeln wider. Die politisch Aktiven - es waren meist Funktionäre der früheren Arbeiterorganisationen, die auch in der Illegalität versucht hatten, einen politischen Zusammenhalt zu wahren - knüpften bei ihren Vorstellungen von einer demokratisch-sozialistischen Neuordnung an diesen Resten von Klassenbewußtsein an (7): In der Antifabewegung hätte der organisatorische Rahmen entstehen können, in dem autonomes, kollektives Handeln wieder selbstverständlich geworden wäre. Zugleich hätte sie Keimzelle einer geeinten, erneuerten Arbeiterbewegung werden können.

Meine Studie über die Arbeiterbewegung in Solingen, Remscheid und Wuppertal 1945-48 wurde von diesen neueren Forschungen, insbesondere von der Entdeckung der Antifas als mögliche Vorformen einer erneuerten Arbeiterbewegung angeregt. Begonnen habe ich diese Untersuchung 1972, als die meisten der oben skizzierten Arbeiten noch nicht veröffentlicht waren. Meine zentrale Fragestellung war zunächst - beeinflußt durch meine Studie über die revolutionären Ereignisse 1918/19 in Dortmund (Marßolek 1975) -, ob 1945 eine ähnliche Situation wie nach dem 1. Weltkrieg in Deutschland bestanden hat. Beim Sichten des Quellenmaterials und seiner Diskussion, aber auch bedingt durch Erfahrungen in Bürgerinitiativen und in der Schule, konkretisierte und erweiterte sich die Problemstellung:

Aus welchen Gründen scheiterten vorhandene antikapitalistische Neuordnungsvorstellungen? Welche Ansätze einer autonomen Basisbewegung existierten? Welches Potential war überhaupt vorhanden, um alternative Entwicklungen durchzusetzen? Warum regte sich keine nennenswerte Opposition dagegen, daß die alten Führungsapparate sich reorganisierten und die traditionellen Organisationen den Basisbestrebungen übergestülpt wurden (8)?

Eine zentrale Frage der Arbeit ist also die Frage nach der Vermittlung von Führung und Basis in der Arbeiterbewegung. Je-

doch wurde die Frage bewußt beschränkt auf die Organisationen selber, d. h. Hauptgegenstand der Untersuchung blieb die Ebene der lokalen und regionalen Funktionäre. Das Postulat einer Geschichte der Arbeiter (und nicht ihrer Organisationen) wird insoweit nicht eingelöst. Allerdings ist zu bedenken, daß die lokalen Funktionäre weitgehend den Rahmen von politischen Aktionen in ihrer Region bestimmten: sie können zugleich Motor oder Hemmschuh für Aktivitäten der Basis sein. Eine Untersuchung dieser "Gruppe" wird daher - wenn auch nur indirekt - die "einfachen" Mitglieder ebenso wie die unorganisierten Arbeiter miteinbeziehen.

Doch kann die Frage nach den Alternativen letztlich nur beantwortet werden, wenn man klärt, welches Potential in der Arbeiterklasse selbst vorhanden war, um eine Arbeiterbewegung von unten her aufzubauen. Hierzu wäre es notwendig, Lebensformen und Bewußtsein der Arbeiter zu untersuchen, und zwar nicht nur der radikalisierten, sondern auch der reformistischen und "unpolitischen" Arbeiter. Dies müßte nunmehr in einem zweiten Schritt getan werden. Beim jetzigen Forschungsstand (sowie bei den methodischen Grundlagen meiner Arbeit) sind alle Aussagen hierzu in meiner Untersuchung spekulativ.

Eine weitere Beschränkung liegt darin, daß ich ausschließlich die sozialistische Arbeiterbewegung untersucht und insbesondere die christliche ausgelassen habe. Gerade für die oben skizzierte Ausdehnung der Fragestellung wäre generell auch das christliche Arbeitermilieu miteinzubeziehen (9). Für den Raum des Bergischen Landes allerdings kann gesagt werden, daß die christliche Arbeiterbewegung keine große Rolle spielte; vielmehr war das Bergische Land eine Hochburg der sozialistischen Organisationen.

Anders als bei vergleichbaren Studien (10) habe ich mich für die Untersuchung eines relativ langen Zeitraumes - nämlich von 1944/45 bis zum Herbst 1948 - entschlossen. Dies erwies sich in zweierlei Hinsicht als fruchtbar:

- In den verschiedenen Phasen der Nachkriegszeit bleiben die wesentlichen Probleme (wie Verhältnis SPD/KPD, Reorganisation der Verwaltung, Entnazifizierung) bestehen, erhalten allerdings unterschiedliche Gewichtung.
- Die gesellschafts- und deutschlandpolitischen Entscheidungen der Jahre 1947/48 (wie Zusammenschluß der Westzonen, Währungsreform und Marshallplan) können nach ihren Voraussetzungen befragt werden.

Zwar werden bereits im Laufe des Jahres 1945 wesentliche Weichen für die Entwicklung der Nachkriegszeit gestellt, doch findet

die Phase des "Übergangs" erst mit der Währungsreform 1948 ein Ende. Diese stellt die eigentliche politische und gesellschaftliche Zäsur dar, wenn auch - das hat Werner Abelshauser nachgewiesen - die Währungsreform in viel geringerem Ausmaß als gemeinhin angenommen für den wirtschaftlichen Aufschwung der 50er Jahre verantwortlich war (Abelshauser 1975, 62-63). Erst die Beseitigung der "währungslosen Wirtschaft" und der damit verbundene Zusammenschluß der Westzonen zu einer währungspolitischen Einheit ebneten den Weg zu einem separaten Weststaat. Die Durchführungsbestimmungen der Währungsreform zementierten die kapitalistischen Strukturen dieses Staates. Damit stand die gesellschaftliche Ordnung, deren Veränderung vor allem von der Arbeiterbewegung gefordert worden war, nicht mehr zur Disposition. Neuordnung war jetzt nur noch in offener Opposition gegen die Besatzungsmächte möglich.

Die Entscheidung, drei Städte zu vergleichen, bietet nicht nur besondere Möglichkeiten, sondern führte auch zu Schwierigkeiten: Besonderheiten der lokalen Verhältnisse durften nicht losgelöst betrachtet, sondern mußten mit der allgemeinen Entwicklung verknüpft werden. So galt es zu zeigen, inwieweit die traditionellen Unterschiede zwischen der Arbeiterbewegung in den drei Städten - Wuppertal als Hochburg der SPD, Solingen und Remscheid als Zentren der KPD - noch nach 1945 eine Rolle spielten, beziehungsweise inwiefern es durch Faschismus und Krieg zu einer Nivellierung der traditionellen Unterschiede gekommen war.

Dazu kommt ein weiteres: Ein Geschichtsbewußtsein, das sich auf seine demokratischen Traditionen besinnen will (vgl. Vorwort v. Heinemann zu Rürup 1975), muß sich an den bürgerlichen Bewegungen und an den emanzipatorischen Inhalten der Geschichte der Arbeiterbewegung orientieren. Der Beschäftigung mit der Nachkriegszeit kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung zu, wurde doch in dieser Zeit über die Grundlagen der gesellschaftlichen und politischen Ordnung in der Bundesrepublik entschieden. Das Ersticken autonomer Organisationsansätze wie der Antifas und der Betriebsausschüsse in diesen Jahren aber stärkte diejenigen gesellschaftlichen Machtgruppen, die heute zu Ordnungsträgern in beiden deutschen Staaten geworden sind. Nach meinem Verständnis kann sich die nationale Identität nur auf der Grundlage der demokratischen Traditionen der deutschen Geschichte herausbilden. Diese zu vermitteln ist nicht zuletzt Aufgabe des Geschichtsunterrichts. Hier kennt nun jeder Geschichtslehrer die Schwierigkeit, Verständnis für die vielschichtigen sozialen Bewegungen zu erwecken - es ist sicherlich leichter, den Schülern ein plastisches Bild von Bismarck oder Karl dem Großen zu zeich-

nen als von der Revolution 1848. Eine regionalgeschichtlich orientierte Geschichtsforschung, insbesondere eine "Heimatgeschichte der Arbeiterbewegung" (Peukert 1978, 558), könnte dem Lehrer hier Hilfestellungen für einen projektorientierten Geschichtsunterricht geben, in dessen Rahmen die Schüler selbsttätig die demokratischen Traditionen ihrer Stadt sich erarbeiten. Nur so könnten m. E. die für ein demokratisches Bewußtsein notwendigen Identifizierungsprozesse, deren Voraussetzung eine Betroffenheit von historischen Prozessen ist, bei Schülern initiiert werden. Man sollte daher nicht wie bisher "Heimatgeschichte" den Verbänden, die sie als Traditionspflege in legitimatorischer Absicht betreiben, oder Einzelpersonen, deren "unpolitisches Herangehen meist konservative Inhalte" verdeckt, überlassen (Ebd. 546-565).

Für die ersten beiden Kapitel dieser Arbeit, in denen die Geschichte der Arbeiterbewegung vor 1933 und unter dem Faschismus behandelt wird, wurde nur leicht zugängliches Quellenmaterial herangezogen; dabei erwies es sich für die Zeit von 1933-45 als sehr günstig, daß die Akten der Stapoleitstelle Düsseldorf nicht vernichtet worden waren. Für die Zeit 1945-48 habe ich mich um größtmögliche Vollständigkeit bemüht. Die Materiallage für die Nachkriegszeit wird von fast allen, die sich mit dieser Phase beschäftigen, beklagt. Besonders in kleineren Städten ist die Materialsuche oft mühsam, zumal häufig gerade bei den Arbeiterorganisationen wenig Wert auf Traditionspflege gelegt wurde, so daß Akten, wenn überhaupt, nur noch zufällig auf Dachböden, in Kellern etc. zu finden sind.

Ein besonderes Problem stellt die mündliche Überlieferung dar. Ohne die Bereitschaft und Geduld von Männern und Frauen, die ich über ihre eigenen Erfahrungen befragt habe, wäre diese Arbeit nicht zustandegekommen. Ich habe - anders als sonst üblich - auf ein Tonband verzichtet, da es mir z. T. doch eine gewisse Befangenheit hervorzurufen schien. Um dennoch zu verwertbaren Aussagen zu gelangen, habe ich Gedächtnisprotokolle angefertigt, die ich den Interviewpartnern mit der Bitte um Korrektur und Ergänzung zurücksandte. Dies ist auch in allen Fällen geschehen. Die eigentliche Bedeutung dieser Gespräche scheint mir vor allem in meiner Auseinandersetzung mit dem Forschungsgegenstand zu liegen. Durch diese sehr lebendigen Schilderungen wurde meine Neugier ständig erneuert. Direkt verwertet habe ich diese Informationen in der Regel jedoch nur dann, wenn sie durch anderes Material bestätigt wurden.

Zu danken habe ich all denen, die mir bei der Materialsuche behilflich waren, insbesondere den Mitarbeitern der drei Stadtarchive, aber auch denen, die mir Privatunterlagen zur Verfügung stellten. Ohne die Diskussionen mit Kollegen, insbesondere der Arbeitsgruppe Antifa, denen ich viele Anregungen und Hilfen verdanke, wäre für mich die Arbeit unvorstellbar gewesen. Mein besonderer Dank gilt Professor R. Rürup, der stets im richtigen Moment zu ermuntern wußte und die Arbeit mit seinem geduldigen Rat begleitete.

1. BERGISCHES LAND UND ARBEITERBEWEGUNG VOR 1933 (11)

Wirtschaftsstruktur im Bergischen Land

Das Bergische Land (12), am südlichen Rand des Ruhrgebiets gelegen, zählt zu den hochindustrialisierten Gebieten Deutschlands. Im Jahre 1946 wohnten im Bergischen 8,8 % der Bevölkerung des Landes Nordrhein-Westfalen auf einem Gebiet, das nur etwa 5,3 % des Gesamtraumes des späteren Bundeslandes umfaßt (13). Solingen, Remscheid und Wuppertal sind die drei industriellen und städtischen Zentren: letzteres überragt die beiden anderen an Einwohnerzahl und Größe bei weitem.

Einwohnerzahl

	Wuppertal	Solingen	Remscheid
1939	399 718	140 453	103 912
1947	335 271	136 482	95 940
1981	401 863	169 498 (14)	131 290

Ein zu anderen Regionen vergleichsweise hoher Prozentsatz der Bevölkerung (mehr als 50 %) war und ist im Bergischen Land in Industrie und Handwerk tätig (Toellner 1950, 19; Rausch 1947, 9; Köllmann 1971, 2-3).

Der Wirtschaftsraum des Bergischen ist geprägt durch die sog. "Ursprungsindustrien" im Metall- und Textilsektor, deren Anfänge bis ins Mittelalter zurückverfolgt werden können (Toellner 1950, 20ff.). Die drei Zentren Solingen, Remscheid und Wuppertal sind identisch mit den Standorten der ältesten Branchen des Bergischen: Solingen ist immer noch die Stadt der Klingen- und Schneidwarenproduktion; Remscheid war bekannt als Stadt der Werkzeug- und Sensenherstellung; Wuppertal war ein Zentrum der Bandwirkerei, Spinnerei und Weberei. Der Übergang von der handwerklichen Fertigung zur industriellen Produktion wurde besonders durch folgende fünf Faktoren erleichtert (15):

- Verfügbarkeit von Arbeitskräften, vor allem von bereits in der handwerklichen Produktion ausgebildeten, die den Kern eines Facharbeiterstammes bilden konnten;

- Verfügbarkeit von Kapital, das sich in der früheren Phase angehäuft hatte;
- allmählicher Wandel der Produktionsmethoden;
- Erschließung des Nordens des Bergischen Landes durch Eisenbahn schon vor 1850;
- Nähe zum Ruhrgebiet, das sowohl Rohstoffproduzent als auch Absatzmarkt für die bergische Industrie war.

Das "strukturelle Grundgefüge" des Wirtschaftsraumes wurde durch die Nutzung neuer Rohstoffe und durch eine Differenzierung und Ausweitung der Produktion nicht angetastet. So entstand aus der älteren Anfertigung von Werkzeugen der Maschinenbau; in Solingen z. B. kam zur Schneidwarenproduktion die Herstellung von Rasierapparaten und chirurgischen Instrumenten etc. Ferner wurde durch die Entdeckung neuer Metallegierungen auch die Metallerzeugung im Bergischen heimisch. In der Textilindustrie erfolgte mit der Entdeckung der Kunstfaser eine Ausweitung der Produktion auf Kleidungsherstellung. Auch die chemische Industrie ist als Folgeindustrie zu sehen, deren Ausgangspunkt das Produzieren von Farben war. Im 20. Jh. erlangte die elektrotechnische Industrie eine immer größere Bedeutung. Charakteristisch für die Entwicklung der Wirtschaft ist dabei eine allmähliche Vereinigung der Produktionsstufen: von der Eisen- und Stahlerzeugung über die Halbzeug- zur Endproduktion, in der Textilindustrie von der Herstellung chemischer Fasern zu Spinnerei, Garnveredlung, Färberei bis hin zur Schmal- und Breitweberei (16). Seit dem Ersten Weltkrieg gewann die Eisen- und Metallindustrie stetig an Bedeutung. Selbst in Wuppertal, dem Zentrum der Textilindustrie, erfolgte eine deutliche Verschiebung zugunsten der eisenverarbeitenden Industrie (Toellner 1950, 20-21).

Weiteres Strukturmerkmal der bergischen Industrie ist der hohe Grad an Spezialisierung in fast allen Bereichen (17). Besonders in den Anfängen der Industrialisierung widerstanden die hochspezialisierten Arbeitsgänge einer Mechanisierung. So ist lange Zeit ein Nebeneinander von technologisch modernen Produktionsmethoden und älteren Fertigungen zu beobachten, z. B. wurde bei der Klingenherstellung zunächst nur der erste von vier Arbeitsgängen, das Schmieden, durch das industrielle Schlagen ersetzt. Die anderen Arbeitsgänge blieben handwerksmäßig organisiert. Dies führte zu einer Mischung von industrieller Produktionsweise und Verlagssystem, die zunächst für alle drei Städte typisch war, in Solingen aber eine spezifische Ausprägung erhielt und lange Zeit die industrielle Struktur kennzeichnete.

Die Differenziertheit der Produktionsabläufe in der bergischen Industrie hatte aber noch andere Auswirkungen: sie verhinderte

Konzentration und Zentralisierung der Industrie. Mittlere und kleinere Betriebe bestimmten die Wirtschaftsstruktur des Bergischen (Toellner 1950, 142). So waren 1939 in Remscheid in einem Betrieb durchschnittlich 12 Arbeiter beschäftigt, in Wuppertal 9 und in Solingen 6. In den Städten der Schwerindustrie wie Gelsenkirchen oder Bochum entfielen hingegen auf einen Betrieb durchschnittlich 22 Beschäftigte (Rausch 1947, 17). Diese Relation blieb trotz Konzentration und Zentralisierung im Krieg und in der Nachkriegszeit erhalten. Im April 1949 waren in den Betrieben des Bergischen durchschnittlich 40 Menschen beschäftigt; der Durchschnitt des Landes NRW betrug 76 Arbeiter pro Betrieb. Zur gleichen Zeit entfielen 20, 6 % aller Betriebe in NRW auf das Bergische Land, während der entsprechende Anteil der Beschäftigten nur 10, 8 % ausmachte (Toellner 1950, 143). Dabei lassen sich lokale Unterschiede feststellen: In Wuppertal sowie im Rheinisch-Bergischen Kreis war der Betrieb im Durchschnitt größer: hier befinden sich die chemischen Industriebetriebe, wie Bayer in Leverkusen und Wuppertal (Stammwerke von IG-Farben), oder Betriebe, die Kunstfasern herstellen, wie Bemberg und die Glanzstoffwerke. Es handelt sich also um Produktionszweige, die von Anfang an zu einer großbetrieblichen Struktur tendierten (18). Allerdings erlangten in allen Produktionszweigen die wenigen größeren Betriebe eine wirtschaftliche Vorrangstellung. Dies weisen die Umsatzergebnisse der Solinger Schneidwarenindustrie für das Jahr 1928 bereits sehr deutlich aus: 14, 4 % der Firmen hatten einen Jahresumsatz von je einer Million RM und mehr; auf sie entfiel 69, 1 % der Gesamterzeugung, während 73, 8 % der Firmen, die nur bis zu 100 000 RM Umsatz jährlich verzeichnen konnten, 19, 0 % produzierten (Ebd. 147-148).

Die gleichen Faktoren, die Zentralisierungs- und Konzentrationstendenzen gehemmt hatten, stellten sich auch den Monopolisierungs- und Verflechtungstendenzen entgegen. Die wenigen Konzerne, die in diesem Raum vertreten sind, wie IG-Farben in Leverkusen oder Mannesmann in Düsseldorf hatten ihr Stammwerk in diesen Städten. Dem entspricht auch die Organisationsform des Kapitals: Kapitalgesellschaften wie Aktiengesellschaften sind bis heute selten vertreten, und wenn, dann meist als Familienbesitz. Vorherrschend sind Einzelfirmen und Personalgesellschaften (19). Hier führte offensichtlich selbst die enge wirtschaftliche Verknüpfung mit dem Ruhrgebiet zu keiner Ausweitung der Expansion der Schwerindustrie im Bergischen. Diese enge ökonomische Verbindung zum Ruhrgebiet wurde zu einer wesentlichen Grundlage der bergischen Industrie, wobei die geographische Nähe, günstige Transportbedingungen etc. wichtige Voraussetzungen für den wirt-

schaftlichen Aufschwung der bergischen Industrie bildeten. Das Ruhrgebiet war für die bergische Industrie Rohstofflieferant und Absatzmarkt zugleich. Zudem entstand im Bergischen eine hochspezialisierte Zulieferindustrie (Herstellung von Maschinenteilen, Werkzeugen etc.). Aus diesen Verflechtungen resultierte eine starke Abhängigkeit von der Entwicklung der Schwerindustrie und damit die besondere Krisenanfälligkeit des bergischen Wirtschaftsraumes (20). Bei dem sehr arbeitsintensiven Charakter der bergischen Industrie gab es in den Krisenjahren der Weimarer Republik und auch 1949/50 eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit (21). Diese Krisenanfälligkeit wird noch verstärkt durch die ausgeprägte Orientierung der bergischen Industrie auf den Export. Seit jeher haben die Erzeugnisse aus dem Bergischen auf Grund ihrer hohen Qualität einen guten Ruf im Ausland: "Barmer Artikel" und "me fecit Solingen" sind als Markenzeichen weltbekannt. So wurden vor dem Krieg ca. 50 - 60 % der Gesamtproduktion exportiert (22).

Die historischen Besonderheiten des bergischen Wirtschaftsraumes bedingen eine spezifische Arbeitskräftestruktur, die sich zwar im Laufe der Jahrhunderte wandelte, deren typische Merkmale aber bis heute erhalten sind (23). Die bergische Industrie ist äußerst arbeitsintensiv und erfordert aufgrund der Kompliziertheit der Arbeitsvorgänge eine große Anzahl hochqualifizierter Arbeiter. Insbesondere in der metallverarbeitenden Industrie ist der Anteil an Facharbeitern überdurchschnittlich hoch. Herrschte allgemein ein Mangel an Arbeitskräften, so war dies für die bergische Industrie besonders spürbar. Besonders drastisch war dies in der Aufbauphase nach dem 2. Weltkrieg zu beobachten. Dies widerspricht nur scheinbar der vorher gemachten Feststellung, daß in den Krisenjahren das Problem der Arbeitslosigkeit im Bergischen sehr hoch war, weist es doch nur einmal mehr auf die enge Verknüpfung der bergischen Industrie mit der allgemeinen Absatzlage wie mit der Schwerindustrie im Ruhrgebiet hin.

Aus dem speziellen Verlauf der Industrialisierung, der handwerklich strukturierten industriellen Organisationsformen, die lange vorherrschten, läßt sich der verhältnismäßig hohe Anteil der Heimarbeit erklären.

In der Textilindustrie, wo sich Mechanisierung und Industrialisierung im 19. Jh. beschleunigt durchgesetzt hatten, stellten die Heimarbeiter eine Schicht von unterbezahlten, gering organisierten Arbeitskräften mit einem hohen Anteil von Frauen dar. Die Schicht der Heimarbeiter in der metallverarbeitenden Industrie, insbesondere in Solingen und Remscheid, behielt recht lang ihre handwerklich strukturierte Eigenständigkeit. Die Ursache hierfür

ist in einer Besonderheit der industriellen Entwicklung zu finden: In Solingen und Remscheid entstand im 19. Jh. für lange Zeit ein Verlagssystem. In Remscheid waren es die Feilenhauer und in Solingen die Schleifer, die ihre Selbständigkeit behielten und verlagsmäßig, d. h. im Auftrag von Industrieunternehmen, in ihren Kotten mit eigenen Produktionsmitteln arbeiteten. Schleifer und Feilenhauer waren die "angesehensten" Berufe, ihre Werkstätten gingen auf die Söhne über, die Berufsgeheimnisse wurden in der Familie bewahrt. In Solingen blieben die Schleifer besonders lange selbständig: noch 1922 beschäftigte das Zwillingswerk I. A. Henckel, das bekannteste und größte Industrieunternehmen Solingens, 1006 Industriearbeiter und ebensoviele "Heimarbeiter". Die Solinger Schleifer zählten zu den privilegiertesten Arbeitern überhaupt. Sie waren zu mehr als 90 % organisiert, allerdings nicht im DMV wie die Industriearbeiter, sondern in ihrem eigenen Verband, dem "Industriearbeiterverband". Die "Fachvereine" der Heimarbeiter waren vor der gewerkschaftlichen Organisierung der Industriearbeiter entstanden, sie betrieben, nach Ansicht des DMV, eine an zünftlerischem Bewußtsein orientierte Politik. Ihre Hauptforderungen waren feste Preisverzeichnisse, d. h. Tarifverträge, für die Heimarbeiter sowie der Ausbau eines Schlichtungswesens. Beide Ziele konnten sie durchsetzen. Trotz der Rivalität zwischen beiden Verbänden entwickelte sich im 20. Jh. eine praktische Zusammenarbeit; dabei profitierten einerseits die Industriearbeiter von der ausgesprochen starken Position der Schleifer, die - da sie nicht ersetzbar waren - stets hohe Lohnforderungen stellten konnten, andererseits brauchten die Schleifer in ihren Kämpfen die Unterstützung der Industriearbeiter. Ihre Stellung im Produktionsprozeß war entscheidend dafür, daß die Schleifer bis 1926 an einem eigenen Verband festhielten, der "Verbandsimperialismus" des DMV mag hier eher noch verstärkend gewirkt haben (vgl. 75 Jahre Industriegewerkschaft 1966, 95ff.).

In Remscheid setzte die Umstrukturierung der Arbeiterklasse sehr viel früher ein (24): Die ersten Feilenhaumaschinen wurden Ende des 19. Jhd. eingeführt, bereits vor dem 1. Weltkrieg waren die meisten Feilenhauer "onger de Klocke" (unter die Fabrikglocke) gezwungen worden. Allerdings wurde die Situation der Lohnarbeiter noch durch ein weitgehend patriarchalisches Verhältnis der Unternehmer zu den Arbeitern bestimmt, was wohl verhinderte, daß die Fabrikarbeiter bewußtseinsmäßig ihre neue Lage vollständig erfaßten. Entsprechend allmählich und schrittweise vollzog sich die Umwandlung der lokalen Organisation des Feilenhauer-Vereins zur Gewerkschaft. Zwar wurde bereits 1886 ein Ortsverein der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaft gegründet (diese fiel nicht un-

ter das Sozialistengesetz), und 1887 löste sich der Feilenhauer-Verein zugunsten des DMV zunächst auf, doch war dieser Schritt offenbar voreilig: Bereits im folgenden Jahr wurde er wiedergegründet! Anders als in Solingen gab es keine ernsthaften Auseinandersetzungen zwischen Zentralisten und Lokalisten: 1908 integrierte sich der Remscheider Feilenhauer-Verein endgültig in den DMV. Allerdings scheint die besondere Tradition der Remscheider Feilenhauer noch lange nachzuwirken (wohl auch aufgrund ihrer privilegierten Stellung im Produktionsprozeß); 1949 erkämpften die Feilenhauer für Remscheid einen gesonderten Tarif, der über den von der IG-Metall ausgehandelten hinausging (vgl. Kap. 10.).

Insgesamt ist festzuhalten, daß die Position der Arbeiter in der metallverarbeitenden Industrie im Bergischen sehr stark war: hochqualifizierte Arbeiter, die im Arbeitsprozeß nicht leicht zu ersetzen und die gut organisiert waren, standen einem zersplitterten Unternehmertum gegenüber (25). Hieraus resultierte ein ausgeprägtes Selbstbewußtsein der bergischen Arbeiterschaft in der Metallindustrie. In der Textilindustrie wirkte sich die Spaltung zwischen Heimarbeitern und Industriearbeitern sehr viel negativer aus, zumal sich Zentralisierung und Monopolisierung eher durchsetzten, so daß den Arbeitern gut organisierte Unternehmer gegenüberstanden.

Zur Tradition der Arbeiterbewegung im Bergischen Land

Seit den Anfängen einer organisierten deutschen Arbeiterbewegung in der Mitte des 19. Jh. zählt das Bergische Land zu ihren Hochburgen. Der aus Wuppertal gebürtige Friedrich Engels organisierte in seiner Heimat Arbeitervereine. Auch Ferdinand Lassalle war mehrere Jahre lang im Düsseldorfer und bergischen Raum tätig. 1866 wurde im Wuppertaler Wahlkreis der erste sozialdemokratische Abgeordnete, Johann Baptist von Schweitzer, in den Reichstag des Norddeutschen Bundes gewählt. Im Jahre 1894 zählten die Ortsvereine Barmen mit 529 Mitgliedern, Ronsdorf (Stadtteil von Wuppertal) mit 523 Mitgliedern und Solingen mit 500 Mitgliedern zu den stärksten des ADAV (Angaben nach Dowe 1974, 70). Parallel zu den Anfängen einer sozialistischen Arbeiterbewegung entwickelten sich insbesondere in Wuppertal anarchistisch sowie religiös geprägte Sozialbewegungen (26). Der wegen anarchistischer Tendenzen aus der SPD ausgeschlossene Reichstagsabgeordnete Wilhelm Hasselmann stammte ebenso aus Wuppertal wie die anarchistische Gruppe, die für das gescheiterte Attentat auf den Kaiser am Niederwalddenkmal verantwortlich war. Diese Tradition setzte sich innerhalb der Arbeiterbewegung bis zu den Anarchosyndikalisten der FAUD in der Weimarer Zeit fort, zu deren Zentren neben Duisburg auch Wuppertal zählte (zur FAUD vgl. Bock 1969).

Die Polarisierung innerhalb der traditionellen Arbeiterbewegung, die im 1. Weltkrieg zur Spaltung führte, hatte sich im Bergischen im sog. "Solinger Streit", der die Parteitage der SPD 1892 - 1898 beschäftigte, angekündigt (Stolle 1980, 133-137; Wünderich 1980, 24-25). In dieser Auseinandersetzung vertrat ein Teil jüngerer Industriearbeiter den Standpunkt, daß die Gewerkschaft an die Partei gebunden sein sollte. Die "Heimarbeiter" hingegen lehnten den Anschluß der Fachvereine an den DMV ab, und traten mehrheitlich für von der SPD unabhängige Gewerkschaften ein. Während dieser jahrelangen Auseinandersetzung wurde die Parteizeitung "Arbeiterstimme" zum Sprachrohr der zweiten Gruppe. Während des Krieges erhielt die Polarisierung andere Vorzeichen, z. T. setzte sie sich auch innerhalb der USPD fort. Bezeichnenderweise konnte die "Arbeiterstimme" von den Unabhängigen gehalten werden, ein Zeichen für deren Stärke im Bezirk (27). Die MSPD geriet in Solingen und Remscheid in eine Minderheitsposition. In Wuppertal hingegen war die MSPD zwar der USPD unterlegen, blieb aber im Vergleich zu den beiden anderen Städten stärker. Auch die beiden politischen Strömungen innerhalb der USPD lassen sich im Bergischen geographisch zuordnen: In Solingen und Remscheid überwog die radikale, in Wuppertal die gemäßigte Richtung.

Bereits in der Novemberrevolution wurde diese politische Differenz offensichtlich. In Wuppertal bildeten Unabhängige und Sozialdemokraten gemeinsam den Arbeiter- und Soldatenrat, der insgesamt eine gemäßigte Politik vertrat (vgl. Knies 1975). In Remscheid hingegen war dieser sowohl aufgrund seiner Politik wie seiner Programmatik den radikalen Räten zuzurechnen; hier spielte Otto Braß, einer der profiliertesten Führer der Linken in der USPD, eine führende Rolle (28). Während der Kämpfe gegen die Freiwilligenheere in den Tagen des Kapp-Putsches taten sich die bergischen Arbeiter besonders hervor. Die Kämpfe um Remscheid, in deren Verlauf es den Arbeitern gelang, die Truppen des Majors Gaertner zu vertreiben, waren ein großer Sieg der Arbeiter im Ruhrgebiet (Lucas 1970, 256-263; Eliasberg 1974, 90-91). Die Erfahrungen des gemeinsamen Kampfes von radikalen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern dürfte in der Erinnerung der Arbeiter haften geblieben sein und lange Zeit ihr Bewußtsein geprägt haben.

Nach dem Vereinigungsparteitag mit der USPD konnte die KPD einen deutlichen Vorsprung gegenüber der SPD halten. Die Solinger KPD blieb sehr lange eine Bastion der Rechten, während Remscheid und auch Wuppertal sehr viel früher unter die Führung der Linken gerieten. Dies dürfte in der besonderen Solinger Situation begründet sein: Zum einen die lange gewerkschaftliche Erfahrung der Solinger Arbeiter - der DMV hatte in Solingen 1905 bereits 2000 Mitglieder, in Remscheid zur gleichen Zeit nur 668 -, zum anderen die besonders günstigen Voraussetzungen für einen gewerkschaftlichen Kampf. Genannt wurden bisher die ausgesprochen starke Position der hochqualifizierten Industriearbeiter, insbesondere der Schleifer, und die Zersplitterung der Unternehmer (noch waren die vielen kleinen Familienunternehmen typisch für die industrielle Struktur Solingens). Hinzu kamen aber m. E. noch andere, mehr psychologische Faktoren. Viele Unternehmer in Solingen entstammten Familien, die noch in der vorherigen Generation lediglich einen Kotten besaßen, d. h. ihre Lebensumstände waren identisch gewesen mit denen der nunmehr in ihren Betrieben beschäftigten Arbeitern. Unter Umständen waren ihre Väter noch in der Arbeiterbewegung organisiert gewesen. Das sehr frühe Schlichtungswesen in Solingen - 1875 entstand die erste Vergleichskammer - deutet ebenfalls auf die oben genannte Kompromißbereitschaft der Unternehmer hin (Rosenthal o. J. 1960?).

Diese speziellen Verhältnisse prägten die Arbeiterbewegung in Solingen. Selbst in der Krise 1925/26, von der die örtliche Metallindustrie sehr schwer betroffen war und in deren Verlauf zahlreiche kleine Betriebe Konkurs anmelden mußten, hielten die Solinger Kommunisten in der Mehrzahl zunächst an einer traditionellen Gewerkschaftsarbeit fest. Die Linken setzten sich in Solingen erst nach langen Auseinandersetzungen durch. Nach der Abspaltung der rechten Fraktion um Brandler und Thalheimer und der Gründung der KPO schloß sich ein relativ großer Kern der neuen Partei in Solingen an (29). Diese Erfahrungen einer selbstbewußten und aufgrund ihrer Stellung im Produktionsprozeß privilegierten Industriearbeiterschicht prägten die Organisationsgeschichte der Arbeiterbewegung (30). Ihre aktiven Mitglieder waren kaum bereit, sich kritiklos den Führungen unterzuordnen, wie die Geschichte der Weimarer Republik erneut zeigte. So konnte die Linke in der Solinger KP sich erst nach langen Auseinandersetzungen durchsetzen - Solingen wurde dann Hochburg der KPO.

Festzuhalten ist, daß die Wirtschaftsgeographie des Bergischen eine politische Differenzierung widerspiegelt. In Wuppertal, dem Zentrum der Textilindustrie, war die reformistische Strömung stärker, in Solingen und Remscheid, den Zentren der metallverarbeitenden Industrie, stellten die hochqualifizierten Industriearbeiter den Kern einer militanten und radikaleren Strömung. In der Weimarer Zeit wurde diese Orientierung eher verschärft: auch die Industriearbeiter waren in den Zwanziger Jahren von Dequalifizierung, Rationalisierung und Arbeitslosigkeit bedroht.

SPD und KPD in den Reichstagswahlen 1930-1933 (31)

Die Wahlergebnisse Ende der Weimarer Republik (32) dokumentieren eindeutig, daß das Bergische insgesamt zu den Hochburgen der Arbeiterbewegung zählte und daß in Remscheid und Solingen die KPD dominant war. Bei den Reichstagswahlen am 14. September 1930 lag der Anteil der KP-Stimmen in Solingen um 27, 6 %, in Remscheid um 22 % und sogar in Wuppertal um 9, 5 % höher als im Reichsdurchschnitt. In Solingen und Remscheid war die SPD demgegenüber eine "Minderheitenpartei" und lag um mehr als die Hälfte der Stimmen unter denen im Reich, in Wuppertal waren es nur 8, 4 % weniger. Betrachtet man den Stimmenanteil beider Arbeiterparteien, so entspricht das Wuppertaler Ergebnis in etwa dem Reichsdurchschnitt (41, 1 %), Remscheid und Solingen lagen mit einem Gesamtanteil von 44, 2 % und 55, 6 % um 6, 6 % bzw. sogar um 12 % höher. Diese Relationen im Vergleich zum Reich blieben in etwa bis 1933 erhalten: Bei den letzten Wahlen in der Weimarer Republik errangen SPD und KPD im Vergleich zum Reich in Wuppertal 3 % mehr Stimmen, in Remscheid 5, 4 % und in Solingen sogar 18, 6 % mehr (33). Dieser höhere Stimmenanteil der Arbeiterparteien ging aber nicht generell zuungunsten der NSDAP-Stimmen: In Wuppertal lag deren Stimmenanteil 1930 um 4, 5 % und 1933 um 1, 7 %, in Remscheid 1930 7, 9 % und 1933 0, 6 % höher als im Reichsdurchschnitt. Eine Ausnahme stellte Solingen dar; hier - wo die Arbeiterparteien den größten Stimmenanteil in Relation zum Reich erhielten - lagen die Stimmen der NSDAP 1930 um 2 % und 1933 um 4 % darunter. Deren Stimmengewinne gingen vor allem im Bergischen auf Kosten der bürgerlichen Parteien, insbesondere der kleineren Splittergruppen. Auffällig ist, daß das Zentrum in Remscheid fast 4 % der Stimmen verlor, während es in Solingen und Wuppertal stabil blieb. Die Verluste von SPD und KPD blieben 1933 relativ gering, obwohl zu berücksichtigen ist, daß diese Wahlen schon geprägt waren von Terrormaßnahmen gegen die Arbeiterbewegung. Im Bergischen deuten die Wahlergebnisse auf eine schärfere Polarisierung zwischen der extremen Rechten und der Linken hin, wobei bemerkenswert ist, daß in Solingen die Arbeiterparteien

selbst 1933 mehr Stimmen als die NSDAP hatten, daß von 1930 an dieser Vorsprung jedoch stetig sank. Auch in Remscheid konnte die NSDAP erst 1933 mehr Stimmen als SPD und KPD zusammen erringen, in Wuppertal hingegen hatte sie bereits in den Reichstagswahlen vom Juli 1932 5 % mehr als die Arbeiterparteien zusammen. Im November 1932, als der Vormarsch der NSDAP zunächst gestoppt zu sein schien, erlitt die NSDAP auch in Wuppertal sehr viel größere Verluste als im Reich, nämlich 9, 5 % im Vergleich zu 4, 2 % (34).

Insgesamt zeigen die Wahlergebnisse sehr deutlich, daß es der NSDAP zumindest in einer Hochburg der Arbeiterbewegung, wie im Bergischen Land, nicht gelang, einen nennenswerten Einfluß auf die Arbeiterklasse zu erringen. Bemerkenswert sind hier insbesondere die Solinger Ergebnisse: Obgleich in Solingen die Arbeitslosigkeit in den Krisenjahren der Weimarer Republik besonders noch war (35), blieb das Wählerreservoir sowohl der KPD wie der SPD stabil. Zugleich aber zeigen die Ergebnisse, daß es den Arbeiterparteien nicht gelang, in den Krisenjahren ihren Einfluß zu vergrößern (Milatz 1960, 792).

Reichstagswahlen in Wuppertal (36)

	14. 9. 1930	31. 7. 1932	8. 11. 1932	5. 3. 1933
NSDAP	23 %	42, 6 %	33, 1 %	45, 6 %
SPD	16, 1 %	15, 3 %	13, 6 %	13, 6 %
KPD	22, 6 %	22, 4 %	23, 1 %	20 %
DNVP	7 %	5, 6 %	8, 6 %	7, 7 %
DVP	4 %	1 %	1, 6 %	1, 2 %
Ztrm	9, 6 %	10 %	9, 3 %	9, 6 %
Sonst.	17, 7 %	3 %	10, 6 %	2, 3 %

Reichstagswahlen in Remscheid (37)

	14. 9. 1930	31. 7. 1932	8. 11. 1932	5. 3. 1933
NSDAP	40, 7 %	39, 2 %	34, 6 %	44, 5 %
SPD	7, 4 %	7, 2 %	7, 5 %	6, 2 %
KPD	34, 7 %	33, 4 %	37, 5 %	29, 8 %
DNVP	5, 3 %	5, 1 %	6, 7 %	6, 6 %
DVP	2, 5 %	2, 4 %	4, 1 %	2, 7 %
Ztrm	8 %	7, 7 %	7, 7 %	7, 6 %
Sonst.	1, 4 %	5, 1 %	2, 4 %	3, 1 %

Reichstagswahlen in Solingen (38)

	14. 9. 1930	31. 7. 1932	8. 11. 1932	5. 3. 1933
NSDAP	16, 2 %	33, 9 %	30, 1 %	39, 3 %
SPD	11 %	9, 5 %	9, 4 %	8, 9 %
KPD	40, 6 %	39, 3 %	41, 4 %	35, 9 %
DNVP	3 %	3, 4 %	3, 5 %	4, 1 %
DVP	4, 7 %	1, 1 %	2, 8 %	1, 8 %
Ztrm	8, 5 %	8, 8 %	8, 9 %	8, 3 %
Sonst.	16, 2 %	4 %	3, 9 %	1, 7 %

Die Reichstagswahlen 1933 hatten bereits unter den Zeichen des Terrors gestanden, der sich insbesondere gegen die KPD (vgl. Kap. 2. 3) gerichtet hatte. Zum Zeitpunkt der Kommunalwahlen waren die örtlichen Führungsspitzen aller Organisationen der Arbeiterbewegung zum großen Teil verhaftet, die Organisationen selbst schon im Auflösungsprozeß begriffen. Umso höher ist zu bewerten, daß im Bergischen SPD wie KPD nur relativ geringe Verluste (39) hinnehmen mußten, in Solingen hatte die SPD ihre größte Einbuße mit 10 %, in Wuppertal hingegen nur mit 0, 16 %. In Wuppertal und Remscheid lagen die Stimmenanteile beider Arbeiterparteien nur um 10 % unter denen der NSDAP, in Solingen nur um 2 %. Es ist zu vermuten, daß in Solingen, der Hochburg der KPD im Bergischen, die Repression gegen die Kommunisten von Anfang an besonders stark war, so daß in den Kommunalwahlen viele kommunistische Wähler zu Hause blieben. Insgesamt blieb das Wählerreservoir der Arbeiterparteien erstaunlich stabil.

Kommunalwahlen (40)

	1928/29			1933		
	Wpt	Rs	Sol	Wpt	Rs	Sol
NSDAP	2, 7%	1, 8%	1, 8%	46, 6%	42, 9%	42, 1%
SPD	22, 1%	10, 6%	14, 2%	14 %	5, 8%	9, 8%
KPD	16, 1%	31 %	41, 1%	15, 9%	26, 1%	31, 6%
DNVP	15, 1%	5, 3%)		0, 9%	4, 7%	4, 3%
DVP	8, 6%	16, 1%)	-32, 4%	8, 9%	3, 8%	2, 6%
Ztrm	12, 3%	8, 7%)		10, 3%	7, 8%	8, 4%
Sonst.	24, 1%	26, 2%	10, 5%	3, 4%	8, 9%	2, 3%

Zur Politik der Arbeiterorganisationen vor 1933

Überall im Deutschen Reich vollzog sich der Sieg des Faschismus ohne offenen Widerstand der Arbeiterklasse, die als einzige gesell-

schaftliche Kraft in der Lage gewesen wäre, diesen Sieg zu verhindern. Im Bergischen Land, wo die Arbeiter in vielen Kämpfen erfahren, in hoher Anzahl organisiert und auch unter der heftigen Krise ihren Organisationen treu geblieben waren, schienen beim Machtantritt der NSDAP die Gegenkräfte wie gelähmt zu sein. Das faschistische Regime sah sehr klar, daß in der Arbeiterklasse der eigentliche Gegner seiner Herrschaft zu suchen war und antwortete mit der Zerschlagung ihrer Organisationen und der Atomisierung der Arbeiterklasse. D. h. aber auch, daß die Arbeiterparteien in einer besonderen Weise die Verantwortung für den Sieg des Faschismus zu tragen haben (abgesehen einmal von den Kräften, die die faschistische Bewegung aktiv unterstützt haben).

Diese Verantwortung wird indes heute weder von der SPD noch von der KPD (DKP/SED) (41) eingestanden. Die These, daß die Weimarer Republik von linken und rechten Kräften zerrieben worden sei, eine Behauptung, die in dieser Form auch von der sozialdemokratisch orientierten Geschichtsschreibung unterstützt wird (42), enthebt ihre Vertreter jedoch nicht der Frage, wie denn der Aufstieg des Faschismus in Deutschland zu verhindern gewesen wäre, wo Gegenkräfte mobilisierbar gewesen wären. Berücksichtigt man die Ergebnisse neuerer Forschungen zur Sozialgeschichte des Dritten Reiches, insbesondere die verdienstvolle Arbeit von Timothy Mason (1975), so erhärtet diese die These, daß es dem Faschismus trotz Terror, trotz sozialer Ideologie und Propaganda nicht gelang, die Arbeiterklasse für sich zu gewinnen. So stellt sich erneut die Frage nach den Möglichkeiten einer alternativen Politik und damit nach einer kritischen Beleuchtung der Strategie der traditionellen Arbeiterbewegung (43).

Zur Politik der KPD (vgl. Bahne 1960, 1965 u. 1976; Weber 1969; Duhnke 1972).

Die KPD wertete den Nationalsozialismus als eine Strömung innerhalb der Bourgeoisie, die die Interessen einer Kapitalfraktion vertrete. Der Faschismus in Deutschland verfügte aber über eine eigene Massenbasis und besaß als kleinbürgerliche Bewegung eine gewisse Eigenständigkeit. Dies wurde von der KPD-Führung weitgehend ignoriert. Des weiteren unterblieb eine klare Abgrenzung der faschistischen Bewegung zu den autoritären Präsidialregierungen Brüning und Papen. Überdies war die KPD-Führung der Meinung, daß es in Deutschland - im Gegensatz zu Italien - nicht im Interesse der Bourgeoisie liege, die Regierungsgewalt an die NSDAP zu delegieren. Eine Begründung für die Sozialfaschismustheorie, die die SPD als "Zwillingsbruder des Nationalsozialismus" einstufte, war, daß nach Meinung der Komintern und der KP-Führung der Nationalsozialismus in den gleichen kleinbürgerlichen

Schichten wie die SPD Fuß fasse. Nach den blutigen Auseinandersetzungen am 1. Mai 1929 in Berlin (44) und dem 12. Parteitag der KPD (Juni 1929) richtete sich der Hauptkampf der Kommunistischen Partei gegen die SPD. Die wichtigste Aufgabe der Partei war es nunmehr, die sozialdemokratischen Arbeiter der Kontrolle ihrer Führung zu entziehen und für die KPD zu gewinnen. Taktisches Instrument zur Bekämpfung des Sozialfaschismus war die Forderung der KPD nach "Einheitsfront von unten", d. h. die Reduzierung des Einheitsfrontbegriffes zu bloßer Propaganda und zum Mittel rein quantitativer Stärkung der KP. Damit eng verbunden war die ultralinke Gewerkschaftstaktik, die Proklamierung des Aufbaus roter Gewerkschaften.

Die immer offensivere Verfolgung dieser sog. RGO-Taktik mußte notwendigerweise zur "Spaltung der reformistischen Gewerkschaften" führen. Seit etwa 1929 ging die KPD dazu über, eigene "rote" Gewerkschaften aufzubauen. Ergebnis war, daß die Gewerkschaften insgesamt gerade in der Krise noch mehr geschwächt wurden und die Kommunisten nahezu allen Einfluß in den "reformistischen" Gewerkschaften verloren. In der gleichen Phase wurden die Angehörigen der "rechten" Opposition aus der KPD ausgeschlossen. Damit war der Prozeß der "Stalinisierung" der Partei abgeschlossen (45), die deutsche kommunistische Partei hatte jede eigenständige Politik aufgegeben. Selbst nach der Machtergreifung und den ersten Verhaftungswellen, die die KP schwer trafen, bestätigte die Kommunistische Internationale dem Zentralkomitee der KPD, daß es einen richtigen Kurs verfolgt und die Sozialdemokratie allein den Sieg des Faschismus zu verantworten habe (46).

- Zur Politik von SPD und Gewerkschaften

Die Sozialdemokratische Partei war während der Weimarer Republik immer mehr in die Rolle einer "staatstragenden Partei" hineingewachsen. Sie verfolgte ihre politischen Ziele im Rahmen und auf dem Boden der Gesetze der Weimarer Republik und behielt dieses Ziel auch zu einem Zeitpunkt bei, als diese Spielregeln von den Gegnern der Republik längst nicht mehr akzeptiert wurden (Matthias 1956; Grebing 1978). So konzentrierte die SPD sich in der Auseinandersetzung mit der NSDAP hauptsächlich auf Agitation und Propaganda zu den jeweils bevorstehenden Wahlen (Hebel-Kunze 1977, 63ff.). Evolutionistisches und legalistisches Denken, enge Verknüpfung von Partei- und Staatsapparat waren Ursache dafür, daß die Parteiführung offenbar das tatsächliche Ausmaß der faschi-

stischen Gefahr nicht erkannte und nicht bereit war, die sozialdemokratischen Organisationen in einen Kampf zu führen, der notwenigerweise über den traditionellen Rahmen sozialdemokratischer Politik hinausgegangen wäre. Darüberhinaus hätte ein solcher Kampf die Partei in die Illegalität führen können und somit die Organisation als solche gefährdet. Das Ziel der Führung jedoch war es, diese um jeden Preis zu erhalten. Dabei scheint die Gefahr bestanden zu haben, daß die eigene Basis sich von der Führung immer mehr entfernte. So war beim Staatsstreich in Preußen der Wille zum bewaffneten Kampf, insbesondere innerhalb des Reichsbanners (47), vorhanden, doch der Parteivorstand hielt weiterhin am Legalitätsprinzip fest. Wie Erich Matthias schildert, wartete zumindest in Berlin, Magdeburg und Frankfurt die Mehrheit der Mitglieder der SPD, v. a. die Angehörigen des Reichsbanners, am 20. Juli 1932 nur auf den Kampfbefehl der Parteispitze. Matthias sieht in dem Versäumnis der Parteiführung, an diesem Tage den Widerstand zu wagen, eine wesentliche Ursache für den Sieg des Faschismus, da zu diesem Zeitpunkt ein Kampfbündnis zwischen Sozialdemokraten, Kommunisten und demokratischen Kräften hätte geschaffen werden können.

> "Erst die Resignation der Sozialdemokratie und die offene Demonstration ihres fehlenden Machtwillens am 20. Juli 1932 schalteten die Partei als ernstzunehmenden politischen Faktor aus. Dabei ist es charakteristisch für die Mentalität der sozialdemokratischen Führerschaft, daß auch die heimliche Furcht vor den Konsequenzen eines unwahrscheinlichen Sieges dazu beigetragen haben dürfte, ihre Entschlußfähigkeit zu besiegeln" (Matthias 1960, 254).

Mit welchen Illusionen der sozialdemokratische Parteivorstand dem faschistischen Regime gegenüberstand, charakterisiert der Kommentar der Abendausgabe des Vorwärts zum 30. Januar 1933 treffend:

> "Gegenüber dieser Regierung der Staatsstreichdrohung stellt sich die Sozialdemokratie und die ganze Eiserne Front auf den Boden der Verfassung und der Gesetzlichkeit" (zit. nach Matthias 1968, 264).

Zumindest Teile des Parteivorstandes waren durchaus zu einer "Politik der loyalen Opposition" bereit. Man meinte offenbar, durch praktisch-politische Konzessionen, wie z. B. die Zustimmung der SPD-Reichstagsfraktion zur außenpolitischen Erklärung Hitlers am 17. Mai 1933, noch das Ärgste abwenden zu können. Die Folge dieser Politik war die Desorientierung der Mehrheit der sozialdemo-

kratischen Mitglieder, so daß auf den unteren Ebenen die Partei bereits im März/April aufhörte zu existieren (Hebel-Kunze 1977, 100ff.). Damit war der Widerstandswille der Mitglieder zunächst paralysiert, und die sozialdemokratischen Parteigliederungen waren für eine Phase der Illegalität völlig unvorbereitet (48).

Die Gewerkschaftsführung (ADGB) ging in wesentlichen Fragen der Einschätzung des Faschismus mit der Sozialdemokratie konform (Schumann 1968, 53-61). Aufgrund der Weltwirtschaftskrise und der Massenarbeitslosigkeit beschränkten sich die Gewerkschaften auf eine zudem inkonsequente Defensive. Die Tatsache, daß die Arbeiter, insbesondere die Erwerbslosen, enttäuscht von der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Hinhaltetaktik, sich radikalisierten, die Erfolge der KPD- insbesondere bei den Erwerbslosen (49) -, dies alles führte zu keiner Wandlung der Politik der Gewerkschaftsführung. Noch mehr als die SPD glaubte der ADGB durch unbedingtes Festhalten an der Legalität die Organisation retten zu können. Noch am 20. März 1933 versicherte der Vorsitzende des ADGB, Theodor Leipart, der Hitler-Regierung, daß die Gewerkschaften sich unbedingt loyal zum nationalsozialistischen Staat verhalten würden. Um den Preis der Erhaltung der Organisation versprach Leipart der NSDAP, daß die Gewerkschaften sich von der SPD lösen würden. Von hier bis zur Zustimmung und Beteiligung der Gewerkschaften am 1. Mai als "gesetzlichem Feiertag der nationalen Arbeit" war es dann nur noch ein kleiner Schritt (Matthias 1956, 272).

Arbeiterbewegung und Nationalsozialismus im Bergischen vor der Machtergreifung

Wie sich in der Geschichte der Arbeiterbewegung im Bergischen vor dem Sieg des Faschismus zeigte, war zumindest vor der ultralinken Wende der KPD eine Zusammenarbeit bei Sozialdemokraten und Kommunisten im kommunalen Rahmen bei bestimmten Voraussetzungen möglich. Dies dürfte u. a. auch darin begründet gewesen sein, daß die Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialisten und Arbeiterorganisationen im Bergischen besonders heftig waren. Diese Bereitschaft zur Kooperation wurde nach den Kommunalwahlen 1928 in Solingen besonders offensichtlich. Hieraus war die KPD als stärkste Partei hervorgegangen. Da die bürgerlichen Parteien sich zu einem Block zusammengeschlossen hatten, bestand nach der Wahl im Stadtparlament ein Stimmenpatt zwischen der kommunistischen Fraktion und dem Bürgerblock (50). Die sozialdemokra-

tische Fraktion gab so bei der ersten Handlung des gewählten Stadtparlaments, der Wahl des Oberbürgermeisters, den Ausschlag. Nach offenbar sehr heftigen internen Auseinandersetzungen entschloß sich die Solinger SPD, den kommunistischen Kandidaten, Hermann Weber, gegen den Bürgerblock zu unterstützen. Dieser Entscheidung waren auch Verhandlungen mit den bürgerlichen Parteien vorausgegangen. Gegen die Wahlentscheidung machte der preußische Innenminister, Albert Grzesinski, von seinem Vetorecht Gebrauch. Er verweigerte Weber die Bestätigung, da dieser wegen Beleidigung des Regierungspräsidenten vorbestraft sei. Es kam zu Neuwahlen, in denen die sozialdemokratische Fraktion wiederum den Kandidaten der KPD, Weber, unterstützte. Grzesinski erklärte die Wahl (51) mit der Begründung für ungültig, daß Weber nicht geeignet sei, Oberbürgermeister zu werden, und setzte an seine Stelle einen kommissarischen Oberbürgermeister ein, den Sozialdemokraten Josef Brisch (52). Zur Beurteilung der Haltung der SPD-Fraktion reicht es m. E. nicht aus, wenn Wünderich dies als 'abgekartetes' Spiel der Parteiführung in Solingen und des Bezirksvorstandes Niederrhein wertet, die alles daran setzten, für die SPD in Solingen den Posten des Oberbürgermeisters zu sichern (Wünderich 1980, 101-106). Dies erklärt nicht, daß trotz der scharfen gegenseitigen Angriffe die Unterstützung Webers politisch durchsetzbar war in der Fraktion. Wünderich stellt selbst fest, daß der sozialdemokratische Ortsverein in Solingen dem linken Flügel in der SPD zuzurechnen war (53), so daß sicherlich eine Mehrheit der Partei bereitwillig vom Kurs des Nachgebens gegenüber den bürgerlichen Parteien abrückte und die Zusammenarbeit mit der KPD befürwortete. Grundlage des Bündnisses war die gemeinsame Ablehnung der Listenverbindung der bürgerlichen Parteien. Die Einsetzung von Brisch bedeutete somit eine Desavouierung des politischen Willens weiter Teile der SPD. Offenbar hatte in Solingen die gemeinsame Frontstellung der Arbeiterparteien gegenüber den Listenverbindungen der bürgerlichen Parteien die Grundlage für ein Bündnis gegeben.

Zudem existierte im Bergischen schon Anfang der Zwanziger Jahre eine starke Gruppe der NSDAP. Die Nationalsozialisten hatten bereits im Jahre 1923, dem Jahr des Kampfes gegen die Ruhrbesetzung, in Elberfeld (Wuppertal) Fuß fassen können (Böhncke 1974, 59ff. u. 72ff.). Von dieser starken Gruppe in Elberfeld ging die Organisierung der nationalsozialistischen Bewegung des Ruhrgebietes mit aus: unter der Geschäftsführung von Josef Goebbels, der bis zum Herbst 1926 in Elberfeld blieb, wurde Wuppertal Sitz des Ruhr-Gaus. Später wurde das Bergische Land dem Gau Rheinland-Nord zugeschlagen. Die NSDAP im Ruhrgebiet und im Bergi-

schen zählte zum "linken" Flügel der Partei, als dessen Exponenten die Brüder Otto und Gregor Strasser galten. Mit Goebbels' Wechsel zum Hitler-Flügel und der Ablösung Karl Kaufmanns als Leiter des Ruhr-Gaus im Jahre 1929 endete die Periode der relativen Selbständigkeit der Bezirke, und die alleinige Führerposition Hitlers innerhalb der NSDAP war nunmehr unangetastet (vgl. Hüttenberger 1969, 26ff.).

Obgleich die NSDAP im Ruhrgebiet von Anfang an versuchte, sich als "Arbeiterpartei" zu profilieren, blieben doch die Mittelschichten ihre Basis. Selbst unter den Erwerbslosen faßte sie im Vergleich zur KPD nur mühsam Fuß. Offenbar spielte hierbei auch die traditionelle Verankerung der KPD eine gewisse Rolle. Bei einem überdurchschnittlich hohen Industriearbeiteranteil und einer überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit (54) lag der Stimmenanteil der NSDAP bei den Wahlen unter dem Reichsdurchschnitt, der Stimmenanteil der Kommunisten hingegen lag darüber (vgl. Kap. 1. 3). Dies wird weiter erhärtet durch die Untersuchung von Böhnke, der für das Ruhrgebiet feststellt, daß die NSDAP hier zwar mehr Arbeitermitglieder als in anderen Gebieten hatte, diese Gruppe aber bezogen auf den Gesamtanteil der Industriearbeiter an der Bevölkerung gering blieb (Böhnke 1974, 195-202).

In den Auseinandersetzungen kurz vor dem Sieg des Faschismus machten sich an der Basis Bestrebungen bemerkbar, die der offiziellen Politik der Führungen entgegenliefen und z. T. die oben geschilderte Politik einer praktischen Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten fortsetzten (55). Obgleich sich letztlich doch der Kurs der Parteiführung durchsetzte, kam es - wohl nicht zuletzt aufgrund der konkreten Erfahrungen der Mitglieder - zu einer gewissen solidarischen Zusammenarbeit zwischen den Schutzbünden, die ja hauptsächlich in die militanten Auseinandersetzungen mit den nationalsozialistischen Verbänden verwickelt waren (56). Das von den politischen Führungen aufgebaute Feindbild dürfte durch die alltäglichen Auseinandersetzungen mit den Faschisten relativiert worden sein. Einen Höhepunkt erreichten die politischen Kämpfe während des Reichstagswahlkampfes im Sommer 1932. Nacheinander sprachen in Wuppertal, als der größten Stadt des Bergischen Landes, Brüning, Thälmann, Goebbels und Hitler. Zu diesem Zeitpunkt wagte sich die SA noch nicht in die Arbeiterviertel Wuppertals. Vor den und während der Versammlungen und Veranstaltungen kam es stets zu heftigen Straßenschlachten zwischen Stahlhelm und SA einerseits und dem Rotfrontkämpferbund und der Eisernen Front andererseits. In diesen häufig sehr militanten Kämpfen bildete sich ein gewisses Vertrauensverhältnis zwischen den Vorsitzenden des Reichsbanners

und des Rotfrontkämpferbundes heraus. Diese zunächst wohl sehr lockeren und punktuellen Kontakte mündeten Ende 1932/Anfang 1933 in regelmäßige Treffen, auf denen gegenseitige Schutzmaßnahmen besprochen wurden (57). Ferner wurde in Wuppertal nach der Aufhebung des SA-Uniformverbotes eine gemeinsame Aktion beider Kampfbünde gegen die SA durchgeführt. Auch am 30. 1. 1933, dem Tag der Machtergreifung, demonstrierten Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam; die Demonstration der SA konnte erst am nächsten Tag stattfinden (Gerhard 1976, 33; Plum 1974, 363; U. Klein 1981, 47).

Da die NSDAP im Bergischen versuchte, sich als "Arbeiterpartei" zu profilieren, mußte sie von Anfang an mit den sozialistischen Organisationen konkurrieren. So dürfte die Konfrontation zwischen Nationalsozialisten einerseits und Kommunisten und Sozialdemokraten andererseits von Anfang an besonders heftig gewesen sein. Doch waren diese Voraussetzungen zur Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung begrenzt und führten nur zu Kontakten einzelner Personen und punktueller Zusammenarbeit der Schutzbünde. Bestimmend für die Politik beider Parteien blieben die gegenseitige Abgrenzung und Befehdung. Hierbei wurde völlig übersehen, daß dies letztlich nur dem gemeinsamen Gegner nutzen konnte. Zugleich schwächten die internen Fraktionskämpfe in der KPD, wie ein Solinger Beispiel zeigen wird, die politische Weitsicht der Funktionäre. Hier führte das Beharren der KPD-Führung auf der RGO-Politik dazu, daß die KPD ihren Einfluß im DMV völlig verlor. Jahrelang stellte die KPD hier die Ortsverwaltung des DMV (58). Die Mehrheit dieser Ortsverwaltung zählte jedoch zu den sog. "Rechten", also zu den Anhängern Brandlers und Thalheimers. Die Parteiführung in Solingen, die 1929 zur linken Fraktion zählte, setzte nun alles daran, die "Rechten" aus der Ortsverwaltung zu drängen, und erzwang Neuwahlen, die am 30. 3. 1929 stattfanden. Von 620 kommunistischen Vertretern beteiligten sich nur 495 an der Wahl, die Kandidaten der "Thälmann-Fraktion" erhielten 338 Stimmen, die alte Ortsverwaltung konnte 160 Stimmen auf sich vereinigen. Die 75 sozialdemokratischen Delegierten enthielten sich der Stimme (Gegen den Strom v. 30. 3. 1929). Nach der Neuwahl der Ortsverwaltung erklärte die Parteipresse der KPD in Solingen, daß nunmehr der Weg frei sei für eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik, da die neue Ortsverwaltung nach den Richtlinien der Komintern und der Roten Gewerkschaftsinternationalen arbeiten werde und Kommunisten sich nicht an die Satzungen und Beschlüsse der reformistischen Gewerkschaften gebunden fühlten (Gegen den Strom v. 13. 5. 1929). Die neue Ortsverwaltung ging gegen oppositionelle Kommunisten in den Gewerkschaften vor: die

stärkste und aktivste Betriebszelle wurde wegen Sympathien für die KPO ausgeschlossen (59). In den anstehenden Tarifverhandlungen lieferte die Ortsverwaltung dem DMV-Vorstand den Vorwand, sie abzusetzen und an ihrer Stelle kommissarisch eine sozialdemokratisch orientierte einzusetzen (60). Daraufhin gründete die KPD in Solingen die RGO: Von den 13 000 im DMV organisierten Arbeitern schlossen sich etwa 800 - 1 000 der RGO an, obgleich etwa 9/10 der organisierten Metallarbeiter früher die kommunistische Gewerkschaftspolitik unterstützt hatte. In der nächsten Generalversammlung errangen die Sozialdemokraten einen entscheidenden Sieg: Für die Liste der SPD stimmten 144, 89 Delegierte für die Liste der KPO und nur 26 für die RGO (Gegen den Strom v. 28. 6. 1930). Damit hatte sich die KPD selbst aus dem DMV in Solingen ausgeschlossen. So konnten sich gegenläufige Tendenzen an der Basis kaum gegenüber der offiziellen Parteilinie durchsetzen, und auch im Bergischen traf der Sieg der NSDAP auf eine durch Spaltung und Polarisierung äußerst geschwächte Arbeiterbewegung, deren Mitglieder z. T. aufgrund der fehlerhaften Einschätzung der Führungen desorientiert waren. Beide Parteien waren kaum oder gar nicht auf eine längere Phase der Illegalität vorbereitet.

Zwar hatten in Wuppertal Teile der SAJ die Parteiführung nach dem Januar 1933 gedrängt, die SPD auf die Illegalität vorzubereiten (61). Bereits vorher hatten sich Mitglieder der SAJ aufgrund ihrer Kritik an der Tolerierungspolitik der SPD der neugegründeten SAP angeschlossen. Die Wuppertaler Parteiführung begegnete dem Vorstoß der oppositionellen SAJ, zu deren Führer Heinrich Schroth in Solingen und Grete Rettig (Thiele) in Wuppertal zählten, ablehnend. Allerdings bereiteten sich dann Teile der SAJ selbständig auf konspiratives Arbeiten vor.

Die KPD zog zwar die Möglichkeit der Illegalität in ihre Politik mit ein, überließ jedoch die Vorbereitung einem eigenständigen Apparat, dem Antimilitaristischen oder Kippenberger Apparat (AM-Apparat). Diese Organisation innerhalb der Partei sollte die Überführung der Partei in eine Phase der Illegalität gewährleisten und existierte seit Beginn der zwanziger Jahre. In dem Prozeß der "Stalinisierung" der Partei nahm der AM-Apparat ein völliges Eigenleben an, stand außerhalb der Kontrolle durch die Partei, wurde überbürokratisiert und erwies sich in den entscheidenden Monaten des Jahres 1933 als zu schwerfällig (62). Im Bezirk Niederrhein wurde der AM-Apparat seit Mitte 1932 reorganisiert. Die wichtigste Aufgabe war, durch subversive Tätigkeit in verschiedenen Bereichen Informationen und etwaige Bündnisgenossen für die KPD zu gewinnen. In Wuppertal existierten nach der

Reorganisation 3 Abteilungen: für die Polizei, die SPD und die NSDAP. In Wuppertal konnte der AM-Apparat durch Kontakte zu einer Abteilung der Bereitschaftspolizei Informationen über innere Vorgänge in der Polizei gewinnen und in der kommunistischen Zeitung "Der rote Tschako" verwerten. Die Kontakte zur SPD liefen über ein ehemaliges SPD-Mitglied, das zur KPD übergegangen war, aber weiterhin über gute Kontakte zu Sozialdemokraten verfügte. Auch für Sozialdemokraten wurde vom Apparat eine Zeitung herausgegeben, die in einer Auflage von 100-200 Stück erschien (63). Die Abteilung des Apparates für die NSDAP nahm erst nach dem Reichstagsbrand ihre Arbeit auf - eine deutliche Illustration der politischen Ausrichtung der KPD am Ende der Weimarer Republik (64).

Im vorigen wurde versucht, in kurzen knappen Umrissen einige Charakteristika der Arbeiterbewegung vor 1933 im Bergischen herauszuarbeiten. Das Bergische Land ist als eines der traditionellen Zentren der Arbeiterbewegung zugleich auch Spiegelbild der unterschiedlichen Strömungen: Remscheid und Solingen mit einer hochqualifizierten und zugleich privilegierten Industriearbeiterschicht, die mehrheitlich zur kommunistischen Richtung tendierte und Wuppertal, dem Zentrum der Textilindustrie, wo die Sozialdemokratie dominierte. Die Bedrohung durch den Faschismus führte im Bergischen nur sehr punktuell zu einem Zusammenrücken beider Richtungen. Die konkreten Ansätze zu einer Alternative zur Politik der Parteiführungen waren zu schwach, sie bestimmten zu keinem Zeitpunkt das politische Handeln auch nur im kommunalen Rahmen. Im folgenden soll untersucht werden, wie die Arbeiter im Bergischen, die vor 1933 zum großen Teil organisiert waren, auf den faschistischen Terror reagierten, ob durch den Widerstand eine Kontinuität politischen Handelns erhalten bleiben konnte bzw. in welchem Maße es dem faschistischen Regime gelang, die Arbeiterklasse zu zerschlagen und ihre Organisationen zu liquidieren.

2. ARBEITERKLASSE, ARBEITERBEWEGUNG UND NATIONALSOZIALISMUS IM BERGISCHEN 1933-1945

Zum Problem des Widerstandes in der Geschichtsschreibung

In der westdeutschen Geschichtsschreibung wurde bis zum Ende der fünfziger Jahre die Erforschung des Widerstandes gegen den Faschismus auf die Ereignisse des 20. Juli 1944 eingeengt. Den Widerstand definierte man aufgrund moralischer Kriterien: So sprach Hans Rothfels von der ethisch motivierten Opposition, von "der Erhebung des Menschlichen gegen das Unmenschliche" (65). Daraus resultierte, daß die westdeutsche Forschung den Widerstand der Arbeiterorganisationen als politischer Opposition lange Zeit vernachlässigte. Erst in den sechziger Jahren vollzog sich hier eine Wandlung, die maßgeblich einerseits von Wolfgang Abendroth und andererseits durch eine Forschungstagung der Friedrich-Ebert-Stiftung angeregt wurde (66). Der Widerstandsbegriff wurde revidiert: Unter Widerstand wurde nunmehr der politische und kollektive Versuch des Kampfes gegen den Faschismus verstanden. Diese Diskussion ist noch nicht abgeschlossen. Nach den Untersuchungen von Elisabeth Behrens (1974) und Timothy Mason (1975) ist die Einengung des Widerstandes auf den illegalen Kampf der politischen Organisationen zu problematisieren: In die Erforschung des antifaschistischen Widerstandes werden nunmehr alle Verhaltensweisen miteinbezogen, die Auflehnung, Verweigerung und Obstruktion signalisieren. Damit wendet sich das Interesse verstärkt auch den Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen zu. Mason bezeichnet die Verweigerung von großen Teilen der Arbeiterklasse gegenüber dem faschistischen System als "Opposition", die "sich in der Grauzone der faschistischen Legalität" bewegte und eine "massive, nicht jedoch eine prinzipielle Herausforderung des Regimes" darstellte (Mason 1981, 294). D.h. aufgrund des Totalitätsanspruches des NS-Systems erhielten die unterschiedlichen Formen des "nonkonformistischen" Verhaltens wie z. B. Beteiligung an Arbeitsniederlegungen oder auch nur schlichtes menschliches Verhalten in einer unmenschlichen Umwelt, eine politische Dimension. Zugleich

aber verstellt es m. E. den Blick für die Wirklichkeit unter dem NS-Regime, wenn - wie Behrens es macht - man in diesen Verhaltensformen, insbes. der Fremdarbeiter, den eigentlichen Widerstand sieht (67). Die Wahrung der eigenen politischen und menschlichen Identität war das Motiv, das die Menschen veranlaßte, "gegen den Strich" zu handeln: langsamer zu arbeiten, Ausschuß zu produzieren, Zwangsarbeitern in die Mülltonnen Essen bereitzulegen. In nur wenigen Fällen dürften es bewußte politische Überlegungen gewesen sein (68).

Viele der betrieblichen Oppositionsformen sind "normale Verhaltensweisen" von Arbeitern im kapitalistischen Produktionsprozeß. Es müßte genauer untersucht werden, aus welchen Gründen z. B. in einem Betrieb zu einem bestimmten Zeitpunkt sich das Krankfeiern häuft, ob das Zuspätkommen nicht auf Luftangriffe zurückzuführen ist, die die Arbeiter an den Rand ihrer physischen Belastbarkeit brachten. Ferner muß geprüft werden, ob in Betrieben, die vor 1933 eine Belegschaft mit einem hohen Organisationsgrad hatten und deren soziale Struktur noch weitgehend intakt blieb, diese Verweigerungsformen sich häuften.

Die Beantwortung dieser Fragen hätte zweifellos den Rahmen der vorliegenden Arbeit gesprengt, hätte dies doch neben einer sehr aufwendigen Materialsuche auch vielfältige methodische Probeleme aufgeworfen. Allerdings gewinnt das zentrale Problem der Nachkriegszeit, die Frage nach der politischen Kontinuität, erst seine Tiefenschärfe, wenn - neben den Traditionen der Arbeiterorganisationen - die gesamte Breite von Widerstand und Opposition unter dem NS-Regime mitreflektiert wird.

Eine auch weiterhin offene Frage ist die nach den Bewertungskriterien des illegalen Kampfes. Wenn auch die negative Beurteilung des parteilich motivierten Widerstandes in den neueren, vorwiegend regionalgeschichtlich orientierten Arbeiten aufgegeben wurde, so trat an deren Stelle doch eine u. a. am sozialdemokratischen Widerstand orientierte Beurteilung (69). So spiegelt sich in der Historiographie zum antifaschistischen Widerstand die Spaltung Deutschlands wider. Die DDR-Forschung ihrerseits bewertet den illegalen Kampf insbesondere aus der KP-Perspektive. Die DDR-Historiographie hat sich schon früh mit der Geschichte des illegalen Kampfes der KPD beschäftigt. Ihr unbestrittenes Verdienst ist es, durch stark regionalgeschichtliche und gruppenspezifische Ausrichtung wertvolles Material zur Geschichte des kommunistischen Widerstandes aufgearbeitet zu haben (70). Aufgrund ihres eingeengten Verständnisses von Parteilichkeit und ihrer Funktion, die Entwicklung zur DDR und SED zu legitimieren, kann es ihr nicht gelingen, der Wirklichkeit des illegalen Kampfes gerecht zu

werden. Die Perspektive des Zentralkomitees 1945 dient als Schablone für den "antifaschistischen demokratischen Kampf aller Gruppierungen". Wo es in der Realität zu Widersprüchen und Abweichungen von den Direktiven der Auslandsleitung kam, wird dies entweder den illegalen Gruppen als politischer Fehler angelastet oder vollständig ignoriert (71). Wird noch der sozialdemokratische und auch der bürgerliche Widerstand punktuell aufgearbeitet - eben unter der Plakatierung des antifaschistisch-demokratischen Kampfes -, so wird der Widerstand der Splittergruppen, etwa der KPO oder der SAP, verschwiegen (72).

Die westdeutsche Historiographie hingegen neigt dazu, das sozialdemokratische Konzept der "Aufrechterhaltung einer Gesinnungsgemeinschaft" und des "bewußten Nonkonformismus" (Klotzbach 1969, 15; vgl. auch Griepenburg o. J., 53/56) (19) weitgehend - wenn auch nicht unkritisch - zu übernehmen. Dies wird alternativ gesehen zum kommunistischen Widerstand, wobei der KP-Führung angelastet wird, ihre Anhänger aufgrund von Fehleinschätzungen der Lage in Deutschland sinnlos geopfert zu haben. So berechtigt m. E. die Kritik an der Unterordnung der KP unter die Führung der KPdSU ist, aus der die Blindheit der KPD für die deutsche Realität mit zu erklären sein dürfte, so resultiert aus dieser Gegenüberstellung doch zugleich eine gewisse Hilflosigkeit in der Würdigung des illegalen Kampfes der KPD (73). Deutlich wird dies in der Arbeit von Horst Duhnke, der erstmals eine umfassende Darstellung der KP in der Illegalität versucht (Duhnke 1972). Bereits in der Materialauswahl zeigt sich eine gewisse Beschränktheit der Arbeit, da Duhnke das SOPADE-Material sowie die Auslandszeitungen der KPD zugrundelegt (74). Duhnke würdigt zwar den hohen Mut und die Opferbereitschaft des einzelnen kommunistischen Widerstandskämpfers, verbindet dies aber mit einer scharfen Kritik an der KPD als Organisation. Insbesondere wirft er der KPD-Führung vor, ihre Mitglieder sinnlos in den Tod geführt zu haben, da sie an dem politischen Ziel, das NS-Regime durch eine Massenbewegung zu stürzen, festgehalten habe. Nach Duhnke hingegen war lediglich ein Putschversuch ein realistisches Ziel. Hieran nun mißt er den illegalen Kampf der KPD. Es ist zu fragen, ob Duhnke mit einer moralischen Würdigung einzelner bei Ablehnung der politischen Zielsetzung dem kommunistischen Widerstand gerecht wird (Duhnke 1972, 527 ff.).

Gerade in jüngster Zeit wird immer deutlicher, wie notwendig eine politische Auseinandersetzung mit dem antifaschistischen Widerstand, die fast 30 Jahre später immer noch nicht erfolgte, ist (75). Eine politische Würdigung sollte m. E. alle Gruppierungen und alle Formen des Widerstandes zu erfassen suchen. Das hieße

dann auch, daß der Mehrheit der deutschen Widerstandskämpfer, die ja Kommunisten waren (76), den ihr gebührenden Platz in der antifaschistischen Tradition einzuräumen ist. Vor allem zwei Fragestellungen sollten in eine Bewertung des politischen Widerstandes mit einfließen:

- Es ist erstens zu untersuchen, ob die verschiedenen Gruppen mit ihren Zielen und ihrer taktischen Umsetzung eine realistische Antwort auf die politischen Bedingungen ihres Kampfes zu geben versuchten, d. h. es ist die Frage nach dem Verhältnis von politischen Strategien zur gesellschaftlichen Realität zu stellen.
- Die zweite Ebene ist die des Erfolges: zwar scheiterten alle illegalen Gruppen, sofern sie sich zum Ziel gesetzt hatten, das faschistische Regime zu stürzen. Es gelang ihnen auch nur in den seltensten Fällen, das faschistische System als Kollektiv zu überleben. Doch zu prüfen ist, ob es ihnen gelang, einen - wenn auch dünnen - Strang der politischen Kontinuität von Weimar nach 1945 hinüberzuretten, und darüber hinaus ist zu fragen, welche Bedeutung dies für den Wiederaufbau nach 1945 hatte.

Nationalsozialistische Sozial- und Wirtschaftspolitik und Arbeiterklasse

Vor der Machtergreifung war es der NSDAP nicht gelungen, die Mehrheit der Arbeiter hinter sich zu sammeln; die Arbeiter blieben weitgehend ihren traditionellen Organisationen treu. Wie Timothy Mason ausführt, war gerade die Feindschaft der NSDAP gegenüber der organisierten Arbeiterschaft das entscheidende Movens für die gesellschaftlich herrschenden Schichten, ein Bündnis mit den Nationalsozialisten einzugehen (77). Für das NS-Regime war die Frage zunächst noch offen, w i e der Kampf gegen die Arbeiterbewegung zu führen sei. Dabei bestand kein Zweifel, daß die politischen Organisationen - insbesondere die KPD, aber auch die SPD - mit terroristischen Maßnahmen zerschlagen werden sollten, hingegen bestand Unklarheit über das Verhältnis zu den Gewerkschaften. Es gab durchaus Erwägungen, den entsprechenden NS-Unterorganisationen gewerkschaftliche Funktionen (Tarifverträge etc.) zu übertragen und die bestehenden Gewerkschaften allmählich zu übernehmen (Mason 1975, 21).

Nach dem Reichstagsbrand allerdings ergriffen die unteren Parteigliederungen die Initiative und gingen offenkundig gegen die

Häuser der Gewerkschaften vor. Die Parteiführung stellte sich, um die Kontrolle zu behalten, an die Spitze dieses terroristischen Angriffs gegen die Gewerkschaften. Da sich kein nennenswerter Widerstand gegenüber den Terrorwellen erhob, waren auch die Befürchtungen der Parteiführung, die diese gegen ein aggressives Vorgehen gegen die Gewerkschaften gehegt hatte, hinfällig (78). Diese Unsicherheit der politischen Führung der NSDAP, die sich hier in ihrem Verhalten gegenüber den Gewerkschaften zeigt, kennzeichnet das Verhalten gegenüber der Arbeiterklasse und durchzieht die gesamte faschistische Sozialpolitik. Dies darf m. E. nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Zerstörung der Gewerkschaften als ökonomischer Klassenorganisation, Voraussetzung für die faschistische Herrschaft überhaupt war (79). Durch den brutalen Vorstoß vom 2. Mai 1933 war die Parteiführung in die Lage gesetzt, mit dem Aufbau der nationalsozialistischen Gesellschaftsordnung unverzüglich zu beginnen. Nur so - nämlich unter Ausschaltung der Arbeiterklasse - konnte der Faschismus seine Herrschaftsfunktion erfüllen. Wie Timothy Mason treffend ausführt, fürchtete die NS-Führung nichts mehr als eine Wiederholung der Novemberrevolution (80). Ihr Dilemma bestand darin, daß sowohl die Ideologie wie vor allem die nationalen und imperialen Zielsetzungen des Nationalsozialismus eines Stillhaltens - wenn nicht sogar weitergehender Zustimmung - der Arbeiterklasse bedurften. Andererseits erforderten die Vorbereitungen des Krieges (und zugleich die Interessen der Großindustrie) eine Verschlechterung der Lage der Arbeiter in allen Lebensbereichen, wie Lohn, Arbeitsbedingungen und Konsum. Die NSDAP war, obgleich sie den Interessen der Großindustrie in erster Linie Rechnung tragen mußte, zu Zugeständnissen - vor allem sozialer Art - an die Arbeiter gezwungen (81). Die 'strukturelle Begünstigung' der Großindustrie soll u. a. durch folgende Zahlen deutlich werden (82):

Das Einkommen aus Löhnen und Gehältern stieg von 1932-1936 um 37 %, das Einkommen aus Handel und Gewerbe um 77 %. Die unverteilten Gesellschaftsgewinne wuchsen um 400 %. In der Zeit von 1933-1938 nahm die Zahl der abhängig Arbeitenden um mehr als die Hälfte zu; die Zahl der mittelständisch Selbständigen sank; gleichzeitig wuchs der Betrag der Einkommen aus Löhnen und Gehältern um rund 61 %, der Einkommen der Selbständigen und Kapitalgesellschaften um knapp 146 % (83). Dementsprechend sank der Anteil der Lohn- und Gehaltsempfänger am Nationaleinkommen in dieser Phase beständig, obgleich deren Anteil an der Bevölkerung zunahm. Mit der Ankurbelung der Industrie und der Umstellung auf Rüstungsproduktion wuchsen die Profite der Großindustrie. Bereits in den Vorkriegsjahren waren hier Umsatzsteigerungen

um 50 % zu verzeichnen (Hennig 1973, 83-89). Die IHK Wuppertal berichtete 1941, daß Rüstungsbetriebe in ihrem Bezirks Umsatzsteigerungen von 75-100 % in den ersten beiden Kriegsjahren meldeten; durchschnittlich lag auch im Wuppertaler Raum die Umsatzsteigerung in den Rüstungsbetrieben bei 50 % (84).

Geht man vom Jahr 1932 aus, so ist festzustellen, daß die Nominallöhne zunächst leicht sanken, um dann bis 1936 anzusteigen (85). Während dieser ökonomischen Aufschwungphase nahm die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden gleichzeitig zu, so daß die Lohnerhöhungen zum größten Teil auf die Erhöhung der Arbeitszeit zurückzuführen sind. Bei der Berechnung der Reallöhne müssen außer der Steigerung der Lebensmittelpreise um 9 % auch die zahlreichen, den Arbeitern auferlegten "freiwilligen Abgaben und Spenden", wie Winterhilfswerk, DAF, u.ä. miteinbezogen werden. Im Vergleich zum Krisenjahr 1932 steigen zwar sowohl Nominal- wie Reallöhne, liegen aber 1936 noch weit unter dem "normalen" Jahr 1929. Zugleich steigen die Reallöhne sehr viel geringer als die Nominallöhne:

Nominalwochenlöhne in RM		Realwochenlöhne in RM	
1929	149,6	1929	118
1932	100	1932	100
1936	116,6	1936	107/108

Hinzu kommt, daß die Unterschiede zwischen den einzelnen Erwerbszweigen sich vergrößerten. Die Nominallöhne im Produktionssektor stiegen zwischen 10,6 % und 23,8 %, im Konsumgütersektor schwankten die Löhnveränderungen zwischen +5,4 und -1 %. Das propagierte Festhalten am Lohn war also nur eine leere Parole: Arbeiter in der Konsumgüterindustrie hatten massive Einbußen am Reallohn hinzunehmen, während die Beschäftigten in der Rüstungsindustrie ihren Lebensstandard halten oder verbessern konnten. Mandel setzt die Lohnentwicklung in Bezug zur Vorkrisenzeit und kommt zu folgendem Ergebnis:

> "Der Reallohn des deutschen Arbeiters war unter den Nazis vor dem Zweiten Weltkrieg bereits um mehr als 10 % zur Vorkrisen-Zeit gefallen, trotz der erheblich gesteigerten Produktion (sie lag 1938 um 25 % über dem Stand des Jahres 1929)" (Mandel 1972, 150).

Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und der ökonomische Aufschwung infolge der Expansion der Rüstungsindustrie führten zunächst dazu, daß trotz der Zerschlagung jeglicher autonomer Organisation den Arbeitern zunächst ein gewisser Spielraum zur Verbesserung ihrer materiellen Situation, vornehmlich in der Rüstungsindustrie blieb. In den Jahren 1936-1938 waren insbesondere die Großbetriebe zu gewissen Lohnzugeständnissen genötigt, da nach der Einführung des zweijährigen allgemeinen Militärdienstes und aufgrund der Vollbeschäftigung die Arbeitskräfte knapp waren. Die Unternehmer waren gezwungen, durch übertarifliche Löhne die Arbeiter am Arbeitsplatzwechsel zu hindern. Große Mobilität - vor allem hin zur Rüstungsindustrie - sind Ausdruck der Versuche der Arbeiter, individuelle Verbesserungen zu erzielen; gleichzeitig häuften sich die Berichte über Arbeitsniederlegungen (Behrens 1974, 120 ff.). Diese Entwicklung widersprach den Interessen sowohl der Industrie - die natürlich den Lohn so gering wie möglich halten wollte - wie dem faschistischen Staat, der in einer Phase der Aufrüstung und der Vorbereitung eines Krieges keinerlei Spielraum zur Durchsetzung kollektiver Interessen gestatten konnte. Trotzdem hielt die NS-Regierung sich auch hier mit Zwangsmaßnahmen zurück, da sie eine allzu ablehnende Stimmung der Arbeiter fürchtete. Außerdem wiesen Berichte der "Treuhänder der Arbeit" immer wieder darauf hin, daß Lohnsenkungen ein Sinken der Arbeitsleistungen zur Folge haben würden bzw. die Arbeiter unzufrieden über die Lohnentwicklung seien (86).

Wie begründet solche Befürchtungen waren, zeigen Berichte, nach denen sich seit 1936 gemeinsame Aktionen von Arbeitern in den Betrieben häuften, mit denen sie Forderungen durchzusetzen versuchten. Teilweise kam es auch zu Arbeitsniederlegungen. Weiter mehrten sich die Beschwerden über sinkende Arbeitsleistung, mangelnde Arbeitsdisziplin u.ä. (Mason 1981, 300 ff.). Diese kollektiven Oppositionsformen dokumentieren, daß es dem Faschismus nicht gelang, das Klassenbewußtsein völlig zu zerstören. Zugleich dürfen sie nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Aktionen isoliert blieben, daß sie nicht in eine politische Oppositionsbewegung hineinmündeten. Sie waren nicht Ausdruck einer politisch motivierten Gegnerschaft zum NS-Regime: Die Haltung der Mehrheit der Arbeiter blieb gegenüber dem NS-Staat ambivalent.

Die Verschlechterung der ökonomischen Lage war keineswegs für alle so offensichtlich, da sie gleichzeitig von realen Verbesserungen begleitet war. Für die Bevölkerung war die wichtigste Leistung des Nationalsozialismus die rasche Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Im Januar 1933 gab es rund 6 Millionen Erwerbslose, bis 1936 waren nur noch soviel Deutsche ohne Arbeit, wie etwa vor der Weltwirtschaftskrise (87). Demgegenüber erschien

das Sinken der Tariflöhne - gemessen an der relativen Preisstabilität - als nicht bedrohlich, zumal zunehmend die Möglichkeit bestand, in der Rüstungsindustrie übertarifliche Entlohnung zu erhalten. Die "sozialen Errungenschaften" wie verbilligte Theaterkarten, kulturelle Angebote, Reisemöglichkeiten, waren - wenn sich die Arbeiter auch über die Organisation "Kraft durch Freude" (88) lustig machten und deren Freizeitangeboten zunächst skeptisch gegenüberstanden - doch für die meisten die erste Gelegenheit überhaupt, solche Angebote wahrzunehmen. Auch die Aktion "Schönheit der Arbeit" (89) wurde zwiespältig aufgenommen, zum einen absorbierte sie die Energien der Arbeiter in ihrer Freizeit, zum anderen brachte sie die Verschönerung vieler Arbeitsplätze und auch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen mit sich. Die Aktionen boten der DAF (90) die Gelegenheit, sich als Interessenvertretung der Arbeiterschaft darzustellen, zugleich erhöhten sie die Leistungsfähigkeit der Arbeiter und Angestellten.

Der Möglichkeiten der traditionell kollektiven und autonomen Organisierung beraubt, bot sich so dem Arbeiter ein zwiespältiges Bild: Sozialleistungen und effektiven Verbesserungen standen Verschlechterung seiner ökonomischen Lage, Entrechtung am Arbeitsplatz und im öffentlichen Leben gegenüber. Dazu die totale Durchdringung aller Lebensbereiche mit faschistischer Ideologie: An die Stelle der traditionellen Klassenpolitik trat eine ständische und zünftlerische Harmonisierung der Klassengegensätze (91). Trotz allem bildete der scharfe Kontrast zwischen sozialer Ideologie und Wirklichkeit weiterhin eine ständige Gefahr für die Durchsetzung der politischen Ziele des Faschismus: Der Abbau der betrieblichen Rechte und die soziale Atomisierung der Arbeiterklasse waren eine wichtige Voraussetzung für den Bestand des faschistischen Systems. Bereits im Januar 1934 wurde das "Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" verabschiedet. Dieses kodifizierte die Aufhebung innerbetrieblicher Rechte der Arbeiter und besiegelte die Liquidation ihrer Organisationen. Das Verhältnis Arbeiter - Unternehmer wurde umgewandelt in das der Gefolgschaft zu ihrem "Führer", dem Unternehmer, der für alle Fragen der Betriebsordnung allein zuständig war (Schumann 1958, 119).

> "Nicht mehr der Arbeitsvertrag sollte die Grundlage der gegenseitigen Pflichten und Rechte im Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bilden, sondern die aus dem nationalsozialistischen Führerprinzip erwachsene Fürsorgepflicht des jetzt als 'Führer des Betriebes' bezeichneten Unternehmers und die in 'der Betriebsgemeinschaft begründete Treue' der 'Gefolgschar' (§ 2 AOG)". (Ebd. 122-123)

Der einzelne Betrieb wurde in die nationalsozialistisch gelenkte Wirtschaft eingebettet; hierzu wurden die "Treuhänder der Arbeit" eingesetzt, denen die Regelung der Lohn- und Arbeitsfragen und der Sozialpolitik oblag und die direkt dem Reichsarbeitsminister unterstanden (92).

Die gemäß dem Gesetz vorgenommenen Vertrauensrätewahlen von 1934 und 1935 hatten gezeigt, daß die Arbeiter dem faschistischen System ablehnend bis feindlich gegenüberstanden. Ihre Ergebnisse wurden nie veröffentlicht. Nach dem Eingeständnis des Führers der DAF, Robert Ley, beteiligten sich nur 40 % der Arbeiter an diesen Wahlen. Günther Groß schätzt den Teil der abgegebenen Ja-Stimmen auf nur 25 % insgesamt. Hierbei ist berücksichtigt, daß neben direkten Nein-Stimmen viele ungültig oder für oppositionelle Kandidaten stimmten (Groß 1962, 46 ff.). Selbst die Wahl von 1935, in der wesentlich mehr Zwang ausgeübt wurde, hatte wohl auch nur 60-65 % Ja-Stimmen als Ergebnis (93).

Angesichts der Niederlage für die NSDAP in den Vertrauensrätewahlen wurde selbst eine Organisation wie die NSBO (94) zu einer Gefahr für das System, konnte doch diese Betriebsorganisation noch am ehesten gewerkschaftliche Aufgaben erfüllen und so zum Kristallisationspunkt ökonomischer Unzufriedenheit werden. Zudem drohte bereits vor 1933 die NSBO zum Sammelbecken des linken, nationalrevolutionären Flügels zu werden (Schumann 1958, 76 ff.). Außerdem war die NSBO nach der Zerschlagung der Gewerkschaften überflüssig geworden, da nunmehr eine von vornherein anders strukturierte Organisation an deren Stelle treten konnte. Die DAF, eine nach ständischen Prinzipien ausgerichtete Zwangsorganisation, die die gesamte "Volksgemeinschaft" erfassen sollte, mußte die NSBO ersetzen. Ihre Hauptaufgabe bestand in der "Errichtung der Grundlagen und Voraussetzungen für die deutsche Wehrgemeinschaft" (ebd., 114). Die DAF diente der NSDAP als riesiges propagandistisches Instrument, das die Umwandlung des Arbeiters in den "Soldaten der Arbeit" zum Ziel hatte, zünftlerisches Bewußtsein schaffen und den Arbeiter in den faschistischen Staat eingliedern sollte. Mit den propagandistischen Mitteln der DAF allein war diese "Erziehungsaufgabe" nicht lösbar. Wenn die DAF den Arbeitern gegenüber überhaupt glaubhaft erscheinen wollte, mußte sie in gewissem Maße über sozialpolitische Fragen zugunsten der Arbeiter entscheiden können. Nun hatte sie zunächst aber gar keine Kompetenzen in dieser Hinsicht, und versuchte daher, sich durch den Ausbau ihrer Organisation gewisse Machtpositionen zu verschaffen. Sie stand dabei immer in Konkurrenz zu anderen Institutionen und Bereichen (z.B. dem Wirtschaftsministerium u.a.). Durch Aufgreifen bestimmter, nicht klassenpolitisch verdächtiger Reformen -

wie Freizeitangebote, Verbesserung sozialpolitischer Leistungen der Betriebe - konnte sie einerseits hoffen, mit ihrer sozialen Demagogie Erfolg zu haben, - was ihr das Wohlwollen der Parteispitzen einbrachte - andererseits erzwang sie dadurch sozialpolitische Zugeständnisse, die nicht im Interesse anderer Ressorts lagen. Daß die DAF trotz dieser inneren Widersprüche überhaupt existieren und expandieren konnte, ist nicht zuletzt auf den steigenden Terror in den Betrieben zurückzuführen, auf den immer weniger verzichtet werden konnte. Das "Vertrauen" wurde von der NSDAP durch Angst erzwungen (95).

Der Kriegsbeginn bedeutete eine weitere Verschärfung der ökonomischen Situation und der Repression. Der eigenmächtige Wechsel des Arbeitsplatzes wurde 1939 durch ein Gesetz verboten, das den gesamten Arbeitsmarkt unter strengste staatliche Lenkung stellte. Aber auch die nun geschaffenen Zwangsmaßnahmen wurden nicht mit den den Kriegserfordernissen entsprechenden Konsequenzen durchgeführt. Vergebens wurde von den Vertretern der Kriegswirtschaft gewarnt:

> "Man könne Krieg nicht führen, wenn man eine Schicht der Bevölkerung, nämlich den Arbeiter, in Watte packe" (96).

Trotzdem bedeuteten die Zwangsmaßnahmen eine erhebliche Verschlechterung der Lage der Arbeiter. In diesem Zusammenhang sind auch die militärisch bedingten "Auskämmungen" der Betriebe zu nennen, als deren Folge den Arbeitern oft ein Arbeitsplatzwechsel verordnet wurde, welcher häufig mit niedrigerem Einkommen oder längeren Fahrzeiten verbunden war. Ferner wurde die Arbeitszeit verlängert. Bereits im zweiten Kriegsjahr wurde in Wuppertal 60 Stunden wöchentlich gearbeitet. Infolge der Arbeitszeitverlängerung sank die Produktivität, was von der Handelskammer mit Erschöpfung der Arbeiter erklärt wurde (97). In der Wuppertaler Textilindustrie, die besonders von Einziehungen zur Wehrmacht betroffen war, war die Grenze der Leistungsfähigkeit bereits Anfang 1941 erreicht. Einzelne Firmen meldeten sogar ein Sinken der Arbeitsleistung. Im August 1941 war der allgemeine Gesundheitszustand der Arbeiter in den Wuppertaler Betrieben sehr viel schlechter als der der Wehrmachtsangehörigen; das durchschnittliche Körpergewicht war beträchtlich niedriger als vor dem Krieg (98). Dabei sollte berücksichtigt werden, daß, aufgrund der Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg, Hitler und die Führungsspitze das erklärte Ziel hatten, eine Ernährungskrise im Deutschen Reich wie 1916/17 zu vermeiden: Die Versorgung im Reich brach erst kurz vor Kriegsende zusammen und auf die ausreichende Verpflegung der Wehrmacht wurde besonderer Wert gelegt.

Doch auch unter den Kriegsbedingungen entwickelte sich keine breitere politische Oppositionsbewegung (99). Wie Marlis Steinert aufzeigt, hatte zunächst die Propaganda beträchtliche Erfolge, insbesondere nach den Siegesmeldungen der Blitzkriege (Steinert 1970, 91 ff.).

Nach dem Einmarsch in die Sowjetunion scheint sich das Bild leicht geändert zu haben (100). Doch die Bombardierung der Wohnviertel, die besonders die Arbeiterviertel traf, führte entgegen der von den hierfür Verantwortlichen geäußerten Erwartung zu keiner oppositionellen Bewegung bzw. Demoralisierung. Hier behielt Goebbels Recht, der 1944 den Bombenterror zynisch als Mittel zur Aufhebung der letzten Klassenschranken bezeichnete (vgl. Mason 1975, 141).

Ein weiterer Faktor, der das Entstehen einer Oppositionsbewegung hemmte, war die - während des Krieges erfolgte - tiefgreifende Umstrukturierung der Arbeiterschaft, die zur Atomisierung auch kleinster sozialer Zusammenhänge führte (101). Die traditionelle Industriearbeiterschaft schrumpfte durch Einberufungen an die Front stark zusammen. Zugleich wurden in der Rüstungsindustrie immer mehr Arbeitskräfte benötigt. Die militärischen Siege in Europa schafften für die Kriegswirtschaft ein nahezu unerschöpfliches Arbeitskräftereservoir, das im Reich eingesetzt werden konnte. Unzufriedene oder politisch auffällige Arbeiter konnten an die Front abgeschoben werden. In den Kriegsjahren wurde die Industriearbeiterschaft völlig umstrukturiert, sei es durch Einziehung an die Front, sei es durch den Einsatz der Zwangsarbeiter und durch Arbeitsplatzwechsel der deutschen Arbeiter. Bereits 1941 konnten nach Auffassung der IHK Wuppertal in ihrem Bereich kaum noch Arbeitskräfte abgezogen werden. Bei den IG Farben in Wuppertal waren von insgesamt 1121 Arbeitskräften nur 342 vom Wehrdienst aufgrund ihrer Qualifikation freigestellt; in einem anderen Wuppertaler Großbetrieb von 5478 nur 17. Diese wenigen hatten dann Schlüsselstellungen inne (102). Bis November 1941 gab es rund eine Million Zwangsarbeiter in Deutschland, 1944 waren von insgesamt 35,9 Millionen Beschäftigten jede zweite eine Frau und jeder vierte ein Ausländer. Das Verhältnis der deutschen Arbeiter zu den Fremdarbeitern scheint, obgleich die Deutschen z. T. als Aufseher eingesetzt waren und so am Unterdrückungsmechanismus partizipierten, sehr vielschichtig gewesen zu sein. Neben Aussagen über Gleichgültigkeit und Feindseligkeit der Deutschen stehen Berichte über solidarisches Verhalten, Hilfeleistungen bei persönlichem Risiko usw. (103). Außerdem wurden die Ausländer in fünf Kategorien eingeteilt, die sich in Bezahlung, Behandlung und Arbeitsplatzeinteilung auswirkten: Ausländer allgemein, Polen,

Ostarbeiter, Kriegsgefangene und Juden. Mit Hilfe dieser Kategorisierung hofften die Nazis, jegliche Solidarisierung unter den Zwangsarbeitern zu verhindern. Trotzdem erhöhte sich die Anzahl der Zwangsarbeiter, die an Widerstandsaktivitäten beteiligt waren, in den letzten Kriegsjahren beträchtlich, die Fluchtbewegung nahm gleichzeitig erhebliche Ausmaße an. Zudem wurden die Strafen für deutsche Arbeiter, die sich mit den ausländischen Arbeitern solidarisierten, verschärft - ohnehin war die Hinzuziehung der Gestapo in die Betriebe zum Alltag geworden (104).

Dem NS-Regime gelang es nicht, gemäß seinem ideologischen Anspruch, die Arbeiterklasse mit propagandistischen Maßnahmen in den Staat zu integrieren. Nur durch politische Repression und Terror wie durch die Auflösung der sozialen Strukturen in Betrieb und Wohnbereichen wurde ein Stillhalten erreicht. Allerdings bedeuteten 12 Jahre Faschismus in Deutschland zugleich das Abreißen von kollektiven Erfahrungen, Bewußtseinsprozessen und Traditionen. Hier einen - wenn auch dünnen Strang - der Kontinuität herzustellen, war u. a. auch die Aufgabe des illegalen Kampfes der Arbeiterorganisationen. Der politische Widerstand einiger weniger Kader der traditionellen Arbeiterbewegung blieb jedoch weitgehend isoliert von den Formen der Auflehnung der "Arbeiteropposition" - eine Feststellung -, die für den Neuanfang nach 1945 von entscheidender Bedeutung war.

Arbeiterbewegung in der Illegalität im Bergischen

Wenige Tage nach der Übernahme des Reichskanzleramts durch Adolf Hitler wurden am 2. Februar 1933 in Wuppertal, Solingen und Remscheid die Büros der KPD von der SA aufgebrochen und durchsucht (105). Bereits am 4. Februar wurden die SA und SS offiziell als Hilfspolizei eingesetzt, und die Übergriffe der Nationalsozialisten gegen die Mitglieder der Arbeiterorganisationen wurden zum Alltag. Hausdurchsuchungen, Verhaftungen der Funktionäre, Durchsuchung und Schließung der Büros, Razzien und Absperren der Arbeiterviertel durch SA und SS, das waren die Stationen bei der Illegalisierung und Zerschlagung der Arbeiterbewegung (Werner 1974, 13). Am 2. Mai 1933 wurden dann auch die Gewerkschaftshäuser besetzt und geschlossen. Es ist zu vermuten, daß der große Erfolg von SPD und KPD bei den Kommunal- und Reichstagswahlen im März 1933 den Terror der SA und SS steigerte. Die Entwicklung im Bergischen - einer der Hochburgen der Arbeiterbewegung - wurde von der NSDAP mit Mißtrauen betrachtet,

und es wurde gegen Funktionäre hart durchgegriffen. So waren nach einem Bericht des Regierungspräsidenten von Düsseldorf am 6. Juli 1933 die Strafanstalten im Regierungsbezirk mit in Schutzhaft genommenen Gefangenen völlig überbelegt (erwähnt bei Werner MS 1972, 3). Da mit einer Verminderung der Anzahl der Gefangenen nicht zu rechnen war, wurde die Einrichtung eines 'wilden' Konzentrationslagers durch die SA in Wuppertal geduldet (Klein 1981, 49). Im Juli 1933 wurde in einem leerstehenden Fabrikgebäude in Wuppertal-Beyenburg ein KZ, die "Kemna" (106), errichtet und der SA unterstellt. Die "Kemna" war ursprünglich für 200-300 Menschen geplant, zeitweilig war sie jedoch mit 1000 Menschen belegt. Der größte Teil ihrer Insassen waren Mitglieder der Arbeiterorganisationen. Fast die gesamten Führungsspitzen von SPD, KPD und Gewerkschaften im Bergischen waren hier für einige Monate inhaftiert (107). Da über die dort verübten Greueltaten der SA Informationen nach außen drangen (108) und die Wuppertaler Bevölkerung beunruhigten, fürchtete die NS-Führung zu großes Aufsehen und ordnete Anfang 1934 die Auflösung der "Kemna" an, deren Insassen nach Börgermoor gebracht wurden (109). Im gleichen Jahr noch leitete die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen die Verantwortlichen der "Kemna" ein. Es ist zu vermuten, daß dieses Verfahren nicht nur dazu dienen sollte, die NS-Führung vor der Wuppertaler Bevölkerung "reinzuwaschen", sondern gleichzeitig die SA-Führung diskreditieren sollte. Die Ermittlungen wurden von einem Staatsanwalt geführt, der selbst Parteimitglied war. Doch stellte sich für die NS-Führung heraus, daß diese zu gefährlich wurden: Die Ermittlungen wurden niedergeschlagen, und der Staatsanwalt wurde seines Postens enthoben (110).

- Sozialdemokraten in der Illegalität

Bereits mit der ersten Verhaftungswelle waren die sozialdemokratischen Spitzenfunktionäre für mehrere Wochen oder Monate inhaftiert worden. Inwieweit die Feststellung von Bärbel Hebel-Kunze zutrifft, daß bereits nach den Reichstagswahlen im März der Zerfallsprozeß der Parteigliederungen der SPD einsetzte, die Verbindungen nach Berlin abrissen und zugleich auch das Organisationsleben erstarb (Hebel-Kunze 1977, 119), wäre für das Bergische noch genauer zu überprüfen. Da jedoch die SPD im Bergischen ihrer Führungsspitzen bereits beraubt war, ist zu vermuten, daß der Auflösungsprozeß der sozialdemokratischen Organisation sehr früh einsetzte. Im Bergischen scheint es jedenfalls - bis auf Grup-

pen der SAJ in Wuppertal und in Solingen - keine oppositionellen Gruppierungen in der SPD gegeben zu haben, die im Gegensatz zum PV sich auf den illegalen Kampf vorbereiteten (111). So stand zum Zeitpunkt des Verbots 1933 die Mehrheit der sozialdemokratischen Mitglieder auch im Bergischen dem Parteileben bereits passiv gegenüber und war weitgehend desorientiert. Eine Minderheit hingegen - zumeist Männer und Frauen, die Funktionsträger waren (Brandt 1976, 31) - versuchte, in den sozialdemokratisch orientierten Wander-, Sport- und Kulturverbänden - oder auch auf rein privater Ebene - Kontakte zu halten. So wurden im Bergischen Ausflüge dazu benutzt, Informationen auszutauschen. Zahlenmäßig ist es nicht einzuschätzen, welchen Umfang diese "halbprivaten" Kontakte hatten, die zweifellos dazu dienten, den politischen Zusammenhalt zu erhalten (112).

Der nach Prag emigrierte Teil des PV versuchte sehr bald, ein Netz von Verbindungen im Reich zu schaffen (Hebel-Kunze 1977, 176 ff.). Dabei ging die SOPADE zunächst davon aus, daß das Hitler-Regime bald an seinen inneren Widersprüchen zusammenbrechen werde. Die Aufgabe der illegalen Gruppen im Reich sollte es nicht sein, diesen Zusammenbruch aktiv herbeizuführen, sondern mit Hilfe der Verbreitung illegaler sozialdemokratischer Literatur eine "sozialdemokratische Gesinnungsgemeinschaft" über die Phase der faschistischen Diktatur in Deutschland hinüberzuretten (113). Im Bergischen entstanden solche Lesekreise bereits im Sommer 1933. Der ehemalige Bildungssekretär für den Bezirk Niederrhein, Ernst Gnoß aus Solingen, hatte zu Hermann Runge in Duisburg Verbindung aufgenommen, der seinerseits das Verteilungsnetz der SOPADE aus Holland organisierte. Von Solingen aus wurden dann Wuppertal und Remscheid mit der "Sozialistischen Aktion" versorgt (114). In den Lesekreisen wurde das illegale Material gemeinsam gelesen, Informationen wurden ausgetauscht und diskutiert (115). In Duisburg wurde das Verteilernetz weiter ausgebaut. Ein Sozialdemokrat besaß dort die Germania-Brotfabrik; Runge und andere Sozialdemokraten waren als Brotfahrer eingestellt und konnten so einigermaßen unverdächtig das Netz aufrechterhalten. Die Aufgabe von Ernst Gnoß bestand u.a. darin, Berichte über die Lage im Bergischen an den emigrierten Parteivorstand zu schikken (116). Er nahm auch an der Konferenz in Antwerpen 1934 teil, auf der u.a. Rudolf Hilferding, Fritz Heine und Wilhelm Sollmann anwesend waren (Steinberg 1969, 73). Diese Konferenz sollte die illegale Arbeit im Westen Deutschlands organisieren. Die "Germania-Gruppe" lehnte die Zusammenarbeit mit kommunistischen Gruppen ab. Ihr Ziel war es, durch Aufrechterhalten von Kontakten und durch Aufbau eines stabilen Informations- und Kommunikationsnetzes einen losen Zusammenhang von Sozialdemokraten herzustellen (117). 1935 wurden Gnoß, Runge u.a. verhaftet, das gesamte Netz flog auf (118). Danach scheinen keine organisierten sozialdemokratischen Gruppen mehr im Bergischen bestanden zu haben. Einzelne Sozialdemokraten beteiligten sich, namentlich in den Betrieben, an der illegalen Arbeit kommunistischer Gruppen, v.a. in der Phase des Aufbaus illegaler Betriebs- und Gewerkschaftsgruppen durch die KPD (119). Während der letzten Kriegsjahre hatten einige Funktionäre Kontakt zu Wilhelm Leuschner und Carl Severing (120). Nach den Gestapo-Akten zu urteilen, scheint der sozialdemokratische Widerstand im Bergischen im wesentlichen auf die Lesezirkel 1933-1935 beschränkt gewesen zu sein, an denen insbesondere Funktionäre der mittleren Ebene teilnahmen.

- Zur illegalen Arbeit der Splittergruppen -

Den Splittergruppen in der Illegalität war gemeinsam, daß diese realistisch das Ausmaß der Niederlage der Arbeiterbewegung 1933 erkannten und von einer längeren Dauer der faschistischen Diktatur ausgingen. Die bereits vor 1933 in Opposition zur sozialdemokratischen Parteispitze stehende SAJ reorganisierte sich nach der Machtergreifung in kleineren Zellen, die sich zunächst v.a. mit theoretischen Fragen beschäftigten. Diese Gruppen schlossen sich der illegalen Arbeit der SAP an (121). Bedeutender Organisator der SAP am Niederrhein war Eberhard Brünen aus Duisburg (122). Brünen hatte über Heinrich Schroth aus Solingen Kontakte zur illegalen SAP-Reichsleitung in Holland hergestellt (123). Ihr Ziel war die Einheit aller sozialistischen Gruppen, daher bemühten sie sich um Zusammenarbeit mit Sozialdemokraten und Kommunisten. Hier bestand wohl auch loser Kontakt; besonders eng arbeitete die SAP im Bergischen mit der trotzkistischen LO (124) zusammen (125). Der Gestapo gelang es, einen Spitzel in die Gruppen einzuschleusen, so daß 1935 die SAP-Gruppen am Niederrhein aufflogen (126). Eine ihrer Mitglieder in Wuppertal, Margarete Rettig, schloß sich während der Haft der KPD an (127). Von einem Wiederaufleben der illegalen Tätigkeit von SAP-Mitgliedern ist nichts bekannt.

Bereits im Frühjahr 1934 gelang der Gestapo die Zerschlagung der illegalen Gruppen der KPO (128). Hauptstützpunkte der illegalen KPO waren Solingen, Essen, Dortmund, Duisburg und Düsseldorf. Die Basis der KPO-Organisation bildeten Dreiergruppen. Ihre Bezirksleitung, deren Sitz im September/Oktober von Essen

nach Solingen verlegt wurde, bestand aus einem politischen und einem organisatorischen Leiter sowie einem Kurier, der die Verbindung mit anderen Städten aufrecht erhalten sollte (129). In verschiedenen Orten existierten lokale Arbeitsgemeinschaften mit der SAP und dem Leninbund (130). Anscheinend fanden im März 1934 Gespräche mit der KPD statt, die eine engere Zusammenarbeit und Koordination der illegalen Arbeit ins Auge faßten (131).

Allein die kleine, ca. 10 Personen umfassende Gruppe von Anarchosyndikalisten in Wuppertal blieb während der Verhaftungswelle 1935 unentdeckt. Das Zentrum der Anarchosyndikalisten war ebenfalls Duisburg, von hier aus wurden sie mit Material versorgt. Die Organisationsstruktur war von Anfang an streng konspirativ und basierte auf Fünfergruppen. In Wuppertal gehörten der FAUD (132) hauptsächlich Bauarbeiter an. Erst 1938/39 wurden die anarchosyndikalistischen Gruppen von der Gestapo aufgedeckt (133).

- Der illegale Kampf der KPD (134)

Angehörige der KPD leisteten rein zahlenmäßig den Hauptteil der illegalen Arbeit im Bergischen: Ca. 80 % der Verhafteten waren Kommunisten (135). Allerdings ist zu berücksichtigen, daß diese Zahl keine Auskunft gibt über den Umfang der illegalen Arbeit überhaupt: Es ist zu vermuten, daß dieser sehr viel größer war und daß, da andere Gruppen nicht im gleichen Ausmaß von der Gestapo entdeckt wurden, der Anteil von Sozialdemokraten und Angehörigen der Splittergruppen größer war. Auch ist wohl nicht davon auszugehen, daß alle aktiven Kommunisten in der KP in zentralisierten Gruppen arbeiteten, sondern häufig bestanden relativ kleine, zunächst autonome Gruppen, die dann - nach der Zerschlagung anderer Gruppen - sich der illegalen Partei anschlossen, bzw. als Basis zum Wiederaufbau der Organisation dienten (136).

Die KPD-Führung ging davon aus, daß die Herrschaft des faschistischen Systems, da ihm eine Massenbasis fehle, nur von kurzer Dauer sei. Sie erkannte nicht, daß der Faschismus nur aufgrund einer tiefen politischen und sozialen Krise der Arbeiterklasse an die Macht kommen konnte, und daß die Arbeiterklasse weder soziologisch noch als politische Kraft erhalten blieb (137). Die KP hielt auch nach 1933 an ihrem Ziel fest, eine antifaschistische Massenbewegung zu initiieren (Duhnke 1972, 63 ff. u. Bahne 1960, 710 ff.). Dementsprechend versuchte die KPD - in dieser ersten Phase - die Partei als Massenorganisation zu erhalten. Es bestand dabei im Bergischen trotz der Verhaftung der Führungsspitze eine Art kontinuierlicher Führung, da Funktionäre der zweiten Ebene nachrückten. Die Bezirksleitung setzte unverzüglich neue Unterbezirksleitungen ein und baute einen illegalen Verteilerapparat auf. Der AM-Apparat blieb zwar immer noch formal von der Partei getrennt, doch wurden seine Funktionäre stärker als bisher in die eigentliche Parteiarbeit mit einbezogen. Der AM-Apparat war also keineswegs das Instrument zur Überführung der Partei in die Illegalität, er setzte zunächst seine Arbeit wie bisher fort, richtete allerdings sein Schwergewicht auf die Arbeit in der NSBO und in anderen Massenorganisationen der NSDAP, z. B. der SA. So gelang es dem AM-Apparat in Wuppertal, ein KP-Mitglied, Heinz Brienne, in die NSBO und SA einzuschmuggeln. Brienne geriet in größte Gefahr, als einer seiner Berichte in der "Roten Fahne" gedruckt wurde, gleichzeitig wohl ein Beispiel für dilettantische Arbeit von KP-Funktionären (138).

Im Laufe des Sommers 1933 machte sich Unzufriedenheit der Arbeiter über Konflikte mit der NSBO und ihrer wirtschaftlichen Lage in Protesten in den Betrieben Luft. Die wirtschaftlichen und sozialen Versprechungen der Nationalsozialisten wurden nicht realisiert, hinzu trat die Empörung über Eingriffe und Repressionen in den Betrieben. In einigen Fällen zögerten die Nationalsozialisten nicht, Polizei in die Betriebe zu holen. So wurde ein größeres Unternehmen der metallverarbeitenden Industrie in Solingen, die Firma Rautenbach, wo in der Weimarer Zeit eine starke kommunistische Betriebszelle bestanden hatte, von der Polizei durchsucht. Offenbar hoffte man, kommunistische Flugblätter sicherzustellen (139). Die KPD versuchte, diese Unruhe und Unzufriedenheit in den Betrieben zu nutzen. Im Unterbezirk Remscheid wurde von der Unterbezirksleitung die lokale illegale Zeitung "Hammer und Sichel" herausgegeben, die bis September 1933 erscheinen konnte. Diese Zeitung enthielt vor allem lokale Nachrichten, neben Veröffentlichungen von Rundbriefen des ZK's der KPD und Artikeln zur politischen Lage. Ihr Ziel war es, die Arbeiter im Bergischen Land zum aktiven Widerstand zu mobilisieren. So stand zum Beispiel in der Nr. 8 vom 8. Juni 1933:

> "Nehmt Stellung in den Betrieben, in Abteilungs- und Belegschaftsversammlungen. Erhebt die Forderung: Freilassung der Führer der Arbeiterklasse (Thälmann und Torgler), beschließt Protestschreiben an die Gerichte, führt Proteststreiks durch, demonstriert in Betrieben und auf der Straße!" (140)

Dieser Aufruf zeigt deutlich, daß die KPD 1933 noch hoffte, eine revolutionäre antifaschistische Massenbewegung initiieren

zu können (141). Daher wurde keineswegs konspirativ gearbeitet, - die KPD veränderte ihre Organisationsstruktur kaum. In dieser ersten Phase versuchte die Bezirksleitung, die Verbindung zu den Unterbezirksleitern herzustellen und zu stabilisieren, Schulungsarbeit anzuleiten und durch die Kassierung von Mitgliedsbeiträgen die Organisation zu erhalten (142). Ein neuartiges Element war der Versuch, Verbindungen mit Sozialdemokraten und Splittergruppen aufzunehmen. Letzteres blieb allerdings weitgehend im Aufgabenbereich des AM-Apparates und floß nur selten in die Parteiarbeit mit ein. Berichte über den Erfolg der Arbeit sind schwer nachprüfbar (143). Außerhalb des AM-Apparates ist allerdings noch der Versuch von Berta Karg, Leiterin des illegalen KJVD, zu nennen, Verbindungen zur katholischen Jugendbewegung aufzunehmen (144). Im Herbst 1933 gelang es der Gestapoleitstelle Wuppertal (145), die gesamte kommunistische Organisation in Wuppertal, Remscheid und Solingen zu enttarnen. Allein in Remscheid wurden 91 Personen festgenommen, darunter die Leitung des Unterbezirks (146). Die meisten Verhafteten wurden in die "Kemna" eingeliefert, wo sie der Willkür und den Folterungen der SA ausgesetzt waren.

Im Frühjahr 1934 zeichnete sich allmählich eine Wende im bisherigen Kurs der KPD ab. Im Bezirk Niederrhein spiegeln sich auch deutlich zwei Richtungen wider: Die eine hielt an der Hoffnung auf eine baldige revolutionäre Umwälzung fest, die andere revidierte diese Position und begann, größere Konspiration in der illegalen Arbeit zu üben sowie auf die Schaffung einer Einheitsfront zu drängen (147). Die strategische Wende, die sich hier abzeichnete, wurde auf dem 7. Weltkongreß der KP im Juli/August 1935 und auf der folgenden "Brüsseler Konferenz" 1935 besiegelt. Die KPD erkannte nunmehr an, daß die NSDAP einen Sieg errungen hatte und daß in Bälde keine revolutionäre Massenbewegung in Deutschland zu erwarten sei. Als Ziel des illegalen Kampfes wurde festgelegt, daß die "Herstellung der Aktionseinheit aller Teile der Arbeiterklasse und die Schaffung einer antifaschistischen Volksfront" anzustreben sei (zit. nach Laschitza/Vietzke 1964, 81).

Wie aus einem Rechenschaftsbericht des Bezirksleiters der KP Niederrhein Otto Hertel, 1933 Unterbezirksleiter von Solingen und Remscheid und seit 1934 faktisch Bezirksleiter der KP Niederrhein, vom 7.8.1934 hervorgeht (148), schienen die Bedingungen für eine Reorganisierung der Partei im Frühjahr 1934 bereits günstig, da sich die Unzufriedenheit der Arbeiter aufgrund ihrer ökonomischen Lage und des politischen Terrors verstärkte. Andererseits schildert der Bericht Hertels sehr ehrlich die ungeheuren

Schwierigkeiten bei der Reorganisation der illegalen Arbeit sowie die Schwäche der KPD. So existierten nur in wenigen Großbetrieben stabile Betriebszellen der KPD, obwohl die Arbeiter mehrheitlich die NSBO ablehnten. In den meisten größeren Betrieben in Wuppertal, Remscheid und Solingen hatte die Partei lediglich feste Verbindungen zu jeweils zwei bis drei Arbeitern. Zellen waren vorhanden bei den IG Farben, den Elektrizitätswerken, bei der IG Bemberg, bei Huppertz und Vorwerk in Wuppertal - dies waren keine Metallbetriebe - und in Solingen bei Henckels, Kieserling, Herder und Rautenbach. Otto Hertel bezeichnete den Ausbau der Betriebszellen als vorrangige Aufgabe der Unterbezirke. Als weiteres wichtiges Problem sah Hertel die Stabilisierung der Unterbezirksleitungen und ihrer Verbindungen zur Bezirksleitung. 1934 waren seiner Einschätzung nach vier von fünfzehn Unterbezirksleitungen am Niederrhein fähig, auf Ereignisse in ihrem Bereich zu reagieren. Zu diesen zählten Wuppertal und Solingen. Remscheid hingegen schien sich noch nicht von den Folgen der Verhaftungswelle im Herbst 1933 erholt zu haben. Allerdings begann - trotz des Mangels an Funktionären - die Remscheider Leitung eigenständig zu handeln. In Solingen war die Organisation bereits im März und April von Verhaftungen betroffen, doch war die Leitung im Sommer 1934 relativ gefestigt. Auch in Wuppertal wurde über den Mangel an erfahrenen Kadern geklagt, v.a. in den unteren Gliederungen machte sich dies erschwerend bemerkbar. Offenbar gelang es der Gestapo immer wieder, die illegale Organisation durch Verhaftungen zu schwächen, was sich deutlich an den schwankenden Zahlen der Mitglieder ablesen läßt (149):

	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli
Solingen	-	416	221,5	457,5	271,5	333	-
Remscheid	-	108	80	59	104	129,5	-
Wuppertal	-	240,5	257,5	317,5	240	304	-
Bez. insg.	-	1724,5	1658,5	1804	1822,5	1679	-

Hertel erwähnte als bisherigen Mangel der Arbeit, daß es nur in sehr geringfügigem Maße gelungen sei, Kontakte zu sozialdemokratischen Genossen herzustellen; lediglich in Wuppertal, Düsseldorf, Schwelm und Lüdenscheid existiere eine solche Verbindung. Selbst noch auf der "Brüsseler Konferenz" stieß die Durchsetzung der Beschlüsse, eine Einheitsfront mit den Sozialdemokraten herzustellen, gerade im Bezirk Niederrhein auf erhebliche Schwierigkeiten. Günter Plum gibt zu bedenken, daß Hertel offenbar aufgrund seiner konkreten Erfahrung - entgegen der noch gültigen

ultralinken Linie - doch die Notwendigkeit einer engeren Zusammenarbeit aller sozialistischen Kräfte sah. Diese Kritik äußert sich bei Hertel nicht als Kritik an der Partei, er macht lediglich Vorschläge zur Verbesserung (150).

In Solingen existierte eine der größten illegalen Druckereien der KPD in Westdeutschland (151). Von Mai bis November 1934 wurden hier drei Auflagen von je 1200 Stück sowie einmal zusätzlich 6000 Stück der "Roten Fahne" gedruckt. Außerdem wurden zweimal hier die Bezirkszeitung in einer Auflage von 5000 Stück und Flugblätter in Auflagen von 50 000 und 100 000 Stück hergestellt. Aus dem Bericht Hertels geht hervor, daß die KPD die unzufriedene Stimmung in der Bevölkerung zu einer breiten antifaschistischen Stimmung umdeutete. So interpretierte Hertel die Unruhe unter Solinger Milchhändlern dahingehend, daß nunmehr der Mittelstand sich langsam von den Nationalsozialisten abwende. Die drei Streiks, die sich in zwei Betrieben des Bezirks, in Hagen und in der Wuppertaler Textilfabrik Huppertz, wo es eine kommunistische Betriebszelle gab, ereignet hatten, wurden von Hertel in ihrer Bedeutung überschätzt. Zwar hatte offenbar Berlin bei der Stapoleitstelle in Düsseldorf sich nach diesen Unruhen erkundigt - Düsseldorf antwortete, daß diese v. a. auf soziale und ökonomische Mißstände zurückzuführen seien - doch die von Hertel geäußerte Vermutung, daß die Arbeiter ihre Waffen wieder in Ordnung brächten (152), dürfte sehr überzogen sein (153). Dieser übersteigert optimistische Bericht kontrastiert zu den sonst sehr vorsichtigen Beschreibungen. Sicherlich sind ähnlich übertriebene Hoffnungen auch z. T. darauf zurückzuführen, daß die aktiven Kader der kommunistischen Partei unter quasi doppeltem Erfolgszwang standen: zum einen um überhaupt die Kraft zur illegalen Arbeit zu finden - so wie sie von der Parteileitung konzipiert war, zum anderen eben auch gegenüber der Parteileitung selbst.

Einigen Erfolg scheint die KPD im Bergischen mit dem Aufbau der "Klassengewerkschaften", die die RGO ersetzen sollten, gehabt zu haben. Besonders im Wuppertaler Raum, in dem Paul Bender, ein früherer Gewerkschaftsfunktionär der Weimarer Zeit, mit dieser Aufgabe betraut war, scheinen die Kommunisten auf Resonanz bei den Arbeitern in den Betrieben gestoßen zu sein. So sollen in Wuppertal 61 Metall- oder Textilarbeitergruppen existiert haben. Seit dem Herbst 1934 gab die KPD monatlich zwei Gewerkschaftszeitungen heraus, den "Metallarbeiter" und den "Textilarbeiter" (154). Es gibt über die Auflagenhöhe der Gewerkschaftszeitungen unterschiedliche Zahlenangaben, die zwischen 50-100 und 300 Stück schwanken (155). Dies macht es schwierig, Aussagen über den tatsächlichen Umfang der illegalen Gewerkschaftsgruppen

zu treffen. Bekannt ist lediglich, daß es bei der IG Bemberg aufgrund der Unzufriedenheit der Arbeiter zu einem Streik kam, an dessen Zustandekommen die illegale Gruppe beteiligt gewesen zu sein scheint (156). Ebenfalls problematisch sind Aussagen zur "Einheitsfront", d. h. zur Beteiligung der Sozialdemokraten an den Gewerkschaftsgruppen. Hertel gibt für den Zeitraum seines Berichts sehr vorsichtige Einschätzungen und spricht lediglich von Kontakten im Wuppertaler Raum (157). Detlev Peukert veröffentlicht hingegen einen Einheitsfrontaufruf von Wuppertaler Sozialdemokraten, der in der "Freiheit", der illegalen KPD-Zeitung, im Oktober 1934 abgedruckt worden war. Der Aufruf selbst liegt inhaltlich auf der damaligen KPD-Linie (158). Aufgrund der Quellenlage ist nicht nachzuprüfen, wer hinter diesem Aufruf stand. Peukert führt aus, daß in Wuppertal tatsächlich eine breitere Zusammenarbeit vorhanden war. Als Beispiel erwähnt er den Textilgroßbetrieb Bemberg, wo insgesamt fünf jeweils 5- 10köpfige Zellen existierten. Bis auf eine wurden alle von Nicht-Kommunisten geführt. Sie setzten sich zusammen aus Kommunisten, ehemaligen Mitgliedern der Freien und der Christlichen Gewerkschaften und einigen wenigen Sozialdemokraten (Peukert 1980, 237-238). Eine sozialdemokratische Beteiligung an Betriebsgruppen scheint am stärksten in Velbert, einer kleinen Stadt in der Nähe Wuppertals, gewesen zu sein (159).

Bei den Vertrauensrätewahlen im Frühjahr 1933 hatte die KPD dafür agitiert, oppositionelle Kandidaten aufzustellen. Dies wurde jedoch nur in den seltensten Fällen in den Betrieben befolgt, da solche Kandidaten zu sehr gefährdet waren. Große Teile der Arbeiter gaben hingegen ungültige Stimmen ab oder boykottierten die Wahlen, eine Taktik, für die die SPD eingetreten war (vgl. Duhnke 1975, 131-136). Für das Bergische sind nur einige wenige Ergebnisse bekannt (nach Schabrod 1969, 62-65): Bei Vorwerk und Co., einer Gummifabrik in Wuppertal, waren von 654 Stimmen nur 354 gültig, für die Kandidaten der NSBO stimmten nur 82. In Solingen stimmten bei dem größten Unternehmen der Schneidwarenproduktion, der Firma Henckels, 76 % der Belegschaft für die Liste, allerdings erhielt der als Ersatzmann aufgestellte ehemalige Betriebsrat (SPD) die meisten Stimmen. Bei Herder, einem metallverarbeitenden Betrieb, strichen von 222 Wahlberechtigten 73 die Liste durch. Auch hier wurde ein Ersatzmann, der das Vertrauen der Belegschaft besaß, mit Stimmenmehrheit gewählt. Bei Hoerster wurde mit 202 Stimmen ein Ersatzmann gewählt, der Kandidat der NSBO erhielt nur 159 Stimmen. Bei Raspe erhielt die NSBO 120 Stimmen, 308 wählten den alten Betriebsrat. Diese Ergebnisse sind sicherlich nicht repräsentativ, da sie Beispiele

für die KPD-Linie sind, zu verallgemeinern ist jedoch die Ablehnung der NSBO-Liste (vgl. Kap. 2.2). Sie sind sicher gleichzeitig ein Beleg dafür, daß es der NSDAP schwer fiel, in den mittleren und kleineren Betrieben der Metallindustrie - inmitten einer traditionell starken Arbeiterbewegung - Fuß zu fassen.

Im November 1934 gelang es der Gestapo, zunächst die Ortsgruppe Solingen-Merscheid der KPD, die als Gesangsverein getarnt seit Frühjahr 1933 bestand, festzunehmen (160). Im Dezember fiel der Instrukteur des Bezirks Niederrhein in die Hände der Gestapo, die daraufhin den gesamten Unterbezirk Remscheid enttarnen konnte, kurze Zeit bevor die Wuppertaler Organisation zu einem Bezirk zusammengefaßt werden sollte. Sämtliche Funktionäre der illegalen KPD in Remscheid wurden festgenommen (insgesamt wurden 40 Mitglieder der KPD verhaftet). Zugleich fiel der technische Apparat in die Hände der Gestapo. In Wuppertal waren die Unterbezirke Elberfeld und Barmen noch bis Januar 1935 arbeitsfähig. In Elberfeld bestanden vier und in Barmen sieben Ortsgruppen mit insgesamt 700 Mitgliedern (161). Doch bald gelangen der Gestapo auch hier Verhaftungen. Bereits bis November 1934 wurden in Wuppertal 602 Personen wegen Hochverrat und weitere 105 Personen wegen kommunistischer Umtriebe festgenommen. Im gesamten Gebiet verhaftete die Gestapo Ende 1934/ Anfang 1935 1209 Personen, von denen fast alle der Arbeiterbewegung zuzurechnen sind; der größere Teil war wohl Kommunisten (162). 650 Personen wurden im September 1935 in Massenprozessen angeklagt. Viele von ihnen haben die Verhöre nicht überlebt.

Im Ausland erregten diese Prozesse beträchtliches Aufsehen - die Stapoleitstelle Düsseldorf mußte sich wegen dieser Publizität in Berlin rechtfertigen -, zumal offenbar kontinuierlich aus dem Bergischen Informationen über die Prozesse nach Holland gelangten. In Amsterdam wurde von Emigranten aus dem Bergischen ein "Centrales Comitee Wuppertal" gegründet; Zeitungen wie der Daily Herald, die Times, der Petit Parisien, Le Peuple und die Basler Nationalzeitung sowie ausländische Rundfunksender verbreiteten Nachrichten über die "sog. Gewerkschaftsprozesse". Der Internationale Gewerkschaftsbund protestierte gegen die Massenverhaftungen, und eine französische und holländische Delegation kamen nach Wuppertal. Hier wurde ihnen der Zutritt zu den Verhandlungen verwehrt (163). Offensichtlich waren die zuständigen Stellen von dieser Publizität und von der wachsenden Erregung im Bergischen beunruhigt - die Prozesse wurden nach Hamm verlegt. Am 17. Januar 1936 wurden in einem Prozeß gegen 80 Angeklagte insgesamt 114,5 Jahre Zuchthaus- und 38 Jahre und 8 Monate Gefängnisstrafe ausgesprochen. Im zweiten Prozeß gegen 101 Angeklagte wurden 75 zu Zuchthausstrafen bis zu fünf Jahren verurteilt, sechs wurden freigesprochen, die übrigen erhielten Gefängnisstrafen bis zu drei Jahren (Werner 1974, 17 ff.).

Nach den Massenprozessen war der kommunistische Widerstand im Bergischen weitgehend zerschlagen. Aufgrund der Quellenlage ist nicht festzustellen, ob die sich bereits im Bericht Hertels andeutende strategische Wende der KPD überhaupt in der praktischen illegalen Arbeit im Bergischen zum Tragen kam. Die Revision der ultralinken Taktik erfolgte auf dem 7. Weltkongreß der kommunistischen Partei im Juli/August 1935 und für die KPD auf der "Brüsseler Konferenz" im Oktober 1935 (vgl. Laschitza/Vietzke 1964, 68 ff. u. Dimitroff 1960). Diese Revision erstreckte sich im wesentlichen auf folgende Punkte:

- Abkehr von der RGO-Politik;
- Herstellung der Aktionseinheit aller Teile der Arbeiterklasse, d.h. Einheitsfront auch mit der SPD-Führung und Gewerkschaftsspitze;
- Schaffung einer antifaschistischen Volksfront;
- Taktik des trojanischen Pferdes, d.h. Unterwanderung der faschistischen Massenorganisationen.

Während in der Frage des Verhältnisses zur Gewerkschaft und zur Sozialdemokratie auf frühere Positionen zurückgegriffen wurde - die Taktik des Trojanischen Pferdes war auch bereits in den vergangenen Jahren praktiziert worden -, war das eigentlich Neue die Volksfrontprogrammatik (164). Auf der Basis der Definition des "Faschismus als offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals" (Dimitroff 1960, 88) wurde nunmehr eine Öffnung der Bündnispolitik bis zu konservativen bürgerlichen Kreisen proklamiert. Die praktische Umsetzung stieß nach Siegfried Vietzke auf erhebliche Schwierigkeiten in den illegalen Gruppen; er berichtet, daß auch, insbesondere im Bezirk Niederrhein, gerade die Einheitsfrontpolitik gegenüber der SPD auf Widerstand stieß (Vietzke 1966, 134). Allerdings liegt die Bedeutung dieser Wende ohnehin nicht in der Umsetzung für den illegalen Kampf: im Reich existierten kaum Bündnispartner im bürgerlichen Lager, selbst in der Emigration war dieser Taktik nur ein bedingter Erfolg beschieden, ohnehin arbeiteten im Reich Sozialdemokraten und Kommunisten in der Illegalität miteinander. Die Beschlüsse der "Brüsseler Konferenz" bestimmten vielmehr in größerem Maße die Politik der Kommunisten bei Kriegsende (vgl. Kap. 6). Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt führte zu einer Desorientierung der

oppositionellen Kräfte und wohl zugleich zu einer erneuten Entfremdung von Kommunisten und Sozialdemokraten. Im Bergischen lebte erst nach dem Überfall auf die Sowjetunion 1941 der illegale Kampf wieder auf. Bereits 1939 war auf der sog. "Berner Konferenz" der KPD eine Umorganisierung der illegalen Partei beschlossen worden (165). An die Stelle der bisherigen Abschnittsleitungen trat eine neue Auslandsleitung, die sich aus den Sekretären Karl Mewis, Heinrich Wiatrek, Herbert Wehner und Wilhelm Knöchel zusammensetzte (166). Knöchel wurde für den Westen verantwortlich, und ihm wurde die bisherige Abschnittsleitung West unterstellt. 1942 - nach der Verhaftung der Abschnittsleitung Nord - wurde Knöchel vom ZK der KPD mit der Leitung der illegalen Organisation im Reichsgebiet und dem Aufbau von Inlandsleitungen beauftragt (167).

Im August 1941 sandte Knöchel von Amsterdam aus Instrukteure in das Reichsgebiet. Als erster gelangte Willy Seng nach Wuppertal. Seng hatte den Auftrag, illegale Wohnungen ausfindig zu machen und alte Kontakte zu reaktivieren. Ihm folgten vier andere Instrukteure: Alfons Kaps, ein gebürtiger Wuppertaler, der sich in seiner Heimatstadt niederließ, und Alfred Kowalke, der in Düsseldorf und im Ruhrgebiet tätig wurde. Zwei weitere Instrukteure gingen in den norddeutschen Raum.

Anfang Januar 1942 folgte Knöchel ins Ruhrgebiet nach. Er blieb nur kurze Zeit in Wuppertal und schlug sich dann nach Berlin durch (168). Seng und Kaps war es innerhalb kurzer Zeit gelungen, Kontakte zu alten Genossen wiederherzustellen, so daß ein Verbindungs- und Verteilernetz im Bergischen wiederaufgebaut werden konnte (169). Wichtiger Mann war der frühere Reichstagsabgeordnete von Remscheid, Hugo Paul, einer der wenigen Kommunisten, die zu dieser Zeit im Bergischen legal lebten. Paul hielt Kontakt zu vielen Genossen im Bergischen (170). Im Februar 1942 tauchte im Wuppertaler Gebiet die erste Nummer des "Friedenskämpfers" auf, der von Kaps und Seng herausgegeben wurde. Insgesamt erschienen bis Januar 1943 elf Nummern. Mit dem "Friedenskämpfer" versuchten die Kommunisten, eine Volksfrontbewegung in Deutschland ins Leben zu rufen, die Zeitung gab sich betont unparteiisch (171); es wurde aufgerufen, mit der Verbreitung des "Friedenskämpfers" als Zeichen für Frieden, Freiheit und Fortschritt für eine allgemeine Volksabstimmung gegen Hitler zu agitieren. Durch Nachrichten über die Kriegslage, durch Frontberichte und durch Widerlegung der nationalsozialistischen Berichterstattung sollte die Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung verstärkt und eine Basis für eine allgemeine Mobilisierung gegen den Krieg geschaffen werden (172).

So stand im "Friedenskämpfer" eine Berechnung, daß aus Wuppertal - entgegen dem Rechenschaftsbericht der NSDAP, der eine um vieles geringere Zahl angab - im Jahre 1942 3000 Soldaten gefallen waren. Außerdem rief der "Friedenskämpfer" zur Sabotage in den Rüstungsbetrieben auf:

> "Organisiert die massenmäßige Sabotage der Kriegsmaschine! Arbeiter und Arbeiterinnen, Ihr seid die stärkste Kraft im großen Freiheitskampf unseres Volkes, arbeitet langsamer, verweigert die Überarbeit... Schafft Euch in den Betrieben illegale Betriebskomitees und Vertrauensleute. Zur Vorbereitung von Massenstreik und Messendemonstration, für die Beendigung des Krieges und zum Sturze Hitlers?" (173)

Außer dem "Friedenskämpfer" wurden Flugblätter, Ausgaben des "Ruhrechos", der "Freiheit" verteilt, u.a. auch der Volksfrontaufruf des Pariser Komitees (152). Die Aufrufe des "Friedenskämpfers" blieben wohl relativ erfolglos. Über kontinuierliche Kontakte zu Arbeitern in den Betrieben und über organisierte Befolgung des Aufrufs zur Sabotage ist in den Gestapo-Berichten nichts zu finden. Obgleich es also - wie Peukert überzeugend darlegt - der Gruppe um Wilhelm Knöchel gelang, ein illegales Netz aufzubauen, auch jüngere Kommunisten miteinzubeziehen und eine relativ eigenständige Politik zu verfolgen, scheiterten die Versuche, über den Kreis des politischen Widerstandes hinaus, oppositionelle Jugendliche und Arbeiter in die illegale Arbeit einzubinden. Diese Trennung von einem kleinen Kreis politisch Aktiver und der großen Mehrheit der Arbeiter, die sich durch "non-konformistische" Verhaltensweisen zur Wehr setzten, ist bezeichnend für den Widerstand 1933-1945, aber auch für den Erfolg des faschistischen Systems, die Arbeiterklasse ihrer Handlungsmöglichkeiten weitgehend zu berauben.

Offenbar gelang es Kaps, Teile der illegalen bündischen Jugendopposition, die sich gerade in den Jahren 1942 - 1943 im Bergischen in größerem Umfang regte, für bestimmte Aktionen - wie das Anbringen von Klebezetteln - zu gewinnen. Diese Jugendlichen wandten sich gegen den Drill in den nationalsozialistischen Organisationen und knüpften an Elemente der bündischen Jugendbewegung an. Sie nannten sich "Edelweiß-" und "Kittelbachpiraten" und nahmen alles auf, was sich gegen die NS-Organisationen richtete. So waren neben bündischen Liedern auch Lieder der Arbeiterbewegung unter ihnen verbreitet. Diese "Jugendopposition" dürfte kaum eindeutig politisch einzuordnen sein. Ihre punktuelle Zusammenarbeit mit Kaps ist daher keineswegs als Annäherung an die illegale KPD zu bewerten. Der Gestapo gelang es offenbar nicht, diese Ju-

gendlichen einzuschüchtern, so daß sie für die NSDAP ein beunruhigendes Element darstellten (175).

Anfang 1943 verhaftete die Gestapo in Berlin Wilhelm Knöchel (176). Dadurch geriet die gesamte illegale kommunistische Organisation im Reich in die Hände der Gestapo. Damit war der letzte Versuch der KPD, eine Inlandsleitung aufzubauen und durch eine revolutionäre Bewegung Hitler zu beseitigen, gescheitert. Im Bezirk Niederrhein wurden 270 Menschen verhaftet (Peukert 1976, 302-303). In den letzten Kriegsjahren wurde der illegale Kampf von dezentralisierten Gruppen getragen, wie der Schulze-Boysen-Gruppe, der Saefkow-Abshagen-Bästlein-Gruppe oder der Neubauer-Poser-Gruppe. Diesen Gruppen gelang es zwar, über ihren regionalen Wirkungskreis hinaus Verbindungen u. a. auch im Ruhrgebiet herzustellen, sie standen jedoch nur in sprachlicher Verbindung mit der illegalen KPD im Ausland (177). Als sich die militärische Niederlage des NS-Regimes abzuzeichnen begann, entstanden im Bergischen wie anderswo illegale Gruppen, die sich nunmehr hauptsächlich für die Zeit nach dem Zusammenbruch vorbereiteten.

Einige Bemerkungen zur Herkunft der Widerstandskämpfer im Bergischen

Aufgrund der Materialbasis des vorigen Kapitels können nur vorläufige Aussagen über die soziale Struktur des Widerstandes im Bergischen gemacht werden. Das Kapitel basiert im wesentlichen auf den zum Zeitpunkt der Sichtung bereits archivierten Akten der Stapoleitstelle in Düsseldorf. Diese wurden ausschließlich unter dem Aspekt des Widerstandes der Arbeiterorganisationen durchgesehen, d. h. es wurden nur die Akten ausgewertet, wo die Gestapo wegen Zugehörigkeit zu illegalen Gruppen ermittelte (178). Bürgerliche oppositionelle Strömungen, hier wäre v. a. der Kreis der Bekennenden Kirche in Wuppertal zu nennen, wurde nicht berücksichtigt. Allerdings war die bürgerliche Opposition sehr schmal (Werner 1974, 24 ff.).

Der antifaschistische Widerstand wurde im Bergischen hauptsächlich von der Arbeiterschaft getragen. Dies wird u. a. an der Zeugenliste des 1948 stattfindenden Prozesses deutlich, in dem die Verantwortlichen der "Kemna" angeklagt wurden (179). Insgesamt wurden 228 Zeugen, die alle zwischen 1933-1934 in der "Kemna" den Folterungen der SA ausgesetzt waren, verhört. Von diesen 228 gaben 120 Arbeiterberufe an, 40 waren kleine Angestellte, 8 Rentner und 25 Unternehmer, von letzteren waren allerdings nur 5 Fabrikanten. Berücksichtigt man, daß in der Nachkriegszeit viele Arbeiter zunächst nicht in die Betriebe zurückkehrten, sondern gerade im Bergischen als Kleinunternehmer oder Handwerker arbeiteten, so dürfte die Annahme gerechtfertigt sein, daß viele von ihnen früher Arbeiter waren (180). Von den restlichen ca. 50 Zeugen gaben 12 keinen Beruf an, zwei waren Bauern, der Rest bezeichnete sich als Beamte, leitende Angestellte, Künstler oder gab kaufmännische Berufe an.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt man aufgrund der Gestapo-Akten, die außerdem noch Angaben zur Altersstruktur enthalten (181): Von den 48 in KPD-Personalakten aufgeführten Personen waren 34 Arbeiter. Von den restlichen 14 Verhafteten fehlten bei 7 die Berufsangaben, bei mindestens vier von ihnen ist sicher, daß sie hauptberuflich für die illegale Partei tätig und früher hauptamtliche Funktionäre waren. Fünf Verhaftete waren im kaufmännischen Bereich tätig, zwei waren Künstler. Der überwiegende Anteil der verhafteten Kommunisten war zwischen 30 und 40 Jahre alt: 27 waren zwischen 1900 und 1909 geboren, 11 zwischen 1890 und 1899 und 6 vor 1890 und nur vier nach 1910. Die Mitglieder der KPO und der Anarchosyndikalisten waren ohne Ausnahme Arbeiter, auch hier war die Mehrheit zwischen 30 und 40 Jahre alt (182). Da die Anzahl der Sozialdemokraten, die in illegalen sozialdemokratischen Zirkeln arbeiteten, sehr viel geringer war, bietet das Gestapo-Material eine zu schmale Basis für ähnliche Daten (183). Trotzdem seien hier kurz die verfügbaren Daten angeführt: Von den verhafteten SAP und SAJ-Angehörigen waren zwei nach 1910 geboren, einer nach 1902, einer war Arbeiter, einer Fabrikant und die dritte kaufmännische Angestellte. Unter sieben verhafteten Sozialdemokraten waren zwei Fabrikanten, ein Redakteur, ein Grundstücksmakler, ein Lehrer, ein Angestellter und ein Gewerkschaftssekretär, also kein Arbeiter. Ein einziger war 1900 geboren, zwei zwischen 1880 und 1889, zwei zwischen 1890 und 1899 und zwei zwischen 1910 und 1920.

Zusammenfassung

Nicht nur Arbeiter, sondern auch Teile des Bürgertums - hier ist die "Bekennende Kirche" in Wuppertal zu nennen - standen in Opposition zum Faschismus (184). Trotzdem kann von einer Breite des antifaschistischen Widerstandes nur innerhalb der Arbeiterklasse gesprochen werden. Im Bergischen wie anderswo war der

Anteil der Kommunisten relativ hoch, was allerdings bei der Dominanz der KPD vor 1933 wenig verwundert. Von Anfang an aber war auch die Verfolgung und politische Repression im Bergischen besonders stark. Offenbar tat sich die NSDAP schwer daran, in einem Zentrum der organisierten Arbeiterschaft Fuß zu fassen. Entsprechend hart war die Reaktion 1933, die Sondergenehmigung für die SA für den Bau eines der ersten Konzentrationslager beweist es. Beeindruckend ist es, wie breit der Widerstand war und daß er trotz der Zerschlagung der Gruppen bis in den Krieg hinein immer wieder aufflackerte. Es ist besonders erfreulich, daß gerade in den letzten Jahren die Städte Solingen und Wuppertal sich bemühen, diese Tradition wieder lebendig werden zu lassen (185).

Im illegalen Kampf der Arbeiterbewegung im Bergischen spiegeln sich die unterschiedlichen politischen Konzeptionen des Widerstandes wider. Die sozialdemokratischen Gruppen zielten von vornherein nicht darauf ab, das faschistische Herrschaftssystem durch eine Revolution zu beseitigen. Dies war sicherlich im Ansatz realistisch: Die Niederlage der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen war 1933 so vernichtend, daß das Erwarten einer Massenbewegung - so wie die KPD es tat - illusionär war. Aber gerade das Ausmaß dieser Niederlage wurde von der SPD nicht erkannt, man hoffte auf den baldigen Zusammenbruch des Faschismus aufgrund seiner inneren Widersprüche. Die "Aufrechterhaltung einer sozialdemokratischen Gesinnungsgemeinschaft" beschränkte sich von vornherein auf Funktionäre, eben auf jene Gruppierung, auf die sich traditionell die Parteiführung stützen konnte. Gerade dadurch wurde aber verhindert, daß man sich mit der innerparteilichen Opposition auseinandersetzte. Für die Zeit nach dem Zusammenbruch hieß das, daß eine direkte Anknüpfung an die SPD vor 1933 möglich war, da konkrete Erfahrungen des Widerstandes nur bedingt in die sich reorganisierende Partei einflossen.

Die KPD war die einzige politische Kraft, die zumindest versuchte, während der gesamten Dauer der faschistischen Herrschaft, als Partei zu überleben und aktiv zum Sturz Hitlers beizutragen. Trotz der ungeheuren Dezimierung ihrer Kader gelang es ihr, eine gewisse Kontinuität zu wahren. Allerdings führten die fundamentalen Fehleinschätzungen, z. T. bedingt durch ihre Unterordnung unter die außenpolitischen Interessen der Sowjetunion (186), zu einer Konzeption des illegalen Kampfes, die in vielerlei Hinsicht selbstmörderisch war (187) und sich nicht an den Bedingungen in Deutschland orientierte. Dies führte dazu, daß trotz einer gewissen Kontinuität der Partei, die Erfahrungen des Widerstandes nach 1945 nicht zum Tragen kommen konnten, - hier war die politische Dominanz der aus dem russischen Exil zurückkehrenden Funktionäre zu groß.

Die dritte Konzeption, die der sozialistischen Splittergruppen, knüpfte an deren Erfahrungen am Ende der Weimarer Republik an. Bereits vor 1933 war von ihnen die Spaltung der Arbeiterbewegung als verhängnisvolles Hemmnis in einem Kampf gegen die faschistische Gefahr gesehen worden. Die Forderung der Einheit war daher der politische Angelpunkt ihres Kampfes. In der Illegalität organisierten sie Gruppen, die politisch diskutierten, Erfahrungen austauschten und gleichzeitig gezielt versuchten, neue Kader zu rekrutieren. D. h., ihre Arbeit war nicht von vornherein auf politische Diskussionen im kleinen Kreis beschränkt, sondern sie versuchten, mit möglichst vielen zu überwintern und ihre politischen Erfahrungen zu erhalten und zu erneuern. Eine antifaschistische Massenbewegung zu initiieren, hielten diese Gruppen für illusionär. Aber auch dieser Versuch scheiterte: bis auf wenige Ausnahmen fielen diese Gruppen in die Hände der Gestapo. Ihre Bedeutung dürfte jedoch nicht zuletzt darin liegen, daß sie am konsequentesten eine Lehre aus den Erfahrungen von Weimar zogen, die durchaus eine politische Alternative für die Nachkriegszeit darstellte, und daß gleichzeitig ihre Form des illegalen Kampfes noch am ehesten der Realität zu entsprechen schien. Doch waren diese Gruppen zahlenmäßig zu schwach, um nennenswerten Einfluß auf die Reorganisation der Arbeiterbewegung nach 1945 zu nehmen.

3. GESELLSCHAFT UND WIRTSCHAFT IM BERGISCHEN LAND NACH DEM ZUSAMMENBRUCH

Industrielle Produktion im Bergischen im Frühjahr 1945

1945 waren wohl die meisten Menschen in Deutschland der Meinung, die Industrie sei durch Kriegseinwirkungen so zerstört, daß Deutschland auf lange Sicht hinaus wirtschaftlich am Boden liege. Nicht zuletzt aus diesem Eindruck entstand die Legende von der "Stunde Null", der Mythos eines völligen Neuanfangs in allen Bereichen der Gesellschaft (vgl. Jacobmeyer 1976, 11 ff.). Bei einem Vergleich mit der Friedenszeit muß berücksichtigt werden, daß von 1938 bis 1943 die Produktion kontinuierlich anstieg, selbst nach dem Rückgang 1944 war die Grundstofferzeugung noch um 16,4 % höher als 1938. Dies galt nicht für die Konsumgüterindustrie, in der seit 1936 die Kapazität nicht mehr erweitert wurde (Huster u.a. 1972, 94). Diese Disproportionalität zwischen beiden Sektoren wurde im Krieg noch größer, da insbesondere die Textilindustrie durch das "area-bombing" (188) im Luftkrieg schwer getroffen wurde. Gezielte Luftangriffe gegen Industrieanlagen wurden in erster Linie nur gegen bestimmte Produktionsstätten geflogen, und zwar gegen Industriebetriebe, die synthetischen Treibstoff herstellten, sowie gegen Flugzeug-, Panzer- und Munitionsbetriebe und gegen die Kugellagerindustrie. Grundstoff- und verarbeitende Industrie generell waren nur geringfügig betroffen: diese Schäden konnten meist noch während des Krieges behoben werden. So gibt Horst Heininger an, daß die Kohlegewinnung nur um 2 %, die Kokserzeugung nur um 3 % zurückging (189). Die Produktionsausfälle Mitte 1944, die bis zu 50 % betrugen, waren u.a. durch die Zerstörungen im Straßen- und Eisenbahnverkehr bedingt; ähnliches ist festzustellen für die Eisen- und Stahlindustrie, für die Chemie usw. Nur 6,5 % der Werkzeugmaschinen wurden durch Kriegseinwirkungen beschädigt, davon konnte nur ein Zehntel nicht mehr repariert werden. Heininger schließt daraus, daß insgesamt die Ausweitung der Produktion in der verarbeitenden und Grundstoff-Industrie vor und während des Krieges größer war, als durch Kriegseinwirkungen zerstört wurde.

Die Schwierigkeiten bei der Wiederbelebung der Industrie sind demnach weniger auf die Zerstörungen der Produktionsanlagen zurückzuführen als auf die Auswirkungen der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik (190). Zum einen verlief die Ausweitung der Produktion in den Grundstoff- und verarbeitenden Industrien auf verschiedene Weise. Während metallverarbeitende Industrien, Anlagen zur Herstellung von synthetischem Stickstoff und Buna und zur Gewinnung von Eisenerz sehr hohe Investitionsraten aufwiesen, wurde gerade im Bergbau Raubbau betrieben (Heininger 1959, 35). Zum anderen erschwerte die eingetretene Schere zwischen Konsum- und Investitionsgüterindustrie die Umstellung auf Friedensproduktion (Huster u.a. 1972, 94). Hier mag als Beispiel die Veränderung der Produktionsstruktur im Maschinenbau dienen. Während des Krieges nahm die Zahl der Maschinen in der Textil- und Nahrungsindustrie um 50 % ab, hingegen stieg die Zahl der Maschinen, die in der Rüstungsindustrie eingesetzt werden konnten (Heininger 1959, 47). Gerade also in der am Kriegsende wichtigen Versorgungsgüterindustrie waren die Maschien überaltert, war die Kapazität gering. Auch wurde für die Umstellung der Rüstungsproduktion eine gewisse Zeit benötigt. Die NS-Führung hatte - aus Angst vor einer ähnlichen Entwicklung wie 1918 - alles daran gesetzt, die Versorgung der Bevölkerung auch unter Kriegsbedingungen zu gewährleisten. Bei Zusammenbruch des Reiches brach dann die Versorgung zusammen (191).

Wie sah nun die Lage im Bergischen bei Kriegsende aus? Wuppertal war die Stadt, die im Bergischen am meisten unter den Luftangriffen zu leiden hatte: sie war das Ziel von vier Luftangriffen; die beiden schwersten erfolgten im Sommer 1943 auf die Zentren Barmen und Elberfeld. Im Januar und März 1945 wurden bei zwei Angriffen die äußeren Stadtteile Oberbarmen/Langerfeld und Vohwinkel getroffen (Köllmann 1956, 129-131). Bei einer Befragung von 165 Wuppertaler Industriebetrieben mit mehr als 70 Beschäftigten Ende 1943 meldeten 79 der Gauwirtschaftskammer schwere und schwerste Schäden an Gebäuden und Maschinen. Von diesen Betrieben zählten 39 zur Textilindustrie, 23 waren metallverarbeitende Betriebe (192). In der Textilindustrie stellte die Kammer unter Berücksichtigung der Klöppel- und Bandwebstühle einen Kapazitätsverlust von 40 % fest. Von den 8700 Bandwebstühlen in der Industrie wurde ein Drittel durch den Luftangriff vernichtet: die größeren Betriebe befanden sich im Zentrum Barmens. Hinzuzuzählen sind jedoch auch die Bandwebstühle der Heimarbeiter, hier wurden von 5800 ein Achtel zerstört (Köllmann 1956, 130-133). Noch schwerer getroffen waren die Bekleidungsindustrie und der Textilgroßhandel, die im Zentrum Elberfelds konzentriert waren.

Bei den beiden Großangriffen im Sommer 1943 erlitten fast alle hier angesiedelten Unternehmen Totalschäden, die Warenlager wurden fast vollständig vernichtet. Auch der Einzelhandel hatte beträchtlichen Schaden zu verzeichnen: 50 % der Lebensmittelläden, 60 % der Textilwarengeschäfte, 70 % der Schuhgeschäfte und 60-70 % der Haushaltswaren- und Möbelgeschäfte im Zentrum von Wuppertal wurden völlig zerstört (ebd.). Von diesen Schäden, die in Wuppertal sich massiv auf die Verbrauchsgüterindustrie konzentrierten, erholte sich diese bis Kriegsende nicht mehr. In der Rüstungsindustrie sah dies anders aus. War die Stromabgabe an gewerbliche Verbraucher nach den Großangriffen 1943 auf 32 % der Juniabrechnung gesunken, so lag sie bei Jahresende wieder bei 80 %, ein Aufschwung, der fast ausschließlich auf das Konto der verarbeitenden Industrie ging (193).

In Remscheid erfolgte der schwerste Luftangriff in der Nacht zum 31. Juli 1943 (Ringel 1972, 25). Von 1182 Industriebetrieben wurden 204 total zerstört, 264 schwer und mittelschwer beschädigt und 190 nur leicht getroffen. Die Handwerksbetriebe hatten noch größeren Schaden genommen, hier waren 812 Betriebe von insgesamt 1275 total zerstört (194). Nach den Ermittlungen von Norbert Krüger betrug der Ausfall bei den Großbetrieben 3,2 % Monatsproduktionen, bei den kleineren Firmen, die 41 % der Remscheider Industrie darstellten, 3,8 % Monatsproduktionen (Krüger 1968). Bereits nach sechs Monaten schienen alle Betriebe wieder voll arbeitsfähig gewesen zu sein; zeitweilig waren in Remscheid zwei Kompanien Kriegsgefangene (Fachhandwerker) sowie einige Gruppen der "Organisation Todt" (195) mit Reparaturen und Aufräumarbeiten beschäftigt. Der Großhandel hatte hingegen keine Erlaubnis zur Beseitigung von Totalschäden erhalten. Mehr als 70 von 390 Firmen waren vernichtet worden (Ringel 1972, 26 f.).

In Solingen erfolgte der Großangriff erst im November 1944. Die Industrie meldete einen Produktionsausfall von 63 %. Die Firma Henckels, eine der größten Firmen Solingens mit über 1000 Beschäftigten, mußte einen Teil ihrer Produktion ausgliedern, da die Gebäude total zerstört waren. Die Aufräumungsarbeiten konnten offenbar nicht mehr so schnell und effektiv durchgeführt werden wie in Remscheid und Wuppertal. Außerdem war Ende 1944 die Kohleproduktion bereits beträchtlich gesunken, die Verkehrsverbindungen zum Ruhrgebiet waren unterbrochen; die Solinger Industrie blieb daher bis zum Kriegsende weit unter den Produktionsziffern vor dem Luftangriff (196).

Für das Bergische Land kann die vorher allgemein aufgezeigte Tendenz voll gelten: Gerade die Verbrauchsgüterindustrie war durch die Kriegseinwirkungen besonders geschädigt; die Zerstörungen in der metallverarbeitenden Industrie hingegen waren geringer und wurden bereits während des Krieges weitgehend behoben. Trotzdem waren insgesamt die Probleme der Wiederbelebung der Industrie im Bergischen groß. Die Ursachen hierfür lagen v. a. im Mangel an Arbeitskräften (197). In Wuppertal ging die Beschäftigtenzahl in der Industrie (ohne Bauwirtschaft) - verglichen mit 1939 - um 56 % zurück. In der metallverarbeitenden und der Textil-Industrie lag der Rückgang sogar bei 60-62 % (198). In der Textilindustrie dürfte dieses auf Kapazitätsverringerungen während des Krieges zurückzuführen sein, bei der Eisen- und Metallindustrie auf Rohstoffmangel. Wenn auch die Bevölkerungszahl sich in allen drei Städten zunächst verringerte (199), so ist trotzdem ein Mißverhältnis zwischen beiden Faktoren zu sehen.

Trotz der Schwierigkeiten, 1945 die Produktion überhaupt anlaufen zu lassen, gab es im Bergischen von Anfang an einen beträchtlichen Mangel an Arbeitskräften, vorwiegend an hochqualifizierten Facharbeitern. In der gesamten Eisen- und Metallindustrie Wuppertals waren noch im September 1946 55 % der Männer 39 Jahre und älter, in der Textilindustrie, die während des Krieges am stärksten durch Einberufung betroffen war, waren sogar 78,5 % in dieser Altersstufe. Die mittleren Jahrgänge fehlten: nur 970 aller Beschäftigten in der Textilindustrie waren zwischen 14 und 38 Jahren, 2565 Arbeiter waren älter als 49 Jahre (Schon 1947, 116-117). Der Abzug der Zwangsarbeiter und der Rückgang der Frauenarbeit - bei Kriegsende verließen viele Frauen ihren Arbeitsplatz - verschärften zunächst das Arbeitskräfteproblem (200). Viele Soldaten waren noch nicht zurück oder zögerten, in den Betrieben zu arbeiten. Das Geld hatte wenig Kaufkraft; für den Lohn konnten die Arbeiter keinen angemessenen Gegenwert erhalten. Die Familie zu ernähren, war nur möglich durch Hamsterfahrten und Tauschgeschäfte. Viele Heimarbeiter, aber auch ehemalige Industriearbeiter, beantragten Wandergewerbescheine, zumal sie einige kleine Reserven an Schneidwaren oder Textilwaren gehortet hatten, die 1945 begehrte Tauschobjekte waren (201).

Weiter wurde die Wiederbelebung der industriellen Produktion durch Restriktionen der Militärregierung gehemmt. Während die kleineren Firmen unter zehn Beschäftigten noch innerhalb eines Monats nach der Besetzung die Permits (Produktionsgenehmigungen) erhielten, verzögerte sich diese Erlaubnis bei einigen Großbetrieben bis zu zwei Jahren. In Remscheid konnten drei Monate nach der Besetzung die Handwerksbetriebe und Betriebe mit einer Beschäftigtenzahl unter 25 wieder arbeiten. Die Anträge hierfür wurden von der Handelskammer bearbeitet und genehmigt (202). Die größeren Betriebe mußten sich wegen des Permits an die Militär-

regierung direkt wenden: Die Deutschen Edelstahlwerke konnten am 30. 11. 45 die Arbeit wieder aufnehmen, das Alexanderwerk (Küchengeräte) am 19. 6. 46 und die Bergische Stahlindustrie (BSI) am 27. 12. 1946 (Verwaltungsbericht Remscheid 1945-47, 129). Das Permitverfahren lief in Solingen ähnlich ab; doch wurde die Solinger Schneidwarenindustrie durch das "Solinger Verkaufsverbot" noch stärker behindert. So wurde - anscheinend aus diesem Grund - das Permit für Henckel lange Zeit verweigert und die Firma im Dezember 1946 vorübergehend geschlossen (203). Dieses "Solinger Verkaufsverbot" erfolgte auf Druck der englischen Konkurrenzindustrie in Sheffield, die damit die Solinger Industrie vom Exportmarkt verdrängen wollte. Aus einer Mitte Juli 1945 erstellten Liste der Industrie und Handelskammer Wuppertal geht hervor, daß von den 457 Betrieben mit mehr als 25 Arbeitern 196 zu 100 % wieder produzierten, während ein kleiner Rest noch gar nicht arbeitete. Aber auch diese Betriebe dürften bald ein Permit erhalten haben. Kein Permit bekamen in Wuppertal zunächst Firma Bemberg (Kunstseidenherstellung; 1939 4 519 Beschäftigte), Firma Espenlaub (Flugzeugreparaturen); 1939 276 Beschäftigte: 1944 1 557 Beschäftigte), ferner ein Zweigwerk der Firma Rautenbach aus Solingen (Kugellagerherstellung) und ein Zweigwerk von Krupp (Küchengeräte). Diese Firmen beschäftigten einen Stamm der Belegschaft mit Aufräumen und Instandsetzungsarbeiten weiter (204).

Die vorübergehenden Betriebsstillegungen im Winter 1945/46 hatten zum Teil Entlassungen zur Folge, diese wurden jedoch teilweise wieder zurückgenommen (205). Die Kapazität der bergischen Industrie betrug bei Kriegsende gegenüber dem Vorkriegsstand 75-80 %, davon wurden jedoch nur bis zu 30 % genutzt (206). Ursache hierfür dürfte neben dem Arbeitskräftemangel der Mangel an Rohstoffen und Energie gewesen sein. Das Bergische Land war in hohem Maße abhängig von der Rohstoffproduktion im Ruhrgebiet, der Bergbau war jedoch aufgrund des Raubbaus während des Krieges und später aufgrund der Forderungen der Besatzungsmächte kaum in der Lage, die heimische Industrie zu versorgen, so daß es im Winter 1946/47 zu einer schweren Energiekrise kam. Außerdem war nach der Besetzung die Versorgung mit Treibstoff zunächst völlig zusammengebrochen. Eine kurze Zeit noch konnte der notwendigste Bedarf im Bergischen aus Wehrmachtsreserven gedeckt werden, doch war dies angesichts des zerstörten Verkehrsnetzes in keiner Weise ausreichend (Rausch o.J. 1947, 21).

Die Zerstörungen im Transport- und Verkehrswesen

Die Wiederbelebung der Industrie im Bergischen wurde durch die Zerstörungen im Transport- und Verkehrsnetz entscheidend gehemmt. Das Bergische war hierdurch mehr als andere Regionen betroffen: es war von den Rohstoffen des Ruhrgebiets abhängig, die Städte untereinander waren wirtschaftlich eng verflochten, und die einheimische Industrie war in den Stadtbezirken verstreut (207). Aufgrund des Treibstoffmangels wurde der Kraftfahrzeugverkehr stark eingeschränkt; die Auswirkungen der Zerstörungen bei Reichsbahn und anderen öffentlichen Verkehrsmitteln waren daher umso spürbarer. Solingen, Remscheid und Wuppertal gehörten zur Reichsbahndirektion Wuppertal, deren Bezirk bis ins Ruhrgebiet und in den Kasseler Raum reichte. In diesem Reichsbahnbezirk waren 1945 von 1608 km Gleisen nur noch 475 km - also rund 33 % - betriebsfähig (Schön 1947, 89-105). Zum Vergleich: im gesamten Reichsgebiet waren 10 % aller Gleisanlagen zerstört (Heininger 1959, 66). Gerade die wichtigsten Personen- und Güterbahnhöfe hatten schweren Schaden gelitten. Entsprechend waren die Verhältnisse im Bezirk: Von den 390 Personenbahnhöfen und den 321 Güterbahnhöfen waren nur noch 119 bzw. 104 betriebsfähig. 108 Stellwerke, 204 Brücken und 780 Weichen waren beschädigt. Trotzdem war die Eisenbahn 1945 das wichtigste Verkehrsmittel, die Straßenbahnen waren im Bergischen erst einen Monat nach der Besetzung einsatzfähig. Bereits wenige Tage nach dem Einmarsch der Amerikaner pendelte der Eisenbahnverkehr in Wuppertal zwischen den äußersten Enden der Stadt hin und her. Die Wiederinstandsetzungsarbeiten gingen schnell voran: 1947 waren nur noch 5 % der Strecken nicht befahrbar. Ein größeres Problem stellten Überalterung und Beschädigungen der Lokomotiven dar. Im Gebiet der Reichsbahndirektion Wuppertal waren 1945 50 % der Lokomotiven nicht mehr betriebsfähig (Schön 1947, 89-105).

In Wuppertal konnten erst am 26. 5. 45 die ersten Straßenbahnen wieder fahren. 57 % der Straßenbahnwagen, die unbeschädigt den Krieg überstanden hatten, waren mehr als 30 Jahre alt. 30 % des Gleis- und 45 % des Fahrleitungsnetzes waren zerstört. Die Wuppertaler Schwebebahn, die im Nahverkehr eine bedeutende Rolle spielte, war noch mehr durch Kriegseinwirkungen betroffen. Außerdem beeinträchtigte jede Beschädigung des Brücken- und Stützpfeilersystems den gesamten Straßenverkehr. Gleichzeitig wurde der Nahverkehr weitaus mehr belastet als während der Kriegsjahre: In dem Zeitraum vom 1. 1. 1946 bis 30. 9. 1946 beförderten die Wuppertaler Bahnen 42 % mehr Personen als im gleichen Zeitraum des Jahres 1943. Dabei standen 30 % weniger Fahrzeuge zur Verfügung,

und die geleisteten Kilometer pro Wagen lagen um 33 % niedriger (ebd., 106-108). Der Kraftfahrzeugverkehr war fast völlig zum Erliegen gekommen. Es mangelte an Treibstoff, an Ersatzteilen, insbesondere an Reifen. Außerdem waren die Straßen wegen des Schutts zum Teil nicht befahrbar. Die Kommunalverwaltung richtete eine "Fahrbereitschaft" ein, um die Versorgung der Bevölkerung sichern (208).

Die Lage der Bevölkerung

Wie schon weiter oben ausgeführt, brach bei Kriegsende die Versorgung der Bevölkerung völlig zusammen. Aufgrund der Kriegswirtschaft, die die Disproportionalität zwischen Konsumgütersektor und Produktionsgütersektor geschaffen hatte, mangelte es nunmehr bei der Versorgung an allem: Bei Kriegsende hatte sich bereits ein gewisser Bedarf angestaut, und zugleich waren kaum noch Reserven vorhanden. Ein Beispiel mag genügen: 1943 wurden von der deutschen Bekleidungsindustrie für zivile Bedürfnisse 4 Anzüge pro 1000 Einwohner und 1 Wintermantel produziert (Heininger 1959, 47). Bei Kriegsende war die Bekleidung der meisten Menschen abgetragen und zusammengestückelt. Nach den Berechnungen des Wuppertaler Wirtschaftsamtes mußten - falls die Produktion nicht nennenswert erhöht wurde oder Hilfe von außen kam - ein Männeranzug 29 Jahre, ein Frauenkleid 17 Jahre, ein Männerschuh 11 Jahre, ein Frauenschuh 17 Jahre und ein Kinderschuh 3 Jahre getragen werden, bevor Ersatz beschaffen werden konnte (Schön 1947, 56).

Ähnlicher Mangel herrschte auf allen Gebieten. Von April bis September 1944 konnten noch 1340 Kleiderschränke und 7200 Holzbetten vom Wuppertaler Wirtschaftsamt auf Bezugsmarken ausgegeben werden; zwei Jahre später waren es nur noch 49 Schränke und 125 Betten. Gerade bei Möbeln muß besonders berücksichtigt werden, daß der Bedarf durch die Zerstörungen von Wohnraum gestiegen war, außerdem nahm die Bevölkerung aufgrund der Flüchtlingsströme beständig zu (ebd., 57).

Die bedrückendste Situation herrschte jedoch auf dem Ernährungssektor. Ende 1944 wurden 1750 Kalorien pro Person ausgeteilt, im April/Mai 1945 waren es noch 1050. Im Juni 1945 sank diese Zahl im Bergischen auf 650, pendelte sich dann zwischen 800 und 1400 im Jahre 1946 ein. Aufgrund der Transportschwierigkeiten konnten aber häufig keine Lebensmittel ausgeteilt werden. Die Zusammensetzung der Nahrungsmittel war völlig unzureichend: Seit April 1945 sank die Fettration stetig, es fehlte an Milch, Gemüse und Obst, Kartoffeln und Fleisch (ebd., 33-41). Die Auswirkungen der unzureichenden Ernährung, der mangelnden Versorgung mit allem Lebenswichtigen, dem Fehlen von Heizmaterial - in Wuppertal erhielt jeder Haushalt im Winter 1945/46 vier Zentner minderwertige Kohle und Braunkohle - auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung, beschreibt der Bericht einer britischen Ärztekommission, die die Wuppertaler Krankenhäuser besichtigte:

> "Fast jeder Patient des Krankenhauses hat ein beträchtliches Untergewicht. Die Gewichtsabnahme beträgt manchmal 30-40 kg, verglichen mit den vor dem Krieg festgestellten Gewichten ... 24 von den 60 Patienten (der inneren Männer-Station, d.V.) leiden an Ödemen und bei vielen ist dies eine Folge der Hungersnot..." (Ebd., 43)

Kälte und Fettmangel erhöhten die Anfälligkeit für Tuberkulose: die Zahl der Tbc-Kranken in Wuppertal verzehnfachte sich. Die medizinische Versorgung litt unter dem Mangel an Pflegepersonal und Medikamenten. Wuppertal stand 1945 nur noch ein Sechstel der früher benötigten Insulinmenge zur Verfügung, obgleich die Zuckerkranken aufgrund der ungünstigen Ernährung mehr als vorher benötigt hätten (ebd., 42-48). Alte und Kinder waren im besonderen Maße gefährdet. Erst im Herbst 1945 war der Volksschulunterricht für die Kinder wieder einigermaßen geregelt. Bei vielen von ihnen wurden Anzeichen völliger Verwahrlosung festgestellt; weiter zeigten die Schulkinder Unterernährung, Anzeichen von Erschöpfung und völlig unzureichende Kleidung (209).

Zur allgemeinen trostlosen Lage der Masse der Bevölkerung kam noch die Wohnungsnot. Die Stadtkerne von Wuppertal, Solingen und Remscheid waren bis zu 50 % zerstört, die Arbeiterviertel bis zu 70 % (210). Die letzten Angriffe hatten riesige Schuttmengen in den Straßen hinterlassen, allein in Wuppertal wurden bei Kriegsende 6 1/2 Millionen cbm Schutt gemessen (Schön 1947, 18). Es bestand erhebliche Seuchengefahr. Neben Wohnhäusern waren viele öffentliche Gebäude, Krankenhäuser, Schulen etc. total zerstört. Reparaturen und Wiederinstandsetzungsarbeiten wurden während des Krieges an privaten Gebäuden nicht vorgenommen; dies erschien nicht notwendig, da die Bevölkerungszahlen durch Einberufungen und Evakuierungen in den Städten sanken. Nach der Besetzung aber strömten Evakuierte, Soldaten und Flüchtlinge in die Städte zurück; 1946 hatten die Westzonen 10 % mehr Einwohner als vor dem Krieg (Huster u.a. 1972, 99). Zwar wurden Bauarbeiten und Aufräumungsarbeiten sofort in Angriff genommen, doch waren 1946 noch ca. ein Fünftel der Bevölkerung von Solingen, Remscheid und Wuppertal behelfsmäßig untergebracht (Schön 1947, 24-38).

Exkurs: Zur Deutschlandplanung der Alliierten

Wenn im vorigen versucht wurde, die sozio-ökonomische Situation in den drei größten Städten des Bergischen Landes bei Kriegsende zu umreißen und diese als wesentliche Determinante für alle politischen Strategien im Nachkriegsdeutschland einzuschätzen, so wurde bisher vernachlässigt, daß insgesamt den deutschen Kräften von den Besatzungsmächten ohnehin nur ein sehr enger, begrenzter Handlungsraum zugewiesen war (211). Diese dominierende Stellung der Politik der Besatzungsmächte war zweifach begründet: Innerhalb Deutschlands fehlte bei Kriegsende eine breite antifaschistische Bewegung, die in der Lage gewesen wäre, gegenüber den Besatzungsmächten das "andere Deutschland" zu repräsentieren und legitimiert gewesen wäre, ihren Anspruch auf eine eigenständige Politik durchzusetzen (212).

Zudem erwuchs aus der totalen Niederlage des deutschen Reiches den Siegermächten eine unumschränkte Machtstellung, so daß das Schicksal der Deutschen nahezu allein von den Besatzungsmächten und ihrem internen Kräfteverhältnis abhängig war.

Die Gegensätze zwischen den Siegermächten waren durch den gemeinsamen Feind nur vorübergehend zurückgedrängt worden: im Augenblick des Sieges existierte keine langfristige Kriegszielpolitik. Die Sowjetunion hatte zweifellos die Hauptlast des Krieges getragen und war bei Kriegsende - sowohl was die Verluste an Menschen anging als auch hinsichtlich ihres wirtschaftlichen Potentials - in höchstem Maße geschwächt (213). Ihr Hauptinteresse mußte es daher sein, einen neuen Krieg zu verhindern (214) sowie Entschädigungen und Reparationen zu erhalten. Dies war für die UdSSR damals eine Überlebensfrage. Sie mußte auf hohen Reparations- und Demontageforderungen an Deutschland beharren, wobei sie in Gegensatz zu den Interessen der deutschen Arbeiterklasse und der gesamten Bevölkerung geriet. Unter den westlichen Alliierten hatte allein Frankreich die klare Zielvorstellung, Deutschland auf Kosten einer künftigen Großmachtstellung Frankreichs zu schwächen. Damit stand es jedoch in Gegensatz zur Politik Großbritanniens wie auch der USA. Die britische Deutschlandpolitik während des Krieges war höchst pragmatisch; Churchill erkannte wohl am klarsten den prinzipiellen Charakter des Gegensatzes zur UdSSR, ihm schwebte ein westeuropäischer Block mit britischer Hegemonie vor, der Deutschland niederhalten und sich zugleich gegen die UdSSR richten sollte (215). Die Labour-Regierung setzte im wesentlichen die konservative Deutschlandpolitik fort, was in breiten Teilen der deutschen Arbeiterklasse, insbesondere der SPD und den Gewerkschaften, Enttäuschung hervorrief (216).

Einzig den USA war es gelungen, im Krieg sowohl ihr ökonomisches als auch ihr militärisches Potential noch zu erweitern. Sie wurden daher innerhalb der westlichen Alliierten zur dominierenden Macht. Das übergeordnete Ziel der amerikanischen Deutschlandkonzeption war eingebettet in die amerikanische Außenpolitik in diesem Jahrhundert: Schaffung bzw. Rekonstruktion eines einheitlichen und liberalisierten Weltmarktes (one world), der den ungehinderten Kapital- und Warenexport der Vereinigten Staaten garantieren sollte (217). Daher bestand eine prinzipielle Gegnerschaft zu jeglichen national- und planwirtschaftlichen Tendenzen. Dieses Ziel wurde von der amerikanischen Führungsschicht zu jeder Zeit verfolgt. Umstritten waren lediglich die Methoden - und nur auf das "Wie" bezog sich die Spaltung - in Befürworter eines "harten" oder "weichen" Friedens. Morgenthau, als Exponent einer Linie, die nur in der Ausschaltung Deutschlands die Schaffung eines Weltmarktes gewährleistet sah, konnte in der Directive JCS 1067 - die erste schriftliche Fixierung der amerikanischen Deutschlandpolitik überhaupt - zu Anfang seine Vorstellungen zum Teil durchsetzen. Die andere Gruppierung, die vornehmlich in Schlüsselpositionen im Außenministerium und in der Armee saß und eng mit dem amerikanischen Finanzkapital verbunden war, trat hingegen für den Wiederaufbau Deutschlands ein: Zum einen sah sie in Deutschland in der Zukunft einen Absatz- und Anlagemarkt, zum anderen ein starkes Bollwerk gegen die Sowjetunion. In Lucius D. Clay fand sie einen tatkräftigen Befürworter innerhalb der amerikanischen Militärregierung. Als Folge des bald immer schärferen Konflikts mit der Sowjetunion und im Hinblick auf die ersten Anzeichen des Kalten Krieges begannen die Vertreter des "weichen Friedens" die Deutschlandpolitik der USA zu bestimmen. Aufgrund der wirtschaftlichen Abhängigkeit der anderen westlichen Alliierten von den USA wurde dieses Konzept von Frankreich und England übernommen.

Es wurde versucht, an einigen Punkten zu verdeutlichen, daß Zusammenbruch und Folgen des Krieges Deutschland im Frühjahr und Sommer 1945 in ein politisches und wirtschaftliches Chaos verwandelten. In Deutschland schien bei Kriegsende jeder "unterwegs" zu sein. 8 Millionen Zwangsarbeiter verließen nach und nach das Deutsche Reich, um in ihre Heimatländer zurückzukehren (Huster u.a. 1972, 94). Von den Ostgebieten ergossen sich die Flüchtlingsströme in das besetzte Deutschland. Soldaten und Evakuierte kehrten in ihre Heimatstädte zurück, suchten ihre Verwandten und Freunde. Heimkehrende und Umherziehende, ebenso wie die in ihren Städten und Dörfern Gebliebenen, mußten jeden Tag neu um ihr Überleben kämpfen: jedes öffentliche Leben und jeder kollektive

Zusammenhalt schien zusammengebrochen. Neben dieser Auflösung traditioneller Zusammenhänge wie Familien, Nachbarn, Freunde, politische Gruppen - die bereits zum großen Teil Erscheinungsformen während des faschistischen Systems gewesen waren (vgl. Kap. 2.2). trat nunmehr die Auflösung des öffentlichen Lebens. Bis in die untersten Ebenen war die Verwaltung zunächst funktionsunfähig. Der Zusammenbruch nahezu jeglicher Kommunikationsmöglichkeiten bewirkte, daß Deutschland in tausende von kleinen Inseln zersplittert schien. Die Zerstörung des Verkehrsnetzes unterbrach häufig selbst die Verbindungen innerhalb einer Stadt, es gab keine Post, kein Telefon (218). Die vordringlichste Aufgabe für alle politischen Kräfte war es, die Rückkehr zur Normalität in Angriff zu nehmen, das Überleben zu sichern. Dieses Problem überschattete selbst die politischen Vorstellungen der Besatzungsmächte, die im übrigen den deutschen politischen Kräften zunächst nur einen sehr engen Raum für eine eigenständige Politik ließen.

Die vollen Auswirkungen der sozio-ökonomischen Determinanten auf die künftige Entwicklung Deutschlands sind sicherlich im einzelnen nur schwer zu messen. Für die wenigen politischen Aktiven, die daran gingen, die Neuordnung Deutschlands in Angriff zu nehmen, war es - aufgrund der Diffusität der Lage - schwer, ein strategisches Konzept zu entwickeln, prägten doch diese Faktoren das Bewußtsein der Menschen. Widersprüchlich scheinen auch die Erinnerungen von Zeitgenossen: einerseits wird die politische Passivität beklagt, gleichzeitig wird das Rückströmen der Arbeiter in ihre alten Organisationen geschildert. Oft wird in einem Atemzug über den individuellen Kampf jedes Einzelnen ums Überleben berichtet, zugleich über Nachbarschaftshilfe und andere Formen kollektiven Handelns. Es wird zu zeigen sein, daß sich aus diesen Resten von Klassenbewußtsein die ersten Ansätze von politischen Organisationsformen der Arbeiterbewegung entwickelten.

4. ANTIFASCHISTISCHE AUSSCHÜSSE IM BERGISCHEN

Die "Antifaschistische Volksfront" in Solingen

Wie in vielen Städten Deutschlands entstanden auch im Bergischen bei Kriegsende Organisationsformen, zumeist Ausschüsse, die für sich beanspruchten, an der Neuordnung Deutschlands mitzuwirken. In Solingen hatten die Verhaftungen 1935/36 die oppositionellen Kräfte sehr stark geschwächt, insbesondere die KPD war als Organisation zerstört (219). Doch scheinen in den Betrieben auch während des Krieges antifaschistische Arbeiter relativ offen aufgetreten zu sein. Dies wurde begünstigt durch die spezifische Industriestruktur Solingens: Auch während des Krieges wurde ein fester Stamm von Facharbeitern benötigt, der nicht oder nur schwer durch ausländische oder weibliche ungelernte Arbeiter ersetzt werden konnte. Hinzu kam, daß oft Unternehmer antifaschistische Arbeiter vor Übergriffen der NSDAP schützten, meist geschah dies aufgrund engerer persönlicher Beziehungen - viele Unternehmer entstammten ja den gleichen sozialen Verhältnissen wie die Arbeiter. Zudem stand die Solinger Unternehmerschaft von Anfang an im Gegenstand zur exportfeindlichen Politik der NSDAP. Daher konnte in Solingen in den Betrieben eine gewisse Kontinuität der politischen und sozialen Kommunikation erhalten bleiben (220). Außerdem gab es zahlreiche persönliche Kontakte zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Funktionären, diese Kommunikation beschränkte sich jedoch auf einen kleinen Kreis von Aktiven und drang kaum nach außen (221).

Erst Ende 1944, nach den schweren Bombenangriffen auf Solingen weitete sich der illegale Kampf gegen den Nationalsozialismus aus. Die Bombenangriffe, die ja in Solingen relativ spät erfolgten, hatten wohl auch einen Umschwung in der Haltung der Bevölkerung zum Nationalsozialismus zur Folge (222). Für breite Teile der Bevölkerung kündigte sich nun die Niederlage des Faschismus an. Die Einberufungen zum Volkssturm boten überdies Solinger Antifaschisten Möglichkeiten, den illegalen Kampf offensiver als

bisher aufzunehmen (223). Um diese Zeit, also Ende 1944 (224), bildete sich eine Gruppe, die Organisation "A", deren Ziel es war, die antifaschistischen Kräfte in Solingen zusammenzufassen. Programmatik und Tätigkeit dieser Gruppe sind relativ gut dokumentiert. Ihre Initiatoren waren ein Solinger Arzt, Dr. Blass, und Karl Hartmann, ein Fabrikant, dem die Omega-Werke in Solingen gehörten (225). Die Zusammensetzung der Gruppe war sehr gemischt, zunächst prägten wohl Kleinunternehmer und Intellektuelle ihr Bild. Nach einer Phase der Sammlung trat jedoch im November 1944 der ehemalige Bezirksleiter der KPD von 1934, Karl Schiffbauer, der Gruppe bei. Schiffbauer war seit seiner Haftentlassung 1937 bei der Firma Henckels beschäftigt und hatte dort eine illegale Betriebszelle aufgebaut, zu der v.a. Zwangsarbeiter zählten. Nach dem Bombardement auf Solingen, bei dem Produktionsanlagen von Henckels getroffen wurden, mußten einige Produktionsstätten ausgegliedert werden. Dies hätte den Zusammenhalt der Betriebszelle gefährdet, wenn nicht ein neuer organisatorischer Bezug gefunden worden wäre. Wohl aus diesem Grund schloß sich Schiffbauer mit dem größten Teil seiner Zelle der Organisation "A" an, zumal er Karl Hartmann von Jugend an kannte. Erst jetzt erhielt die Organisation "A" ihre endgültige Organisationsform. Gemeinsam mit Hartmann wurde Schiffbauer zum Organisationsleiter der Gruppe bestimmt, behielt aber die selbständige Leitung der Ausländergruppe, zu der Holländer, Belgier, Russen und Franzosen zählten (226). Andere Versuche, bestehende Gruppen zum Anschluß an die Organisation "A" zu bewegen, scheiterten. Sozialdemokraten, wie auch der frühere Solinger Zentrumsabgeordnete Artur Meistermann, lehnten eine Zusammenarbeit ab (227).

Erfolgreicher war die Gruppe im Ausbau und in der Zentralisierung der eigenen Organisation (228). Die eigentliche Leitung lag in den Händen von Schiffbauer und Hartmann, nomineller Leiter wurde Dr. Blass. Zum Kern der Organisation zählten 52 Mitglieder, nur diese waren mit dem Organisationsaufbau und der Leitung vertraut. Diese engeren Mitglieder versuchten, sich in den Stadtteilen zu verankern, hier die antifaschistischen Kräfte zu stärken, zu verbreitern und zusammenzufassen. Für die Stadtteilgruppen waren die jeweiligen Mitglieder der Organisation allein verantwortlich nur in Ausnahmefällen griff die Leitung ein. Die Mitglieder der Stadtteilgruppen erfuhren nichts von der Organisation "A", sie wurden lediglich in bestimmte Aktivitäten miteinbezogen. Wieviel Stadtteilgruppen existierten, ist nicht mehr auszumachen. Programmatisches Ziel der Organisation "A" war es, den Faschismus zu bekämpfen und insbesondere ein aussichtsloses Weiterführen des Krieges zu verhindern. Ihre Mitglieder beschlossen, daß sich

die Organisation nach dem Einmarsch der Alliierten in Solingen auflösen sollte, und daß kein Mitglied aus seiner Zugehörigkeit zur Gruppe irgendwelche persönliche Vorteile erstreben dürfte (z. B. Übernahme von öffentlichen Ämtern etc.). Aufgrund dieser strikten Begrenzung der Ziele der Gruppe bis zum Tage X und aus der bewußten Ausklammerung politischer Erwägungen - wohl auch aufgrund der Zusammensetzung der Organisation - wurden die Aufgaben bestimmt:
Aufklärung und Information der Bevölkerung über die Kriegslage, über die bevorstehende militärische Niederlage sowie über die Greueltaten der Nazis, und das aktive Verhindern von weiteren Kämpfen und Zerstörungen. Diese enge Verbindung von propagandistischer Tätigkeit und aktivem praktischem Eingreifen ist charakteristisch für die Gruppe. Die Organisation "A" versuchte - durch Flugblätter und Mundpropaganda - die Bevölkerung aufzufordern, Aktionen der Nazis zur Verteidigung der Stadt zu verhindern, beim Einmarsch der alliierten Truppen weiße Fahnen zu hissen u. a. Auch wurden einige Antifaschisten in den Volkssturm eingeschleust. Es gelang der Gruppe, einen Volkssturmarzt für sich zu gewinnen; dieser erklärte zahlreiche Männer auf deren Verlangen für untauglich. Deserteuren wurden Unterkünfte besorgt. Außerdem bereitete sich die Gruppe auf einen eventuellen bewaffneten Zusammenstoß mit NS-Verbänden vor, wenn diese beim Einmarsch der alliierten Truppen versuchten sollten, die Stadt zu verteidigen. Vor allem Schiffbauer konzentrierte sich auf diese Aufgabe. Er bildete aus den zuverlässigsten Mitgliedern der Ausländergruppe und einigen Deutschen eine besondere Gruppe, die sich auf den bewaffneten Kampf vorbereitete. Aus Beständen der SS wurden Waffen besorgt, die in den Luftschutzkellern der Omega-Werke gelagert wurden (229). In den äußeren Stadtteilen wurden Mitglieder der Organisation damit beauftragt, Sprengungen zu verhindern und zu versuchen, frühestmöglich Kontakte mit den einmarschierenden amerikanischen Truppen aufzunehmen, was auch kurz vor der Besetzung gelang (230). Ferner wurden im März und April führende Nazis beschattet, um über deren Pläne rechtzeitig informiert zu sein.

In den letzten Kriegswochen nahm die Aktivität der Antifaschisten zu. Die verschiedenen Gruppen traten immer mehr an die Öffentlichkeit, Flugblätter und Losungen tauchten in der Stadt auf. Gemeinsam war allen diesen Gruppen das Ziel, eine Verteidigung Solingens im letzten Augenblick zu verhindern und die Stadt kampflos zu übergeben (231). Die Organisation "A" wandte sich insbesondere an die Angehörigen des Volkssturms, um diese aufzufordern, jeden bewaffneten Widerstand der Nationalsozialisten zu verhin-

dern (232). Auch eine sozialdemokratische Gruppe um Paul Kaiser und die Brüder Riess trat nunmehr mit Flugblättern an die Öffentlichkeit (233). Sie unterzeichnete die Flugblätter als "Antifaschistischer Aktionsausschuß" und gab ihnen die Form von Anordnungen. Anordnung Nr. 2 wandte sich an die Volkssturmmänner und befahl ihnen, jede Kampfhandlung einzustellen. Zwei weitere "Anordnungen" ergingen an die Bevölkerung Solingens. Hierin wurden die Solinger aufgefordert, weiße Fahnen zu hissen und Nazis, die die Stadt verteidigen wollten, dem Aktionsausschuß zu melden. Man berief sich auf ein Volksnotrecht und drohte, über jene, die einen bewaffneten Kampf provozierten, die Todesstrafe zu verhängen (234). Anders als die Organisation "A" und wohl auch als die KP-Gruppe war die sozialdemokratische Gruppe auf die Zeit nach der militärischen Niederlage vorbereitet. So hatte die Gruppe sich auf die Besetzung zahlreicher Verwaltungsposten mit sozialdemokratischen Genossen geeinigt und beschlossen, den Besatzern Oskar Riess als OB vorzuschlagen (235).

Einen Tag vor Einmarsch der Amerikaner trat auch die KP mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit. In diesem Flugblatt wandte sich die "KPD Solingens" an die Bevölkerung, rief diese zur Verhinderung etwaiger Verteidigungsversuche der Nationalsozialisten auf und lieferte eine kurze politische Analyse der Situation. Es wurde ausgeführt, daß der faschistische Krieg von Anfang an verloren gewesen sei und einzig und allein den Profitinteressen der Industriemonopole und der Großagrarier gedient habe. Der Aufruf stellt das einzige parteipolitisch orientierte Flugblatt in Solingen vor Kriegsende dar und war zugleich wohl auf eine Wiedergründung der KPD ausgerichtet (236). In diesen letzten Tagen vor dem Einmarsch scheinen die illegalen Gruppen in ihrer antifaschistischen Propagandatätigkeit sehr erfolgreich gewesen zu sein (237). Am 13. April 1945 desertierte eine Einheit des Volkssturms, auch in anderen Einheiten machten sich Zersetzungs- und Auflösungserscheinungen bemerkbar, so daß die Parteileitung die Auflösung des Volkssturms anordnete. Die Antifaschisten organisierten die Beseitigung der Panzersperren und das Heraushängen weißer Fahnen. An vielen Häusern tauchten Losungen auf, die zur Verhinderung von Kämpfen aufforderten. Am 14. April war in Solingen das Nazi-Regime völlig zusammengebrochen. Im Solinger Stadtteil Wald, dem Sitz der Parteileitung, verhandelten Antifaschisten mit dem Polizeichef, um ihn zur Beendigung der Kampfhandlungen zu bewegen (238). Am folgenden Tag versammelten sich Demonstranten vor dem Rathaus, die eine kampflose Übergabe der Stadt forderten. In der Nacht vom 15. zum 16. April beteiligten sich Vertreter der Arbeiterbewegung, des Bürgertums und Repräsentanten der Stadtverwaltung, insgesamt etwa 30-35 Personen, an einer gemeinsamen Sitzung (239). Über den Inhalt der Gespräche ist nichts bekannt außer dem Beschluß, eine Verbindung zu den deutschen Kampfabschnittskommandeuren herzustellen, diese von der Haltung der Solinger Bevölkerung zu unterrichten und sie zur Kampfeinstellung zu bewegen. Dieser Beschluß wurde aber nicht mehr durchgeführt, da am 16. April schon einer der größeren Stadtteile, Ohligs, von den amerikanischen Truppen besetzt wurde. Einige Antifaschisten versuchten, den amerikanischen Kommandanten zum Weitermarsch auf Wald und Solingen zu veranlassen, da es hier bereits zu einigen Schießereien gekommen war. Doch die Amerikaner marschierten erst am folgenden Tag in Wald und Solingen ein. Die Übergabe der Stadt im Rathaus von Solingen erfolgte durch den Bürgermeister Brückmann in Anwesenheit von Albert Müller (KPD), Paul Kaiser und seinem Sohn (SPD) und je einem weiteren Mitglied von SPD und KPD. Der amerikanische Kommandant erkundigte sich, ob ein Vertreter der Organisation "A", die offenbar Kontakte zu den einrükkenden Truppen aufgenommen hatte, anwesend sei, was verneint werden mußte. Auf Drängen der Versammelten wurde Bürgermeister Brückmann entlassen. Der amerikanische Kommandant forderte die Anwesenden auf, ihm einen geeigneten Mann für das Amt des OB vorzuschlagen, worauf Paul Kaiser seinen Mitkämpfer aus dem sozialdemokratischen Widerstand, Oskar Riess, benannte.

Schon am 18. April versammelten sich in einem Restaurant in Ohligs etwa 80-100 Vertreter der Arbeiterbewegung. Die Versammlung konstituierte sich als "Antifaschistische Volksfront Solingen", den Vorsitz übernahmen Paul Kaiser und Willy Dickhut (240). Im Vordergrund der Aussprache standen die Würdigung des antifaschistischen Kampfes und die Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten beim Wiederaufbau Solingens. Dickhut betonte in seiner Rede die Bedeutung von Einheitsfront und Volksfront in der jetzigen Situation und skizzierte die dringendsten Aufgaben der Antifaschisten, wie Behebung der Wohnungsnot und Besetzung öffentlicher Ämter durch Antifaschisten. In dieser ersten Sitzung wurde von Dickhut die Notwendigkeit der Einheit der Arbeiterbewegung betont: Dickhut wandte sich nicht explizit an bürgerliche Kreise, wohl ein Zeichen dafür, daß zunächst die Einheit der Arbeiterbewegung im Vordergrund stand (241).

Als Ergebnis dieser Versammlung konstituierte sich ein Aktionsausschuß, dem vier Kommunisten, zwei Sozialdemokraten und zwei Parteilose angehörten, welche aus der Gewerkschaftsbewegung kamen. Drei Genossen wurden mit dem Aufbau einer eigenen Presse beauftragt (242). Auch an dieser Zusammensetzung zeigt sich deutlich, daß die eigentliche Basis der Solinger Antifa in ihrer ersten

Phase die Arbeiterbewegung sein sollte. Mitglied der Antifa konnte nur werden, wer nachweisbar nie für den Faschismus gearbeitet hatte. Es wurde beklagt, daß es ein unhaltbarer Zustand sei, daß sich verkappte Faschisten der MR als Dolmetscher zur Verfügung stellten. Ferner, daß Faschisten weiterhin in Luxuswohnungen und Villen wohnten, während Antifaschisten in Behelfswohnungen leben müßten. Diese Mißstände abzuschaffen, sei die erste Aufgabe der Antifa. Weitere Aufgaben seien: die Meldung aller evtl. noch bestehenden Lebensmittellager der Faschisten, die Erfassung aller aktiven Nazis, die Verhinderung eines wie immer sich formierenden Widerstandes (Werwolf u.ä.). Als besonderer Punkt wurde hervorgehoben, daß keine Handlung der Antifa den Anordnungen der MR widersprechen dürfe. Neben der "Organisierung des Überlebens" betrachteten es die Solinger Antifaschisten also als ihre vordringlichste Aufgabe, die faschistische Ideologie und die Auswirkungen von zwölf Jahren faschistischer Herrschaft zu bekämpfen. Für Kommunisten wie für Sozialdemokraten hieß dies zugleich, die Arbeiterbewegung wiederaufzubauen und maßgebenden politischen Einfluß zu gewinnen. Demgemäß faßte der Aktionsausschuß auf seiner ersten Sitzung am 19. April folgenden Beschluß:

> "Die bisher von den Besatzungsbehörden provisorisch eingesetzte zivile Verwaltung der Stadt Solingen hat auf der Grundlage der Richtlinien der Antifaschistischen Volksfront zu arbeiten, beim Wechsel von Personen in der Stadtverwaltung und anderen ihrem Einfluß unterliegenden Verwaltungs- und Körperschaften Vorschläge des Arbeitsausschusses der Antifaschistischen Volksfront einzuholen und sich nach ihnen zu richten, gleichgültig, ob sie die entsprechenden Maßnahmen selbständig treffen kann oder die Genehmigung der Besatzungsbehörde einholen muß" (243).

Gleichzeitig arbeitete der Aktionsausschuß eine Vorschlagsliste zur Besetzung der städtischen Ämter aus, wobei die Posten etwa zu gleichen Teilen zwischen SPD und KPD verteilt waren, unter Hinzuziehung einiger Parteiloser. Hervorzuheben ist, daß für das Amt des Handelskammerpräsidenten Paul Kaiser vorgesehen war, die KPD beanspruchte u.a. das Amt des Polizeipräsidenten sowie das Arbeits- und Wohnungsamt (244). Bereits am 18. oder 19. April waren jedoch die Mitarbeiter des OB schon vereidigt worden. Oskar Riess hatte sich vor der Besetzung von Ämtern nicht an die Antifa gewandt (245). Daraufhin kam es im Aktionsausschuß zu ersten Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Gleichzeitig mit der Vereidigung war vom amerikanischen Stadtkommandanten der Fabrikant Krusius zum Präsidenten

der Handelskammer ernannt worden, der zunächst dem OB unterstellt wurde. Krusius suchte sich seine Mitarbeiter vorwiegend aus dem Kreis der früheren Gauwirtschaftskammer und unter früheren NS-freundlichen Unternehmern (246).

Am 28.4. konstituierte sich ein Solinger Bürgerausschuß, der als Gegengewicht zum Aktionsausschuß geplant war. Offenbar um zu verhindern, daß sich bürgerliche Kräfte ohne Kontrolle durch Repräsentanten der Arbeiterbewegung formierten, schlug Dickhut vor, zwei Vertreter des Bürgerausschusses in den Aktionsausschuß hinzuzuziehen. Die beiden neuen Mitglieder waren der frühere Zentrumsabgeordnete Artur Meistermann und der parteilose Schneidermeister Max Lehwalder. Der erweiterte Aktionsausschuß nannte sich in Zentralausschuß um (247).

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Solinger Antifa bereits ein Aktionsprogramm gegeben und ging an den Ausbau einer antifaschistischen Organisation, die sich auf Stadtteile und Betriebe erstrekken sollte (248). Durch diese Organisation sollten breiteste Bevölkerungskreise am Wiederaufbau beteiligt werden. Solingen wurde in vierzehn Stadtteile untergliedert. In jedem dieser Stadtteile sollte ein Aktionsausschuß gewählt werden. Dieser gliederte seinen Stadtteil in drei bis vier Bezirke, für die jeweils ein oder zwei Mitglieder des Aktionsausschusses verantwortlich waren. Die Straßen eines Bezirkes wurden wiederum in zwei bis vier Straßengruppen aufgeteilt, für die man einen Verantwortlichen bestimmte, dem ein Verbindungsmann zum Aktionsausschuß direkt unterstand. Nur wirklich aktive Personen, die selbständig Initiative entwickeln konnten, sollten mit Funktionen bekleidet werden. Die Verbindung zum ZA stellten neun bis zehn Kuriere her, die sich jeden Morgen im Büro des ZA meldeten. Als Aktionsprogramm nahm sich der ZA vor:

1. Heranziehung aller NSDAP-Mitglieder zu gemeinnützigen Aufgaben (Räumung der Straßen, Trümmerbeseitigung).
2. Straßenweise Erfassung aller Mitglieder der NSDAP und ihrer Untergliederungen. Fragebögen hierfür wurden vom ZS zur Verfügung gestellt.
3. Organisierung der antifaschistischen Jugend und Frauen. In jedem Stadtteilausschuß sollte eine Frau vertreten sein.
4. Sobald die Betriebe wieder geöffnet waren, sollten in allen wichtigen Abteilungen Vertrauensmänner gewählt werden. Der Vertrauensmännerkörper galt als Betriebsausschuß der Antifa. Eine Liste aller im Stadtteil noch arbeitsfähigen Betriebe unter Angabe der Belegschaftsstärke (Aufschlüsselung nach Geschlecht und Alter) sollte angefertigt werden.

Die Stadtteilausschüsse bildeten sich zum Teil aus den bereits bestehenden antifaschistischen Gruppen. In Solingen-Wald ging eine Gruppe unmittelbar nach der Besetzung - zunächst selbständig, ohne Verbindung zum Aktionsausschuß - daran, eine antifaschistische Bewegung aufzubauen (249). Die Eingliederung dieser Gruppe in die Antifa machte aber keine Schwierigkeiten. Die Ausschüsse richteten in den Stadtteilen Büros ein mit regelmäßigen Sprechstunden für die Bevölkerung. Sie organisierten Schutträumungsaktionen, zu denen sie ehemalige aktive Nazis heranzogen, machten Hausdurchsuchungen, beschlagnahmten Lebensmittel und Kleidungsstücke, in einzelnen Fällen wohl auch Wohnungen bei bekannten NS-Aktivisten (250). Der Stadtteil Gräfrath hatte ein Büro für politische Fragen eingerichtet; der Stadtteilausschuß Widdert meldete Empörung über die zu lasche Behandlung der Nazis durch die MR. Bis Anfang Mai war eine Kartei der am meisten belasteten Pgs zusammengestellt. Der Schriftverkehr mit dem ZA, soweit erhalten, wie auch die Richtlinien, charakterisieren die wesentlichen Ziele der Ausschüsse:
Zum einen hatten die Ausschüsse eine politisch-erzieherische Funktion, sie sollten durch möglichst breite Partizipation der Bevölkerung die Fähigkeit zu kollektivem Handeln wiedererwecken und die faschistische Ideologie aktiv und konkret bekämpfen. Zum anderen ermöglichte die Entnazifizierung, so wie die Ausschüsse sie verstanden, nämlich die Erfassung aller als aktive Nazis bekannten Personen, eine Säuberung in allen Bereichen des öffentlichen Lebens und eine konkrete Wiedergutmachung (251).

Sehr bald gerieten die antifaschistischen Ausschüsse in Konflikte mit der MR. Dem ZA war offenbar das Mißtrauen der MR gegenüber der autonomen Organisation der Antifa bekannt: Übergriffe der Ausschüsse, wie eigenmächtige Beschlagnahmungen, Fälschungen von Ausweisen der MR etc., wurden vom ZA schärfstens gerügt. In einem Rundschreiben betonte der ZA, daß die Antifa auf keinen Fall in Gegensatz zur MR geraten wolle, und mahnte in dieser Hinsicht zu äußerster Vorsicht (252). Die Kommunikation zwischen Stadtteilausschüssen und ZA war gegenseitig, der ZA wandte sich in Form von Rundschreiben an die Ausschüsse und teilte ihnen Beschlüsse des ZA mit, andererseits waren die Stadtteilausschüsse zu regelmäßiger Berichterstattung angehalten, in der nicht nur über Aktivitäten berichtet wurde, sondern auch dem ZA Vorschläge zur Strukturierung der Arbeit, Forderungen und Beschwerden unterbreitet wurden (253). Die Stadtteilausschüsse führten eine Sammlung zur Unterstützung der Arbeit der Antifa durch. Diese hatte wohl ein recht gutes Ergebnis. Der ZA beschloß jedoch, da recht viele Nazis Geld gespendet hatten, diesen ihre Spenden wieder zurückzugeben (254).

Eine der wohl wichtigsten und zugleich am stärksten zentralisierten Tätigkeiten der Antifa war die Betriebsarbeit. Hierfür war im ZA Ignaz Tippkötter (KPD) zuständig. In den am 11. Mai 1945 vom ZA herausgegebenen Richtlinien für alle Aktions- und Betriebsausschüsse (255) heißt es, daß die Antifa Sorge tragen sollte, daß in allen Betrieben ein Vertrauensmännerkörper gewählt werde, gleichgültig, ob die Betriebe arbeiteten oder die Belegschaft gekündigt sei. Diese provisorische Vertretung müsse sich um die Anerkennung durch die Betriebsleitung bemühen und sich diese schriftlich in dreifacher Ausfertigung aushändigen lassen. Diese solle dann der MR und dem ZA zugestellt werden. In einer ersten Sitzung sollte der "Vertrauensrat" mit der Betriebsleitung über die veränderte Situation und die dringendsten betrieblichen Aufgaben verhandeln. Das Protokoll dieser Besprechung sollte von beiden Seiten gegengezeichnet und ein Exemplar dem ZA übersandt werden. Wichtigste zu behandelnde Frage sei die Entlassung der ehemaligen NSDAP-Mitglieder und derjenigen, die sich wie Faschisten verhalten hätten. Falls in einem Betrieb infolge Stilllegung oder Produktionseinschränkung die Belegschaft bereits entlassen sei, solle versucht werden, dies rückgängig zu machen. In diesem Fall sollte der "Vertrauensrat" als erster neu eingestellt werden. Um eine Bevorzugung faschistischer Belegschaftsmitglieder zu verhindern, müsse sich der "Vertrauensrat" ein Entscheidungsrecht über Neueinstellungen sichern. Abschließend wurde noch auf die Entscheidung der MR hingewiesen, daß Lohn- und Gehaltsfortzahlungen bis zum 30. April 1945 vom Arbeitsamt übernommen würden, ab 1. Mai 1945 gingen sie zu Lasten der Unternehmer. Im Laufe des Mai dürften in den meisten Betrieben Vertrauensmännerausschüsse gewählt worden sein (256). Die Handelskammer riet den Firmen, diese Betriebsausschüsse nicht anzuerkennen, was die Unternehmer jedoch nur in Ausnahmefällen befolgten (257). Die Haltung der MR gegenüber den Betriebsausschüssen war sehr zwiespältig: Zwar genehmigte sie meist die Ausschüsse, doch beobachtete sie mißtrauisch den wachsenden kommunistischen Einfluß in den Betrieben, zumal Tippkötter diese Arbeit wohl sehr vorantrieb. Wie aus einem Bericht der KPD Niederrhein hervorgeht, sah die KP in Solingen in diesen Betriebsausschüssen Vorformen der Gewerkschaft (258). Dies befürchtete vermutlich auch die MR, denn mit dem Verbot der Antifa wurde auch die sofortige Auflösung der Betriebsausschüsse angeordnet.

Am 1. Mai ergab sich für den ZA erstmalig eine Gelegenheit, sich öffentlich an die Bevölkerung Solingens zu wenden (259). Ursprünglich hatte der ZA beschlossen, daß zur Feier des 1. Mai die Bevölkerung rote, schwarz-rot-goldene oder kirchliche Fahnen

heraushängen und die Kirchenglocken läuten sollten (260). Dies wurde jedoch von der MR untersagt. Der ZA gab Anweisung, diesem Befehl Folge zu leisten, was auch geschah. Allerdings scheint in der Bevölkerung die Unzufriedenheit über diese Anordnung sehr groß gewesen zu sein, so daß Paul Kaiser und Max Riess in einem Flugblatt die Bevölkerung aufforderten, sich strikt an die Anordnungen der MR zu halten (261). Dieses Flugblatt erschien nicht im Auftrag des ZA. Die beiden Sozialdemokraten führten aus, daß die politischen Freiheiten bereits größer als unter dem "Hitler-Regime" seien. Das Verbot der politischen Parteien sei mehr oder minder gegenstandslos, da es zwar keine demokratischen Parteien, dafür aber eine aufbaubereite, antifaschistische Bevölkerung gebe. Um aber trotz der Verhinderung durch die MR den 1. Mai würdig zu begehen, regte der ZA an, die gerade zur Beerdigung freigegebenen Leichen der Opfer des Nationalsozialismus - wenige Tage vor dem Einmarsch waren noch 71 Häftlinge des Zuchthauses Lüttringhausen in der Ohligser Heide erschossen worden (262) - am 1. Mai vor dem Ohligser Rathaus zu bestatten und aus den von der Antifa gesammelten Geldern ein Mahnmal zu errichten (263). Dieser Vorschlag wurde von der MR gebilligt. Die Beerdigung der Häftlinge wurde am 1. Mai mit einer vom ZA organisierten Feierstunde begangen. Max Riess hielt im Auftrag des ZA die Trauerrede, die nach einer Würdigung der Opfer des Faschismus und des illegalen Kampfes mit dem Ausdruck der Hoffnung endete, daß die Solinger Bevölkerung bald wieder den 1. Mai als Feiertag der Werktätigen begehen könne (264).

Anfang Mai hatten sich die schon früh abzeichnenden Spannungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten im ZA weiter verschärft. Aufgrund der parteipolitischen Patronage führender Sozialdemokraten in der Kommunalverwaltung, die sich an die Beschlüsse des ZA nicht gebunden fühlten, brach nun die Frontstellung zwischen den Sozialdemokraten einerseits und den Kommunisten und bürgerlichen Vertretern andererseits in der Antifa auf (265). Beschwichtigungsversuche von Paul Kaiser, daß kurzfristige Anordnungen der MR keine Zeit zu Rücksprachen mit der Antifa ermöglicht hätten, erschienen den anderen Vertretern im ZA wenig glaubwürdig. Nachdem bereits der Posten des Polizeichefs ohne Mitwirkung des ZA aufgrund der alleinigen Entscheidung von Max Riess besetzt worden war (266), entzündete sich nun an der Frage des Sparkassenvorstandes auf der Sitzung des ZA vom 11. Mai eine sehr heftige Auseinandersetzung. Paul Kaiser gab auf dieser Sitzung bekannt, daß sein Schwager in dieses Amt berufen worden sei. Meistermann erwiderte empört, dieser sei bereits vor 1933 wegen Unfähigkeit entlassen worden: dies sei ein erneutes Beispiel für

die Personalpolitik der SPD (267). In der sehr hitzigen Diskussion gab Kaiser zu, daß die sozialdemokratische Gruppe bereits vor dem Einmarsch die Besetzung von öffentlichen Ämtern abgesprochen habe. Der ZA erklärte mehrheitlich, er werde das Vorgehen der Sozialdemokraten nicht länger dulden. Eine weitere Kontroverse entstand, als Kaiser berichtete, daß die MR verlange, 1000 Arbeiter zur Beseitigung der Trümmer bereitzustellen. Die Sozialdemokraten hätten beschlossen, die "Bauhütte", eine vor 1933 von Sozialdemokraten geleitete Genossenschaft, wiederzugründen, Willi Rieß als Geschäftsführer einzusetzen, und die Arbeiter dort zu beschäftigen. Der ZA bestritt der Bauhütte die Legitimation hierfür, dies sei Aufgabe der Stadtverwaltung und schlug vor, daß ehemalige Pgs zur Trümmerbeseitigung von der MR dienstverpflichtet werden sollten (Dickhut 1979, 388). Ferner wurde auf dieser Sitzung kritisiert, daß der Präsident der Handelskammer, Krusius, als Mitarbeiter ausschließlich belastete Unternehmer berufen habe. Es wurde beschlossen, mit Krusius ein Gespräch zu vereinbaren. Des weiteren entschied der ZA, den Mitgliedern im Büro des ZA, Dickhut, Hugo Jung und Karl Krüth eine Aufwandsentschädigung von 50 RM wöchentlich zu zahlen; eine Entlohnung Tippkötters wurde nach einem Einspruch Kaisers hingegen abgelehnt. Kaiser führte an, durch eine Bezahlung Tippkötters würde der kommunistische Einfluß im Büro überwiegen, und außerdem könne die MR dies als Provokation werten, da die Betriebsarbeit Tippkötters ohnehin von der MR mißbilligt werde.

Die folgende Sitzung des ZA sollte am 16. Mai stattfinden. Doch die MR ordnete am 15. Mai die Durchsuchung der Büros der Antifa und die Auflösung der Betriebsausschüsse an (268). Welche Gründe zu diesem Vorgehen führten, kann nicht mehr eindeutig geklärt werden. Zu vermuten ist, daß wohl Übergriffe einzelner Stadtteilausschüsse und insbesondere die Betriebsarbeit Anlaß dafür boten, wobei die Spannungen im ZA selbst das Vorgehen der MR erleichterten. Am folgenden Tag wurden die Mitglieder des ZA und die Vorsitzenden der Stadtteilausschüsse vom amerikanischen Stadtkommandanten, Major Hall, zu einem Gespräch gebeten, in dem dieser die übereifrigen Handlungen der Antifa tadelte. Am 17. Mai wurde das Verbot für die gesamte Antifa ausgesprochen, die Auflösung sämtlicher Ausschüsse, die Schließung der Büros und die Beschlagnahme der Sammelgelder angeordnet. Dickhut, als Sekretär der Antifa, hatte zwei Tage Zeit zur Abwicklung der Auflösung. Die Sammelgelder wurden der Stadtverwaltung übergeben, die davon Rückkehrern aus den KZ's, Gefängnissen und Zuchthäusern eine einmalige Unterstützung gewährte. Die Auflösung der Organisation vollzog sich in wenigen Tagen, ohne daß es zu irgendwelchen Zwischenfällen gekommen wäre (269).

Einen Monat nach Auflösung der Antifa ergriff Willy Dickhut die Initiative zur Reorganisierung eines antifaschistischen Ausschusses. Während dieser kurzen Zeit hatten sich die Bedingungen für eine Wiederbelebung der Antifa entscheidend verändert, was auch für den Charakter der neu zu gründenden Antifa nicht ohne schwerwiegende Folgen bleiben konnte. War zumindest mit der Konstituierung der Antifa unmittelbar nach der Besetzung die Form der Reorganisation der Arbeiterbewegung noch ungeklärt, so waren mittlerweile - sowohl auf der gewerkschaftlichen Ebene in Solingen, wie auch der parteipolitischen - die Würfel gefallen. Beide Arbeiterparteien hatten sich auf Bezirksebene konsolidiert (270). Auch in der Kommunalverwaltung in Solingen waren entscheidende Veränderungen eingetreten. Am 28. Mai war Oskar Riess als OB durch Josef Brisch abgelöst worden, eben jener Mann, der 1930 als kommissarischer Bürgermeister in Solingen eingesetzt worden war. Die Einsetzung von Brisch durch die amerikanische MR - eine ihrer letzten Handlungen vor der Ablösung durch britische Truppen - bewirkte zweifellos eine Verschärfung der Spannungen zwischen den politischen Parteien und der Kommunalverwaltung, in erster Linie aber mußte es für die KPD eine Provokation bedeuten. Brisch hatte sich nach seiner Einsetzung 1930 als konsequenter Gegner der Kommunisten gezeigt, seine Haltung schien sich auch durch die Erfahrungen während des Faschismus nicht geändert zu haben. Josef Brisch war aber auch bei seinen eigenen Parteifreunden in Solingen nicht allzu beliebt (271). Seine Einsetzung 1930 hatte letztlich auch eine Desavouierung des Willens und der Entscheidung der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion bedeutet. Zudem zeichnete sich Brisch, wie sich auch im Jahre 1945 zeigen sollte, durch einen höchst autoritären Verwaltungsstil aus (272). Brisch lehnte jede Partizipation der politischen Parteien an der Verwaltung ab, die Einrichtung eines Bürgerrates zögerte er bis Dezember 1945 hinaus. Gestützt auf den britischen Stadtkommandanten Bodington (273) versuchte Brisch, die Geschicke Solingens allein zu bestimmen, lediglich der Präsident der Handelskammer Krusius und der spätere Gewerkschaftsvorsitzende Max Richter zählten zu seinen häufigeren Gesprächspartnern (274). Binnen kurzem sahen daher alle politischen Kräfte, einschließlich der Sozialdemokraten, in Brisch einen Gegner, da sie sich allein durch seine Person von Entscheidungsprozessen ausgeschlossen fühlten. Die britische MR unterstützte Brisch völlig, sie versuchte also nicht, oppositionelle Kräfte durch Einbeziehung in die Verwaltung zu integrieren. Diese Einstellung führte offenbar in Solingen dazu, daß die Bevölkerung mehrheitlich die MR ablehnte. Hinzu kam, daß die Solinger über die nur sehr schleppend

vor sich gehende Entnazifizierung enttäuscht und empört waren. Vereinzelt waren bekannte Nazis wieder mit Verwaltungsstellen betraut worden, selbst pronazistische Strömungen scheinen wieder offen aufgetreten zu sein. In dieser Situation konnte die KPD ihren Einfluß ausweiten und stärken (275). Der britische Stadtkommandant mußte in einem Gespräch mit Brisch am 10. 6. 45 zugeben, daß die Situation in Solingen sehr gespannt sei: in der Unternehmerschaft seien stärkere pronazistische Kräfte wirksam und die Mehrheit der Arbeiter unterstütze die KP (276).

In seinem Schreiben vom 15. Juni 1945 (277) umriß Dickhut die Gründe für seinen Antrag auf Neuzulassung: Die Antinazibewegung habe sich stets das Ziel der Bekämpfung der faschistischen Ideologie gestellt. Ferner habe sich die Antifa als ein Bindeglied zwischen MR und Bevölkerung erwiesen. Sie könne so die Aufgaben der MR in vielem erleichtern, so z. B. bei der Erfassung der früheren Mitglieder der NSDAP. Eine weitere Aufgabe der Antifa sei die Gewinnung der Jugend gewesen. Dickhut wies darauf hin, daß sich in Solingen bereits wieder ehemalige HJ-Jugendliche versammelt hätten. Er bat um die Genehmigung, in allen Stadtteilen die "Antinazi-Komitees" reorganisieren zu dürfen, und um Neuzulassung der Betriebsausschüsse. Weitere Punkte betrafen die Gründung einer Antinazi-Jugendorganisation sowie die Zulassung der Einheitsgewerkschaft. Die MR genehmigte grundsätzlich den Aufbau einer Antinazibewegung, die Gründungen von Betriebsausschüssen, Jugendorganisation und Gewerkschaften blieben jedoch verboten (278). Zugleich erfolgte die Auflage, daß der ZA und die Stadtteilausschusse jeweils nicht mehr als fünf Personen umfassen dürften. Der ZA setzte sich dann aus je einem Vertreter der Kommunisten, der Sozialdemokraten, des Zentrums, der evangelischen Christen und der Demokraten zusammen (279). Der ZA trat sofort brieflich an Brisch heran und bat um eine Unterredung, damit ein reibungsloses Verhältnis gewährleistet werden könne (280). Gleichzeitig forderte Dickhut im Auftrag des ZA, daß Brisch bei der MR die Bildung eines Beirats beantrage, zu dem der ZA die entsprechenden personellen Vorschläge machen werde (281).

Aus der Art der Konstituierung, seiner Zusammensetzung und seinen ersten Handlungen wird das Charakteristische des ZA in dieser zweiten Phase deutlich. Während in der "Antifa der ersten Phase" auch noch nach der Erweiterung des ZA die Vertreter der Arbeiterbewegung dominierten, stellte nunmehr der ZA einen Ausschuß der Delegierten der früheren Parteien dar, die im ZA ein Instrument sahen, die vom OB und der MR bisher verweigerte Partizipation der Parteien an der Kommunalverwaltung durchzusetzen. Nach den Spannungen in der Arbeiterbewegung in Solingen in den

vergangenen Wochen wurde im Sommer 1945 von den Kommunisten ein Bündnis mit den Sozialdemokraten nicht mehr angestrebt. Ferner machte sich sehr schnell ein gewisses Auseinanderklaffen zwischen ZA und Stadtteilausschüssen bemerkbar. Die Stadtteilausschüsse, die binnen kurzem wieder funktionsfähig waren, sahen das Hauptgewicht ihrer Arbeit weiterhin in einer konsequenten Säuberung der Bezirksverwaltungen, in Wiedergutmachungsaktionen durch die Nationalsozialisten und knüpften überhaupt in ihrer praktischen Tätigkeit sehr eng an die alten Stadtteilausschüsse an. Sie errichteten ihre Büros wieder und griffen Beschwerden aus der Bevölkerung auf, die vor allem Klagen über Übergriffe ehemaliger Pgs, ungerechtfertigte Behandlung von Antifaschisten u.ä. zum Inhalt hatten. In den Berichten an den ZA stehen die Forderungen nach einer konsequenten und konkreten Entnazifizierung im Vordergrund. So forderte der Ausschuß von Merscheid am 16. Juli 1945, für die "umgehende Entfernung der immer noch bei der Stadtverwaltung beschäftigten Nazi-Beamten" zu sorgen. Am 18. Juli 1945 befaßte sich der Ausschuß mit der Möglichkeit des Einsatzes von Pgs bei Aufräumungsarbeiten. Ähnliche Forderungen stellte auch der Ausschuß von Gräfrath, in dem je drei Vertreter der KPD, der SPD und des Zentrums saßen; offenbar wurde die Begrenzung auf fünf Mitglieder in den Stadtteilausschüssen nicht sehr streng gehandhabt. Der Ausschuß von Merscheid forderte die Beschlagnahmung von Wohnungen ehemaliger Pgs sowie die Überprüfung sämtlicher Unternehmen und Gewerbe, um feststellen zu können, ob diese in der Vergangenheit der NSDAP größere Geldmittel zur Verfügung gestellt hatten und gegen Antifaschisten vorgegangen waren. Die Ausschüsse fertigten erneut Karteien belasteter Personen an (282).

Am 28. Juli fand eine Sitzung des ZA statt, auf der Dickhut berichtete, die britische Feldpolizei habe die Antinazibewegung endgültig genehmigt (283). Der ZA beschloß, da Brisch die an ihn gerichteten Briefe unbeantwortet gelassen hatte, sich um eine Unterredung mit der MR zu bemühen, in der die Aufgabenbereiche des ZA, seine Finanzierung und Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung sowie die Ausdehnung und Schaffung weiterer Organe der Antinazibewegung geklärt werden sollten (284). Bodington beantwortete diesen Brief offensichtlich sehr zurückhaltend. Wie aus einem Schreiben Dickhuts vom 16. August 1945 (285) hervorgeht, nahm Bodington eine zumindest mißverständliche Formulierung Dickhuts zum Anlaß, neue Bedenken vorzutragen. Dieser hatte in seinem Brief die Antinazibewegung als eine "fortschrittlich-demokratische Volksbewegung" charakterisiert. Bodington faßte dies als Namen für eine neue Organisation auf, während Dickhut

stets von einer Wiederzulassung sprach. Ob Bodington hierdurch einen Vorwand zu finden suchte, um die antifaschistische Organisation zu verbieten, ist ebenso unklar wie die Motivation Dickhuts, der diese Bezeichnung seit den ersten Augustwochen als Namen verwandte, ohne dies mit den anderen Mitgliedern im ZA abgesprochen zu haben (286). Ob Dickhut versuchte, durch eine Namensänderung die Volksfronttaktik (vgl. Kap. 6.) auf den ZA anzuwenden, läßt sich nicht nachweisen, wird aber durch den von Dickhut verfaßten Programmentwurf nahegelegt. Wie prekär die Situation und wie begrenzt der Handlungsspielraum der Antifa in dieser zweiten Phase war, beschrieb Dickhut in dem erwähnten Schreiben vom 16. August:

> "Die Antinazibewegung ist der britischen Feldpolizei unterstellt. Ihre Aufgaben beschränken sich auf die Meldung und Erfassung ehemaliger Nazis" (287).

Dickhut führt aus, daß die Antinazibewegung sich weitergehende Aufgaben setzte:

> "Liquidierung der Nazi-Ideologie und des militärischen Geistes, Wiederaufbau auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens durch ein enges Zusammenarbeiten mit der zivilen Stadtverwaltung".

Gerade dieser letzte Punkt dürfte der strittigste gewesen sein. Bodington war nicht gewillt, der Antinazibewegung auch nur das Vorschlagsrecht bei der Besetzung von städtischen Ausschüssen zu geben, wie eine Unterredung zwischen Bodington und Brisch vom 8. August zeigte (288).

In den ersten Augustwochen sollte der ZA erweitert werden. Eine Mitgliederliste, die Dickhut vorlegte, umfaßte zwanzig Personen: sechs Kommunisten, vier Sozialdemokraten, vier Mitglieder des früheren Zentrums, zwei evangelische Christen, drei Demokraten. Der einzige Parteilose war als enger Sympathisant der KPD bekannt, so daß die Kommunisten gemeinsam mit den Sozialdemokraten über die Mehrheit verfügten. Gleichzeitig verfaßte Dickhut, in Anlehnung an den Aufruf des ZK der KPD vom Juni 1945 einen Entwurf für ein Programm der "fortschrittlich-demokratischen Volksbewegung Solingen" (289). In diesem programmatischen Entwurf wird die "fortschrittlich-demokratische Volksbewegung" als Hebel bezeichnet, mit dem die Abwendung Deutschlands vom Preußentum und seine Neugestaltung auf demokratischer Grundlage vollzogen werden könne. Der Faschismus sei zwar vor allem durch Teile des Finanzkapitals und des Großgrundbesitzes an die Macht gekommen, doch das deutsche Volk trage wegen seiner Passivität

einen Teil der Verantwortung mit. Nur eine einheitliche Volksbewegung könne zur Erneuerung des deutschen Volkes beitragen. Vier Forderungen wurden aufgestellt:

> "Liquidierung des Faschismus und Militarismus und ihrer Ideologie, Wiedergewinnung der demokratischen Grundrechte und Freiheiten, Wiederaufbau auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, Wiedergutmachung im In- und Ausland".

Diese Punkte wurden von Dickhut konkretisiert, so wurde die Schaffung einer Einheitsgewerkschaft, die Wiedereinführung des Streikrechts, die Verstaatlichung der Bodenschätze und der Großindustrie und die Beschränkung des jährlichen Einkommens auf 6 000 RM zum Zweck der Aufhebung der Monopolgewinne gefordert (290). Der Programmentwurf hatte keinerlei praktische Bedeutung, der erweiterte ZA war bereits nicht mehr arbeitsfähig. Da bereits Mitte August bekannt war, daß die Zulassung der politischen Parteien bevorstand, konzentrierten sich die politisch Aktiven auf die Vorbereitung zur Gründung. Die Antinazibewegung in Solingen löste sich auf, die Stadtteilausschüsse dürften wohl noch etwas länger als der ZA funktionsfähig gewesen sein (Inf. Dickhut).

Integration der antifaschistischen Kräfte in die Kommunalverwaltungen am Beispiel Remscheid und Wuppertal

In Remscheid war Ende 1944 die illegale Arbeiterbewegung offenbar schwächer und zersplitterter als im benachbarten Solingen. Noch im Sommer 1944 waren führende Sozialdemokraten und Kommunisten wie Max Blank (SPD), Gustav Flohr und Hugo Paul (KPD) verhaftet worden (291). Betriebszellen oder andere illegale Gruppen scheinen nicht existiert zu haben. Erst Ende 1944/Anfang 1945, unter dem Eindruck der nahenden militärischen Niederlage, wurde auch in Remscheid der Versuch unternommen, die antifaschistischen Kräfte zusammenzufassen. Wie in Solingen waren auch in Remscheid die Kontakte zwischen einigen Mitgliedern der Arbeiterparteien nie ganz abgerissen. Die Initiative zur organisatorischen Zusammenfassung aller antifaschistischen Kräfte in Remscheid wurde allerdings von Vertretern der Industrie ergriffen, die sich aus der Sorge vor dem Befehl Hitlers, bei Einmarsch der alliierten Truppen alle Industrieanlagen zu zerstören, zusammenfanden (Inf. Dr. Ringel). Max Dominicus, ein Remscheider Fabrikant, sammelte

zunächst eine Gruppe gleichgesinnter Fabrikanten sowie Beamten um sich. Zu diesem Kreis zählte auch der Geschäftsführer der Gauwirtschaftskammer, Hermann Ringel. Diese Gruppe suchte den Kontakt zu Vertretern der Arbeiterbewegung, gemeinsam wurde ein fünfköpfiges Gremium gebildet, das sich als Führung der Widerstandsbewegung in Remscheid begriff (292). Die fünf Mitglieder des Widerstandsausschusses waren Max Dominicus als Repräsentant des Bürgertums, Max Blank und Anton Küppers von den Sozialdemokraten, Ernst Zulauf und Ernst Zapp von den Kommunisten. Das Gremium traf sich seit Ende Januar/Anfang Februar regelmäßig in der Wohnung von Max Dominicus, um bestimmte Aktionen zu koordinieren und vorzubereiten. Als vorrangige Aufgabe der antifaschistischen Bewegung in Remscheid wurde gesehen, die Stadt kampflos an die alliierten Truppen zu übergeben und Zerstörungen - wie Sabotage von Produktionsanlagen, Sprengung von Brücken usw. - zu verhindern. Dr. Ringel nahm Kontakt zum Abschnittskommandanten von Remscheid auf und konnte diesen in einem Gespräch dazu bewegen, sich bei Generalfeldmarschall v. Model (293) für die Erhaltung der Remscheider Brücken, v.a. der großen Eisenbahnbrücke zwischen Remscheid und Solingen, der Müngstener Brücke einzusetzen (294). Darüberhinaus gelang es den bürgerlichen Vertretern, den OB Dr. Krafft und den Beigeordneten zur Hellen zur Unterstützung der Ziele der antifaschistischen Bewegung zu gewinnen. Im Februar oder März 1945 wurden im Remscheider Alexanderwerk (295) etwa 150 Arbeiter aus allen Remscheider Betrieben zusammengerufen. Auf dieser Versammlung, an der auch einige Stadtkommandanten, die von den Plänen des Widerstandskreises informiert waren, teilnahmen, forderte Dr. Ringel die Arbeiter auf, unter allen Umständen Sabotageakte der Nazis zu verhindern und die Produktionsanlagen zu schützen. Anscheinend wurde im Remscheider Stammwerk von Mannesmann auf Initiative eines Direktors aus zuverlässigen antifaschistischen Arbeitern eine Art Werkschutz gebildet, der bewaffnet wurde (296). Wenige Tage vor dem Einmarsch wurden die Stadtwerke durch zuverlässige Posten bewacht, führenden NS-Mitgliedern und den Parteistellen wurden die Telefonverbindungen abgeschnitten (297).

Der Einmarsch der Amerikaner erfolgte am 15. April. OB Dr. Krafft ging den einrückenden Truppen in Begleitung von zur Hellen, Dr. Ringel und einigen anderen Vertretern des Widerstandskreises entgegen. Überall waren weiße Fahnen geflaggt. Der amerikanische Stadtkommandant setzte Dr. Krafft ab, am 18.4. wurde zur Hellen zum neuen OB ernannt, für die Stadtteile Lüttringhausen und Lennep wurden eigene Bezirksbürgermeister eingesetzt (298). Die Handelskammer konnte nahezu ungestört ihre Funktionen ausüben.

Anstelle des Präsidenten, der Parteimitglied war, übernahm ein unbelasteter Remscheider Fabrikant, Christian Wolff, die Leitung der Kammern. Dr. Ringel blieb weiterhin Geschäftsführer. Zugleich wurde die Remscheider Kammer, die bereits vor 1933 der Wuppertaler Kammer zugeordnet worden war, wieder selbständig. Der Kontakt zwischen Kammer und MR war in Remscheid von Anfang an ausgezeichnet. Hier leistete offenbar ein Remscheider Fabrikant, der lange Zeit in Südamerika gelebt hatte und sich nunmehr der MR zur Verfügung stellte, eine für die Kammer wertvolle Hilfe (Ringel 1972, 40-42). Die amerikanische MR erkannte den Aktionsausschuß, der sich aus dem Widerstandskreis gebildet hatte, ohne weiteres an (299). Dieser gewann allerdings nie die Bedeutung des Solinger ZA. In Remscheid organisierte der Aktionsausschuß kaum Aktivitäten, er initiierte keine kontinuierliche Stadtteil- oder Betriebsarbeit, was sicherlich nicht zuletzt auf seine soziale Zusammensetzung und Entstehungsgeschichte zurückzuführen ist. Allerdings ließ die Stadtverwaltung, unterstützt von Handelskammer und MR, diesem auch kaum Spielraum. In den ersten Tagen nach der Besetzung hatte der Aktionsausschuß eine zivile Ordnungspolizei organisiert, deren Leitung Walter Frey (SPD) übernahm (300). Bereits Ende April wurde diese Ordnungspolizei als städtische übernommen, Anfang Mai wurde Frey entlassen. Auf Vorschlag des OB ernannte die MR an dessen Stelle einen ehemaligen Polizeibeamten zum Leiter der Polizei mit der Begründung, daß dieser als Fachmann besser für diesen Posten geeignet wäre (301). Eine Schutträumungsaktion wurde vom OB angeordnet, zu der die gesamte Remscheider Bevölkerung herangezogen wurde (302).

Bereits Mitte Mai berief zur Hellen mit Billigung der MR einen Verwaltungsbeirat ein, dem vierzehn Vertreter der früheren politischen Parteien angehörten. Auf seiner ersten Sitzung am 15. Mai 1945 umriß zur Hellen kurz die bisherige Tätigkeit der Kommunalverwaltung, ihr Verhältnis zur MR und die Kompetenz des Beirates. Er betonte, daß der Beirat ausschließlich beratendes Organ der Stadtverwaltung sei. Ferner wurde auf dieser ersten Sitzung vom Wohnungsdezernenten ein Überblick über die Zerstörungen und den Wiederaufbau der Stadt gegeben (303). Als einzige Partei verlas die KPD eine Erklärung, die die Grundlage für die Zusammenarbeit aller politischen Richtungen im Beirat darstellen sollte (304). Sie warnte davor, den "Massenbekehrungen" zum Antifaschismus Glauben zu schenken:

> "Sie werden noch mehr verstehen müssen, dass wir diese Bekehrte für völlig ungeeignet halten, bei der Neugestaltung unseres Volks-, Staats- und Gemeindelebens auch nur ein Wort mitzusprechen" (305).

Die KPD-Vertreter erklärten sich nur mit denjenigen zu einer Zusammenarbeit bereit, die schon vor der Niederlage aktiv gegen den Faschismus Widerstand geleistet hatten. Nur diesem Kreis unterbreiteten die Kommunisten 10 Mindestforderungen, die die Grundlage zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit bilden sollten. Darin tauchten nicht nur Begriffe wie Entnazifizierung und demokratischer Wiederaufbau auf, sondern zugleich wurde ausgeführt, wie jene allgemeinen Postulate zu verwirklichen seien. So heißt es, daß das Vermögen derjenigen Kreise, "die ihren Einfluß und ihre Einrichtungen in den Dienst der Nazis gestellt haben, Industrieunternehmungen, Druckereien, Zeitungen, Kinos usw." beschlagnahmt werden sollen, um so die Kosten des Wiederaufbaus zu decken. Unter Punkt 5 wurde die Notwendigkeit der Instandsetzung der Industriebetriebe betont und als Notmaßnahme "die Anspannung der Vermögen und Kredite der Betriebsinhaber bis zur äußersten Möglichkeit unter Kontrolle der Belegschaften (Betriebsräte)" gefordert. Weitere Punkte sind die besondere Förderung der Besitzschwachen, der Aufbau des Arbeitsamtes unter Gewährung voller Freizügigkeit für alle Beschäftigten, Sicherstellung von Wohnraum und Ernährung, die Anerkennung der Gewerkschaften als gleichberechtigte Verhandlungspartner bei allen Lohn- und Arbeitsfragen und die Kontrolle der Produktion durch die Betriebsräte. Die letzten Punkte enthalten Forderungen nach einem demokratischen Schulsystem, dem Ausbau des Gesundheitsdienstes, der Rückgabe von Gewerkschaftshäusern und anderen Einrichtungen demokratischer Organisationen sowie der Wiederherstellung von Sport- und Badeplätzen zur unentgeltlichen Benutzung. Die KPD erklärte ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit allen antifaschistischen Kräften, betonte aber, daß sie sich in erster Linie als Vertreter der werktätigen Bevölkerung fühle. Aus dieser Erklärung spricht m. E. die Erwartung der KPD, daß sich alle politische Aktivität auf den Beirat konzentrieren werde und der Aktionsausschuß in Kürze funktionslos werden würde.

Bald jedoch brachen die Konflikte zwischen dem weiter bestehenden Aktionsausschuß und zur Hellen auf, die dann insgesamt auch das Verhältnis Beirat und OB trübten. In den Augen zur Hellens hatte der Aktionsausschuß nach der Einberufung des Beirats keinerlei Legitimation. Der erste Konflikt entzündete sich daran, daß nach Meinung des Aktionsausschusses die Entnazifizierung in der Stadtverwaltung nicht gründlich genug geschehen sei. Die Vertreter des Aktionsausschusses Max Blank, Ernst

Zulauf und Max Dominicus baten den OB zu diesem Punkt um eine Unterredung, die jedoch ohne Folgen geblieben zu sein scheint (306). Im Laufe des Juni zogen sich die bürgerlichen Vertreter aus dem Ausschuß zurück, während sich nach der Rückkehr von Gustav Flohr und Hugo Paul der kommunistische Einfluß verstärkte. Ende Juni gab der Aktionsausschuß eine vierseitige hektographierte Zeitung heraus: "Der Weckruf. Antifa-Nachrichten". Die erste und einzige Ausgabe enthielt - neben Berichten über Hausdurchsuchungen bei Nazis, bei denen größere Mengen Lebensmittel gefunden wurden, und dem Abdruck der neuen Krankenkassenverordnung - einen programmatischen Artikel, dessen Inhalt eindeutig an der KPD orientiert war. Der Verfasser verband die Propagierung einer antifaschistischen Volksfrontbewegung mit einem Appell "Durchbruch zum Sozialismus" (307). Die Verbreitung der Zeitung wurde sofort von den englischen Militärbehörden verboten, gleichzeitig wurden alle antifaschistischen Versammlungen untersagt (308).

Die Herausgabe der Zeitung dürfte als ein später Versuch der Kommunisten zu werten sein, die Basis des Aktionsausschusses zu verbreitern. Nachdem dies durch die Intervention der MR endgültig gescheitert war, richtete sich die Stoßrichtung wieder auf die Kommunalpolitik. Ende Juli machten Max Blank und Ernst Zulauf erneut einen Versuch, als Vertreter des Aktionsausschusses auf die Besetzung von Verwaltungsstellen Einfluß zu nehmen. Sie forderten, die Ernennung des Präsidenten des Arbeitsamtes zu annullieren und durch einen Kandidaten des Aktionsausschusses zu ersetzen. Zur Hellen lehnte dies ab, bot jedoch einem anderen Mitglied des Ausschusses den Posten an, dieser lehnte jedoch ab, da er sich an die Beschlüsse des Ausschusses gebunden fühlte (309). Damit war der Versuch zur Hellens gescheitert, den Aktionsausschuß durch Herausbrechen der sozialdemokratischen Vertreter zu spalten. Diese Auseinandersetzungen um die Entnazifizierung zwischen zur Hellen und dem Aktionsausschuß schlugen sich auch im Beirat nieder. Dabei ist zu bemerken, daß sowohl Sozialdemokraten wie Kommunisten zunächst versuchten, den Aktionsausschuß als Gremium zu erhalten. Allerdings ohne Erfolg; Ende Juli scheint sich der Aktionsausschuß aufgelöst zu haben. Die Konflikte verlagerten sich nun völlig auf den Beirat, wobei sich eine Konfrontation des gesamten Beirats mit dem OB abzuzeichnen begann. Zur Hellen wurde vorgeworfen, die alten Kräfte zu bevorzugen. So war bis Ende Juni noch nicht eine Dezernentenstelle in Remscheid neu besetzt. Zur Hellen weigerte sich ferner, den Beirat in praktische Aufgaben miteinzubeziehen. Er lehnte zunächst die Einrichtung eines Büros im Rathaus für Zulauf und Blank als Vertreter des Beirats ab, obgleich die MR den beiden

die Betreuung der Rückkehrer aus den Konzentrationslagern übertragen hatte (310).

Diese Spannungen verschärften sich zunehmend, auch Teile der bürgerlichen Vertreter nahmen nunmehr Stellung gegen zur Hellen. Bereits am 13. Juli hatte Ernst Zulauf als Sprecher eines Teils des Beirats dem OB undemokratische Methoden vorgeworfen, unter anderem, daß zur Hellen eine Besprechung mit der Militärregierung verhindert habe. Einen Monat später rechtfertigte sich zur Hellen. Es sei ihm oft unmöglich gewesen, den Beirat zu unterrichten, da die MR oft Befehle sehr kurzfristig und eilig erteile. Er bestritt, eine Besprechung Zulaufs mit dem Stadtkommandanten verhindert zu haben und betonte, daß der Stadtkommandant ihm selbst mitgeteilt habe, daß die Äußerungen Zulaufs oft einen politischen Charakter trügen, den man nicht billigen könne (311). Im August spitzte sich der Konflikt zu - die Bezirksbürgermeister leisteten heftige Kritik am Vorgehen des OB. Gemeinsam mit Vertretern des Beirats reichten sie bei der MR und beim Regierungspräsidenten Kolb in Düsseldorf eine Beschwerde ein (312). Sie erhoben den Vorwurf, daß der Verwaltungsbeirat bei Stellenbesetzungen nicht konsultiert worden sei, daß zur Hellen sich in vielen Fällen gewehrt habe, nationalsozialistische Beamte zu entlassen und sogar vielfach sich ausdrücklich für deren Weiterbeschäftigung eingesetzt habe. So seien NSDAP-Mitglieder, die von den Bezirksbürgermeistern entlassen worden waren, von zur Hellen in Remscheid wieder eingestellt worden. In einem anderen Fall habe zur Hellen ehemalige Pgs antifaschistischen Bewerbern vorgezogen. Ferner wurde die mangelnde Eigeninitiative des OB beklagt, der stets auf Weisungen aus Düsseldorf oder von der MR warte. Von den Bezirksbürgermeistern sei mehr für die Stadt getan worden als von zur Hellen. Diese beschwerten sich insbesondere über die mangelnde Kooperationsbereitschaft zur Hellens. Der OB verteidigte sich in einer Besprechung, an der Kolb und die Beschwerdeführer teilnahmen, daß die MR an diesen Mißständen schuldig sei, und wies auf den engen Handlungsspielraum der deutschen Verwaltungsstellen hin.

In einer weiteren Besprechung am 20. 9. konnten dann die Konflikte beigelegt werden (313). Der Verwaltungsbeirat einigte sich auf eine gemeinsame Erklärung, die der OB akzeptierte. SPD und KPD erklärten ausdrücklich, daß sie weitergehende Forderungen zugunsten einer Einigung zurückgestellt hätten. In der gemeinsamen Erklärung wurde das Verhältnis zwischen OB und Beirat neu geregelt. Es wurde vereinbart, zweimal monatlich Sitzungen abzuhalten, an denen vier Mitglieder des Verwaltungsbeirats, der OB und die Beigeordnetenkonferenz teilnehmen soll-

ten, um die Sitzungen des Verwaltungsbeirats vorzubereiten. Teilnehmen konnte nur, wer nachweisbar kein NS-Aktivist war. Alle wichtigen Beschlüsse mußten auf diesen Sitzungen für die Vorlage im Beirat vorbereitet werden. Die Stadtverwaltung verpflichtete sich bei der MR, auf die Entfernung aller ehemaligen Nationalsozialisten zu drängen. Eine Unterschrift aller Beteiligten sollte die Verbindlichkeit der Erklärung unterstreichen. Damit scheint die Partizipation der politischen Richtungen an der Verwaltung für die künftigen Parteien zufriedenstellend gelöst worden zu sein. Über die Auswirkungen dieser Erklärung bezüglich der Entnazifizierung der Verwaltung ist nichts bekannt.

Für Wuppertal gibt es für die unmittelbare Phase vor dem Einmarsch der Alliierten höchst widersprüchliche Darstellungen. Bei Arthur Kahn findet sich folgender Bericht:

> "In Wuppertal kam es - unter Führung der örtlichen Antifa - zu einem Aufstand der empörten Bürgerschaft, wodurch die Stadt vor der völligen Zerstörung gerettet und sinnleses Blutvergießen verhindert wurde. Das Textilzentrum Wuppertal mit rund 400 000 Einwohnern war schon seit langem ein Brennpunkt antinazistischer Aktivität gewesen .... Die Antifa hatte den Aufstand sorgfältig organisiert. Es gelang den Führern des Aufstandes, Truppenkommandos der Wehrmacht zur Teilnahme an dem Aufstand zu gewinnen. Nach blutigen Straßenkämpfen überwältigten Arbeiter und Soldaten die SS und nahmen den Gauleiter, den Chef der Gestapo und viele örtlich bekannte Nazis gefangen. Die Bürger bildeten einen antifaschistischen Stadtrat, stellten eine antifaschistische bewaffnete Polizeimacht auf und warteten auf die amerikanischen Truppen, die drei Tage darauf ohne jeden Widerstand und ohne Verlust in die Stadt einzogen" (Kahn 1964, 56 ff.).

Für diese Darstellung fanden sich jedoch in den Quellen keine Anhaltspunkte. Übereinstimmend schilderten damals aktive Zeitgenossen einen anderen Ablauf der Ereignisse; auch in einer Denkschrift eines antifaschistischen Aktionsausschusses, verfaßt im Mai 1945, wurden diese doch sehr bedeutenden Aktivitäten nicht erwähnt (314). Der Ablauf der Ereignisse in Wuppertal dürfte sich ähnlich wie in Remscheid und Solingen zugetragen haben:
Die letzten Verhaftungswellen im Sommer 1944 hatten zu einer Schwächung und Lähmung der antifaschistischen, insbesondere der kommunistischen Kräfte geführt. Erst kurz vor Kriegsende

formierten sich die illegalen Kräfte wieder. In vielen Stadtteilen gab es antifaschistische Gruppen, die die Übergabe der Stadt vorbereiteten. Von diesen Ausschüssen ist jedoch nur der Ronsdorfer Ausschuß dokumentiert (315). Längere Zeit bereits existierte ein 8-10 Sozialdemokraten umfassender Kreis um den früheren SPD-Stadtparlamentabgeordneten, Franz Landowski, der sich in unregelmäßigen Abständen zu Diskussionen traf (Inf. Landowski u. Dobbert). Unmittelbar vor Kriegsende traten Vertreter der kommunistischen Partei, wie Willy Spicher, früher ebenfalls Stadtverordneter in Wuppertal, an Landowski und seine Freunde heran (Inf. Spicher). Sie berieten, wie die kampflose Übergabe der Stadt erreicht werden könne. Wie in anderen Städten versuchten die Wuppertaler Sozialdemokraten und Kommunisten, Aktionen des Volkssturms und Brückensprengungen zu verhindern und die Bevölkerung zum Hissen der weißen Fahne zu bewegen. Es ist im Nachhinein kaum ausfindig zu machen, welche Aktivitäten vor der Besetzung von diesem Kreis ausgingen. Eine Denkschrift, die am 24. Mai 1945 der amerikanischen MR von Landowski, Spicher u. a. vorgelegt wurde, berichtet nur sehr allgemein über die Tätigkeit des "Antifa Aktionsausschusses". Außerdem wurde auf eine Sendung von Radio Luxemburg hingewiesen, in der über Wuppertal berichtet worden war, daß es in der Stadt eine antifaschistische Bewegung schon vor dem Einmarsch der Amerikaner gegeben habe, an der alle Schichten der Bevölkerung beteiligt gewesen seien (316). Nach allen Berichten aber dürfte feststehen, daß Wuppertal kampflos an die einrückenden Truppen übergeben wurde.

Nach der Besetzung am 16. April herrschte zunächst Verwirrung, die sich noch dadurch steigerte, daß der amerikanische Stadtkommandant, der über Karten Wuppertals vor der Eingemeindung von 1929 verfügte, Elberfeld und Barmen als getrennte Städte behandelte und Barmen, und nicht Elberfeld, zum Verwaltungssitz erhob. So wurden zwei OB ernannt, in Barmen der frühere Beigeordnete, Dr. Landwehr, in Elberfeld ein ehemaliger Direktor der IG Farben, Eugen Thomas. Erst nach einigen Tagen wurde diese Trennung aufgehoben, am 4. Mai 1945 wurde Thomas OB von Gesamt-Wuppertal (Köllmann 1956, 138). Aufgrund dieses anfänglichen Chaos konnte die Handelskammer besonderen Einfluß erringen, zumal das Elberfelder Rathaus zerstört war und die Räume der Kommunalverwaltung teilweise im Gebäude der Handelskammer, in denen es auch eine funktionierende Telefonleitung gab, verlegt wurden. Ähnlich wie in Remscheid bestand von Anfang an ein enges Verhältnis zwischen Oberbürgermeister, Handelskammer und MR. Die Umwandlung der Gauwirtschaftskammer

in die Industrie- und Handelskammer vollzog sich auch hier völlig reibungslos. Präsident der Kammer wurde Wilhelm Vorwerk, der spätere Präsident des Arbeitgeberverbandes. Als Geschäftsführer kehrte aus Düsseldorf Georg Scherer zurück, der in dieser Position bis 1942 tätig gewesen war. Die stellvertretenden Geschäftsführer blieben im Amt (ebd., 139-140).

Offenbar existierten unmittelbar vor und nach der Besetzung zahlreiche kleinere Gruppen weiter. Die Antifaschisten in Wuppertal organisierten eine Schutträumungsaktion, zu der aktive Nazis herangezogen wurden. Ferner wurden Fragebögen verteilt, um frühere Nationalsozialisten ausfindig zu machen. Willy Spicher veranlaßte, daß eine Ordnungspolizei, die ausschließlich aus Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftern bestand, aufgestellt wurde. Diese Ordnungspolizei versuchte, Plünderungen und Übergriffe der Zwangsarbeiter zu verhindern, machte Hausdurchsuchungen bei ehemaligen Parteimitgliedern und beschlagnahmte Lebensmittellager (317). Bemerkenswert ist, daß auch Tätigkeiten einer Vereinigung "Neues Deutschland" dokumentiert sind (318). Spicher und Landowski besetzten unmittelbar nach dem Einmarsch der Amerikaner zwei Büros im Rathaus (Inf. Spicher u. Landowski). Diese Büros dienten sowohl als Anlaufstelle für frühere Parteimitglieder wie auch als Büros des "Antifaschistischen Aktionsausschusses", der Anfang Mai unter Hinzuziehung einiger Vertreter des Bürgertums gebildet wurde. Ungeklärt ist, wie sich dieser Ausschuß legitimierte. Es ist zu vermuten, daß die sieben Unterzeichner der Denkschrift vom 24.5.45, Franz Landowski und Heinrich Lutsch von der SPD, Max Dahlhaus und Willy Spicher von der KPD sowie Hans Erdmann, Walter Pitropp und Alfons Schmidt als Vertreter des Bürgertums diesen Ausschuß gründeten, um die verschiedenen Aktivitäten von Antifaschisten in Wuppertal zu koordinieren, aber auch um den Antifaschisten in Wuppertal eine bessere Position gegenüber der MR zu verschaffen (319). Die MR hatte nämlich zuvor die Bevölkerung aufgerufen, alle Tätigkeiten von "antifaschistischen Verbänden" zu melden und diese für illegal erklärt (320). Der Aktionsausschuß verfaßte daraufhin die oben bereits genannte Denkschrift, in der sie zum einen die Aktivitäten der antifaschistischen Gruppen kurz schilderte, um dann der MR konkrete Vorschläge zu unterbreiten. Ein Hauptproblem bildete die Sicherstellung der Versorgung, die durch Beschlagnahme von Lebensmittellagern, Bebauung von Brachland u.ä. gewährleistet werden sollte. Ferner beklagten die Verfasser die ungenügende Entnazifizierung und schlugen der MR vor, für alle Ressorts der Verwaltung Vorschläge zu unterbreiten. Abschließend betonten die Verfasser, daß der Aktionsausschuß sich

bisher ausschließlich legal betätigt habe und daß 'Übergriffe' ohne Billigung und Wissen des Aktionsausschusses geschehen seien (321).

In einem zweiten Schreiben vom 29.5.45 (322) trugen die Verfasser der MR vor, welchen Aufgabenbereich ein antifaschistischer Ausschuß übernehmen könne: dieser solle die Form eines überparteilichen Beratungsausschusses haben, der die Stadtverwaltung kontrollieren und eine direkte Verbindung zur MR herstellen könnte. Offenbar meinten die Verfasser zu diesem Zeitpunkt noch, daß die MR sich mit den Antifaschisten gegen die deutsche Verwaltung verbünden werde, sicherlich eine folgenschwere Fehleinschätzung, da gerade in Wuppertal die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und MR ausgezeichnet funktionierte. Der Aufgabenbereich eines solchen Ausschusses solle sich auf Vorschläge und Mitarbeit der Antifaschisten bei der Besetzung von Ämtern in der Kommunalverwaltung und Industrie, bei den Wiederinstandsetzungsarbeiten in Industrie und Gewerbe, im Wohnbereich, den Versorgungsunternehmen, Schulen, beim Aufbau der Polizei und bei der Schaffung einer Wuppertaler Zeitung erstrecken. Abschließend baten dann die Unterzeichner um Genehmigung zur Gründung eines solchen Ausschusses. Die MR blieb bei ihrem Verbot aller antifaschistischen Gruppen, und der Ausschuß löste sich auf (323). Die Ordnungspolizei wurde aufgelöst und durch ehemalige Polizeibeamte ersetzt.

Bereits am 10. Juli trat erstmals ein Verwaltungsbeirat zusammen. Dieser Beirat war mit dem von den Antifaschisten geforderten Ausschuß aber nicht zu vergleichen. Das elfköpfige Gremium wurde dominiert von Vertretern der Industrie und des Handels, nur zwei Mitglieder waren Sozialdemokraten und zwei Kommunisten (324). Der Beirat war der Stadtverwaltung unterstellt. Auf der ersten Sitzung wies OB Thomas die Beiratsmitglieder auf dieses Abhängigkeitsverhältnis mit folgenden Worten hin:

> "Der Beirat hat keinen entscheidenden Einfluß. Es darf nicht abgestimmt werden ... Die wichtigste Aufgabe dieses Beirats ist es, mich über die Stimmung der Bürgerschaft zu unterrichten" (325).

Die Mitglieder des Beirats waren vom OB ausgesucht worden, diese Befugnis ließ sich der OB auch dann nicht nehmen, als für einen SPD-Vertreter Ersatz gesucht werden mußte. Thomas ernannte dann nicht den von den Sozialdemokraten vorgeschlagenen Vertreter, sondern einen Mann seiner Wahl (326). Dies hatte dann offenbar zur Folge, daß Sozialdemokraten und Kommunisten eng zusammenarbeiteten, um so überhaupt Einfluß nehmen zu können.

In der ersten Sitzung des Beirats forderte Landowski den OB auf, den Dezernenten für Ernährung, Regierungsrat Schön, zu entlassen, da dieser bereits unter dem NS-Regime dieses Amt bekleidet habe. Dies wurde von Thomas unter Hinweis auf die fachliche Qualifikation abgelehnt (327). Danach spielte das Problem der Entnazifizierung im Vergleich zu Remscheid kaum noch eine Rolle; im wesentlichen befaßte sich der Beirat mit Ernährungs- und Wohnungsfragen. Landowski wurde eine Woche nach Einberufung des Beirats von der MR aus seiner Funktion entlassen, da er in einem Betrieb die Belegschaft aufgefordert hatte, ihren Direktor zum Verlassen seines Betriebes zu zwingen, da dieser aktiver Nationalsozialist gewesen sei (328).

Eine völlig andere Entwicklung nahm der Ronsdorfer antifaschistische Ausschuß (vgl. Ullrich MS 1975, 73 ff.). Ronsdorf, eine der südlichen Gemeinden Wuppertals, war - ebenso wie Elberfeld oder Barmen - bis 1929 eine selbständige Gemeinde gewesen. Auch 1945 war Ronsdorf noch ein in sich geschlossenes Gebiet und von den Stadtteilen im Tal der Wupper durch Wälder und Wiesen getrennt. Vor Kriegsende gab es eine Gruppe um Heinrich Matthey (KPD), die Verbindung zu den Amerikanern aufgenommen hatte (Goebel u.a. 1977, 159). Nachdem die Amerikaner am 16. April einmarschiert waren, wurde Matthey als Bürgermeister eingesetzt. Ronsdorf wurde zunächst als selbständige Gemeinde behandelt. Wohl auf Initiative von Matthey wurde ein "Antifaschistischer Ausschuß" gegründet. Dieser umfaßte sechs Mitglieder, neben Vertretern der Arbeiterbewegung auch Mitglieder der bekennenden Kirche und einen Industriellen (329). Dieser Ausschuß begann wohl erst 1-2 Wochen nach der Besetzung mit seiner Arbeit, und zwar mit Genehmigung der MR. Er beschränkte sich von Anfang an auf eine Rolle als "Hilfsorgan" der Kommunalverwaltung und gelangte daher nicht in Konflikte mit der MR (330). Nach Zulassung der Parteien nannte er sich in "Arbeitsgemeinschaft demokratischer Parteien Wuppertal-Ronsdorf" um (331). Auf Antrag der KPD wurde die Form der Zusammenarbeit aller Parteien für alle Wuppertaler Stadtteile übernommen (Dez. 1945) (332): Die Ausschüsse sollten sich aus 10 Personen zusammensetzen (je zwei Vertreter von SPD, KPD, CDU, Zentrum und FDP) und in enger Zusammenarbeit mit der Verwaltung ihre Tätigkeiten ausüben.

Zur Typisierung der "Antifas"

Die antifaschistischen Ausschüsse, die bei Kriegsende nahezu überall in Deutschland entstanden, spiegelten in ihren Erscheinungsformen, ihren Strukturen und ihrer Programmatik die wirtschaftliche, soziale und politische Lage nach dem Zusammenbruch wider (vgl. hierzu Niethammer 1978, 699-~~671~~ 713). Auffallend ist zunächst, wie auch die Untersuchung der Übergangsphase in den drei Städten des Bergischen Landes deutlich zeigt, ihre Unterschiedlichkeit. Die Antifas waren in ihrer jeweiligen Ausprägung stark lokal eingebunden. Typisch war die Dezentralität der Gruppen selbst im Raum einer Stadt. Kurz vor Kriegsende entstanden häufig, wie in Solingen, mehrere illegale Gruppen, die sich auf den Einmarsch der Alliierten vorbereiteten, aber untereinander kaum oder sehr wenig Kontakt hatten. Auch in Wuppertal existierten kleine Gruppen, die auf die verschiedenen Stadtteile beschränkt waren, so v.a. in Ronsdorf. Diese Beschränkung auf wenige Personen, häufig eingebunden in einen Stadtteil, war sicherlich nicht nur Ausdruck der Furcht vor Repressionen, sondern weist zugleich auf die geringen Möglichkeiten der Kommunikation selbst innerhalb des Kreises von Aktiven der Arbeiterbewegung hin. Aber auch bei Kriegsende blieb die Dezentralität erhalten. Selbst in Solingen, wo eine Zusammenfassung der antifaschistischen Kräfte weitgehend gelang, ist die Parallelität Betriebsausschüsse - Stadtteilausschüsse auffallend. Eine Koordinierung über den Rahmen der Stadt hinaus wurde in den seltensten Fällen versucht und war wohl auch angesichts der Zerstörungen des Verkehrsnetzes aussichtslos.

Allen diesen "Ausschüssen" war eines gemeinsam: Sie versuchten, die Situation bei Kriegsende zu meistern. In Solingen und Remscheid und selbst in Wuppertal fanden sich Antifaschisten bei Kriegsende v.a. deshalb zusammen, um sinnlose Zerstörungen zu vermeiden. Wie insbesondere das Remscheider Beispiel zeigt, war dies ein klassenunspezifisches Ziel: Fabrikbesitzer fühlten sich ebenso wie Arbeiter vom Hitler-Befehl der "Verbrannten Erde" bedroht. Nur in Ausnahmefällen - wie in Solingen - gingen die illegalen Gruppen soweit, sich mit Waffen auf den "Tag X" vorzubereiten. Auch nach der Besetzung behielten die Antifas ihren klassenunspezifischen Charakter bei: Ihr übergeordnetes Ziel war die Bekämpfung des Faschismus. Bei dieser negativen Bestimmung ihrer Programmatik blieben sie weitgehend stehen. In ihren konkreten Aktivitäten knüpften sie dann allerdings meist an die Erfahrungen der Arbeiterbewegung an, wobei sich diese im wesentlichen auf drei Bereiche erstreckten. Die Ausschüsse wa-

ren mehr oder minder Selbsthilfeorganisationen, die angesichts der Lähmung der Behörden versuchten, das "Überleben" zu sichern. Zu diesen Aktivitäten zählten ebenso das Aufstellen einer Ordnungspolizei wie Schutträumaktionen, Betreuung zurückkehrender Häftlinge u.ä. In allen ihren Aktivitäten wird das Moment solidarischen Handelns sichtbar, das in der Phase der Faschismusherrschaft unmöglich geworden war. Typisch ist die Auflösung traditioneller "Arbeitsteilung" zwischen Gewerkschaften, Kommunalpolitik, Parteien. Die Antifas setzten im Vorraum politischer Strategien an und zielten auf direkte und unmittelbare Partizipation der Bevölkerung. Ansätze zur Überwindung des klassenunspezifischen Programms stellen nicht nur die Betriebsausschüsse - wie sie in Solingen geschaffen wurden - dar, sondern werden gleichzeitig auch in Aktivitäten der Stadtteilausschüsse sichtbar, z.B. wo auf genossenschaftliche Traditionen zurückgegriffen wird. Diese "Basisverankerung" der Antifas ist im Bergischen wohl nur in Solingen verwirklicht worden. Allerdings liegt gerade hierin m.E. eine zentrale Bedeutung der Antifas, konnte doch durch eine möglichst breite Partizipation der Bevölkerung, insbesondere der Arbeiter, Raum für politisches Handeln geschaffen werden. Eine dezentrale Verankerung bedeutete auch eine, wenn auch sehr begrenzte, Chance, die Ausschüsse zu konsolidieren. Wie ihre Geschichte zeigt, konnten sie nur dann eine gewisse Zeit existieren, wenn sie über einen begrenzten Kreis von Aktiven hinaus andere mit in ihre Arbeit einbeziehen konnten (333). In Wuppertal und Remscheid blieb der Kreis von Anfang an begrenzt, eine dezentrale Verankerung in den Stadtteilen wurde nicht mehr versucht. Selbst der Ronsdorfer Ausschuß, obgleich er bis 1948 existierte, war ein Ausschuß von wenigen. Er stellte ohnehin keine eigenständige politische Kraft mehr dar, sondern übernahm Funktionen, die an ihn von der Kommunalverwaltung delegiert wurden.

Der zweite Wirkungskreis der Antifa war die Entnazifizierung. Dort, wo sich die Antifa dieses Problems konsequent annahmen, gerieten sie sehr schnell in Gegensatz zur MR und den Behörden. Der Fall Landowski in Wuppertal ist nur ein Beispiel, wenn auch ein sehr deutliches, zumal es sich hier um das Vorgehen einer Person und nicht eines Ausschusses handelt. Die Entnazifizierung (vgl. Kap. 9.3) in der Form, wie die Antifas sie versuchten zu realisieren - als ein unmittelbares, unbürokratisches und letztlich wohl wesentlich demokratischeres und wirksameres Vorgehen als die Fragebögen der MR -, widersprach den Interessen weiter Teile des Bürgertums. Zugleich aber traf sie auf das Mißtrauen der MR.

Der dritte Bereich der Antifas war die Wahrnehmung politischer Funktionen. Gerade auf diesem Gebiet aber zeigen sich am deutlichsten die immanenten Grenzen der Antifas. Die Ausschüsse existierten in der Regel nur so lange, bis sich die Behörden konsolidiert hatten, wobei dann in der Regel wesentliche Teile der Antifas - vor allem ihre sozialdemokratischen Mitglieder - in die Verwaltung integriert wurden. Nur dort, wo - wie in Solingen - alle Teile der Ausschüsse sich in Konfrontation mit der Stadtverwaltung und der MR befanden, konnten die Antifas ihren Handlungsspielraum und damit ihre Existenz eine Weile erhalten. So dürfte u.a. der Zeitpunkt des Entstehens eines Beirats mit ein Indiz für die Schwäche oder Stärke der Antifa am jeweiligen Ort sein.

Wenn oben vom klassenunspezifischen Charakter der Antifas gesprochen wurde, so muß darauf hingewiesen werden, daß die Vertreter der Arbeiterbewegung in ihnen dominierten. Die Antifas rekrutierten sich vornehmlich aus dem beschriebenen Widerstandspotential gegen den Faschismus. Meist waren es Funktionäre der mittleren und unteren Ebene, die hier die Initiative ergriffen. So ist vor allem auf der personellen Ebene eine Kontinuität von der Weimarer Republik über die Illegalität bis 1945 vorhanden. Aber deutlich ist auch, daß von den Aktiven in den Ausschüssen nicht an eine Wiederauflage der traditionellen Parteien gedacht wurde. Die Antifas sollten vielmehr die Einheit der Arbeiterbewegung mitherstellen, wie diffus auch immer die Vorstellungen über die Erscheinungsform der einheitlichen Arbeiterbewegung waren. Eine programmatische und politische Diskussion hierüber war unter den Bedingungen der Illegalität nicht möglich gewesen. Daher differierten die programmatischen Zielsetzungen in diesem Punkt sehr stark nach dem jeweils vorherrschenden Einfluß. So ist die Solinger Antifa aufgrund der Dominanz der Kommunisten zunächst orientiert an einer Volksfront unter Einbeziehung der Bürgerlichen - wenn sich diese Vorstellung auch in der kurzen Geschichte der Antifa sehr wandelte. In dem Augenblick, wo sich eine parteipolitische Konstituierung von getrennten Arbeiterparteien anbahnte, wurde den Antifas ihre eigentliche politische Basis entzogen, wie das Beispiel Wuppertal deutlich macht, wo die Antifa sich nicht zuletzt wegen der getrennten Konstituierung von SPD und KPD gar nicht erst entfaltete.

5. GEWERKSCHAFTEN NACH DEM KRIEG IN SOLINGEN, REMSCHEID UND WUPPERTAL

Einheitsgewerkschaft und antifaschistische Bewegung

Während die Besatzungsmächte keinen Zweifel daran ließen, daß in Deutschland unmittelbar nach der Besetzung jede politische Betätigung verboten sein werde, bestanden doch nicht unbegründete Hoffnungen auf die Genehmigung von gewerkschaftlichen Aktivitäten (334). Diese Erwartung auf sofortige Zulassung der Gewerkschaften wurde durch die restriktive Praxis der Alliierten zunichte gemacht. In vielen Städten gab es jedoch zunächst einen gewissen Freiraum für die Wiederbelebung der Gewerkschaften: Sehr früh wurden bereits in Aachen, dann in Hannover, Braunschweig, Hamburg etc. Gewerkschaften gegründet (vgl. J. Klein 1972, 165 ff.; Christier, in: Niethammer u.a., 305-329; Zusammenfassung bei E. Schmidt 1970, 25-30). Das Gemeinsame aller dieser Gründungen war - von wenigen Ausnahmen abgesehen -, daß sie auf dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft (vgl. Beier 1973, 207-242 u. Borsdorf 1973, 385-413) fußten. Die politischen Zielsetzungen, die mit dem Prinzip von Einheitsgewerkschaften verbunden wurden, waren dabei durchaus unterschiedlich: Die einen erhofften sich von einem Zusammenschluß aller Arbeiter, Angestellten und Beamten in einer einzigen Gewerkschaft vor allem eine Stärkung der Organisation, d.h. sie bestimmten die Funktion der zu schaffenden Einheitsgewerkschaft vom Organisatorischen her. Eine andere Richtung hingegen sah die Einheitsgewerkschaft als politisches Instrument zur Überwindung der Spaltung der Arbeiterbewegung (J. Klein 1972, 319 ff.).

Wo sich auf lokaler Ebene Gewerkschaften bildeten, übernahmen diese Organisationen häufig politische Funktionen. Dies ergab sich daraus, daß in den ersten Nachkriegsmonaten eine Gewerkschaftsarbeit im traditionellen Sinne - nämlich als ökonomische Interessenvertretung von Lohnabhängigen - auf Jahre hinaus nicht praktikabel schien (335). Die Produktion konnte in den wenigsten Betrieben wieder voll bzw. unverändert aufgenommen

werden. Arbeiter waren zunächst mit Aufräumarbeiten u.ä. beschäftigt, eine Entlohnung in Geld war vielfach zunächst nicht möglich, bzw. wurde von den Arbeitern wegen der Warenknappheit abgelehnt. Zudem verhängten die Alliierten einen Lohnstopp, der auf lange Sicht Lohnkämpfe zu verhindern schien. Erst nach der Währungsreform wurden wieder Tarifverhandlungen geführt. D.h. natürlich nicht, daß es ökonomische Konflikte nicht gab, doch wurden z.B. in diesen Übergangsmonaten etwaige Konflikte häufig in Einzelverhandlungen zwischen Betriebsausschüssen und Unternehmern beigelegt. Zeitlich und lokal unterschiedlich wurde von den örtlichen Gewerkschaften dann versucht, diese Abkommen für den Ort zu vereinheitlichen. Ähnlich wie die Initiatoren der antifaschistischen Ausschüsse verstanden auch die Träger der lokalen Gewerkschaftsbewegung die Gewerkschaft als Instrument des Kampfes gegen den Faschismus und in diesem Sinne als "Erziehungsinstitution". Dies und die Forderung nach Partizipation der Gewerkschaft an allen Bereichen des öffentlichen Lebens, wie sie in den ersten fünf Punkten des Programms der Aachener Gewerkschaft (abgedruckt bei J. Klein 1972, 165) - die zum Vorbild anderer Gewerkschaftsgründungen wurde - erhoben wurde, mußte zu einem Konflikt mit den westlichen Besatzungsmächten führen. In einzelnen Fällen, insbesondere in der Hamburger Sozialistischen Freien Gewerkschaft (Christier in: Niethammer u.a. 1978, 305 ff.) wurde die Gründung der Einheitsgewerkschaft verstanden als Ersatz oder Vorform einer Einheitspartei. Gleichzeitig waren Ziele und Selbstverständnis der gewerkschaftlichen Ausschüsse weitgehend identisch mit denen der antifaschistischen Ausschüsse, daher ist häufig eine Verschmelzung beider Organisationsformen zu beobachten. Häufig übernahmen die Gewerkschaften die Aufgaben der Antifa, oder aber die antifaschistischen Ausschüsse organisierten den Aufbau von Gewerkschaften, zumeist über eine Betriebsräteorganisation (336). Auch in diesen Fällen sollte die neue Gewerkschaftsbewegung unter dem Aspekt der Einheit der Arbeiterbewegung organisiert werden. In diesen aus der Ausschußbewegung entstandenen Gewerkschaften kristallisierten sich Ansätze eines Gewerkschaftsverständnisses heraus, die in Gegensatz zu den traditionalistischen Vorstellungen der ADGB-Funktionäre standen (337). Ähnlich wie sich die Antifas als Instrumente der Erziehung zu einem antifaschistischen Bewußtsein verstanden, knüpften die Gewerkschaftsausschüsse an basisdemokratische Vorstellungen an. Der Betrieb sollte die Basis der Gewerkschaften werden, in dessen Rahmen die Arbeiter selbst Initiativen zu kollektivem Handeln ergreifen, und ihre Vorstellungen zur sozialen Neugestaltung - ausgehend von ihren unmittelbaren Interessen -

realisieren sollten, ohne auf Anweisung von "oben" zu warten. Dies hätte bedeutet, daß die Mitglieder in die Lage versetzt worden wären, ihre Führungen stärker zu kontrollieren und ein größeres Maß an innergewerkschaftlicher Demokratie in der Organisation zu schaffen.

Diese spontanen Gewerkschaftsgründungen traten in Konkurrenz zu den Plänen der früheren ADGB-Funktionäre (vgl. Borsdorf, in: Niethammer u.a. 1978, 82-104). Diese vertraten - zumindest teilweise hierin unterstützt von den Exilgruppen - ebenfalls das Prinzip der Einheitsgewerkschaft, beschränkten dies jedoch in erster Linie auf ein Organisationsprinzip, ohne damit die Herstellung einer politischen Einheit der Arbeiterbewegung zu bezwecken. Sie erhofften sich vielmehr eine Stärkung der Gewerkschaften und damit verbunden die Sicherung ihres Anspruches auf eine wesentliche Rolle in einem neuen Staat. Unter diesem Aspekt sind auch die Vorstellungen von einer Übernahme der DAF - einschließlich der Zwangsmitgliedschaft - zu sehen, wie sie von Wilhelm Leuschner, Fritz Tarnow und z.T. auch von Hans Böckler vertreten wurden. Dies hätte der Gewerkschaft eine starke politische Machtposition in dem von ihnen angestrebten demokratischen Staat gesichert. Ohne hier ausführlich auf die wirtschaftsdemokratischen Vorstellungen der ADGB-Funktionäre einzugehen (vgl. hierzu Blunck MS 1971), muß hervorgehoben werden, daß diese von vornherein darauf verzichteten, privatkapitalistische Bestrebungen zu verhindern: Überhaupt zogen sie in keiner Weise in Betracht, daß es notwendig sein könnte, um die angestrebte Machtposition zu kämpfen; vielmehr gingen Böckler und andere ADGB-Funktionäre davon aus, daß die Besatzungsmächte - da bei diesen ein elementares Interesse an der Liquidierung des Faschismus vorausgesetzt wurde - diese den Gewerkschaften von vornherein zugestehen würden. Als die Gewerkschaftsführung schließlich erkannte, daß die Neuordnungsvorstellungen der Gewerkschaft nicht von den Besatzungsmächten unterstützt wurden, hatten sich die Machtverhältnisse zuungunsten der Gewerkschaften stabilisiert (338). Weil sich die ADGB-Funktionäre jedoch auf den Aufbau einer zentralistischen Gewerkschafts*organisation* beschränkten, mußten ihnen Bestrebungen der lokalen Gewerkschaftsgründungen hinderlich sein, die an innergewerkschaftlichen Demokratie- und Autonomievorstellungen ansetzten, - drohten sie doch den organisatorischen Apparat zu schwächen. Da die Gewerkschaft in den Staat integriert werden sollte, wurde auch die Funktion einer Interessenvertretung der Arbeiter bedeutungslos, fiel diese doch mit den "Allgemeininteressen" zusammen (Brandt, in Niethammer u.a. 1978, 691 ff.). Die Mehrheit der früheren ADGB-

Funktionäre verband mit der Einheitsgewerkschaft weitergehende Vorstellungen über die politische Dimensionen einer geeinten Arbeiterbewegung (339). Daher stellte Böckler in den Verhandlungen mit der TUC-Delegation (340) - auf die Eingriffe der britischen Besatzungsmacht soll hier nicht eingegangen werden - den Aufbau der Organisation und des Apparates vor alle anderen Erwägungen. Der in Düsseldorf zustandegekommene Kompromiß des Aufbaus eines Kartellverbandes auf der Basis autonomer Industriegewerkschaften bedeutete ein Zurückweichen vor dem Druck der britischen Besatzungsmacht. Gleichzeitig wurde damit eine kritische Aufarbeitung der Erfahrungen aus der politischen Spaltung der Gewerkschaftsbewegung in Weimar weitgehend verhindert. Nach dem Scheitern der Antifas - die Ausschüsse waren in den meisten Städten bereits im Sommer 1945 aufgelöst - wurden von der MR weitgehend die ehemaligen Gewerkschaftsfunktionäre mit den Gründungsvorbereitungen beauftragt. Diese versuchten häufig, die Mitglieder der Betriebsausschüsse von den Vorbereitungen auszuschalten, offensichtlich um den kommunistischen Einfluß zu schwächen (341). So bauten die Gewerkschaftsgründungen im Herbst 1945 nicht auf den Betriebsausschüssen auf, sondern die Organisation wurde erst nach ihrer Konstituierung in den Betrieben verankert. Der "verordnete" Aufbau von Industriegewerkschaften hatte zur Folge, daß sich diejenigen Kräfte in den Gewerkschaften durchsetzen konnten, die sich an der früheren ADGB-Führung orientierten. Auch der Anspruch einer Einheitsgewerkschaft wurde immer enger gefaßt.

Die zwei Strömungen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung nach 1945 lassen sich auch personell unterscheiden. Diejenigen, die für die Einheit von SPD und KPD eintraten, setzten sich für das oben skizzierte Verständnis von Einheitsgewerkschaften ein, waren also mehrheitlich dem linken Flügel der Sozialdemokratie, den Linkssozialisten und auch Kommunisten zuzuordnen. Das zweite Konzept, das die Einheit der Gewerkschaftsbewegung v.a. mit organisatorischen Überlegungen begründete, wurde meist von ehemaligen ADGB-Funktionären vertreten, die in der Weimarer Zeit dem rechten Flügel der SPD angehörten (so z.B. in Bremen, Hamburg, Solingen).

Gewerkschaftsgründung in Solingen

Wie bereits im vorigen Kapitel ausgeführt, entstand in Solingen unmittelbar nach der Besetzung ein Zentralausschuß der Antifa,

der die antifaschistische Bewegung in Solingen koordinierte und in der Bevölkerung zu verankern versuchte. Eine der wesentlichen Aufgaben des Zentralausschusses war die Initiierung und Zusammenfassung einer Betriebsausschußbewegung. Die Solinger Kommunisten, die diese Betriebsarbeit der Antifa hauptsächlich trugen, verstanden die Arbeit der Betriebsausschüsse und die Bildung von Vertrauensmännerkörpern in den Betrieben als ersten Schritt zum Aufbau einer Einheitsgewerkschaft. Die Betriebsausschüsse sollten die Basis dieser Einheitsgewerkschaft bilden (343). Mit dem Verbot der Antifa im Mai 1945 war diesen Bestrebungen zunächst ein Ende gesetzt und der Versuch, die zukünftige Gewerkschaft von unten her aufzubauen, gescheitert. Die Betriebsausschüsse bestanden anscheinend weiter, sie verwandelten sich in sog. Ernährungsausschüsse (Schriftl. Inf. Karl Küll an J. Kolb). Diese blieben aber auf die betriebliche Ebene beschränkt und konzentrierten sich auf innerbetriebliche Aufgaben. Auf die Gründungsvorbereitungen, die nun von ehemaligen Funktionären des ADGB in Angriff genommen wurden, hatten sie keinen Einfluß.

Bereits unmittelbar nach dem Verbot der Antifa trat der ehemalige Vorsitzende des ADGB in Solingen, Max Richter, mit der Forderung an die MR heran, die Vorbereitungen für eine Gewerkschaftsgründung in Solingen zu legitimieren (344). Daraufhin wandten sich die Vertreter des früheren "Einheitsverbandes der Metallarbeiter" (RGO), Karl Küll und Artur Hahnenfurth, an Max Richter und an den früheren Sekretär des DMV, Adolf Wagner, mit der Bitte um eine gemeinsame Unterredung, zu der noch der Vorsitzende der christlichen Metallarbeitergewerkschaft, Gerhard Hebborn, hinzugezogen werden sollte. Inhalt dieser Besprechung sollte die "Gründung einer Einheitsgewerkschaft auf freier demokratischer Grundlage sein". Richter sagte dieses Gespräch, das zunächst für den 25. Mai vereinbart wurde, sehr kurzfristig ohne nähere Begründung ab (345). Ein Vertreter der amerikanischen MR, Flemming, erklärte Küll und Hahnenfurth am 25. Mai, daß die Vorbereitungen zur Gründung einer Gewerkschaft dem OB Brisch übertragen worden seien. Dieser wiederum weigerte sich, mit Küll und Hahnenfurth zu reden. Später erklärte Brisch hierzu, er habe auf Anweisung der Amerikaner gehandelt, die ihm und Richter befohlen hätten, die Kommunisten von der Gewerkschaftsgründung fernzuhalten (346).

Bereits am 16. 6. berief Richter eine Versammlung ein, auf der etwa 40 frühere Gewerkschaftsfunktionäre des ADGB und der christlichen Gewerkschaften anwesend waren. Vertreter der RGO waren nicht eingeladen worden. Auf dieser Versammlung wurde über die Sicherstellung des gewerkschaftlichen Vermögens beraten und ein

vorbereitender Ortsausschuß bestimmt, dem neben Richter, Wagner und Hebborn noch Robert Ascheuer (DMV), Albert Niepmann (Angest.) und der frühere Bezirksjugendsekretär der SPD, Ernst Gnoß, angehörten (347). Küll und Hahnenfurth bemühten sich daraufhin, die Anerkennung als Vertreter einer autonomen Gewerkschaft von Flemming und Brisch zu erlangen, was diese jedoch ablehnten. Am 21. 6. übergaben die KP-Vertreter an Richter, Wagner und Hebborn eine Einladung zu einer Besprechung - beigefügt waren die Beschlüsse des Weltgewerkschaftsbundes - und betonten, daß sie sich als Vertreter der RGO hinter diese Beschlüsse stellten und daß damit nach ihrer Auffassung einem gemeinsamen Vorgehen aller Gewerkschafter nichts im Wege stünde (348).

Wie bereits ausgeführt, scheint sich in Solingen nach dem Verbot der Antifa eine gewisse Unruhe ausgebreitet zu haben. Unzufriedenheit bestand nicht zuletzt darüber, daß die MR alle Organisationsformen der Arbeiter unterbunden hatte, die Unternehmer aber in der Handelskammer eine Interessenvertretung besaßen. Als Reaktion auf diese Situation in Solingen rief OB Brisch Anfang Juli Schlichtungsausschüsse ins Leben. Diese Ausschüsse, je einer für Industrie und Handwerk, knüpften an eine alte Solinger Tradition an (349). Sie waren paritätisch mit Unternehmer- und Arbeitervertretern besetzt: Kommunisten wurden allerdings nicht miteinbezogen. Aufgabe des Schlichtungsausschusses war, festzustellen, was geltendes Recht war, und gleichzeitig in allen arbeitsrechtlichen Fragen Recht zu sprechen. Die Urteile schufen kollektives Recht in den Betrieben. Der Schlichtungsausschuß tagte erstmalig am 2. 8. 1945 (350). Der Ausschuß konnte selbständig arbeiten und mußte seine Beschlüsse nicht erst der MR zur Genehmigung vorlegen. Bis Dezember 1945 bearbeitete er insgesamt 142 Fälle, nur in 14 Fällen kam es während der Beratung zu keiner Einigung der Parteien und der Ausschuß mußte ein Urteil fällen. Bei den meisten Konflikten handelte es sich um Streitigkeiten zwischen der Belegschaft eines Betriebes oder bestimmten Berufsgruppen im Betrieb und dem Unternehmer (351). Nur selten ging es um einzelne Antragsteller. Die hohe Zahl von arbeitsrechtlichen Konflikte, die der Ausschuß in diesen vier Monaten bearbeitete, läßt darauf schließen, daß die oftmals beschworene Einheit von Unternehmer und Arbeiter im Betrieb sehr rasch zur Fiktion wurde. Der Ausschuß stellte somit auch ein Ventil für die wachsende Unzufriedenheit der Arbeiter dar.

Ferner konnten offenbar nach Einsetzung des Schlichtungsausschusses die Vorbereitungen zur Gewerkschaftsgründung intensiviert werden. So forderte Richter in einem Schreiben vom 6. Juli an den Stadtkommandanten die Genehmigung für eine Gewerk-

schaftsversammlung, da es dringend notwendig sei, Informationen über Einsetzung und Funktion des Schlichtungsausschusses weiter zu verbreiten. Weiter verlangte er eine Vollmacht zur Einberufung antifaschistischer Betriebsvertrauensleute mit der Begründung, daß nur durch eine Arbeitervertretung im Betrieb die Verbindlichkeit der Urteile des Schlichtungsausschusses gewährleistet sein könnte. Um eine Einzelberatung in arbeitsrechtlichen Fragen für Lohnabhängige durchführen zu können, sei es notwendig, eine Rechtsberatungsstelle einzurichten. Richter führte an, daß den Unternehmern diese bereits durch die Handelskammer zur Verfügung stehe. Dieser Antrag wurde genehmigt, die Einberufung von Betriebsräten blieb verboten (352).

Als sich Ende Juli, also gleichzeitig mit der Einsetzung des Schlichtungsausschusses, abzeichnete, daß die Genehmigung der Gewerkschaften in Bälde zu erwarten sei, war angesichts der Stärke der KP in Solingen sowie der Entwicklung in der Kommunalverwaltung ein Ausschluß der RGO-Vertreter nicht mehr zu realisieren. Wahrscheinlich auf Anweisung einer übergeordneten Stelle der englischen MR teilte Brisch am 27. Juli Küll und Hahnenfurth diese Wendung mit. Die RGO-Vertreter wurden nunmehr an den Vorbereitungen einer Gewerkschaftsgründung in Solingen mitbeteiligt, allerdings wurde die RGO nicht als eine autonome Gewerkschaft neben dem ADGB und den christlichen Gewerkschaften behandelt (353). Am 11. August fand die erste gemeinsame Sitzung des bisherigen Ortsausschusses mit den RGO-Vertretern Küll, Hahnenfurth und Fritz Kaimer statt. Der organisatorische Aufbau der Gewerkschaft war zu diesem Zeitpunkt bereits durch die Verhandlungen der Böckler-Gruppe festgelegt. Wie aus einem Rundschreiben Richters vom 2. 8. 45 an frühere Funktionäre zu entnehmen ist, sollten die früheren Berufsverbände die organisatorische Basis der Einheitsgewerkschaft werden. Die Berufsverbände wurden untergliedert in Branchen und Fachgruppen. Richter forderte die Funktionäre der früheren Gewerkschaften auf, in ihren Berufsverbänden Gruppenleitungen zu bilden, wobei weitgehend auf die früheren Kader zurückgegriffen werden sollte, allerdings unter Einbeziehung der RGO-Vertreter. Aufgrund alliierter Bestimmungen durfte die Zahl der Leitungsmitglieder nicht mehr als fünf betragen. Aufgabe dieser provisorischen Leitungen sei es, die Vorbereitungen zur Gründung der Einheitsgewerkschaft tatkräftig zu unterstützen, hierzu seien als erstes alle früheren Mitglieder zu registrieren (354).

Auf einer ersten gemeinsamen Sitzung schilderte Richter kurz die bisherige Arbeit des provisorischen Ortsausschusses (355). Die Verantwortung für den Ausschluß von Kommunisten lastete er

ausschließlich der MR an. In der Aussprache kristallisierte sich eine Kontroverse zwischen den RGO-Vertretern und dem bisherigen Ortsausschuß über die Organisationsstruktur der Einheitsgewerkschaft heraus. Die Kommunisten lehnten die vorgeschlagene Organisationsstruktur auf der Basis der Berufsverbände ab. Dieses fördere ihrer Meinung nach föderalistische Tendenzen, gerade die Vergangenheit habe erwiesen, daß nur eine einheitliche zentralistische Gewerkschaft ihren Aufgaben gerecht werden könne. Sie schlugen daher die Organisierung der Gewerkschaft auf der Basis der Betriebe vor. Die Gegenargumente bewegten sich auf einer programmatischen Ebene:
Eine Organisierung auf Betriebsebene sei in der jetzigen Situation, in der die Arbeiter zum größten Teil noch nicht wieder in den Produktionsstätten beschäftigt seien, nicht sinnvoll. Außerdem sei diese Struktur mehr für eine Region mit Großbetrieben geeignet, in Solingen hingegen existiere eine Vielzahl kleiner Betriebe. Das für das Ende der Diskussion entscheidende Argument warf Ernst Gnoß in die Debatte; er betonte, daß das vorliegende Organisationsschema den Vorstellungen der Besatzungsmacht weitgehend entspräche und somit eine überregionale Vereinheitlichung ermögliche. Zwei Vertreter der Minderheitsposition, Küll und Hahnenfurth, wurden dann jedoch in den provisorischen Ortsausschuß aufgenommen.

In der folgenden Sitzung am 27. 8. verlas Richter eine Erklärung der MR, die ihm von Brisch übermittelt worden war. Hierin wurde der Antrag der RGO-Vertreter auf Anerkennung der RGO als autonomer Gewerkschaft endgültig abgelehnt, doch wurden gegen die Hinzuziehung von Küll und Hahnenfurth in den Ortsausschuß keine Einwände erhoben. Die MR warnte aber eindringlich davor, die Vorbereitungen zur Gewerkschaftsgründung als Vorwand für eine politische Tätigkeit zu nehmen, etwa Betriebe ohne Genehmigung der MR aufzusuchen. Die vorläufige Satzung der Einheitsgewerkschaft wurde mit geringfügigen Änderungen angenommen. Küll wies noch einmal darauf hin, daß die Satzung ein Provisorium sei (356).

Am 2. September fand dann die Gründungsversammlung statt. Die vorläufige Satzung wurde nunmehr ohne Diskussion angenommen. Der Vorschlag zur Besetzung eines vorläufigen geschäftsführenden Vorstandes wurde bestätigt. Im Vorstand waren Max Richter, Gerhard Hebborn und Albert Forst, Kassierer waren Felix Neumann und Karl Küll, Schriftführer wurde Fritz Ernen (357). An dieser Gründungsversammlung nahmen ausschließlich ehemalige Funktionäre teil. Abordnungen aus den Betrieben waren nicht vertreten. Eingeladen hingegen waren Vertreter des Hand-

werks und der IHK. Das Hauptreferat hielt Hans Böckler. Die KP-Vertreter hielten sich auf der Versammlung zurück, da Küll offenbar die Auffassung vertrat, daß die Auseinandersetzungen über Organisationsstruktur und über die Funktionärsgruppe nach den Betriebsrätewahlen heftiger werden würden (358).

Bereits auf der ersten Sitzung des provisorischen Vorstandes am 10. September brachen die Konflikte zwischen Richter und Küll wieder auf. Küll gab eine Erklärung ab, in der sich die Vertreter der früheren RGO gegen Unterstellungen und Vorwürfe Richters wehrten, die eine positive Zusammenarbeit erschwerten. Über diese Erklärung wurde abgestimmt; obwohl sich nicht alle Vorstandsmitglieder hinter Richter stellten, wurde sie mehrheitlich abgelehnt (359). Weiteren Konfliktstoff - neben dem oben geschilderten Fernhalten der Kommunisten vom Schlichtungsausschuß - bot die Genossenschaftsbewegung. Bereits zur Zeit des Zentralausschusses hatte u.a. Kuno Meisenburg versucht, die Genossenschaften zu reorganisieren. Meisenburg hatte einen Genossenschaftsausschuß in Solingen gegründet, in dem die Kommunisten dominierten. Richter drang nunmehr auf paritätische Besetzung, weigerte sich aber gleichzeitig, in der Wohnungs- und Baugenossenschaft, in denen die Sozialdemokraten wiederum die Mehrheit hatten, eine Umbildung auf paritätischer Grundlage vorzunehmen. Als die Kommunisten aus diesem Grund eine Umbildung des Konsumgenossenschaftsausschusses ablehnten, weigerten sich die Sozialdemokraten und Gewerkschafter, Vertreter in diesen Ausschuß zu entsenden, obgleich bereits bürgerliche Kräfte in ihm vertreten und insgesamt 2000 Unterschriften für seine Anerkennung gesammelt waren. Dieser Konflikt scheint erst Anfang 1946 beigelegt worden zu sein (360).

Ein weiterer strittiger Punkt blieb die Organisationsstruktur der Gewerkschaft (361). In den Diskussionen zu dieser Frage betonten die RGO-Vertreter stets, daß die Satzung provisorischen Charakter habe. Richter und Hebborn gingen hingegen davon aus, daß mit der Gründung ein Fakt geschaffen sei, an dem sich nichts wesentliches mehr ändern würde. Die weitere Entwicklung bestätigte dies. Trotzdem wurde weiter von kommunistischer Seite versucht - auch nach der organisatorischen Ausdehnung der Gewerkschaft und nach der Bildung von Betriebsräten - diesen Prozeß aufzuhalten. Auf einer Konferenz am 2. Dezember, an der 200 Funktionäre teilnahmen, wurde zusammen mit einer Erklärung, in der die Entscheidung der MR für den Aufbau von Industriegewerkschaften bedauert wurde, ein Zusatz angenommen, der von den KP-Vertretern eingebracht wurde:

> "Die Funktionärsversammlung vertritt die Auffassung, daß im Interesse der schaffenden Werktätigen unter allen Umständen der Gedanke der Einheitsgewerkschaft hochgehalten wird. Sie beauftragt den Vorstand, alle Maßnahmen einzuleiten, damit in einer günstigeren Situation der Zusammenschluß der Einheitsgewerkschaft erneut verwirklicht wird" (362).

Ferner wurde laut einem KP-Bericht in dieser Versammlung an dem einleitenden Referat Richters, das sich nur auf organisatorische und arbeitsrechtliche Belange bezog, scharfe Kritik geübt. Ende Dezember kündigte sich die Konstituierung der Industriegewerkschaft an. Solingen sollte zum Sitz der zukünftigen Industriegewerkschaften Bau und Metall werden; zu dem Bezirk zählten die Städte Solingen, Remscheid, Wuppertal und Opladen. Die Leitung der IG Metall übernahmen Küll, Hebborn, Hahnenfurth, Knoop, Neumann, Ascheuer sowie Gläsener und Hindrichs als Angestelltenvertreter. Die organisatorische Umwandlung war erst Anfang März endgültig vollzogen. In Solingen existierten nunmehr sieben Industriegewerkschaften, und zwar für Metall, Heimarbeiter, öffentliche Verwaltung, Graphisches Gewerbe, Bau, Holz und Nahrungsmittel, Der bisherige Vorstand der Einheitsgewerkschaft blieb vorläufig im Amt und tagte unter Hinzuziehung der Vertreter der Industriegewerkschaften (363).

Nach der Konstituierung der Gewerkschaft in Solingen wurde an die Mitgliederwerbung und Verankerung in den Betrieben herangegangen. Nach der "Bekanntmachung für alle Arbeiter" vom 28. August durch die MR (364) wurden gleichzeitig mit der Gründung der Gewerkschaft die Wahlen zu den Betriebsräten genehmigt. Bereits am 19. September fand im Metallbetrieb Rautenbach die erste genehmigte Belegschaftsversammlung statt, auf der ein Wahlvorstand für die Betriebsrätewahlen gewählt wurde (365). Im Laufe des Oktober fanden in allen größeren Betrieben ähnliche Versammlungen statt, die in der Regel gut besucht waren. Die Gewerkschaftsfunktionäre nutzten diese Versammlungen, um die Betriebsarbeiter mit dem Aufbau und der Organisation der Einheitsgewerkschaft vertraut zu machen (366). Die Rekrutierung von Mitgliedern ging rasch voran: Im Dezember waren 4000 Metallarbeiter organisiert, im Frühjahr 1946 bereits 6000. Zu diesem Zeitpunkt hatte die gesamte Einheitsgewerkschaft 8000 Mitglieder. An Beiträgen nahm die Gewerkschaft im Monat Dezember 2 391 RM ein, der durchschnittliche Beitrag lag bei 2,32 RM (367). In einigen Betrieben war die Belegschaft zwischen 90 und 100 % organisiert. Bis Anfang 1946 existierten in 60 Metallbetrieben Betriebsräte (368). Die Or-

ganisierung der Heimarbeiter lief zunächst nur langsam an. Beauftragt wurde mit dieser Aufgabe Arthur Hahnenfurth. Ihm gelang es, zwei Heimarbeiterversammlungen zu organisieren. Offenbar traten zahlreiche Heimarbeiter der Gewerkschaft schließlich bei, weil Hahnenfurth sich erfolgreich dafür einsetzte, daß die Heimarbeiter eine zusätzliche Kohlenration erhielten, da sie ihre Produktionsmittel vor Feuchtigkeit und Kälte schützen mußten (369).

Zugleich wurden im Herbst 1945 die Auseinandersetzungen zwischen Unternehmern und Arbeitern schärfer. So lehnte die Firma Wüsthoff zunächst die Anerkennung des gewählten Betriebsrates ab und erklärte sich erst nach der Intervention der Gewerkschaft zur Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat bereit (370). Auch in Entnazifizierungsfragen mußte die Gewerkschaft intervenieren. In einer Firma hatten ehemalige Pgs eine eigene Liste zur Betriebsratswahl aufgestellt. Die Gewerkschaft erstattete daraufhin Anzeige bei der MR (371). Der Betriebsrat von Henckels scheiterte in seinem Bemühen, die Entlassung von Nazis zu erzwingen, da die Belegschaft ihn nicht genug unterstützte. Auf einer Funktionärskonferenz Anfang Januar für das gesamte Bergische Land wurde über ein einheitliches Vorgehen zur Erzwingung eines Mitspracherechtes der Gewerkschaften bei der Entnazifizierung insbesondere in der Wirtschaft beraten. Die meisten Konflikte jedoch entwickelten sich aus Lohnkürzungen und Betriebsstillegungen. In einigen Betrieben versuchten Unternehmer, Lohnkürzungen durchzusetzen, und beriefen sich dabei auf lohnordnende Maßnahmen der NS-Zeit (372). Diese konnten nach dem Eingreifen der Gewerkschaften meist rückgängig gemacht werden. Bei Betriebsstillegungen wurde meist die Lohnfortzahlung für die Entlassenen erreicht. Diese Regelung entsprach einem Beschluß des Schlichtungsausschusses. In Solingen wurden bis Februar 1946 vorübergehend 187 Betriebe stillgelegt, darunter auch größere Betriebe, so daß die Gewerkschaft erhebliche Konflikte durchstehen mußte (373).

Die Gewerkschaftsgründung in Solingen ist ein deutliches Beispiel dafür, wie ehemalige ADGB-Funktionäre in enger Zusammenarbeit mit der MR versuchten, Kommunisten vom Prozeß der Reorganisation der Gewerkschaften auszuschließen. Dies bedeutete dann in Solingen wie in anderen Städten gleichzeitig, daß der Aufbau der Gewerkschaften quasi "von oben" in Angriff genommen wurde und bereits bestehende Ansätze für eine Gewerkschaftsneubildung ignoriert und letztlich zerstört wurden. So wurden die noch von der Antifa, allerdings unter wesentlicher Beteiligung von Kommunisten initiierten Betriebsausschüsse in Solingen erst dann in die Gewerkschaften integriert, als der Reorganisationsprozeß fast abgeschlossen und der Einfluß der ehemaligen ADGB-Funktionäre im Apparat gesichert war. Zu diesem Zeitpunkt war den Betriebsausschüssen die Entfaltung einer eigenen Dynamik nicht mehr möglich: Nach der Auflösung der Antifa hätten die Ausschüsse nur dann ein politisches Gewicht bekommen, wenn sie von anderer Seite Unterstützung bekommen hätten. Ein Vergleich mit anderen Städten, z. B. Stuttgart oder Braunschweig zeigt, daß die Entwicklung in Solingen recht typisch für den Prozeß der Neugründung der Gewerkschaften ist (Lein 1978, 331-361; Niethammer 1978, 503-602, in: Niethammer u. a. 1978).

Das Entstehen der Gewerkschaften in Wuppertal und Remscheid

Für Wuppertal und Remscheid ist die Phase der Gewerkschaftsgründung erheblich schlechter dokumentiert. In Remscheid trafen sich, bevor die Gewerkschaften sich konstituierten, in 1-2wöchigen Abständen regelmäßig Vertreter der früheren Gewerkschaften und der Unternehmer im Industriehaus. In diesen Gesprächen wurden Vereinbarungen über Lohnfortzahlungen und Urlaub getroffen sowie über Betriebsvereinbarungen verhandelt. Spannungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten scheinen hierbei nicht aufgetreten zu sein. Am 19. 9. 45 fand die Gründungsversammlung der Gewerkschaft statt. In den Vorstand gewählt wurden 1 Vertreter des früheren Hirsch-Dunckerschen Verbandes, 1 Vertreter der christlichen Gewerkschaften, Steinröck und Küppers vom ADGB und Panzer und Bauer von der KPD. Beim Zusammenschluß des Kartells wurde dann Hans Hoffman (KPD) zum 1. Vorsitzenden gewählt (379).

In Wuppertal unternahmen am 5. Juni 1945 frühere ADGB-Funktionäre einen Versuch, von der MR die Genehmigung zur Gründung einer Gewerkschaft zu erhalten. Begründet wurde der Antrag mit der Notwendigkeit, den Arbeitern eigene Organisationen nicht vorzuenthalten. Die Gewerkschaft sollte sich zunächst auf die Rechtsauskunft und Fragen wie Betriebsvertretung, Ernährung und Wohnung etc. beschränken. Auffallend ist, daß in dem Schreiben das Wort "Einheitsgewerkschaft" nicht erwähnt wird. Abschließend bezeichnen sich die Unterzeichner als Garanten dafür,

> "dass die zukünftigen Gewerkschaften im demokratischen Geiste und frei von parteipolitischen Einflüssen geführt werden" (375).

Ähnlich wie in Solingen scheinen dann jedoch die Kommunisten an den Gründungsvorbereitungen beteiligt worden zu sein. An der

Gründungsversammlung am 17.9.45 nahmen 100 Personen teil, zum ersten Vorsitzenden wurde Robert Daum (SPD) und zum zweiten Paul Bender (KPD, Chemie) gewählt (NRZ Nr. 17 vom 10.9.1945). Am 2.2.1946 waren die Vorbereitungen zum Aufbau der Industriegewerkschaften soweit abgeschlossen, daß das Kartell konstituiert werden konnte. Zu diesem Zeitpunkt betrug die Mitgliederzahl 1800, die Gewerkschaften hatten aus Beiträgen und Spenden 125 000 RM eingenommen. Der Ortsausschuß setzte sich aus den Vorständen der Industriegewerkschaften und dem geschäftsführenden Vorstand, Daum und Bender, zusammen. Er beschloß auf seiner ersten Sitzung, daß ehemalige NSDAP-Mitglieder keine Funktionen in der Gewerkschaft übernehmen dürften (NRZ Nr. 55 vom 2.2.1946).

6. DER WIEDERAUFBAU DER ARBEITERPARTEIEN IN DEN DREI STÄDTEN 1945/46

Zur Programmatik von SPD und KPD

Es ist schwierig, Ideologie und Programmatik der KPD nach dem Zusammenbruch zu begreifen, ohne ihre Entwicklung in der Zeit der Illegalität zu verfolgen. Die KPD ist als Sektion der Komintern zu sehen, die bald nach ihrer Gründung - spätestens seit Ende der 20er Jahre - zunehmend in ein Instrument der sowjetrussischen Außenpolitik umgewandelt worden war. Daher waren die politischen Wendungen der KPD seit 1933 unmittelbare Reaktionen auf strategische und taktische Umorientierungen der sowjetischen Außenpolitik (Weingartner 1970). Die Situation der deutschen Kommunisten - im Reich unter der NS-Diktatur kaum politisch handlungsfähig und weitgehend einflußlos, im Exil mit nur kurzen Unterbrechungen isoliert - scheint die strategische Ausrichtung der KPD höchstens modifiziert zu haben. Während die kommunistische Organisation in Deutschland bis 1937 weitgehend zerstört wurde, blieb mit dem Fortbestand des Zentralkomitees die Kontinuität der Führung trotz schwerster Verluste unter den Funktionären und Mitgliedern der Partei ungebrochen (vgl. Duhnke 1972). Der VII. Weltkongreß der Komintern von 1935 (Pieck/Dimitroff/Togliatti 1960) bestätigte endgültig die Abkehr vom "ultralinken" Kurs der Jahre 1928-1934 und suchte den Stellenwert der neuen kommunistischen Politik im Rahmen der traditionellen leninistischen Strategie und Taktik zu bestimmen. Erstens erhob die Komintern wieder die Gewerkschaftseinheit und die Aktionseinheit und Einheitsfront mit der Sozialdemokratie einschließlich ihrer "rechten" Führer zum taktischen Ziel. Zweitens propagierte sie nunmehr für alle Länder die in Frankreich inaugurierte Politik der Volksfront, die als Bündnis der in der proletarischen Einheitsfront zusammengeschlossenen Arbeiterklasse mit breiten Schichten des ländlichen und städtischen Kleinbürgertums definiert wurde. Die sozialistische Räterepublik als Ergebnis der proletarischen Revolution wurde zunächst demonstrativ als Ziel aufrechterhalten. Die Brüsseler

Konferenz leitete jedoch für die KPD eine weitere Wendung ein: In Begriffen wie "demokratische Republik" bzw. "demokratische Volksrepublik" verselbständigte sich die Vorstellung von einer Regierungsphase der Volksfront im Programm der deutschen Kommunisten zur Programmatik eben jener "Zwischendemokratie" (weder klassische bürgerliche noch proletarische Demokratie) (Sywottek 1971, 63 ff.), die Dimitroff auf dem VII. Weltkongreß noch für utopisch erklärt hatte (Pieck/Dimitroff/Togliatti 1960, 192 ff.). Gleichzeitig lag das Schwergewicht des Volksfrontbündnisses 1936-1937 nicht mehr - wie in der vorhergehenden Etappe - auf der Massenmobilisierung ("Volksfront von unten"), sondern auf der Zusammenarbeit mit antinationalsozialistischen, möglichst organisierten bürgerlichen Kräften.

Wie sich in den Bemühungen, eine gemeinsame Plattform deutscher Antifaschisten im Exil auf der Basis der Volksfrontprogrammatik zu schaffen (Pariser Lutetia Ausschuß) (Langkau-Alex 1977, I: Drechsler 1965, 343 ff.; Duhnke 1972, 237 ff.) zeigt, stand die KPD vor einem Dilemma. Trotz ihres Beharrens, in diese Entwürfe keine sozialistische Programmatik einfließen zu lassen, konnten die Kommunisten die bürgerlichen Vertreter nicht von ihren "demokratischen" Absichten überzeugen. Gleichzeitig warfen Linkssozialisten und linke Sozialdemokraten in diesem Ausschuß der KPD eben diesen Verzicht auf sozialistische Perspektiven vor. (In Spanien und Frankreich zeigte sich, daß das Mißtrauen berechtigt war: Hier entstand ein informelles bürgerlich-kommunistisches Bündnis zur Bekämpfung des Rechtsextremismus, dessen Essenz die Gegnerschaft zum linkssozialistischen und sozialdemokratischen Flügel der Arbeiterbewegung war) (Broné/Terminé 1969: Braunthal 1963, II, 437 ff. u. 470 ff.; Borkenau 1952, 103 ff.). Der Rückgriff auf die ursprüngliche Variante der Volksfrontkonzeption vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges leitete bereits zur Erneuerung der hauptsächlich antiwestlich und antisozialdemokratischen Politik der Komintern nach Abschluß des Hitler-Stalin-Paktes über.

Nach dem Angriff Deutschlands auf die Sowjetunion verlangte das Hauptziel der Komintern - die Unterstützung der sowjetischen Außenpolitik in einer äußerst bedrohlichen Situation - eine veränderte Politik: die Ausnutzung aller Möglichkeiten, um den für die UdSSR existenzbedrohlichen Krieg zu beenden. Nachdem die Gefahr des sowjetischen Zusammenbruchs mit dem Sieg bei Stalingrad zunächst gebannt war, der Krieg aber weiterhin die wirtschaftlichen Aufbauerfolge der Vorkriegszeit zunichte zu machen und das Land auszubluten drohte, nachdem andererseits Aufstands- und Desertationspropaganda wirkungslos geblieben war, entstand der Plan, das deutsche Offizierskorps - und auf diesem Weg auch

die deutschen Soldaten - für ein außenpolitisches Bündnis mit der Sowjetunion und ein innenpolitisches Bündnis mit der KPD zu gewinnen (Duhnke 1972, 368 ff.; Sywottek 1971, 124 ff.; Scheurig 1960). Als sich nach einigen Monaten zeigte, daß der BdO und das NKFD keinen Anziehungspunkt für die deutschen Front- und Heimatoffiziere bildeten und als die militärische Notwendigkeit eines vorzeitigen Friedens mit Deutschland an Dringlichkeit verlor, wurde das NKFD mehr und mehr zu einer von der KPD bestimmten Massenorganisation zur politischen Umschulung deutscher Militärs. Dieser Funktionswandel kam zum Ausdruck in einer radikaleren Aufstandspropaganda: Antifaschistische Volksausschüsse sollten die Machtorgane der erstrebten demokratischen Revolution bilden. Da die erwarteten Volkserhebungen ausblieben, verlor das NKFD mit dem Sieg der Roten Armee seine Funktion: die Propagierung räteähnlicher Organe war sinnlos geworden. Seit April 1945 waren alle deutschen kommunistischen Kräfte in dem von der Roten Armee besetzten Gebiet auf die antifaschistische Reorganisation der Verwaltung und die direkte Unterstützung der Besatzungsmacht zu konzentrieren (376). Spontan gebildete NKFD- und Antifa-Ausschüsse wurden aufgelöst (377).

Der Gründungsaufruf der KPD vom 11. Juni 1945 (Dokumente u. Materialien, III, 1, 1956, 14 ff.; dazu Sywottek 1971, 200 ff.; Staritz 1976, 27 ff.) orientierte sich an der Variante der Volksfrontprogrammatik, wie sie auf der "Brüsseler Konferenz" der KP formuliert wurde. Er schlug die Bildung eines Blockes der antifaschistisch-demokratischen Parteien vor und blieb mit seinen Forderungen im Rahmen des bürgerlich-demokratischen Gesellschaftssystems. Die KPD plädierte für den Aufbau einer "parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk". Der Übergangscharakter dieses antifaschistisch-demokratischen Staates wurde nicht explizit gekennzeichnet, und die KPD zeigte keine weitergehenden sozialistischen Perspektiven auf. Es wäre sicher nicht korrekt, in diesem Aufruf ein reines Täuschungsmanöver zu sehen. Er war vielmehr Ausdruck der Unsicherheit der KP über die zukünftige Entwicklung in Deutschland. Der Aufruf war flexibel genug formuliert, um ggf. den Übergang zu einer radikaleren - wenn auch nicht revolutionärsozialistischen - Politik zu ermöglichen. Die Politik der KPD bzw. SED konnte nicht eindeutig sein, da auch die Deutschland-Planung der UdSSR nicht eindeutig war (Schwarz 1966, 220 ff.). Diese arbeitete mit Alternativkonzeptionen, deren Realisierung nicht zuletzt vom Verhalten der anderen Siegermächte abhing. Eine endgültige Separierung der Ostzone war vermutlich nicht von Anbeginn geplant. Sonst wäre unerklärlich, daß die KPD der

Westzonen ebenso wie die der SBZ einen Block aller "demokratischen Parteien" zu realisieren versuchte und strikt vermied, in eine Oppositionsrolle zu verfallen. Erfolg konnte diese Variante der Volksfront allerdings nur in der Ostzone haben, wo es die Anwesenheit sowjetischer Truppen erlaubte, das Kräfteverhältnis innerhalb des Blocks und innerhalb der Arbeiterbewegung durch Druck von außen zu verändern. Im Westen dagegen blieben die kommunistischen Amtsträger in Landes- und Stadtregierungen ebenso machtlos wie die bürgerlichen und sozialdemokratischen Repräsentanten in Ostdeutschland. Hier bestimmten die westlichen Besatzungsmächte, vor allem die USA, die staats- und gesellschaftspolitische Entwicklung.

Den kommunistischen Kadern im Reich war die Neuformulierung der Strategie und Taktik seit dem VII. Weltkongreß zum großen Teil unbekannt geblieben. Während des deutsch-sowjetischen Krieges waren die Sendungen des Moskauer Rundfunks die einzige Informationsquelle über den offiziellen Kurs der Partei. Als sich der Widerstand der KPD 1943/44 ein letztes Mal in Deutschland überregional organisierte und zu diesem Zweck an einer gemeinsamen Plattform arbeitete (378), stellte sich heraus, daß viele Kommunisten die NKFD-Linie des ZK ablehnten, andere mißverstanden die Volksfronttaktik allgemein als kurzfristiges taktisches Manöver, um den Sturz Hitlers zu erleichtern und einen Prozeß der "permanenten Revolution" einzuleiten, der in der sozialistischen Räterepublik münden würde. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der 1943/44 aktive kommunistische Widerstand insgesamt weit links von der offiziellen Linie des ZK stand. Obwohl bei der Zerschlagung des illegalen Organisationsnetzes viele Protagonisten einer revolutionären Politik der KPD ermordet wurden, scheint die Auseinandersetzung mit den "linken Sektierern" nach dem Zusammenbruch die Hauptsorge der kommunistischen Parteiführung gewesen zu sein. Als Sektierer galten nicht nur die Verfechter eines offen antisozialdemokratischen Kurses, wie er bis 1934 gegolten hatte, sondern auch alle Anhänger einer unmittelbar sozialistischen Zielsetzung. Es dauerte einige Monate, bis die KPD-Führung die strategische Dimension ihrer Politik in allen Landes- und Ortsverbänden verbindlich gemacht hatte (Schröder 1972, 49 ff.).

Die Frage der Einheitspartei war für die KP-Führung, die aus dem russischen Exil zurückkehrte, letztlich zweitrangig. Spontane und autonome Kerne einer Einheitspartei - z. B. die antifaschistischen Ausschüsse bei Kriegsende - wurden als potentielle Bedrohung ihres Führungsanspruchs gesehen und bekämpft (379). Nicht Aufbau von unten, sondern organisatorischer Zusammenschluß

beider Parteiführungen - wenn der Aufbau der KPD soweit vorangeschritten war, daß ihre Dominanz gesichert war - war das strategische Konzept der Ulbricht-Gruppe. Dieses Konzept konnte dann unter dem Schutz der sowjetischen Besatzungsmacht in der SBZ auch in die Realität umgesetzt werden. Hierbei bestehen m. E. Parallelen zu den Vorstellungen einiger Sozialdemokraten, meist ehemaliger Reichstagsabgeordneter oder Parteivorstandsmitglieder. Von diesen wurde die Auffassung vertreten, daß zunächst die SPD sich organisatorisch und programmatisch festigen müsse. Erst dann sei an einen Zusammenschluß mit der KPD zu denken, die dann ihre eigene Existenz aufgeben sollte. Offenbar von dieser Position her warf Ernst Gnoss auf dem Parteitag der SPD-Niederrhein im Dezember 1945 der KPD vor:

> "Die Kommunistische Partei hat die Arbeiterklasse erneut gespalten, da sie, ohne ein grundsätzlich anderes Programm als die SPD zu haben, sich jetzt erneut als Partei etabliert hat" (380).

Für die KPD fehlte jedoch in den Westzonen nach Auflösung der Antifas das Potential, das die Einheitsbestrebungen hätte tragen können. Damit war das Konzept einer Einheitspartei zum Scheitern verurteilt.

Der Prozeß der programmatischen Vereinheitlichung vollzog sich innerhalb der KPD sehr rasch, er war im wesentlichen in der SBZ wie in den Westzonen im Sommer 1945 abgeschlossen. Wenn auch die KPD nicht über eine vergleichbare Führungspersönlichkeit verfügte, wie sie Schumacher für die SPD war - Max Reimann spielte nie eine derartige Rolle -, konnte die politische Linie der Ulbricht-Gruppe doch auf die traditionelle Autorität der UdSSR und der von ihr unterstützten Führungskader bauen (381). Durch die Erfolge der Ulbricht-Gruppe in der SBZ wurde ihre Stellung noch verstärkt. Oppositionelle und divergierende Strömungen wurden so schnell aufgefangen; der Prozeß der Zentralisierung der KPD war im Bezirk Niederrhein spätestens mit ihrem ersten Parteitag im Frühjahr 1946 abgeschlossen (Müller 1979, 184 ff.). Dies bedeutete für die KPD in den Westzonen eine immer engere Anlehnung bis zur bedingungslosen Unterordnung unter die außenpolitischen Interessen der UdSSR und die Entwicklung in der SBZ. Insbesondere nach der Gründung der SED verzichtete die KPD immer mehr auf die Formulierung einer eigenständigen Politik für die Westzonen. Nicht zuletzt hierdurch erleichterte die KPD es ihren Gegnern, antikommunistische Tendenzen auch für Teile der Arbeiterklasse in den Westzonen glaubwürdig zu machen. Für bürgerliche Kräfte war ein Bündnis mit der KPD in den West-

zonen in keiner Weise opportun, während in der SBZ unter dem Druck der sowjetischen Besatzungsmacht sehr wohl ein realer Spielraum für die Bündnispolitik der SED bestand (382). Auch die von der KPD initiierte Volkskongreßbewegung knüpfte zwar an Einheitsvorstellungen breiter Bevölkerungsschichten an, erfolgte jedoch für die Westzonen viel zu spät (383). Ähnliches galt für die Kampagne zur Gründung einer SED in den Westzonen (vgl. Müller 1979, 322-363). Beide Kampagnen zielten in letzter Konsequenz auf einen Spaltungsversuch der Sozialdemokratie ab und waren zu einem Zeitpunkt, als die sozialdemokratische Partei sich längst auf den Kurs Schumachers geeinigt hatte, von vornherein zum Scheitern verurteilt (384). Relativ erfolgreich war die KPD immer dann, wenn sie unmittelbar an den Interessen der Arbeiter anknüpfte. So hatte die KPD nach der Streikbewegung im Frühjahr 1947, in der sie zunächst die streikenden Arbeiter als einzige politische Kraft von vornherein unterstützte, einen relativ großen Stimmengewinn bei den Landtagswahlen 1947 im Ruhrgebiet zu verzeichnen (vgl. Kap. 9.). Da der UdSSR es jedoch zu diesem Zeitpunkt darauf ankam, jeden Konflikt mit der USA zu vermeiden, mußte die KPD auf dem Höhepunkt der Streikbewegung diese abzuwiegeln versuchen (385). Hierdurch wurde sie bei ihrer eigentlichen Basis, der Betriebsarbeiterschaft, schließlich unglaubwürdig. Auch erwies sich die Hoffnung, daß die Entwicklung in der SBZ eine geradezu magische Anziehungskraft für die Arbeiter der Westzone, insbesondere für die sozialdemokratische Basis, hatte, als völlig irrig. Doch war die Partei selbst bereits unfähig geworden, innerparteiliche Diskussionen über die Ursache ihres Scheiterns zu führen (386).

Wesentlich stärker als in der KPD war die Organisierung als eigenständige Partei 1945 unter den Sozialdemokraten umstritten (387). Die Verluste der SPD durch den NS-Terror waren im Vergleich zu denen der KPD geringfügig, und Funktionäre wie Mitglieder der Partei standen fast überall bereit, die Parteiorganisation weiterzuführen. Große Teile der Sozialdemokratie (möglicherweise die Mehrheit) erstrebten jedoch - nach den Erfahrungen des "Bruderkampfes vor 1933" und der gemeinsam erduldeten Verfolgung - eine Arbeitereinheitspartei. Dieser Wunsch war jedoch diffus und entsprang keiner geschlossenen theoretischen Konzeption. Es waren damit unterschiedliche programmatische Vorstellungen verknüpft, die von einem vollständigen Bruch mit dem sozialdemokratischen Reformismus bis zu einer etwas nach links erweiterten SPD reichten. Jedenfalls wäre es nicht korrekt, die grundsätzliche Bereitschaft zur Vereinigung mit den Kommunisten im Jahr 1945 als Kriterium eines besonderen Radikalismus zu wer-

ten. Die prinzipiellen Gegner der Vereinigung, wie sie durch den Londoner Exil-Vorstand und das "Büro Schumacher" vertreten waren, bildeten - sofern sie auch gegen jede engere Zusammenarbeit mit der KPD waren - zunächst eine kleine Minderheit. Zwischen dieser und dem vereinigungsbereiten Teil der Basis stand das personell weitgehend erhaltene SPD-Funktionärskorps (Ortsvereinvorsitzende, lokale Parteisekretäre u.a.), das einer Restauration des alten Parteiapparats zuneigte und nach einer kurzen Phase der Verunsicherung aus diesem Grund Kurt Schumachers verläßlichste Stütze wurde. Schumacher war der Auffassung, daß es darauf ankam, die SPD organisatorisch wiederaufzurichten, selbst wenn seine antikommunistische Linie nicht von vornherein von der gesamten Westzonen-SPD übernommen wurde. Dabei kamen ihm zwei wesentliche Faktoren zugute:

- Die anfänglich distanzierte Haltung der KPD, die ihre eigene Organisation aufbauen wollte, bevor über Vereinigung gesprochen werden konnte (388).
- Die Isolierung des Berliner Zentralausschusses, der eine konziliantere Politik gegenüber Kommunisten und der Sowjetunion betrieb, von der Entwicklung in den Westzonen.

Letzteres wirkte auch bei solchen Sozialdemokraten, die Schumachers Kurs mit Mißtrauen gegenüberstanden, als überzeugendes Argument für die Zusammenfassung der SPD allein in den Westzonen.

Während der Londoner Exil-Vorstand im wesentlichen die alte Weimarer SPD repräsentierte und programmatische Korrekturen lediglich als Zugeständnisse an die Strömungen in der SPD machte, muß bei Kurt Schumacher (389) von einem echten Willen zur Erneuerung der Partei - als Instrument zur Erneuerung der Nation - ausgegangen werden. Kurt Schumacher war denn auch in kurzer Zeit in den Westzonen als Führer einer erneuerten sozialdemokratischen Partei unangefochten (390). Dies lag nicht zuletzt an der theoretischen Position Schumachers, der eine stark integrative Funktion zukam; aber im gleichen Maße dürfte hier die Person Kurt Schumachers, sein persönliches Charisma, eine Rolle gespielt haben. Schumacher war aufgrund seines Lebenslaufes in keiner Weise diskreditiert, gehörte er doch zu jener Opposition in der SPD vor 1933, die vor jeglicher Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten gewarnt hatte, und er war zehn Jahre im KZ inhaftiert gewesen. So repräsentierte er in seiner Person das von ihm immer wieder erwähnte "andere Deutschland". Mit ihm konnten sich alle Sozialdemokraten identifizieren (391). Immer wieder wird auch von seinen Zeitgenossen die große Ausstrahlungskraft

Schumachers erwähnt. So berichtete Aloys Kieven in Remscheid auf einer Mitgliederversammlung der SPD:

> "Es ist jedesmal ein Erlebnis, Schumacher zu hören. Er ist ein ausgezeichneter Redner und scharfer Denker. Bezeichnend für die Einstellung der Partei war die Haltung des Genossen Schumachers gegenüber den Vertretern der Militärregierung, denen er oft in scharfer Form unseren sozialistischen Standpunkt klarmachte" (392).

Der Bericht über den Bezirksparteitag der SPD im Februar 1947 für die SPD Remscheid beginnt im Protokoll:

> "Genosse Blank verbreitete sich zuerst über die große Autorität Dr. Schumachers, die auch eine Diskussion über das großangelegte Referat überflüssig machte" (393).

Kurt Schumacher gelang es so auch im Bezirk Niederrhein von Anfang an, seinen Führungsanspruch durchzusetzen, obgleich hier in der Anfangszeit zumindest in der Frage des Verhältnisses zur KPD Divergenzen zu Schumachers Position vorhanden waren. Er konnte sich dabei sehr auf die Bezirksleitung, insbesondere auf Alfred Dobbert, Ernst Gnoss und Hermann Runge stützen, und stand in ständigem Kontakt zu ihr, wie die Korrespondenz des Büros in Hannover zeigt (394). Auch darf die Wirkung seiner häufigen Reisen und seiner Anwesenheit auf den Bezirksparteitagen sicherlich nicht unterschätzt werden - wie aus den oben zitierten Berichten ja auch deutlich wird (395).

Mit der Person Schumachers verbunden war die Anziehungskraft seiner theoretischen Konzeption und des daraus von ihm abgeleiteten Führungsanspruchs für die sozialdemokratische Partei (396). Kurt Schumacher war zutiefst der Überzeugung, daß allein die SPD eine tatsächliche Gegenkraft zum Nationalsozialismus dargestellt habe, da sie allein stets die Verbindung Sozialismus und Demokratie repräsentiert habe. Daher sei die SPD die einzige politische Kraft im Nachkriegsdeutschland, die ein Garant für den Wiederaufbau eines demokratischen Staates sei. So pochte Schumacher gegenüber den Besatzungsmächten von Anfang an auf die Notwendigkeit eines eigenständigen unabhängigen deutschen Staates. In einer Zeit, in der kaum einer wagte, das Wort 'deutsche Nation" zu benutzen, trat Schumacher als ihr eifrigster Fürsprecher auf. Legitimiert durch seine antifaschistische Haltung artikulierte er gegenüber den Besatzungsmächten als Vertreter des "anderen Deutschlands" - für Schumacher weitgehend identisch mit der Sozialdemokratie - den Anspruch auf eine autonome deutsche Politik. Gerade dieser "Nationalismus" Schumachers machte

sein politisches Konzept für weite Teile der SPD attraktiv. Der politische Führungsanspruch, den Schumacher für die SPD formulierte, konnte aber nur dann realisiert werden, wenn die SPD sich mit dem Staat identifizieren konnte. Schumachers Staatsverständnis, bereits in der Weimarer Zeit von ihm ausgearbeitet, bedeutete eine klare Abwendung vom "Klassenstaat" der marxistischen Theorie. Staat war für Schumacher ein sittliches Prinzip, er steht über den Klassengegensätzen und kann daher als quasi neutrales Instrument angesehen werden (vgl. Matthias 1952). Dabei orientierte sich Schumacher sehr stark an den angelsächsischen Demokratien. In diesen Ländern war aufgrund der Verankerung liberaler Traditionen nach Meinung Schumachers eine Entwicklung zum Faschismus unmöglich und zugleich konnte die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus eingedämmt werden. Für Deutschland schwebte Schumacher eine "soziale Demokratie" vor, in der der Mittelstand integriert und das Großkapital letztlich verschwunden sein müßten. Sozialisierung und Bodenreform waren notwendige, aufgrund der ökonomischen Bedingungen unumgängliche Voraussetzungen für diesen Staat. Mit diesem Selbstverständnis der SPD verband Schumacher die scharfe Kritik an der KPD, der er ihre Abhängigkeit von der UdSSR und ihre zutiefst antidemokratische Struktur sowie das Festhalten an der marxistischen Theorie vorwarf. Nach und nach verschärfte sich diese antikommunistische Haltung bei Schumacher soweit, daß er zumindest in seiner Polemik gegenüber der KPD diese mit der NSDAP weitgehend auf eine Stufe stellte. Sein typischer Ausdruck hierfür war "rotlackierte Nazis".

Die Frage ist nunmehr aufzuwerfen, welche Folgen die Einigung der SPD auf die Konzeption Schumachers für die Partei selbst hatte (397). Zweifellos führte der rasche Prozeß der Vereinheitlichung zu einer schnellen Stabilisierung der Partei. Fraglich ist jedoch, ob hiermit auch der von Schumacher immer wieder geforderte Prozeß der Erneuerung gefördert wurde. Der von Schumacher artikulierte Führungsanspruch der SPD, verbunden mit einem "neuen Nationalismus" sowie seiner antikommunistischen Grundhaltung, trieb ihn - und in seinem Gefolge die SPD - außenpolitisch immer stärker in das Lager der westlichen Besatzungsmächte, d. h. Schumacher mußte sich zwangsläufig auf jene Vertreter des "Weimarer Attentismus" stützen, die eine geistige Erneuerung der SPD durch ihre bloße Existenz im Apparat verhinderten. Verstärkt wurde diese Entwicklung noch, wie Ernst U. Huster u. a. ausführen, weil die SPD dahin tendierte,

> "aus Furcht vor - unbeabsichtigten - Identifikationen mit Stalinismus/Kommunismus eigene Positionen und die Mög-

lichkeiten eigener Praxis dann einzuschränken, wenn sich Übereinstimmungen in der antikapitalistischen Zielsetzung von sozialdemokratischer und kommunistischer Politik ergaben" (Huster 1978, 33).

Eine weitere Konsequenz aus Antikommunismus und Orientierung auf die angelsächsischen Demokratien war es unter den Bedingungen des Kalten Krieges, daß eine Anlehnung an die USA nahelag, auch wenn sozialistische Prämissen, wie Sozialisierung u.ä., aufgegeben werden mußten. Diese Diskrepanz zwischen verbaler Betonung einer unabhängigen Politik und tatsächlicher Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den westlichen Besatzungsmächten läßt sich z.B. an der Position der SPD in den Bizonengremien aufzeigen: Im Wirtschaftsrat lehnte die SPD Gesetze mit der Begründung ab, daß ein unüberbrückbarer Gegensatz zwischen bürgerlich-liberalistischen und sozialdemokratisch-planwirtschaftlichen Vorstellungen existiere, beteiligte sich aber dann an der Ausarbeitung von Ausführungsbestimmungen zu eben diesen Gesetzen (Huster/Kraiker u.a. 1972, 158 ff.). Aber auch auf kommunaler Ebene waren sozialdemokratische Funktionäre sehr häufig zu einer engeren Zusammenarbeit mit der MR bereit, als es vielleicht Schumacher selbst vorschwebte (vgl. Kap. 9.).

Reorganisation auf lokaler und bezirklicher Ebene

Unmittelbar nach der Besetzung begann die Sammlungsphase von Kommunisten und Sozialdemokraten. Die Initiative hierzu ergriffen häufig die, welche die illegale Arbeit in den letzten Wochen vor dem Einmarsch geleistet hatten, es waren zudem oft Männer und Frauen, die schon vor 1933 in den Parteien auf lokaler Ebene Funktionen bekleidet und nach den Verhaftungen der Parteispitzen versucht hatten, die Partei am Leben zu erhalten. In Solingen waren es der Führer der illegalen KP, Albert Müller, und der frühere Parteisekretär, Willy Dickhut, die nach der Besetzung die KP in Solingen reorganisierten. Beide hatten sich bereits in den Kriegsjahren als Führungsspitze der illegalen KP begriffen (398). Der Wiederaufbau der SPD lag zunächst in den Händen von Paul Kaiser und den Brüdern Riess, die sich aufgrund ihrer illegalen Arbeit legitimiert fühlten, die sozialdemokratische Partei in Solingen wieder ins Leben zu rufen. Nach seiner Rückkehr (wahrscheinlich im Mai 1945) übernahm der frühere Jugendsekretär des Bezirks Niederrhein, Ernst Gnoss, die Führung der Sozialdemokraten (399). In Remscheid ging die Sammlung der Mitglieder der Arbeiterparteien von den Mitarbeitern im Aktionsausschuß aus: Max Blank, früher Parteisekretär der SPD, und Ernst Zulauf, KPD, riefen ihre politischen Freunde zusammen, und wenige Tage nach dem Einmarsch fanden bereits regelmäßige Sitzungen statt, die zum Teil gemeinsam von SPD und KPD durchgeführt wurden (400). Die Rückkehr von Hugo Paul und Gustav Flohr, den früheren Remscheider Reichstagsabgeordneten, im Mai 1946 stärkte die Führung der KP. In Wuppertal ergriff u.a. Franz Landowski, der vor 1933 dem Unterbezirksvorstand angehört hatte, die Initiative zur Neugründung der SPD. Nachdem dann im Juli der frühere Wuppertaler Reichstagsabgeordnete Alfred Dobbert sowie Hermann Herberts zurückgekehrt waren, übernahmen diese die Führung der SPD, zumal Landowski im Herbst Beigeordneter der Stadt Wuppertal wurde und sich aus der Parteiarbeit zurückzog. Der Rückzug Landowskis aus der Parteiführung war mehr als ein Personenwechsel. Landowski stand einer Zusammenarbeit mit Kommunisten eher positiv gegenüber, Dobbert und Herberts hingegen unterstützten die Linie Kurt Schumachers. Die KPD wurde in Wuppertal u.a. von Willy Spicher, dem ehemaligen Ortsvereinsvorsitzenden von Barmen, reorganisiert. Spicher war bei Kriegsende einer der wenigen kommunistischen Funktionäre in Wuppertal, wohingegen die meisten der später führenden Funktionäre wie Ludwig Vorberg, Grete Thiele und Karl Bender erst einige Wochen danach nach Wuppertal zurückkehrten. Spicher und Landowski besetzten zwei Büros im Barmer Stadthaus als provisorische Parteibüros. Bereits im Mai und Juni konnten in verschiedenen Stadtteilen SPD-Versammlungen stattfinden, und eine provisorische SPD-Unterbezirksleitung wurde eingesetzt (Inf. Landowski). Die KPD scheint in Wuppertal mit der Konstituierung eines Ortsvereins und Unterbezirks so lange gewartet zu haben, bis eine Bezirksleitung entstand (401). Diese bildete sich Anfang Juni mit dem Sitz Wuppertal-Barmen. Erster Vorsitzender wurde Hugo Paul aus Remscheid, auch Willy Spicher und Grete Thiele zählten zum Vorstand. Später wurde dann der Sitz der Bezirksleitung nach Düsseldorf verlegt (Inf. Thiele, Vorberg, Dickhut). Offenbar traten sowohl die Solinger wie die Wuppertaler erst jetzt öffentlich hervor. In Solingen erschien das erste KP-Flugblatt im Juni 1945, in Wuppertal (abgesehen von dem wenige Tage vor dem Einmarsch erschienenen) verfaßten SPD und KPD ein gemeinsames Flugblatt (402). Bereits Ende Mai/Anfang Juni hatte sich die provisorische Bezirksleitung der SPD Niederrhein gebildet. Sie setzte sich zum größten Teil aus Mitgliedern der früheren Leitung zusammen, wurde nur durch einige aus den Unterbezirken vorgeschlagene Personen ergänzt.

Ernst Gnoss wurde mit der Reorganisation der Partei auf bezirklicher Ebene beauftragt (403). Anfang Juni fand in Widdert (Solingen) eine Konferenz der sozialdemokratischen Unterbezirke Solingen, Remscheid und Wuppertal statt, die über den Aufbau des Bezirks beriet (404). Bis September umfaßte der Bezirk 40-50 Ortsvereine und 10 Unterbezirke, ca 9000-10 000 Mitglieder waren erfaßt (405).

Die Genehmigung der Parteien durch die MR Ende August erfolgte also zu einem Zeitpunkt, als die Organisationen im Kern wieder aufgebaut waren. Bereits Anfang September fand in Wuppertal die Gründungsversammlung der KPD statt, die erste Parteiversammlung im Bezirk Niederrhein überhaupt; Solingen und Remscheid folgten rasch, ebenso die Gründungsversammlungen der SPD (406). Auf diesen Versammlungen wurden die provisorischen Vorstände bestätigt, zu einer Neuwahl kam es erst ca. einen Monat später auf den Mitgliederversammlungen; allgemein wurde der provisorische Vorstand im Amt belassen. Auf den Gründungsversammlungen waren meist als Hauptredner Mitglieder der Bezirksleitungen anwesend, auf allen Versammlungen waren Delegierte der anderen Arbeiterpartei eingeladen worden. Hauptaufgaben dieser ersten legalen Phase waren, Mitglieder zu werben und die Organisationsstrukturen zu festigen. Leider lassen sich für diese Phase keine genauen Angaben über die Mitgliederstruktur machen. Anzunehmen ist, wie in allen Interviews bestätigt wird, daß diese überaltert war (407). Die Parteien hatten erhebliche Schwierigkeiten, neue, d.h. nicht bereits vor 1933 organisierte Mitglieder zu werben. Die KPD versuchte vor allem Betriebsarbeiter zu gewinnen. Dieses Bemühen wurde offenbar aber nicht von allen Mitgliedern akzeptiert, die sich z.T. nur zögernd für den Aufbau aktiver Betriebszellen einsetzten. So klagte die UBL Solingen darüber, daß von den Stadtteilleitungen die Betriebsarbeit nicht genügend vorangetrieben würde. Die Bedingungen in den Betrieben wie Entlassungen, geringe Beschäftigtenzahlen schienen für eine kontinuierliche Betriebsarbeit wenig günstig. So bestanden im Dezember 1945 nur in acht Betrieben Betriebsgruppen der KPD (408):

Betrieb	Belegschaft	KP-Mitglieder
Kronprinz AG	781	40
Städt. Straßenbahnen	340	27
Patria	90	9
Böker	75	7
Pfeiffer		5
Kieserling + Albrecht	340	5
Herder, Rathausstr.	120	10
Kortenbach u. Rauh	120	4

Die SPD scheint zunächst weniger Gewicht auf die Betriebsarbeit gelegt zu haben; erst zwei Jahre später - unter dem Eindruck des dominierenden Einflusses der KPD in den Betrieben - begann die SPD mit dem Aufbau eigener Betriebszellen (vgl. Kap. 9).
Die Werbung von Frauen und Jugendlichen stellte sich nach dem Zusammenbruch als eine wichtige Aufgabe dar. Beide Parteien versuchten durch Gründung eigener Organisationen, Frauen und Jugendliche für ihre Ziele zu gewinnen. So bezeichnete es Gnoss in seinem Brief an Schumacher im September 1945 als eine der wichtigsten Aufgaben der Partei, eine eigene Jugendorganisation ins Leben zu rufen (409). Politisches Ziel der KPD hingegen war es, eine einheitliche, alle Parteien umfassende Jugendorganisation zu gründen. In Solingen verschmolz - auf britischen Druck hin - die Wandervogelbewegung mit der kommunistisch orientierten FDJ zu einer Jugendbewegung Groß-Solingen (410). Die KP hatte in Solingen unmittelbar nach der Besetzung den Aufbau einer antifaschistischen Jugendorganisation in Angriff genommen. Hiermit waren Fritz Sbosny und Eduard Stüllenberg beauftragt worden. Stüllenberg war während des NS-Regimes in Sportvereinen tätig gewesen und hatte offenbar versucht, Jugendliche der faschistischen Ideologie zu entziehen. 1945 gelang es den beiden rasch, in einigen Stadtteilen Jugendliche zu gewinnen. Da eine Organisation hätte genehmigt werden müssen, organisierten sie zunächst gemeinsame Wanderungen und sportliche Veranstaltungen. Am 28.8.45 wurde ein Antrag auf Zulassung der FDJ gestellt, der zunächst von der MR nicht beantwortet wurde. Inzwischen war aber die Wandervogelbewegung der ehemaligen "Edelweißpiraten" offiziell wieder zugelassen worden. Ein britischer Jugendoffizier setzte sich dann für die Verschmelzung beider Organisationen zu einer "Jugendbewegung Groß-Solingens" ein (411). Ähnliche Vorstellungen hatte die KPD bei der Organisierung der Frauen. Sie gründete in allen drei Städten demokratische, d.h. parteiunabhängige Frauenausschüsse (412).

Im Dezember 1945 fand die erste Delegiertenkonferenz der SPD für den Bezirk Niederrhein in Düsseldorf statt (413). Kurt Schumachers Anwesenheit - seine Autorität war zu diesem Zeitpunkt unumstritten - bedeutete sicherlich einen wesentlichen Schritt zur Vereinheitlichung der Partei in diesem Bezirk (414). Schumacher sprach in seinem Referat über Strategie und Taktik der SPD in der Nachkriegszeit, wobei er sich offensichtlich sehr kritisch mit der Rolle der Besatzungsmächte auseinandersetzte und den Alliierten eine Teilverantwortung für den Sieg des Faschismus in Deutschland gab. Schumacher versuchte später - offensichtlich wegen dieses Punktes - eine Veröffentlichung seiner Rede zu verhindern (415). Der erste Delegiertenkongreß der KPD im Bezirk Niederrhein fand erst Ende März 1946 in Wuppertal statt. Der Termin war offenbar mehrfach verschoben worden, ein Grund hierfür könnte auf die Schwierigkeiten der Parteiführung hinweisen, oppositionelle Kräfte in die Partei zu integrieren (vgl. Müller 1979, 130 ff.).

Zur Strategie von SPD und KPD im Bergischen Land

Stärke der Einheitsbestrebungen und ihre organisatorischen Ausprägung waren lokal sehr unterschiedlich. In Wuppertal veröffentlichten die Führungsspitzen von KPD und SPD im Juni 1945 einen Aufruf, in dem sie ihren Entschluß bekannt gaben, die sofortige Verschmelzung beider Parteien in die Wege zu leiten. Regelmäßige Sitzungen beider Vorstände, die gemeinsame Maßnahmen beschließen sollten, wurden vereinbart. Ein gemeinsames publizistisches Organ sollte Symbol und Instrument der Einheitsbestrebungen werden (416). Über Entstehen und Auswirkungen dieses Beschlusses ist nichts bekannt. Es ist jedoch zu vermuten, daß die enge Zusammenarbeit beider Parteien im Beirat, die bis August währte, auf der Grundlage dieses Beschlusses geschah (417).

In Remscheid hatten Kommunisten und Sozialdemokraten schon vor der Besetzung gemeinsam im Aktionsausschuß gearbeitet. Wenige Tage nach dem Einmarsch fand bereits eine gemeinsame Sitzung von Sozialdemokraten und Kommunisten statt, auf der beschlossen wurde, jegliche Polemik gegeneinander zu unterlassen, Meinungsverschiedenheiten solidarisch in Aussprachen zu klären und politische Initiativen nur gemeinsam zu betreiben (418). Diese Abmachungen wurden bis Ende 1945 im wesentlichen eingehalten und bewährten sich auch in den kommunalpolitischen Auseinandersetzungen im Beirat. Bestrebungen, darüberhinaus eine

organisatorische Zusammenfassung beider Parteien in Angriff zu nehmen, sind nicht festzustellen.

In Solingen hätte die Antifa den organisatorischen Rahmen für Einheitsbestrebungen bieten können. Allerdings wurde hier weder von Kommunisten noch von Sozialdemokraten eine Einheitspartei angestrebt. Die Solinger KP sah im Zentralausschuß ein Instrument, eine Volksfront auf der Basis eines engen Bündnisses mit der SPD zu verwirklichen, ohne die Eigenständigkeit beider Arbeiterparteien aufzugeben. Die Solinger SPD entzog der Antifa den Boden, da sie in erster Linie auf die Sicherung ihres Einflusses in der Stadtverwaltung bedacht war. Allerdings trug die SPD-Spitze durch ihre Politik - sicherlich unbeabsichtigt - dazu bei, daß die Volksfrontpolitik im Hinblick auf die Einbeziehung bürgerlicher Kräfte in Solingen recht erfolgreich war, zumal in Solingen durch den erfolgreichen Ausbau der antifaschistischen Stadtteilausschüsse bei den Mitgliedern ein Potential vorhanden war, das grundsätzlich Einheitsbestrebungen - sei es als organisatorische Verschmelzung, sei es als Aktionsbündnis - unterstützte. Dies zwang beide Parteiführungen wohl zu einer minimalen Zusammenarbeit. In der ersten Phase war sicherlich eine Frontstellung zwischen Kommunisten und bürgerlichen Kräften einerseits und den Sozialdemokraten andererseits zu verzeichnen. In der zweiten Phase arbeiteten die Sozialdemokraten wieder im Zentralausschuß mit, um gemeinsam mit Kommunisten und Vertretern der bürgerlichen Parteien eine Partizipation der politischen Parteien an der Kommunalverwaltung zu erzwingen, wobei es dann bezeichnenderweise im Herbst im Parteienblock zu einer engeren Kooperation mit der KP kam. Noch im Sommer 1945 fehlte diese Zusammenarbeit völlig. Als z. B. Dickhut aufgrund einiger Verbindungen zu höheren Stellen der MR die Genehmigung für eine gemeinsame Zeitung aller vier Parteien erhielt (unter Einbeziehung anderer Gruppen wie Kirchen und Gewerkschaften), fehlten Absprachen zwischen KPD und SPD (419).

Innerhalb der KPD war im Frühjahr bis Sommer 1945 die gesamte Bestimmung ihrer politischen Strategie relativ kontrovers (vgl. Arnemann 1972; Müller 1979, 127 ff.). Ein großer Teil der kommunistischen Kader, die im Reich geblieben waren, nahm an, daß nach dem Zusammenbruch des Faschismus eine sozialistische Revolution ausbrechen würde. Diese Position scheint im Bezirk Niederrhein sehr stark verbreitet gewesen zu sein. So kennzeichnete eine tiefe ideologische Verunsicherung, hervorgerufen durch Jahre der Isolierung von der Parteiführung, die programmatischen Dokumente. Eine der ersten schriftlichen Erklärungen der KP im Bezirk Niederrhein war der bereits erwähnte Beitrag der KPD-

Fraktion im Beirat der Stadt Remscheid (420). In dem Manuskript wurde nachträglich das Wort "Klasse" durch "Schicht" ersetzt, wohl sehr kennzeichnend für die herrschende Verunsicherung. In dieser Erklärung wird die Notwendigkeit betont, daß alle politischen Richtungen zusammenarbeiten müßten, also auch die Einbeziehung der bürgerlichen Schichten gefordert. Doch zielten die konkreten Vorstellungen der KP in Remscheid, wie sie hier dargestellt werden, auf eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft hin. In dem wenig später verfaßten programmatischen Artikel in der Antifa-Zeitung "Der Weckruf" (421) wird die Volksfrontbewegung als Instrument einer sozialistischen Revolution, als Hebel zur Machtübernahme der arbeitenden Bevölkerung beschrieben. Die undatierte (ca. Mai 1945) Resolution zur politischen Lage und den Aufgaben der KP Niederrhein (422) bietet ein noch deutlicheres Bild dafür, wie unterschiedlich die an der Parteibasis vorherrschenden Strömungen waren und wie schwierig es für das Zentralkomitee (bzw. die Ulbricht-Gruppe) gewesen sein muß, die Einheit in der Partei herzustellen. Die erwähnte Resolution der KPD Niederrhein befaßt sich zunächst mit einer Analyse der Ursachen des Faschismus. Hier üben die Verfasser harte Kritik an den Fehlern der KP-Politik vor 1933. Sehr eindringlich werden dann die wachsenden Widersprüche sowohl bei den Alliierten wie innerhalb des "imperialistischen Lagers" analysiert, wobei die Gefahr eines dritten Weltkrieges beschworen wird. Nur durch eine geschickte Außenpolitik der Sowjetunion und durch die Kämpfe des Proletariats in den westlichen Ländern könne dieser abgewendet werden. Für die Entwicklung in Deutschland wird prophezeit, daß - wenn es keine revolutionäre Bewegung geben werde - die Arbeiterklasse unter der Stabilisierung des Kapitalismus zu leiden habe und verschärften Ausbeutungstendenzen ausgesetzt sein werde. Aus dieser Analyse leitete die Bezirksleitung ab: "Die strategische Hauptaufgabe der KPD in der jetzigen Epoche ist die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse für den revolutionären Kampf um Tagesforderungen und gleichzeitig um die Macht". Die taktische Aufgabe sei die Schaffung der Einheit der Arbeiterbewegung und des Bündnisses mit den kleinbürgerlichen und bäuerlichen Schichten in einer Volksfront. Verbunden damit sei der Kampf um konkrete Tagesforderungen wie Wohnraum, Betriebsfragen und Einheitsgewerkschaft. Erfolgreich sein könne die Volksfrontpolitik nur dann, wenn kommunistische Prinzipien klar aufrechterhalten würden: "Alle Kämpfe um die Tagesnöte der Werktätigen müssen eng verbunden werden mit dem Kampf um die Befreiung aus dem kapitalistischen Joch überhaupt". Der Kampf um eine "demokratische Volksrepublik" diene nur dem Zweck, die Kräfte der Arbeiterklasse zu sammeln.

Nach der Schaffung der bürgerlichen Demokratie müsse der Kampf um eine sozialistische Gesellschaft geführt werden. Die Selbständigkeit der Partei sei um keinen Preis aufzugeben, denn nur wenn ein revolutionäres Programm in die Kämpfe eingebracht werde, könne man die sozialdemokratischen opportunistischen Führer von den Massen isolieren. Die Resolution schließt mit der Erklärung, daß der Kampf um Teilforderungen verbunden werden müsse mit dem Kampf um die Macht. Offensichtlich also stand die Mehrheit der Kommunisten im Bezirk Niederrhein - bis zur Bezirksleitung - in der Frage der Einschätzung der Situation im Nachkriegsdeutschland und der Strategie der Kommunisten in Gegensatz zur offiziellen Linie des ZK der KPD (vgl. Müller 1979, 133). Dies dürfte zumindest teilweise erklären, warum es in den drei Städten in der ersten Phase keinerlei dezidierte Versuche gab, eine einheitliche Partei zu gründen. Offenbar war die Meinung weit verbreitet, daß es die Aufgabe der Kommunisten sei, mit einem klaren revolutionär-kommunistischen Programm in die Tageskämpfe einzugreifen. Die Forderung nach "Schaffung einer demokratischen Volksrepublik" tritt in der Resolution letztlich zurück hinter der Erwartung einer revolutionären Bewegung. Sie erscheint als eine kaum begründete Etappenforderung auf dem Weg zur sozialistischen Gesellschaft.

Nach Bekanntwerden des Juni-Aufrufes des Zentralkomitees der KPD wurde diese Linie korrigiert. In einem Rundschreiben der Bezirksleitung (423) wird eine sehr viel zurückhaltendere Kritik an den Fehlern der KPD vor 1933 geübt. Die Außenpolitik der UdSSR, insbesondere der Hitler-Stalin-Pakt, wird gerechtfertigt, der Überfall auf die UdSSR kennzeichnete die Wende des Krieges von einem imperialistischen zu einem gerechten. Danach zeigte die Bezirksleitung die Perspektiven einer kommunistischen Politik für die Nachkriegszeit auf. Hauptaufgabe der Partei sei die Entfesselung einer breiten Volksbewegung unter der Führung der Arbeiterklasse:

> "Wir Kommunisten wissen, daß es nur einen endgültigen Ausweg geben kann, das ist die Aufrichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Im Augenblick ist die Möglichkeit für die Durchsetzung des sozialistischen Endzieles nicht gegeben. Unser Ziel ist in der heutigen Etappe die Erringung einer wahren demokratischen Volksrepublik".

Eine wichtige Voraussetzung für diesen Weg sei die Einheit der Arbeiterbewegung. Die lokalen Parteileitungen wurden aufgefordert, in ihren Städten mit der SPD Arbeitsgemeinschaften zu bilden. Die Schlußbemerkung wendet sich an oppositionelle Strömungen:

"Viele Genossen werden die Erklärung des ZK unserer Partei gelesen oder gehört haben. Diese Erklärung unseres ZK entspricht der heutigen Situation, das Programm ist ein Zeitprogramm, ändert aber nichts an unserer grundsätzlichen Auffassung. Wir wollen den Sozialismus..."

In diesem Zusammenhang wird die Auflösung der Komintern gerechtfertigt. Über die innerparteiliche Reaktion auf dieses Rundschreiben ist leider nichts bekannt. Offensichtlich setzte sich die offizielle Linie dann auch im Bezirk Niederrhein durch.

Die KPD in der Kommunalpolitik

In Solingen standen die Parteien selbst noch nach ihrer Zulassung außerhalb der Kommunalverwaltung, während in Remscheid und Wuppertal die kommunalpolitischen Aktivitäten in den Beirat integriert wurden. Aus den Protokollen der Beiratssitzungen in Wuppertal (424) geht jedoch klar hervor, wie ohnmächtig dieser Beirat war, der ja an Entscheidungs- und Ausführungsprozessen nicht beteiligt war, sondern nur eine beratende Funktion hatte. Die kommunistischen Vertreter im Beirat versuchten noch am ehesten den Spielraum zu nutzen. Zumindest wurden von den Kommunisten die meisten Anfragen im Beirat eingebracht, wobei sie meist an die Bedürfnisse der Bevölkerung anzuknüpfen suchten. So forderte z. B. Willy Spicher im Juli 1945, daß die SA-Siedlung - eine Wohnsiedlung, in der nahezu ausschließlich "verdiente Pgs" von dem nationalsozialistischen Regime in Wuppertal untergebracht worden waren - geräumt werden solle und die Wohnungen Antifaschisten und Verfolgten des NS-Regimes zur Verfügung gestellt werden sollten. In diesem Zusammenhang hielt er eine konsequentere Erfassung des vorhandenen Wohnraumes durch die Stadtverwaltung für dringend notwendig (425). Zugleich wies Spicher auf die Mißstände in den Schulen hin. Am 5. September 1945 verlangte er eine konsequente Entnazifizierung in den Schulen sowie die Einführung der konfessionslosen Schule (426).

Allgemein ist festzustellen, daß die Kommunisten im Beirat meist offensiver als die Sozialdemokraten auftraten, auch in Angelegenheiten, die in die direkte Zuständigkeit der MR fielen (427). Das Chaos auf dem Versorgungssektor, die Wohnungsnot, dies alles erzwang staatliche Eingriffe, die weit über den Rahmen einer normalen Verwaltung eines bürgerlich-demokratischen Gemeindewesens hinausgingen. Aufgrund ihrer politischen Gesamtstrategie

war es für die Kommunisten natürlich am naheliegendsten, bei ihren Vorschlägen planwirtschaftliche Elemente und staatliche Kontrolle zu fordern. Zugleich bot sich hier ein Feld für politische Propaganda, indem die KPD sich als konsequente Vertreterin der Interessen der werktätigen Bevölkerung profilieren konnte.

Die KP entwickelte in Solingen im Herbst 1945 ein ausführliches Programm, das als Alternative zu dem von der Stadtverwaltung vorgelegten Konzept der Winterhilfe ausgearbeitet wurde (428). Aufgrund der spezifischen Situation in Solingen wurde es in weiten Teilen von allen Parteien akzeptiert. Ausgangspunkt des Programmes war die Feststellung, daß das deutsche Volk insgesamt schuldig am Faschismus sei und daher die Folgen des Hitler-Regimes selbst beseitigen müsse. Daher war eine der ersten Forderungen überhaupt eine durchgreifende Entnazifizierung, die Ersetzung aller belasteten Beamten durch Antifaschisten und die Durchführung eines Umerziehungsprogramms. Zur Behebung der Versorgungsschwierigkeiten wurden Vorschläge unterbreitet, an denen sich alle Parteien, konfessionelle Gruppen, Wohlfahrtsverbände und die Stadtverwaltung beteiligen sollten. Dieses Programm sah vor, Wärmehallen einzurichten, Kleidungsstücke durch Ausschöpfung der Bestände und durch Beschlagnahmungen zu verteilen, Nähstuben einzurichten und Volksküchen unter gewerkschaftlicher Aufsicht zu schaffen. Zur Durchführung dieser Maßnahmen sollten die Betriebe mobilisiert werden. Ein weiterer wichtiger Punkt war die Propagierung von Nachbarschaftshilfe (Benutzung eines gemeinsamen Herdes, Gemeinschaftseinkäufe etc.). Die Wiederinstandsetzung der Wohnungen sollte - neben der offiziellen Bautätigkeit - durch Förderung von Eigeninitiative, Einrichtung einer Bauhütte und Durchplanung des Bauwesens beschleunigt werden. Der gesamte Kraftverkehr sei ausschließlich von der Stadtverwaltung zu organisieren, so daß jede Fahrt voll ausgenutzt würde. Ferner schlug die KP vor, diejenigen Betriebe, die Gebrauchsgegenstände produzierten, bevorzugt zu behandeln. Lebenswichtige Betriebe sowie Firmen ehemaliger "Nazis und Schieber" seien zu kommunalisieren. Ein Ausschuß von Gewerkschaftern, Ingenieuren, Betriebsräten und Vertretern der Behörden sollte die gesamte Produktion überwachen. Auch kleine landwirtschaftliche Betriebe galten nach Ansicht der KP als besonders förderungswürdig. Weitere Forderungen betrafen die Herstellung demokratischer Grundrechte und Freiheiten, Entnazifizierung der Gerichte, Ausbau der Einheitsgewerkschaft, Säuberung des Bildungs- und Erziehungswesens, Ausbau des Genossenschaftswesens, Schaffung einer einheitlichen Jugend- und Frauenbewegung, Schaffung einer Sport- und Kulturbewegung, Ausbau eines Volksgesundheitswesens und der Selbst-

verwaltungsorgane sowie Wiedergutmachung im In- und Ausland. Zur Realisierung des Programms strebte die KP ein Bündnis aller Parteien an; dem konkreten Teil stimmten die Solinger Parteien zu. Auch in Betrieben stieß der Vorschlag auf Zustimmung, Belegschaften stellten ihre Belegschaftskasse zur Verfügung, auch einige Unternehmer spendeten (429). Die Stadtverwaltung lehnte den Vorschlag ab, daraufhin organisierte die KP einige der Aktivitäten selbst, so die Einrichtung von Nähstuben. Diese Aktivitäten wurden von einem großen Teil der Solinger Bevölkerung begrüßt (430).

Der Block der vier demokratischen Parteien in Solingen

Im Herbst 1945 waren die politischen Parteien in Solingen noch weit von einer Partizipation an der Kommunalverwaltung entfernt. Diese Situation begünstigte die Volksfrontpolitik der KPD, die nunmehr die Bildung eines Blockes aller antifaschistischen Parteien propagierte (431). Bereits am 25. August - also noch vor den Gründungsversammlungen der Parteien - fand auf Einladung Dickhuts eine Besprechung zwischen SPD und KPD statt (432). Auf jeder Seite nahmen fünf Vertreter an diesem Gespräch teil, Willy Dickhut, Ernst Bennert, Karl Küll, Albert Müller und Ernst Broch für die KP und Ernst Gnoss, Max Riess, Erwin Nuhn, Rudolf Bertram und Heinrich Schroth für die SPD. Dickhut führte aus, daß dieses Gespräch dazu dienen solle, die kontroversen Fragen (Gewerkschaft, Jugendorganisation, Verwaltung) zu klären. Auf der Grundlage einer engeren Zusammenarbeit zwischen beiden Arbeiterparteien solle dann der Block aller antifaschistischen Parteien gebildet werden. Riess erwiderte, daß eine enge Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten notwendig sei, da sich eine schärfere Frontstellung zwischen den bürgerlichen Kräften einerseits und der Arbeiterbewegung andererseits in Solingen abzuzeichnen beginne. Auch Gnoss war der Meinung, daß die im Frühjahr und Sommer aufgetretenen Spannungen beigelegt werden müßten, wies aber ausdrücklich darauf hin, daß die Auffassung des Zentralausschusses in Berlin für die SPD in den Westzonen in keiner Weise verbindlich sei.

Eine zweite gemeinsame Sitzung am 4. September (433) drohte an der Haltung von Gnoss zu scheitern, der ein Flugblatt der KPD Wasserkante gegen Severing (434) zum Anlaß nahm, an der Aufrichtigkeit der KP zu zweifeln. Riess lenkte jedoch ein, um die Sitzung nicht scheitern zu lassen. Am 14. September schlossen

beide Parteien ein Arbeitsgemeinschaftsabkommen (435), das nach den Gründungsversammlungen beider Parteien in Kraft treten sollte. Dem Arbeitsausschuß gehörten je fünf Vertreter beider Parteien an. Das Abkommen enthielt fünf Punkte:

1. Das Abkommen basierte auf der Selbständigkeit beider Parteien. Eine Einflußnahme auf innere Angelegenheiten oder Gruppierungen in der anderen Partei wurde abgelehnt.
2. Beide Parteien verpflichteten sich, gegenseitige Polemik zu unterlassen. Die trennenden programmatischen Punkte sollten öffentlich und sachlich erörtert werden.
3. Als gemeinsame Aufgaben wurden genannt: Restlose Liquidierung von Faschismus und Militarismus, Durchsetzung gemeinsamer Forderungen auf kommunaler Ebene, Einflußnahme und Mitarbeit nach gemeinsamen Richtlinien in der Gewerkschafts-, Genossenschafts-, Kultur- und Sportbewegung. Darüberhinaus strebten beide Parteien die Schaffung eines Jugendkartells an.
4. Die Arbeitsgemeinschaft setzte sich für die Schaffung eines Blockes der vier demokratischen Parteien ein.
5. Im Augenblick der Legalisierung waren die Richtlinien den Mitgliedern bekanntzugeben.

Offensichtlich befürchtete die SPD, daß die KPD gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien die SPD wiederum in eine Minderheitenposition drängen werde, wenn sie sich der KPD gegenüber weiterhin ablehnend verhielte. Die KPD war der SPD vor 1933 in Solingen an Einfluß weit überlegen gewesen. Zudem scheinen innerhalb der SPD Differenzen über den Abgrenzungskurs entstanden zu sein. Diese Wende war also mehr oder minder taktisch. Bereits Ende September, als mit der Zulassung beider Parteien der Zeitpunkt für eine Umsetzung des Abkommens gekommen war, sagte die SPD zwei Termine für gemeinsame Sitzungen ab (436).

Zwischenzeitlich hatte auch Brisch versucht, die geplante Blockbildung zu verhindern, indem er eine engere Zusammenarbeit von SPD und CDP in die Wege zu leiten versuchte. Der Vorstand der CDP weigerte sich jedoch und ging stattdessen auf den Vorschlag der KPD ein, einen Block aller Parteien zu bilden (437). Daraufhin erklärte sich die SPD zu einer erneuten Aussprache mit der KPD bereit (438). Diese blieb allerdings so gut wie ergebnislos. Die Unterbezirksleitung der KPD beschloß, die Sozialdemokraten durch eine beschleunigte Blockbildung zur Mitarbeit zu zwingen. Am 1. November fand eine Besprechung aller vier Parteien statt, an der insgesamt neunzehn Personen teilnahmen (439). Die KPD unterbreitete als Diskussionsvorschlag ihr kommunalpolitisches Programm. Die anderen Parteien akzeptierten dieses als Grund-

lage und erklärten sich bereit, das in ihm enthaltene Winterhilfsprogramm gegenüber der Stadtverwaltung zu vertreten. Ferner wurde die Bereitschaft aller vier Parteien zur Zusammenarbeit betont und beschlossen, von einem gemeinsam festzusetzenden Zeitpunkt an keine ehemaligen Mitglieder der NSDAP aufzunehmen. Außerdem bildeten die Parteien ein Kartell, das jede Gemeinsamkeit mit evtl. entstehenden Splittergruppen ablehnte. Am 6. November fand eine gemeinsame Unterredung mit dem OB über das Winterhilfsprogramm der KP und die Bildung eines Beirats statt. Diese Unterredung blieb ohne Ergebnisse. Daraufhin legten die Parteien Brisch folgende Fragen vor:

> "Sind Sie unter den gegebenen Verhältnissen bereit, die vier politischen Parteien als die maßgeblichen Träger des politischen Willens der Bevölkerung anzuerkennen und demgemäß mit diesen Parteien zusammenzuarbeiten? Bejahendenfalls: Sind Sie bereit, die Verwaltung sowie den Bürgerausschuß und alle anderen Ausschüsse nach demokratischer Gepflogenheit den Wünschen der Parteien entsprechend auszurichten? Dies würde Berücksichtigung der Wünsche der vier Parteien bei Um- und Neu-Besetzung maßgeblicher Verwaltungsstellen bedeuten" (440).

Die gemeinsame Basis des Blockes war die Unzufriedenheit aller politischen Parteien mit der autoritär geführten Stadtverwaltung. Daß die anderen Parteien, insbesondere die SPD, nicht gewillt waren, die Aufgabenbereiche des Blocks auszudehnen, wurde in der Folge deutlich. Auf der nächsten Sitzung am 17. November kam es bereits zu schweren Differenzen. Die KPD hatte vorgeschlagen, in den Stadtteilen, ähnlich wie bei der "Antinazibewegung", Ausschüsse des Parteienblocks zu organisieren. Ferner sollten, wie im Winterhilfsprogramm vorgesehen, Sachausschüsse eingerichtet werden. Dies wurde von den Sozialdemokraten und den bürgerlichen Parteien abgelehnt (441). Die KPD nahm einen erneuten Anlauf in einer gesonderten Sitzung mit den Sozialdemokraten und versuchte, diesen Konflikt beizulegen. In der Einladung zu dieser Unterredung (442) betonte die KPD die Notwendigkeit einer festen Arbeitsgemeinschaft zwischen beiden Arbeiterparteien. Die Voraussetzung zur Schaffung einer Einheit aller antifaschistischen Kräfte sei die Zusammenarbeit der sozialdemokratischen und kommunistischen Genossen in den Stadtteilen. Die KP begrüßte den Vorschlag von Heinrich Schroth (443), gemeinsame Funktionärsversammlungen durchzuführen; ihrerseits hoffte sie, langfristig auch gemeinsame Mitgliederversammlungen durchführen zu können. Sie forderte die Ausdehnung der zentralen Arbeitsgemeinschaft auf alle Stadtteile und Betriebe sowie ein gemeinsames Vorgehen im Bürgerausschuß und in den Fachausschüssen (444). Der Vorstand der SPD war nicht zu einem Gespräch bereit. Erst Anfang 1946, kurz vor Ernennung der Stadtvertretung, versuchten die Sozialdemokraten noch einmal die Arbeitsgemeinschaft für sich zu nutzen, um bestimmte Ämter in der Stadtverwaltung zu sichern (445). Darüberhinaus jedoch war die Solinger SPD letztlich nicht bereit, sich konstruktiv in der Arbeitsgemeinschaft oder im Block zu betätigen. Damit fehlte der Blockpolitik aber jede politische Perspektive über eine minimale und vorübergehende gemeinsame Frontstellung gegenüber dem OB.

Die Reorganisation der Arbeiterbewegung im Bergischen vollzog sich hier wie überall in Deutschland auf mehreren Ebenen: Das Nebeneinander von traditionellen Organisationen wie Parteien, Gewerkschaften und Ansätze zu neuen Organisationsformen (Antifa, Betriebsausschüsse, Vorformen einer Einheitspartei) spiegelt nicht zuletzt auch die Unsicherheit der politisch Aktiven über den einzuschlagenden Weg wieder. Doch sehr schnell setzten sich diejenigen Kräfte durch, die an die traditionellen Organisationen von vor 1933 anknüpften. Dadurch war die Hoffnung auf eine erneuerte Arbeiterbewegung zunichte gemacht, denn den Keimen einer autonomen Organisation war die dringend notwendige, politische Unterstützung versagt und die Kräfte entmutigt worden, die die Einheitsbestrebungen gefördert hatten.

Im Bergischen waren Ansätze zu einer Einheitspartei ohnehin kaum vorhanden. Ursache hierfür war zum einen, daß sich innerhalb der Sozialdemokraten Funktionäre wie Ernst Gnoss in Solingen, Hermann Herberts und Alfons Dobbert in Wuppertal schnell durchsetzen konnten, und die Partei auf den Kurs von Kurt Schumacher festlegten. Zum anderen war unter den Kommunisten die Vorstellung dominierend, daß eine sozialistische Revolution unmittelbar bevorstünde. Daher war für die Kommunisten im Bergischen der Aufbau einer Einheitspartei zunächst kein vorrangiges Ziel; in der erwarteten revolutionären Bewegung hätten sich ohnehin Formen der Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten finden lassen. Offenbar ohne große Diskussionen setzte sich dann jedoch innerhalb der KPD der Kurs der Ulbricht-Gruppe durch. In einer der Hochburgen der Arbeiterbewegung schien eine Beteiligung der bürgerlichen Kräfte an einer "Volksfront", wie sie vom ZK der KPD als strategisches Ziel ausgegeben wurde, wenig Realisierungschancen zu haben. Trotzdem war innerhalb der Kommunisten die Autorität der Führung von vornherein unumstritten, so daß die eigenen differierenden Positionen aufgegeben wurden. Allerdings gelang der KPD in Solingen unter den ganz besonderen Solinger Bedin-

gungen, mit dem "Block aller demokratischer Parteien" eine kurzfristige Umsetzung der Volksfrontstrategie. Als sich jedoch die Bedingungen in der Kommunalpolitik änderten, brach auch der Block auseinander. Die Untersuchung der Reorganisation beider Parteien zeigt m. E. sehr deutlich, daß bereits allein aufgrund der getrennten Konstituierung beinahe zwangsläufig die Parteien in Konkurrenz zueinander traten: Konkurrenz bei der Gewinnung neuer Mitglieder, Konkurrenz im Kampf um Wählerstimmen. Bereits durch diese Bedingungen war es schwer, wenn nicht unmöglich geworden, die Spaltung der Arbeiterbewegung zu überwinden. Die Kräfte, die dies anstrebten, gerieten dann auch sehr bald in eine Minderheitsposition.

7. BETRIEBSRÄTE UND STREIKBEWEGUNG IN REMSCHEID, SOLINGEN UND WUPPERTAL 1946-48

Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage 1946-48

Eine der wichtigsten sozio-ökonomischen Determinanten war - v. a. bedingt durch die Zerstörung jeglicher Infra- und Kommunikationsstruktur - die regionale und lokale Zersplitterung des staatlichen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens (vgl. Kap. 3). Hierdurch waren die Möglichkeiten für kollektives Handeln von vornherein eingeschränkt: Voraussetzung hierfür sind Absprachen, Organisation auch über den Stadtteil oder den Betrieb hinaus. Dies war 1945 häufig aufgrund der äußeren Bedingungen nicht durchführbar. Als dies sich allmählich änderte, waren die Tendenzen zu einer Stabilisierung des kapitalistischen Systems bereits eindeutig erkennbar. So waren die Nachkriegsjahre bis zur Währungsreform von der Rückkehr zur "Normalität" im politischen Leben (Wahlen, Institutionen etc.) wie im ökonomischen Bereich (Wiederaufnahme der Produktion, Herstellung des Marktes etc.) gekennzeichnet. Gleichzeitig deutete sich in den innerbetrieblichen Auseinandersetzungen, im Kampf gegen den Abbau der Rechte der Betriebsräte und in den Streikbewegungen und Massendemonstrationen u. a. im Frühjahr 1947 an, daß die Arbeiterklasse wieder zu traditionellen Formen politischen und kollektiven Handelns zurückfand.

Im Winter 1946/47 verschlechterte sich die Ernährungslage beträchtlich. Von März bis Mai 1947 wurden im Bergischen nur rund 800 Kalorien zugeteilt, im Juni waren es nur noch 600 Kalorien. Diese viel zu geringe Menge wurde sehr häufig nicht einmal ausgeteilt. Die Fettration lag in den Krisenmonaten weit unter dem Soll (Wuppertal im Kampf 1947, 35-40; vgl. auch Kleßmann/Friedemann 1977, 22 ff.). Berücksichtigt man ferner, daß ja bereits seit mehr als einem Jahr die ausgegebene Kalorienmenge weit unter dem durchschnittlichen täglichen Bedarf lag und alle Reserven aufgezehrt waren, so ist festzustellen, daß ein Überleben mit den rationierten Nahrungsmitteln nicht mehr gesichert

war. Das Beschaffen von zusätzlichen Lebensmitteln - durch Kompensationsgeschäfte oder auf dem Schwarzen Markt - war lebensnotwendig geworden. Ferner ist ein Auseinanderklaffen von Lohn- und Preisstopp festzustellen. Während die Löhne im Frühjahr 1946 noch 20 % unter den Durchschnittslöhnen von 1936 lagen und diese erst gegen Ende des Jahres 1946 gerade wieder erreichten, im März 1948 schließlich 10 % über diesen lagen, war der Preisstopp in keiner Weise wirksam bzw. wurde ausgehöhlt. Die Preise für Gebrauchsgüter stiegen im Vergleich zu 1938 bis zu 100 % (Balabkins 1964). Der Durchschnittslohn eines Arbeiters reichte nicht aus, um die Lebenskosten zu decken. Balabkins stellte folgende Berechnungen auf (446): Ein ungelernter Bauarbeiter verdiente durchschnittlich 64 Pfg. in der Stunde, bei einer durchschnittlichen Arbeitszeit von ca. 43 Stunden in der Woche erhielt er einen Monatslohn von 106,92 RM. Legt man ein zusätzliches Einkommen seiner Frau von 24 RM und einen Zusatzverdienst von 27 RM zugrunde, verfügte er über ein Monatseinkommen von 157,92 RM. Bei einer Familie mit drei Kindern mußte er im März 1947 rund 160,38 RM für die monatlichen Lebensmittelrationen ausgeben, ohne daß hier Anschaffungen wie Kleidung, Möbel, Hausrat etc. berücksichtigt werden. In Wuppertal bekam eine alleinstehende Frau mit Kindern 36 RM in der Woche als Wohlfahrtsunterstützung. Die KPD forderte, diesen Satz zu erhöhen, da nicht einmal das Lebensminimum hiervon bestritten werden könne (447). Geringe Entlohnung und wenig Besitz an Tauschgegenständen machten einem durchschnittlichen Arbeiter 1945/46 die eigentlich lebensnotwendige zusätzliche Versorgung fast unerreichbar.

Unterernährung war daher bei Arbeiter- und Angestelltenfamilien symptomatisch. Anfang 1946 wurde bereits bei 14,6 % der Angestellten und 12 % der Arbeiter in der Firma Kronprinz Unterernährung festgestellt (448). Die Knappheit von Lebensmitteln und anderen Versorgungsgütern und Rohstoffen erzwang einen fast institutionalisierten Austausch. Diese Kompensationsgeschäfte waren letztlich nichts anderes als eine Rückkehr zu vorkapitalistischen Wirtschaftsformen. Kompensationsgeschäfte wurden von Unternehmern, von Betriebsräten und sogar von den Stadtverwaltungen betrieben. Nur so war es offenbar möglich, den Zusammenbruch der Versorgung zu verhindern. Die Folge war allerdings eine weitere Zerrüttung des Wirtschaftslebens. Jeder Betriebsrat versuchte, für s e i n e Belegschaft, jeder Unternehmer für s e i n e n Betrieb und jede Stadtverwaltung für i h r e Stadt zu kompensieren. Die Betriebsräte verstanden es als ihre Aufgabe, darüber zu wachen, daß die Kompensationsgeschäfte der Betriebsleitung nur in diesen einen

Betrieb zurückflossen (449). So war es eine große Ausnahme, daß auf Druck der Solinger Öffentlichkeit die Solinger Firma Kronprinz einen Teil ihrer Kohlereserven dem Solinger Krankenhaus zur Verfügung stellte (450). Auch gingen einzelne Firmen dazu über, die Arbeiter zum Teil mit Gebrauchsgegenständen zu entlohnen, eine wenn auch vorübergehende Rückkehr zum Trucksystem des 19. Jh. Da letztlich halblegale Methoden zur Aufrechterhaltung der Versorgung der Bevölkerung sich als notwendig erwiesen, wurde eine wirksame Bekämpfung des Schwarzhandels, der Schiebungen und der Korruption erschwert. Nach einem Bericht des Oberregierungspräsidenten für die Nordrheinprovinz, Dr. Lehr, stieg 1947 der Schwarzhandel in Solingen und Remscheid stetig an, ungefähr 15 % der gesamten Produktion landeten auf dem Schwarzmarkt (451). Aus den Beständen der Stadtverwaltung verschwanden Lebensmittel. So wurden im November 1946 in Wuppertal 26 000 Ztr. Kartoffeln vermißt, eine Schiebung, die nie aufgeklärt werden konnte (Rhein-Echo Wu. v. 13.11.1946). Der gewerkschaftliche Kontrollausschuß (vgl. Kap. 8.2) in Remscheid meldete eine Woche nach seiner Einrichtung die Beschlagnahmung von 2 Waggons Nutzholz, Solinger Stahlwaren im Werte von 3.500 RM, 541 Spiralbohrern, 60 Ztr. Briketts, Werkzeug im Werte von 30.000 RM, Emaillierwaren im Werte von 2.250 RM (Freiheit Rs. v. 6.6.1947). Im Winter 1947/48 wurde in Solingen ein Schieberring aufgedeckt, an dem zahlreiche Einzelhändler und Produzenten beteiligt waren. Die Schiebungen und Korruptionsfälle reichten bis in die Behörden der Stadtverwaltung hinein (452). Diese Zustände erbitterten insbesondere die Arbeiter und kleinen Angestellten, die sich selbst auf dem Schwarzmarkt kaum zusätzlich versorgen konnten, und erhöhten die Resignation und Demoralisierung der Bevölkerung.

Das Ingangsetzen der industriellen Produktion war mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Die Energieknappheit wurde im Herbst 1946 so bedrohlich, daß Nachtarbeit im größeren Umfang eingeführt werden mußte. Angesichts des Erschöpfungsgrades der Arbeiter und bei einem Krankenstand, der in einzelnen Betrieben bis zu 30 % ausmachte, wie z. B. bei den Wuppertaler Bahnen, war die Nachtarbeit in den Wintern 1946/47 und 1947/48 eine ungeheure Belastung (Rhein-Echo Wu. v. 17.5.1947). Dieser Prozentsatz dürfte sich noch im Krisenjahr 1947 erhöht haben. Eine weitere Ursache für die geringe Arbeitsproduktivität nach 1945, die ein wesentlicher Faktor für den langsamen Aufschwung der industriellen Produktion war, war - neben der Unterernährung der meisten Arbeiter - die Überalterung der Belegschaften. 1948 waren bei Kronprinz 50 % der Arbeiter vor 1900 geboren (453). Außerdem behinderten Eingriffe der Besatzungsmächte die indu-

strielle Entwicklung. Auf der Demontageliste vom Herbst 1947 standen zahlreiche bergische Industrieunternehmen (454). Zwei der größten Werke, Bemberg in Wuppertal und Henckels in Solingen, wurde lange Zeit kein Permit erteilt. So beschäftigte Bemberg bis zum Frühjahr 1947 nur 250 Arbeiter mit Wartungsarbeiten, während vor dem Krieg 4600 Arbeiter in der Firma beschäftigt waren (Freiheit Wu. v. 14.1.1947). Für viele Arbeiter bestand nur ein minimaler Anreiz, aufgrund der geringen Entlohnung und des geringen Kaufwertes des Geldes, im Betrieb zu arbeiten. Trotzdem versuchten die Unternehmen vielfach, ihre frühere Belegschaft zu halten; sei es durch Kompensationsgeschäfte oder andere Vergünstigungen.

Während sich in den Betrieben wieder gewisse kollektive Prozesse und von diesen bestimmte Strukturen herausbildeten (Betriebsräte z. B.), so blieb doch die Isoliertheit der Belegschaften untereinander bestehen. Solidarisierungen von Betrieb zu Betrieb fanden nur in Ausnahmefällen statt, Auseinandersetzungen blieben im innerbetrieblichen Rahmen. Die Massenbewegungen im Frühjahr 1947 durchbrachen zwar punktuell diese Isolierung - in ihnen wurden weitergehende Forderungen wie Mitbestimmung, Sozialisierung und Ablösung des Leiters des Zonen-Ernährungsamtes, Hans Schlange-Schöningen (455), als Repräsentanten des faschistischen Systems gestellt -, doch kam es zu keiner politischen Vereinheitlichung. Die Gewerkschaftsspitze verhielt sich zurückhaltend bis abwiegelnd, was z. T. selbst auf Unverständnis bei den Vertretern der MR stieß (456). So blieben diese Massendemonstrationen reine Defensivkämpfe, geboren aus dem Hunger und der Verzweiflung. Die Aktionen zu Beginn des Jahres 1948 waren noch mehr auf den lokalen Rahmen begrenzt, weitergehende politische Forderungen wurden kaum noch aufgestellt (457). So trat die Forderung nach Mitbestimmung in den Arbeitskämpfen des Jahres 1948 immer mehr zurück (458). Ansätze zur regionalen Zusammenfassung gab es lediglich in den Fällen Reusch (459) und Vorwerk in Wuppertal. Auch hier erfolgte der Versuch einer Zusammenfassung mehr auf unterer Gewerkschaftsebene und von den Betriebsräten. Beiden Fällen ist gemeinsam, daß sie Abwehrkämpfe waren, Reaktionen auf eklatante Verletzungen der Rechte der Betriebsräte.

Mitbestimmung der Betriebsräte und Entnazifizierung der Wirtschaft

Im Frühsommer 1945 waren von den provisorischen Betriebsausschüssen Aufgaben übernommen worden, die eine weitgehende Mitbestimmung im Betrieb einschlossen. Im Machtvakuum, das in den Betrieben nach dem militärischen Zusammenbruch des faschistischen Systems entstanden war, hatte sich ein Mitsprache- und teilweise Entscheidungsrecht der Betriebsräte in allen wichtigen Fragen der Produktion und des Betriebes herauskristallisiert. In keinem der Betriebe in den drei Städten hatten die Betriebsausschüsse die Kontrolle der Produktion übernommen, doch waren sie, bedingt durch die Unsicherheit der Betriebsleitungen sowie die ökonomischen Bedingungen, bei Entlassungen und Einstellungen sowie bei Entnazifizierung und Fragen der Umstellung auf Friedensproduktion maßgeblich beteiligt. In dieser Übergangszeit war die Unternehmensführung zunächst auf die Mitarbeit der Betriebsausschüsse angewiesen, und zwar sowohl als Bindeglied zur Belegschaft wie zur Unterstützung der Betriebsinteressen gegenüber der MR (460).

Nach dieser Übergangsphase versuchten die Unternehmer sehr rasch, diese gewachsenen Rechte der Betriebsräte zu beschneiden. So entließ die Firma Bemberg bereits im Frühjahr 1946 einen Betriebsrat (Freiheit Wu. v. 5.4.1946): Die Belegschaft hatte fünf Arbeiter beauftragt - die Firma hatte ja noch kein Permit erhalten - den Friedhof der "Märzgefallenen" (der Toten, die im Kapp-Putsch gefallen waren) wieder herzurichten. Die Firmenleitung weigerte sich, diesen Arbeitern bezahlten Urlaub zu gewähren. Der Betriebsratsvorsitzende Ginkel griff daraufhin die Betriebsleitung an und warf ihr vor, daß Bemberg während der NS-Zeit stets Geld für alle möglichen NS-Angelegenheiten aufgebracht habe. Aufgrund dieser Kritik wurde Ginkel fristlos entlassen. Eine Entschließung der Wuppertaler Betriebsräte-Konferenz forderte dann die sofortige Wiedereinstellung Ginkels und die Entfernung aller belasteten früheren Betriebsführer:

> "Die heutige Versammlung der Betriebsausschußmitglieder nahm Stellung gegen die Vorstöße der Reaktion (s. Bemberg) und verlangt die Wiedereinstellung des entlassenen Betriebsratsvorsitzenden. Sie fordert ferner die Entfernung aller reaktionären Kräfte aus Wirtschaft und Verwaltung und dafür maßgeblichen Einfluß der Gewerkschaften in diesen Stellen. Hierzu ist die Einheit aller Werktätigen die Voraussetzung" (461).

Die Betriebsräte sahen die Entnazifizierung der Betriebe als eine ihrer wichtigsten Aufgaben an. Dem Betriebsrat des Solinger Kronprinz-Werkes gelang es zunächst, auf die Entlassungen maßgeblichen Einfluß zu erlangen. Er reichte der Betriebsleitung eine Liste ehemaliger NS-Mitglieder ein, die dann bis auf zwei Personen sofort entlassen wurden. Bei den restlichen beiden Angestellten konnte der Betriebsrat schließlich auch noch die Kündigung durchsetzen (462). Die Betriebsleitung scheint allerdings versucht zu haben, in einigen Fällen die Entlassenen finanziell zu unterstützen, was zu erneuten Konflikten mit dem Betriebsrat führte (463). Im Mai 1946 bildete der Betriebsrat einen Entnazifizierungsausschuß im Werk (464). Bereits zu diesem Zeitpunkt jedoch war die Machtposition des Betriebsrates eingeschränkt. Aus diesem Grund ist wohl über die Tätigkeit des Ausschusses nichts Näheres bekannt. Im Februar 1946 sollten auf Befehl der britischen MR sämtliche leitenden Angestellten, die PGs waren, entlassen werden. Bei Kronprinz traf dieses nur noch einen Direktor. Der Betriebsrat konnte nicht mehr verhindern, daß dieser von der Leitung des Mannesmann-Konzerns durch ein anderes ehemaliges NSDAP-Mitglied ersetzt wurde (465). Bereits im September 1946 konnte der entlassene Direktor wieder in seine frühere Position zurückkehren, auch jetzt blieben Proteste ergebnislos (466). Ein ähnlich gelagerter Fall ereignete sich bei den Deutschen Edelstahlwerken in Remscheid. Auch hier blieben die Proteste des Betriebsrates und der Belegschaft gegen Einstufung eines ehemaligen Wehrwirtschaftsführers in die unterste Entnazifizierungskategorie und dessen Wiedereinstellung ohne Ergebnis (Freiheit Rs. v. 19.8.1947). Hier sich mehr Rechte und Einfluß zu verschaffen, wurde immer wieder auf den Betriebsrätekonferenzen - auf denen sich Betriebsräte der Region trafen - gefordert (467).

Eine weitere Forderung, die vom Betriebsrat bei Kronprinz vertreten wurde, war die Sicherung von Mitspracherechten im Produktionsbereich (468). Der Betriebsrat stellte hier einen Antrag, einen Vertreter in den Aufsichtsrat mit dem Hinweis auf ein noch ausstehendes Betriebsratsgesetz entsenden zu können, was zunächst von der Betriebsleitung abgelehnt, dann doch zugestanden wurde. Einen gewissen Einblick in die Produktion sicherte sich der Betriebsrat durch Entsendung dreier Mitglieder in den Entwicklungsausschuß, der über die Möglichkeiten der Fertigung neuer Produkte entschied (469).

Die Bemühungen der Betriebsräte gingen dahin, die "Errungenschaften" rechtlich abzusichern. Weil die Gewerkschaftsführung sich zunächst in diesen Fragen abwartend verhielt und auch

nach dem Streik bei Bode-Panzer (Hannover) (470) keine Aktionen unternahm, fehlte es den Betriebsräten an einer gewerkschaftlichen Unterstützung. Erst Anfang 1947 gab die Gewerkschaftsführung Musterbetriebsvereinbarungen heraus und empfahl den Betriebsräten, für ihren jeweiligen Betrieb solche Vereinbarungen abzuschließen (471). Bei Kronprinz kam erst nach langwierigen Verhandlungen im September 1947 eine derartige Vereinbarung zustande (472). Diese gestand dem Betriebsrat die Entsendung zweier Mitglieder in den Aufsichtsrat zu. Der Vorstand war verpflichtet, vierteljährlich einen Produktionsbericht vorzulegen. Entlassungen und Einstellungen konnten nur mit Genehmigung des Betriebsrates erfolgen, hierbei durfte die politische Anschauung keine Rolle mehr spielen. Da die Betriebsvereinbarungen nur zwischen dem Betriebsrat und der jeweiligen Unternehmensleitung für jeden Betrieb einzeln abgeschlossen werden sollten, waren diese Vereinbarungen häufig Auslöser von isolierten Arbeitsniederlegungen. Diese Streiks waren meist dort, wo der Betriebsrat bereits früher eine gewisse Macht hatte erringen können, erfolgreich. In Solingen wurden bis zum September 1948 28 Betriebsvereinbarungen abgeschlossen (Freiheit So. v. 7.9.1948). Der Inhalt der Vereinbarungen war sehr unterschiedlich. Die wohl weitestgehenden Forderungen vertrat die Belegschaft des Mannesmann-Röhren-Werkes in Remscheid. Neben den bereits bei Kronprinz verankerten Rechten verlangten sie die Teilnahme des Betriebsrates in Besprechungen der Unternehmensleitung und Kontrolle aller das Werk verlassenden Gegenstände durch den Betriebsrat. Aufgabe des Betriebsrats sollte ferner sein, alle nationalsozialistischen und militaristischen oder den gesetzlichen Arbeiterrechten feindlichen Tendenzen zu bekämpfen und den Aufbau einer Rüstungsindustrie zu verhindern (Freiheit Rs. v. 27.6.1947). Doch da die Betriebsräte weitgehend auf sich gestellt blieben, ihnen die politische Unterstützung fehlte und die Gewerkschaften nicht zentralisierend wirkten, hatten die Forderungen der Betriebsräte nach Entnazifizierung und Sozialisierung von vornherein keine Chance, verwirklicht zu werden. Die 1945 errungenen Rechte wurden von den Unternehmern im Laufe der Jahre 1946-1948 wieder kontinuierlich abgebaut.

Betriebsräte, Versorgungskrise und Streikbewegung 1946/47

Die vordringlichste Aufgabe der Betriebsräte war die Aufrechterhaltung der Produktion und die Sicherstellung der Versorgung

der Belegschaft. Die Betriebsräte waren an den Kompensationsgeschäften der Unternehmen beteiligt oder organisierten diese selbst. Sie waren über zusätzliche Kohlelieferungen an Werksangehörige informiert und wachten über die Verteilung zusätzlicher Lebensmittel. So knüpfte z. B. der Betriebsrat von Kronprinz an die Bewilligung zusätzlicher Arbeitszeit der Belegschaft, von der die Durchführung eines bestimmten Auftrages abhing, die Bedingung, daß von der auftraggebenden Firma den Arbeitern Lebensmittel zur Verfügung gestellt würden (473). Auch drängte der Betriebsrat auf Ausdehnung des werkeigenen Küchengartens und forderte, daß Arbeiter für Gartenarbeiten abgestellt würden (474). Der Einführung von Nachtarbeit stimmte der Betriebsrat erst dann zu, als gesichert war, daß nur ein kleiner Teil der Belegschaft davon betroffen war und eine Reduzierung der dann der Wochenstunden gewährleistet war. In Verhandlungen mit dem Arbeitsamt wurde erreicht, daß diese Arbeiter trotz der herabgesetzten Arbeitszeit eine Schwerstarbeiterzulage erhielten (475). Bei der Entlassung von Arbeitern, die durch die begrenzte Wiederaufnahme der Produktion zunächst nicht weiter beschäftigt werden konnten, griffen Betriebsrat und Betriebsleitung auf eine für Solinger Verhältnisse typische Regelung zurück (476): Das Werk unterstützte die Arbeiter, die sich selbständig machen wollten, indem es ihnen alte Maschinen zur Verfügung stellte und vorrangig an diese Selbständigen Aufträge erteilte. Zum Teil wurde es den Arbeitern gestattet, auf dem Werksgelände gelegene, leerstehende Räume zu nutzen. In einigen Fällen jedoch wollten sich politisch Belastete diese Regelung zunutze machen: hier griff der Betriebsrat ein (477). Ein weiteres Zugeständnis der Betriebsleitung war die Genehmigung, daß Arbeiter in der Freizeit die Werksräume nutzen konnten. Selbst Diebstähle, so lange es sich um kleinere Gegenstände zum persönlichen Bedarf handelte, wurden von der Betriebsleitung nicht geahndet, obgleich diese relativ häufig geschahen (478). Auf Anregung des Betriebsrates ließ die Firma Handkarren produzieren, die an die Belegschaft verteilt wurden. Diese Handkarren waren sehr begehrt, die Aktion wurde auf Drängen des Betriebsrates mehrfach wiederholt (479). Der Betriebsrat ging Klagen über das Verhalten von Meistern nach, untersuchte auch Gründe für einen festgestellten Leistungsabfall und griff überall dort disziplinierend ein, wo ein unsolidarisches Verhalten von Arbeitern vorlag. So kamen immer wieder Klagen, daß in der Werksküche Arbeiter zwei Portionen aßen, so daß für später Kommende nichts übrig blieb. Hier drohte der Betriebsrat strengste Bestrafung an (480). Diese tägliche Arbeit stand völlig im Vordergrund und nahm soviel Raum ein, daß gewerkschaftliche

oder politische Forderungen, wie sie auf Delegiertenversammlungen eingebracht wurden, den Alltag der Betriebsräte nur am Rande beeinflußten.

Ende 1946 kam es im Bergischen zu den ersten Streiks. So legte in Remscheid im November 1946 eine Abteilung der Bergischen Stahlindustrie die Arbeit nieder, um gegen mangelhafte Arbeitsbedingungen (Ausfall von Heizung) zu protestieren (Freiheit Rs v. 15.11.1946). Eine Belegschaftsversammlung von Mannesmann protestierte gegen den Schwarzhandel und forderte Kontrolle durch die Gewerkschaften. Sie entsandte eine Delegation zur Stadtverwaltung, um zusätzlich 200 Kalorien wegen Nachtarbeit zu fordern (Freiheit Rs. v. 22.11.1946). Die Verschlechterung der Versorgung spitzte die Lage immer mehr zu. Auf der Betriebsrätekonferenz Anfang Januar 1947 wurde von den Betriebsräten noch einmal mit großem Nachdruck auf die zunehmende Krisensituation hingewiesen und eine Streikbewegung nicht mehr ausgeschlossen (481). Im März schlossen sich dann die Arbeiter im Bergischen der Streikbewegung im Ruhrgebiet an (vgl. auch Kleßmann 1979, 46-49). In Solingen versammelten sich 14 000, in Wuppertal 30 000 Arbeiter vor dem Rathaus, um gegen die Versorgungslage zu demonstrieren (Freiheit v. 1.4.1947; NRZ v. 26.3.1947). Die Stimmen, die sich für den von der KPD geforderten Volksentscheid für die Sozialisierung aussprachen (vgl. U. Schmidt/Fichter 1971, 23 ff.), wurden immer lauter, die Resolutionen aus den Betrieben mehrten sich (482). Bereits im Januar hatte sich die Delegiertenkonferenz der Betriebsräte für die Sozialisierung der Grundstoffindustrien ausgesprochen (Freiheit Rs. v. 4.3.1947). Erstmalig ist in dieser Bewegung zu bemerken, daß Betriebe sich untereinander solidarisierten und sich gemeinsam an Streiks beteiligten (483). Anlaß für diese Massendemonstrationen war die katastrophale Versorgungslage. So forderten Solinger Arbeiter auf einer Großkundgebung am 1.4.1947 die

> "sofortige Kontrolle aller Lebensmittelgeschäfte, Metzger, Wirte, Bauern unter Hinzuziehung der Vertreter der Betriebsräte und Gewerkschaften sowie die strengste Bestrafung derjenigen, die Lebensmittel, Fleisch usw. schwarz verscheuert haben".

Als Sofortmaßnahmen wurden vorgeschlagen:

- Zulassung des deutschen Exports, für schnellste Einfuhr und Heranschaffung von Lebensmitteln und Rohstoffen.
- Recht der Betriebsräte und Gewerkschaften zur Kontrolle und Sicherstellung sämtlicher erzeugter Güter in Landwirtschaft und Industrie.

- Auflösung aller Zentralämter. Planmäßige Erfassung und Zentralisierung der Verteilung von Lebensmitteln unter der Kontrolle von Parlament und Gewerkschaften (Freiheit So. v. 1. 4. 1947).

In der Forderung nach Sozialisierung wurde ein Instrument gesehen, die Versorgungslage zu verbessern. Dies entsprach der gewerkschaftlichen Strategie nach 1945, die diese Verklammerung proklamiert hatte (484). Die Demonstrationen flauten zunächst ab, ohne daß eine Besserung der Lage eintrat. Die MR drohte ihrerseits an, bei erneuten Demonstrationen das Standrecht in Kraft zu setzen. Trotzdem war ein erneutes Aufflackern der Streikbewegung zu befürchten. In dieser Situation legten die Stadtvertretungen ihre Arbeit nieder - um ihren Protest offenkundig zu machen (vgl. Kap. 9. 4). Erst im April brach die Streikbewegung völlig zusammen: die Arbeiter waren von den Gewerkschaften, wie bereits ausgeführt, in diesen Kämpfen nur sehr wenig unterstützt worden.

Der Sommer 1947 war gekennzeichnet von betrieblichen Auseinandersetzungen, so um Urlaubsregelungen (Frage der Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten, z. B. bei Raspe, Solingen (Freiheit So. v. 29. 7. 1947), um Arbeitszeit - die Belegschaft der Wuppertaler Bahnen weigerte sich, länger zu arbeiten (Rhein-Echo Wu. v. 13. u. 23. 8. 1947) -, Proteste gegen Nachtschichten und um den Abschluß von Betriebsvereinbarungen (485). Diese Auseinandersetzungen und Arbeitsniederlegungen überschritten nicht mehr den innerbetrieblichen Rahmen. Erst als im Winter 1947/48 in Solingen ein großer Schieberring aufgedeckt wurde, in den Einzelhändler und Angestellte der Stadtverwaltung verwikkelt waren, entstand Anfang Januar in Solingen eine Streikbewegung, die sich gegen Korruption und Schwarzhandel richtete. Dieser Streik, der zunächst von einzelnen Betrieben ausging - als erste legten die Arbeiter einer kleineren metallverarbeitenden Fabrik die Arbeit wegen Streichung ihrer Schwerarbeiterzulage nieder - erfaßte dann die gesamte Metallindustrie Solingens: in der zweiten Januarwoche befanden sich die Belegschaften aller Metallbetriebe im Ausstand (486). Der Streik brach dann rasch wieder zusammen. Im Fall Reusch war im Bergischen die Streikbereitschaft außerordentlich groß, in Remscheid stimmten in Belegschaftsversammlungen 91 % für den Streik (487). Als die Gewerkschaftsführung einen Solidaritätsstreik verhinderte, stieß das im allgemeinen auf Protest. Erst im Frühjahr 1948 - in Anbetracht der zu erwartenden Aufhebung des Lohnstopps - wurden wieder Auseinandersetzungen um Lohn zum Anlaß von Arbeitsniederlegungen.

Der Fall "Vorwerk" 1948

Ende Juni, unmittelbar nach der Währungsreform, entzündete sich ein folgenschwerer Konflikt in der Wuppertaler Gummifabrik Vorwerk. Dieser Arbeitskonflikt ist in engem Zusammenhang mit der Währungsreform zu sehen - die Finanzlage der Gewerkschaften war ungeklärt, die Währungsreform hatte die Eigentumsverhältnisse stabilisiert. Außerdem ist diese Auseinandersetzung sowohl wegen ihrer Ursache wie wegen der großen Solidarisierungswelle, die sie mit sich brachte, von besonderer Bedeutung. Der Eigentümer der Firma, Wilhelm Vorwerk, war Präsident der Wuppertaler Industrie- und Handelskammer und kurz vor den Ereignissen erster Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes Nordrhein-Westfalen geworden (Freiheit Wu. v. 6. 7. 1948 u. Rhein-Echo Wu. v. 20. 7. 1948). Vorwerk hatte in seinem Betrieb Leibesvisitationen bei Arbeitern angeordnet, um Diebstählen vorzubeugen. Karl Hetzel, Betriebsratsvorsitzender und Mitglied der KPD, erhob in einer Belegschaftsversammlung am 26. 6. dagegen Einspruch, da der Betriebsrat nicht bei dieser Entscheidung gehört worden war. Dabei polemisierte er heftig gegen Vorwerk. Nach Angaben Vorwerks sagte Hetzel, daß Unternehmer wie Vorwerk gleich gehen sollten, die Arbeiter könnten die Unternehmen auch selbst führen. Vorwerk entließ daraufhin Karl Hetzel fristlos (vgl. auch zusammenfassenden Bericht in Rhein-Echo Wu. v. 20. 7. 1948). Die Belegschaft stellte sich hinter den Betriebsratsvorsitzenden und trat in Streik. In einer ersten Verhandlung am 4. 7. erreichte der OA der IG Chemie Wuppertal und der DGB, daß Vorwerk ein Mitspracherecht des Betriebsrates grundsätzlich anerkannte. Die fristlose Kündigung jedoch nahm er nicht zurück. Die Belegschaft, die mit 91,9 % den Streikbeschluß gefaßt hatte, hielt diesen Beschluß aufrecht (488).

Der OA Wuppertal unterstützte den Streik mit der Begründung, daß es hierbei nicht um die Frage der Leibesvisitation gehe, sondern um einen Angriff auf die Rechte des Betriebsrates (489). Vorwerks Ziel war es offensichtlich, als Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes, den Unternehmerstandpunkt nach der Währungsreform voll zur Geltung zu bringen (Freiheit Wu. v. 29. 6. 1948). Laut Bericht der "Freiheit" schaltete sich der Syndikus des Arbeitgeberverbandes in den Vorwerk-Streik ein. Er forderte die Unternehmer auf, die in den Betrieben stattfindenden Sammlungen zur Unterstützung der Belegschaft von Vorwerk sowie die Betriebsversammlungen zu diesem Punkt zu unterbinden. Die Unternehmer sollten Vorwerk in seiner Absicht, die Belegschaft "auszuhungern", unterstützen (Freiheit Wu. v. 16. 7. 1948). Vorwerk versuchte Mit-

te Juli, durch Heranziehung von Zuchthäuslern zur Arbeit im Werk den Streik zu unterlaufen. Nach einem Protest der Streikleitung bei der Stadtverwaltung wurde ihm dies untersagt (490). Daraufhin machte er Hetzel ein Bestechungsangebot: Er bot ihm eine größere Abfindung, damit dieser sich selbständig machen könne. Hetzel erklärte, eher "Hungers sterben zu wollen, als einen Pfennig anzunehmen" (491). Am 20.7.48 entschied das Arbeitsgericht, daß die Entlassung Hetzels nicht statthaft sei. Vorwerk weigerte sich, den Spruch anzuerkennen. Die Belegschaft hielt ihren Streik aufrecht, obgleich die Gewerkschaft sie nur unzureichend finanziell unterstützen konnte. Daher wurde in allen Betrieben Wuppertals und des Bergischen Geld für die Belegschaft gesammelt. Zahlreiche Solidaritätsadressen gingen ein (Rhein-Echo Wu. v. 20.7.1948). Der Ortsausschuß stellte sich voll hinter Hetzel und sprach ihm Dank für sein vorbildliches Verhalten aus. Vorwerk kündigte am 27.7. der gesamten Belegschaft (950 Arbeitern) mit Ausnahme derjenigen, die am 6.7. nicht für Streik gestimmt hatten (unter Einbeziehung von Kranken, Lehrlingen und Beurlaubten (492). Dieses Manöver blieb ohne Erfolg. Die Streikleitung beschloß, den Fall dem Landtag vorzutragen und die Einsetzung eines Treuhänders zu fordern (Rhein-Echo Wu. v. 20.7.1948). Gleichzeitig gelang es der Streikleitung, der Hetzel angehörte, insbesondere durch dessen persönliches Auftreten auf Belegschaftsversammlungen, die Unterstützung vieler Betriebe zu gewinnen. Wie der Bericht über eine Belegschaftsversammlung in Remscheid zeigt, wurden häufig Parallelen zu eigenen Erfahrungen gezogen. So war in Remscheid der Betriebsratsvorsitzende der Firma Vaillant entlassen worden, ohne daß es zu einer ähnlichen Solidarisierung der Belegschaft gekommen wäre (Freiheit Rs. v. 20.7.1948). Die Gewerkschaften legten in den Betrieben zur Unterstützung der Streikenden Sammellisten aus, die Jugendorganisation der SPD, die "Falken", nahm Kinder der Vorwerk-Belegschaft kostenlos in ihre Sommerlager auf (Rhein-Echo Wu. v. 27. u. 31.7.1948).

Die Situation wurde auch politisch immer brisanter, so daß sich die Wuppertaler Stadtverordnetenversammlung einschaltete. Ihre Vermittlungskommission, der je ein Abgeordneter der CDU, SPD und KPD angehörte, schlug vor, daß

1. die Firma die Belegschaft uneingeschränkt wieder einstelle,
2. der Fall Hetzel bis zum Spruch des Landesarbeitsgerichtes abgetrennt werden und Hetzel bis dahin dem Betrieb fernbleiben solle,
3. beide Parteien sich dem Spruch unterwerfen,

4. Vorwerk sich schriftlich verpflichte, bei positivem Entscheid, Hetzel mit seinen vollen Rechten als Betriebsrat wieder einzustellen (498).

Die Streikleitung erklärte sich einverstanden. Vorwerk lehnte jedoch ab, so daß der Streik fortgesetzt wurde. Die Solidarisierung innerhalb der Vertreterversammlung der IG Metall wurde größer; sie sicherte der Belegschaft ihre Unterstützung zu (Rhein-Echo Wu. v. 7.8.1948). Der Ruf nach Einsetzung eines Treuhänders, u.a. von der KPD erhoben, zog immer weitere Kreise (494). Vorwerks Verhalten wurde allmählich zu einer Bedrohung für die Unternehmer. Am 12.8.48 schalteten sich der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen Arnold (CDU) und Böckler vom DGB ein mit einem Vermittlungsvorschlag, der im wesentlichen dem bereits von der Stadtverwaltung gemachten glich. Bei nur wenigen Gegenstimmen wurde ihnen von der Belegschaft das Vertrauen ausgesprochen (Rhein-Echo Wu. v. 12.8.1948). Vorwerk stimmte zu mit der Zusicherung, daß bei einer positiven Entscheidung des Landesarbeitsgerichtes Hetzel wieder eingestellt werde (Rhein-Echo Wu. v. 24.8.1948). Am 24.8. tagte das Landesarbeitsgericht und entschied positiv. Hetzel zog bei triumphalem Empfang der Belegschaft ins Werk ein. Die Stimmung in Wuppertal gibt das "Rhein-Echo" wieder: Es forderte gesetzgeberische Maßnahmen, damit nicht "durch die Willkür einzelner Tausende in Not geraten" (Rhein-Echo Wu. v. 26.8.1948).